

**Außerordentlicher Parteitag**

18. Januar 2025 in Berlin

# **Änderungsanträge**

zum Bundestags-  
wahlprogramm  
2025

**Die Linke**

# Antrag L.1.0001.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: BV Friedrichshain-Kreuzberg, BV Reinickendorf, Links\*Kanax und weitere

Zeile 1 - 2

4 ~~Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.  
Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander.~~

Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.  
Reichtum teilen. Preise senken. Gleiche Rechte für alle. Füreinander.

## Begründung

Diese Änderungen verdeutlichen die zentrale Bedeutung, die der Kampf für die Menschenwürde und gleiche Rechte für alle Menschen für Die Linke haben, seien es Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen\* oder andere von verschiedenen Ausschlüssen Betroffene. Gerade in Zeiten von massivem Rechtsruck und Deportationsplänen der extremen Rechten muss der Einsatz gegen Rassismus und jede Form der Diskriminierung sowie Antifaschismus ganz oben auf jeder linken Agenda stehen. Daher wurde die Präambel um einen Absatz zur solidarischen Einwanderungsgesellschaft ergänzt. Diese Positionierung gehört an den Anfang unseres Programms.

Migration ist eines der zentralen gesellschaftspolitischen Themen unserer Zeit, das grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechte und internationaler Solidarität berührt. Deswegen ist das Kapitel zu Migration sowie die Kapitel gegen Diskriminierung weiterer Marginalisierter und der Kampf gegen den aufkommenden Faschismus weiter nach oben zu rücken und kann u.a. nicht erst nach Tierrechten und Agrarwende Erwähnung finden. Es ist unsere Aufgabe als solidarische Linke den rassistischen Migrationsdebatten die Vision der Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Rechte und Chancen haben, entgegen zu setzen. Der Einsatz dafür ist eine ursoziale Frage!

Gerade in Zeiten zunehmender rassistischer und rechter Mobilisierung ist es wichtig, dass Die Linke ihre klare Position für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft und gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung von Anfang an - in der Präambel und durch die prominente Platzierung des Migrationskapitels - deutlich macht.

Der Einsatz für eine offene Einwanderungsgesellschaft, der Kampf gegen Diskriminierung und für eine gezielte Förderung zum Ausgleich jahrzehntelanger und immer noch währender Ausschlüsse und Diskriminierungen auch durch Quoten wirkt der sozialen Benachteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte und weiterer diskriminierter Gruppen entgegen. Die sozioökonomische Lage aller Menschen, gerade auch der unter besonders prekären Bedingungen lebenden und arbeitenden, ist Kernaufgabe einer solidarischen Linken.

## weitere Antragstellende

Vincent Bababoutilabo, Pilar Caballero Alvarez (Delegierte BAG queer), Elif Eralp (Delegierte BV Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin), Ferat Koçak (Delegierter BV Neukölln, Berlin), Ezequiel Pascual, Sofia Leonidakis (Delegierte Bremen), Canan Turan, Kilian Chauniere (Delegierter Bremen), Jens

Hurling (Delegierter Bremen), Martha Kleedörfer (Delegierte BV Mitte, Berlin), Hannah Vongries (Delegierte BV Neukölln, Berlin).

## Antrag L.1.0002.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: BAG Ökologische Plattform

Zeile 2

- 1 Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.
- 2 Reichtum teilen. Klimaresilienz stärken. Preise senken. Füreinander.

### Begründung

Die Linke ist (sollte!) die Speerspitze im Bundestag für Klimagerechtigkeit, Achtung des Grundgesetzes, der Freiheitsrechte künftiger Generationen (sein). Zur Speerspitze gehört auch ein Speerschaft, sonst kann der Speer nicht wirksam eingesetzt werden. Schafft sind die zahlreichen Klimagruppen, Gewerkschaften, Sozialverbände, Friedensgruppen, Kirchen, ...

## Antrag L.1.0002.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg; KV Recklinghausen; KV Unna und weitere

Zeile 2

- 1 Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.
- 2 Reichtum ~~teilen~~. umverteilen! Preise senken. ~~Füreinander!~~ Wohnen statt Kanonen!

### Begründung

Wohnen ist eines der zentralen Wahlkampfthemen und es sollte daher bereits in der Überschrift genannt werden. In dem Slogan "Wohnen statt Kanonen" wird eines unserer Hauptwahlkampfthemen „Wohnen“ gegen „Kanonen“ also Aufrüstung in Stellung gebracht. Gestrichen wird dafür der Begriff „Füreinander“, der auch im Wahlprogramm einer anderen Partei stehen könnte.

### weitere Antragstellende

Kreisverband Borken; BV Berlin-Neukölln LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin; Antikapitalistische Linke (AKL), Antikapitalistische Linke (AKL) NRW, Sozialistische Linke SL, Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger

(Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Bengt Rüstemeier, Delegierter Linksjugend; Rolf Kohn, Delegierter KVs Recklinghausen/ Gelsenkirchen; Marita Wagner, Delegierte Kreisverband Borken; Michael Gincel-Reinhardt, KVs Düsseldorf/ Mettmann; Zoe Durm, Dortmund; Tobias Jacobs, Köln; Sylvi Aldorf, Aachen

## Antrag L.1.0002.3

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: KV Herford

Zeile 2

- 1 Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.
- 2 Reichtum teilen. Preise senken. ~~Füreinander.~~ Wohnen statt Kanonen!

### Begründung

Das Thema "Wohnen und Mieten" soll in dem Bundestagswahlkampf ein wichtiges Wahlkampfthema sein. Deshalb sollte es bereits in der Überschrift vorkommen. Auch der Zusammenhang von Aufrüstung und Sozialabbau ist für die Linke wichtig und zentral.

## Antrag L.1.0002.4

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

Zeile 2

- 1 Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.
- 2 Reichtum teilen. Preise senken. Klimakatastrophe stoppen. Füreinander.

### Begründung

Die Aussagen des Wahlprogramms zum Klimaschutz sind sehr gut. Allerdings sind sie sehr verteilt und versteckt aufgenommen. Die LINKE sollte aber Anschluss fähig sein für Menschen, die von Grünen und SPD enttäuscht sind, weil diese ihre Klimaversprechen nicht eingehalten haben.

## Antrag L.1.0005.1

**Antragsteller\*in:** Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, BAG Frieden und Internationale Politik, Antikapitalistische Linke und weitere

#### Zeile 5 - 9

5 ~~wir sind verschieden, aber die meisten von uns wollen das Gleiche: Eine Gesellschaft, in~~  
6 ~~der man sich gegenseitig zuhört und unterstützt, in der alle gesehen und gehört werden.~~  
7 ~~Ein planbares Leben mit einer sicheren Zukunft, die Platz lässt für eigene Ziele und~~  
8 ~~Entscheidungen. Eine Politik, die Verantwortung übernimmt, an der Seite der Menschen steht~~  
9 ~~und sich um ihre Probleme kümmert.~~

#### Zeile 10

10 Wir als Linke ~~kämpfen dafür, und wir~~ sind überzeugt: Es ist möglich. ~~Ein Leben, in dem..~~ Ein  
11 Leben, in dem  
12 alle ein sicheres Einkommen haben, die Mieten bezahlbar sind und nicht jeder  
13 Supermarkteinkauf zum Schock an der Kasse führt, ist möglich. Ein Leben, in dem Konflikte  
14 friedlich gelöst werden und Klimapolitik nicht auf Kosten der Haushalte mit niedrigen bis  
15 mittleren Einkommen geht, ist möglich. Ein Leben, in dem jeder Mensch die gleichen Rechte  
hat, ist möglich.

### Begründung

Das ist ein redaktioneller ÄA. Der gestrichene Abschnitt macht kaum klare Aussagen und setzt stattdessen auf Emotionen: Er könnte deswegen die Lust auf das weitere Lesen schmälern. Wir plädieren dafür, ein Wahlprogramm direkt mit unseren zentralen Inhalten zu beginnen.

### weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln  
LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin

### Antrag L.1.0005.2

Änderungsantrag zu L.1-00

**Antragsteller\*in:** Stadtteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost (Hamburg Nord)

#### Zeile 5 - 9

5 wir sind ~~verschieden, aber die meisten von uns wollen das Gleiche: Eine Gesellschaft, in~~  
6 ~~der man sich gegenseitig zuhört und unterstützt, in der alle gesehen und gehört werden.~~  
7 ~~Ein planbares Leben mit einer sicheren Zukunft, die Platz lässt für eigene Ziele und~~  
8 ~~Entscheidungen. Eine Politik, die Verantwortung übernimmt, gleich an der Seite der Menschen~~  
9 ~~und sich um ihre Probleme kümmert~~ Würde und dem Recht auf soziale und kulturelle Teilhabe,  
aber in der Gegenwart werden diese Grundsätze regelhaft mit Füßen getreten und die Menschen  
gegenseitig ausgespielt. Das wollen wir verändern. Für eine Gesellschaft, in der man sich  
gegenseitig zuhört und unterstützt, in der die Bedeutung jedes Menschen für die Gestaltung  
einer erfreulichen Zukunft voll zur Geltung kommt, in der die Entwicklung eines sozialen  
Gemeinwesens und die freie Entfaltung der Persönlichkeiten eine Einheit bilden.

## Begründung

„Zusammenhalt“ wird schon vom aktuellen Bundeskanzler propagiert, wir sollten darüber hinausgehen.

## Antrag L.1.0007.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: BAG Ökologische Plattform

### Zeile 7

5 wir sind verschieden, aber die meisten von uns wollen das Gleiche: Eine Gesellschaft, in  
6 der man sich gegenseitig zuhört und unterstützt, in der alle gesehen und gehört werden.  
7 Ein planbares Leben mit einer sicheren Zukunft, die trotz rasant zunehmenden Natur(Klima)-  
katastrophen Platz lässt für eigene Ziele und  
8 Entscheidungen. Eine Politik, die Verantwortung übernimmt, an der Seite der Menschen steht  
9 und sich um ihre Probleme kümmert.

## Begründung

Die Linke ist (sollte!) die Speerspitze im Bundestag für Klimagerechtigkeit, Achtung des Grundgesetzes, der Freiheitsrechte künftiger Generationen (sein). Zur Speerspitze gehört auch ein Speerschaft, sonst kann der Speer nicht wirksam eingesetzt werden. Schafft sind die zahlreichen Klimagruppen, Gewerkschaften, Sozialverbände, Friedensgruppen, Kirchen, ...

## Antrag L.1.0010.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: KV Herford

### Zeile 10

10 Wir als Linke ~~kämpfen dafür, und wir~~ sind überzeugt: Es ist möglich. Ein Leben, in dem  
11 alle ein sicheres Einkommen haben, die Mieten bezahlbar sind und nicht jeder  
12 Supermarkteinkauf zum Schock an der Kasse führt, ist möglich. Ein Leben, in dem Konflikte  
13 friedlich gelöst werden und Klimapolitik nicht auf Kosten der Haushalte mit niedrigen bis

- 14 mittleren Einkommen geht, ist möglich. Ein Leben, in dem jeder Mensch die gleichen Rechte  
15 hat, ist möglich.

## Begründung

"Zuhören" und "unterstützen", "gesehen und gehört zu werden" ist für ein linkes Wahlprogramm nicht ausreichend. Deshalb beginnen wir das Programm mit den Möglichkeiten zur Veränderung.

## Antrag L.1.0015.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: BAG Ökologische Plattform

### Zeile 15

- 10 Wir als Linke kämpfen dafür, und wir sind überzeugt: Es ist möglich. Ein Leben, in dem  
11 alle ein sicheres Einkommen haben, die Mieten bezahlbar sind und nicht jeder  
12 Supermarkteinkauf zum Schock an der Kasse führt, ist möglich. Ein Leben, in dem Konflikte  
13 friedlich gelöst werden und Klimapolitik nicht auf Kosten der Haushalte mit niedrigen bis  
14 mittleren Einkommen geht, ist möglich. Ein Leben, in dem jeder Mensch die gleichen Rechte  
15 hat, ist möglich. Ein Leben, in dem die Freiheitsrechte auch der nachfolgenden Generationen gewahrt bleiben und nicht durch Klimakatastrophen eingeschränkt werden.

## Begründung

Die Linke ist (sollte!) die Speerspitze im Bundestag für Klimagerechtigkeit, Achtung des Grundgesetzes, der Freiheitsrechte künftiger Generationen (sein). Zur Speerspitze gehört auch ein Speerschaft, sonst kann der Speer nicht wirksam eingesetzt werden. Schafft sind die zahlreichen Klimagruppen, Gewerkschaften, Sozialverbände, Friedensgruppen, Kirchen, ...

## Antrag L.1.0015.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: KV Offenbach-Kreis

### Zeile 15

- 10 Wir als Linke kämpfen dafür, und wir sind überzeugt: Es ist möglich. Ein Leben, in dem  
11 alle ein sicheres Einkommen haben, die Mieten bezahlbar sind und nicht jeder  
12 Supermarkteinkauf zum Schock an der Kasse führt, ist möglich. Ein Leben, in dem Konflikte  
13 friedlich gelöst werden und Klimapolitik nicht auf Kosten der Haushalte mit niedrigen bis  
14 mittleren Einkommen geht, ist möglich. Ein Leben, in dem jeder Mensch die gleichen Rechte  
15 hat, ist möglich. Momentan gibt es die Krise des Kapitalismus, die Krise der Ausbeutung von Menschen und Natur, die sich ausdrückt in der Klimakatastrophe, dem massiven Sozialabbau und den Kriegen der alten und neuen imperialistischen Staaten. Doch der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte! So werden wir auf dem Weg zu einem demokratischen Sozialismus vermehrt demokratische Rechte durchsetzen und um deren Erhalt kämpfen. Wir glauben, dass für uns eine sozial ökologische Gesellschaft ohne Ausbeutung im Einklang mit der Natur möglich ist.

## Begründung

Es werden im Wahlprogramm nur die Angriffe auf uns dargestellt, es muss aber erklärt werden, warum sie sich verschärft haben. Die Analyse fehlt!

Auch fehlt im Wahlprogramm die Klarheit darüber, dass der Spielraum, um Soziale- und umweltpolitische Forderungen ebenso wie Demokratische Rechte durchzusetzen immer enger wird. Deshalb brauchen wir eine immer stärker werdende Bewegung außerhalb der Parlamente, denn **innerhalb des Parlamentes wird es aufgrund der ökonomischen Krise des Kapitalismus eine immer größere Blockadepolitik** der Rechten in den Parteien geben, bis hinein in die Sozialdemokratie.

Auf der anderen Seite wird nicht dargestellt, dass wir nur durch die Überwindung des Kapitalismus überleben werden. Diese Möglichkeit muss in Bezug gesetzt werden zu Krieg, Ausbeutung und Klimakatastrophe. Außerdem ist es wichtig zu erkennen, dass wir eine historische Chance haben den Kapitalismus zu überwinden, weil er auf seinen schwächsten Punkt zusteuert, ökologisch wie ökonomisch. Die neuen und alten imperialistischen Länder werden sich immer stärker mit Kriegen überziehen, weil sie ökonomischen und ökologische keinen Spielraum mehr haben, um im Kapitalismus überleben zu können. Unsere Aufgabe ist es uns auf dem Weg zu machen: hin zu einem demokratischen Sozialismus. Doch solange wir nicht losgehen, wird es keinen Weg geben. **Wege entstehen nur dadurch, dass man sie geht!** Sonst sieht man sie nicht!

## Antrag L.1.0016.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in:

KV Offenbach-Kreis

### Zeile 16

- 16 Doch dafür muss sich vieles grundlegend ändern. In den letzten Jahren sind die Reichen und Mächtigen
- 17 unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie gehen direkt in die Ministerien und
- 18 lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern: Um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit
- 19 noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und
- 20 Gesundheitsversorgung brauchen, noch höhere Gewinne zu schlagen. Und damit wir das nicht
- 21 merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Die
- 22 Profiteure unserer ungerechten Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht
- 23 darüber, dass sie das Problem sind.

## Begründung

Die Linke tritt für eine grundlegende Veränderung unseres Wirtschaftssystem ein, den demokratischen Sozialismus. Dies sollte auch in dieser Passage zum Ausdruck kommen.

## Antrag L.1.0016.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft, LAG Betrieb und Gewerkschaft Hamburg

## Zeile 16

16 Doch dafür muss sich vieles ändern. Wir widersetzen uns der militaristischen Zeitenwende, weil wir wissen: Aufrüstung wirkt sich immer zu Lasten des sozialen aus. Wir wollen das Land gerechter machen. In den letzten Jahren sind die Reichen und Mächtigen  
17 unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie gehen direkt in die Ministerien und  
18 lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern: Um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit  
19 noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und  
20 Gesundheitsversorgung brauchen, noch höhere Gewinne zu schlagen. Und damit wir das nicht  
21 merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Die  
22 Profiteure unserer ungerechten Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht  
23 darüber, dass sie das Problem sind.

## Begründung

Die militaristische Zeitenwende ist ein ganz wesentliches Hindernis für sozialen Fortschritt. Investitionen werden in den Rüstungssektor umgelenkt, Lohnzurückhaltung beim öffentlichen Dienst eingefordert und gewerkschaftliche Kämpfe im Namen der Aufrüstung behindert. Dies sollte in der Präambel benannt werden.

## Antrag L.1.0018.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: Reinhard Muth

## Zeile 18

16 Doch dafür muss sich vieles ändern. In den letzten Jahren sind die Reichen und Mächtigen  
17 unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie gehen direkt in die Ministerien und  
18 lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern: Um noch länger hohe Gewinne aus ihren fossilen Investitionen erzielen zu können. Um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit  
19 noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und  
20 Gesundheitsversorgung brauchen, noch höhere Gewinne zu schlagen. Und damit wir das nicht  
21 merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Die  
22 Profiteure unserer ungerechten Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht  
23 darüber, dass sie das Problem sind.

## Begründung

Die Linke ist (sollte!) die Speerspitze im Bundestag für Klimagerechtigkeit, Achtung des Grundgesetzes, der Freiheitsrechte künftiger Generationen (sein). Zur Speerspitze gehört auch ein Speerschaft, sonst kann der Speer nicht wirksam eingesetzt werden. Schafft sind die zahlreichen Klimagruppen, Gewerkschaften, Sozialverbände, Friedensgruppen, Kirchen, ...

## Antrag L.1.0020.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, BAG Frieden und Internationale Politik, Antikapitalistische Linke und weitere

## Zeile 20

16 Doch dafür muss sich vieles ändern. In den letzten Jahren sind die Reichen und Mächtigen  
17 unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie gehen direkt in die Ministerien und  
18 lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern: Um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit  
19 noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und  
20 Gesundheitsversorgung brauchen, noch höhere Gewinne zu schlagen. Unterdessen steigen die  
Rüstungsausgaben auf Kosten von Wohnungsbau, Gesundheit und Pflege, Kitas, Schulen,  
Frauenhäusern, Bahn und Mobilität. Und damit wir das nicht  
21 merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Die  
22 Profiteure unserer ungerechten Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht  
23 darüber, dass sie das Problem sind.

## Begründung

NATO-Generalsekretär Rutte forderte im Dezember 2024, Renten, Gesundheit und Sozialausgaben zugunsten der Rüstung zu kürzen. Wir drehen den Spieß um und kritisieren Rüstungsausgaben auf Kosten von Sozialem. Zudem stehen die fehlenden Mittel für Soziales und die immensen Rüstungsausgaben für die meisten Menschen, die unter den Kürzungen leiden müssen, in direktem Zusammenhang zueinander.

## weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Bengt Rüstemeier, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Köln; KV Herford; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln  
LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0020.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in:

KV Köln

## Zeile 20

16 Doch dafür muss sich vieles ändern. In den letzten Jahren sind die Reichen und Mächtigen  
17 unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie gehen direkt in die Ministerien und  
18 lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern: Um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit  
19 noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und

- 20 Gesundheitsversorgung brauchen, noch höhere Gewinne zu schlagen. Unterdessen steigen die Rüstungsausgaben auf Kosten von Wohnungsbau, Gesundheit und Pflege, Kitas, Schulen, Frauenhäusern, Bahn und Mobilität. Und damit wir das nicht  
21 merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Die  
22 Profiteure unserer ungerechten Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht  
23 darüber, dass sie das Problem sind.

## Antrag L.1.0020.3

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: KV Herford

### Zeile 20

- 16 Doch dafür muss sich vieles ändern. In den letzten Jahren sind die Reichen und Mächtigen  
17 unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie gehen direkt in die Ministerien und  
18 lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern: Um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit  
19 noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und  
20 Gesundheitsversorgung brauchen, noch höhere Gewinne zu schlagen. Unterdessen steigen die Rüstungsausgaben auf Kosten von Wohnungsbau, Gesundheit und Pflege, Kitas, Schulen, Frauenhäusern, Bahn und Mobilität. Und damit wir das nicht  
21 merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Die  
22 Profiteure unserer ungerechten Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht  
23 darüber, dass sie das Problem sind.

### Begründung

Die Kosten für Wohnen, Strom und Gesundheit steigen nicht nur, um höhere Gewinne zu erzielen, sondern auch wegen der Zeitenwende, Aufrüstung und Kriegskosten.

## Antrag L.1.0025.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 25

- 24 Aber wir müssen genau darüber sprechen. Für uns ist klar: Die Spaltung der Gesellschaft in  
25 Arm und Reich ist eines der größten Probleme unserer Zeit, das durch die Klimakatastrophe noch weiter verschärft wird. Wer nur darauf hoffen kann,  
26 dass die Waschmaschine, das Auto oder die eigene Gesundheit noch zwei Jahre durchhalten,  
27 braucht jetzt Veränderung. Wer nicht weiß, wie er die nächste Mieterhöhung zahlen oder  
28 sein Kind unterbringen soll, dem helfen große Versprechungen nicht weiter.

### Begründung

Das Thema muss auch auf den ersten Seiten vorkommen.

## Antrag L.1.0026.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 26

24 Aber wir müssen genau darüber sprechen. Für uns ist klar: Die Spaltung der Gesellschaft in  
25 Arm und Reich ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Wer nur darauf hoffen kann,  
26 dass die Waschmaschine, ~~das Auto~~die Heizungsanlage oder die eigene Gesundheit noch zwei  
Jahre durchhalten,  
27 braucht jetzt Veränderung. Wer nicht weiß, wie er die nächste Mieterhöhung zahlen oder  
28 sein Kind unterbringen soll, dem helfen große Versprechungen nicht weiter.

### Begründung

Die sozial-ökologischen Wirkungen des Autos und seine globale Verallgemeinerbarkeit sind umstritten. Als legitimer, selbstverständlicher Gegenstand des Alltags sollte hier etwas weniger Strittiges gewählt werden.

## Antrag L.1.0030.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: Stadtteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost (Hamburg Nord)

### Zeile 30 - 31

29 Wir wollen, dass niemand mehr Angst haben muss, bei der nächsten Mieterhöhung aus der  
30 Wohnung zu fliegen. Deswegen wollen wir einen Mietendeckel durchsetzen. ~~Dadurch können~~  
31 ~~alle Menschen entspannt weiter zu Hause wohnen.~~Bezahlbarer, menschenwürdiger Wohnraum  
ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und ein aktives soziales und kulturelles  
Leben. Wir wollen, dass niemand mehr am  
32 Monatsende vor einem leeren Kühlschrank steht: Deshalb wollen wir die Mehrwertsteuer auf  
33 Grundnahrungsmittel abschaffen und die Marktmacht von großen Supermarktketten brechen.  
34 Heiz- und Strompreise müssen wieder bezahlbar werden. Damit niemand sich zwischen einer  
35 warmen Mahlzeit oder einer warmen Wohnung entscheiden muss. Wir wollen mehr Geld für die,  
36 die immer zu kurz kommen - allen voran Kinder und Familien. Deshalb kämpfen wir weiter für  
37 eine echte Kindergrundsicherung. Dafür, dass Frauen endlich gleiches Geld für  
38 gleichwertige Arbeit bekommen. Und dafür, dass sie über ihre eigenen Körper bestimmen  
39 können und vor Gewalt geschützt werden.

### Begründung

Nichts gegen erbauliche Ruhephasen, doch häusliche Entspannung soll nicht das Ende sondern ein Anfang sein.

## Antrag L.1.0032.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: Fried Weber (KV Potsdam)

#### Zeile 32

29 Wir wollen, dass niemand mehr Angst haben muss, bei der nächsten Mieterhöhung aus der  
30 Wohnung zu fliegen. Deswegen wollen wir einen Mietendeckel durchsetzen. Dadurch können  
31 alle Menschen entspannt weiter zu Hause wohnen. Wir wollen, dass niemand mehr am  
32 Monatsende vor einem leeren Kühlschrank steht: Bagatellsteuern wie Kaffeesteuer,  
Vergnügungssteuer, Hundesteuer etc. sollen abgeschafft werden. Sie verursachen viel Aufwand,  
bringen wenig Ertrag und belasten vor allem kleine und mittlere Geldbeutel. Deshalb wollen wir  
die Mehrwertsteuer auf  
33 Grundnahrungsmittel abschaffen und die Marktmacht von großen Supermarktketten brechen.  
34 Heiz- und Strompreise müssen wieder bezahlbar werden. Damit niemand sich zwischen einer  
35 warmen Mahlzeit oder einer warmen Wohnung entscheiden muss. Wir wollen mehr Geld für die,  
36 die immer zu kurz kommen - allen voran Kinder und Familien. Deshalb kämpfen wir weiter für  
37 eine echte Kindergrundsicherung. Dafür, dass Frauen endlich gleiches Geld für  
38 gleichwertige Arbeit bekommen. Und dafür, dass sie über ihre eigenen Körper bestimmen  
39 können und vor Gewalt geschützt werden.

## Antrag L.1.0040.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: BAG Senior\*innenpolitik, KV Recklinghausen, KV Unna und weitere

#### Zeile 40 - 41

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, ~~insbesondere in-~~  
41 ~~Ostdeutschland-~~ für alle.  
42 Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

## Begründung

Die BAG Senior\*innenpolitik hat über den Passus ausführlich - kontrovers, aber solidarisch - diskutiert und sich dann mehrheitlich für die Streichung entschieden.

Uns ist klar, dass eine besondere Rentenungerechtigkeit für Menschen in Ostdeutschland besteht. Aber es besteht auch eine besondere Rentenungerechtigkeit für Frauen: Der Gender-Renten-GAP liegt

bei 27 %. Davon betroffen sind insbesondere Frauen, die in schlecht bezahlten Berufen arbeiten bzw. gearbeitet haben. In den alten Bundesländern konnten viele Frauen wegen fehlenden oder schlechten Kinderbetreuungsangeboten viele Jahre nicht oder nur Teilzeit arbeiten. Von Armut im Rentenalter sind vor allem Frauen aus den Sozialberufen und aus dem Einzelhandel betroffen, die zu unserem Wählerklientel gehören. Diese könnten sich durch den Verweis aus „Ostdeutschland“ übersehen fühlen.

Auf die besondere Benachteiligung der Rentner\*innen in Ostdeutschland wird zudem noch konkret in dem Wahlprogramm-Kapitel „Gerechtigkeit für Ostdeutschland“ (Z 1904) eingegangen.

### weitere Antragstellende

KV Borken, KV Coesfeld, Rolf Kohn (Delegierter KV Recklinghausen/Gelsenkirchen), Marita Wagner (Delegierte KV Borken), Michael Gincel-Reinhardt (Delegierte KV Düsseldorf/ Mettmann)

Zoe Durm (KV Dortmund), Tobias Jacobs (KV Köln) und Sylvi Aldorf (KV Aachen)

## Antrag L.1.0041.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 41

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Ein Ende der Zwei-Klassen-Medizin und eine grundlegende Pflegereform ist  
42 ebenso überfällig. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
43 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
44 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
45 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
46 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
47 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
48 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
49 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
50 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
51 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
schützt und nicht Profite.

### Begründung

Krankenversicherung und Pflege fehlen in der sehr guten Einleitung.

## Antrag L.1.0041.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

### Zeile 41

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in

41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg und der Militärhaushalt muss sinken, damit wir  
heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

## Antrag L.1.0042.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: Sozialistische Linke

### Zeile 42

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Das neoliberale finanzpolitische  
Korsett aus Schuldenverzicht und Verzicht auf Steuererhöhung muss gesprengt werden. Es kann  
nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

### Begründung

Dieser Satz bringt nochmal auf den Punkt worum es uns als Linke wirtschaftspolitisch geht.

## Antrag L.1.0042.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: BAG Ökologische Plattform

### Zeile 42 - 46

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,

42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Die Klima- und die Biodiversitätskrise bedrohen unsere Zukunft und unser Leben. Sie wurden von den letzten Regierungen weder wirksam noch sozial bearbeitet. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere ~~munter~~das so Eingesparte mit ihren Privatjets auf dem Weg nach  
44 Sylt ~~fliegen. Wir wollen eine soziale~~verbrennen. Wir wollen eine gerechte Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, ~~in die~~  
46 ~~Pflicht genommen werden~~die finanzielle Verantwortung tragen müssen - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
49 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
50 schützt und nicht Profite.  
51

## Begründung

2024 war erneut das heißeste Jahr seit Beginn der systematischen Temperaturmessungen. Die 1,5° Grenze ist bereits überschritten. Wer glaubt die notwendige Wende in den wenigen verbliebenen Jahren zu schaffen, kann nicht ganz dicht sein. Stürme, Brände, Dürren, Hitzeperioden, Massenaussterben zeigen uns jedes Jahr mit einer steigenden Dringlichkeit, dass das größte Problem der Menschheit eben nicht die ungerechte Verteilung der Güter ist, sondern der Umstand, dass wir uns mit dieser kapitalistischen Wachstumsgesellschaft gerade sämtliche Grundlagen einer Güterproduktion verunmöglichen. Nun mag es taktisch nicht immer klug sein, die Klimakatastrophe nach vorne zu stellen, aber diese Probleme aus der Einführungserzählung herauszuschreiben widerspricht der Linken Tugend, die uns Rosa Luxemburg 1906 ins Poesiealbum geschrieben hat:

***Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer „das laut zu sagen, was ist“. („In revolutionärer Zeit, was weiter?“ GW 2, 36)***

... und heute ist Fakt und besonders hervorzuheben, dass der Kapitalismus uns die Erde kaputt macht.

## Antrag L.1.0042.3

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller*in:	Landesvorstand Hamburg
-------------------	------------------------

### Zeile 42

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn, Klimaschutz und Klimaanpassung und die Wirtschaft investieren können. Klimaschutz und Klimaanpassung muss als Gemeinschaftsaufgabe definiert werden, damit Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die

46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

## Begründung

Hier würde die Formulierung dafür sorgen, dass der Bund die Kommunen, die Klimaschutz betreiben hierbei unterstützen und fördern kann.

## Antrag L.1.0043.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 43 - 47

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung ~~zu Hause~~ runterdrehen müssen oder uns den Zug nicht mehr leisten können,  
während ~~andere munter~~ jedes Jahr mehr SUVs über die Straßen rollen oder die Reichen mit ihren  
Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine ~~soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und~~  
45 ~~Energiekonzerne~~ ganz andere Klimapolitik, die die Konzerne und alle anderen, die mit der  
Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, ~~in die~~  
besonders in die Pflicht ~~genommen werden~~ nimmt - und ~~nicht die große Mehrheit, der am Ende~~  
~~des Monats immer~~  
47 ~~weniger von ihrem Lohn bleibt~~ die durch öffentliche Infrastrukturen und Angebote der sozialen  
Daseinsvorsorge (wie flächendeckender ticketfreier ÖPNV u.ä.) endlich allen zu Gute kommt. Und  
wir wollen eine Klimapolitik, die planetare Grenzen achtet und die globale Verantwortung  
Deutschlands ernst nimmt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

## Begründung

selbsterklärend - bessere Formulierung, Klima mit nach oben gestellt und erklärt

## Antrag L.1.0043.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

## Zeile 43 - 47

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung ~~zu Hause~~ runterdrehen müssen oder uns den Zug nicht mehr leisten können,  
während ~~andere munter~~ jedes Jahr mehr SUVs über die Straßen rollen oder die Reichen mit ihren  
Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine ~~soziale ganz andere~~ Klimapolitik, ~~bei der die Superreichen und~~  
45 ~~Energiekonzerne~~ die die Konzerne und alle anderen, die mit der Zerstörung unserer  
Lebensgrundlagen Profite machen, ~~in die~~  
besonders in die Pflicht ~~genommen werden nimmt~~ - und ~~nicht die große Mehrheit, der am Ende~~  
~~des Monats immer~~  
47 ~~weniger von ihrem Lohn bleibt~~ die durch öffentliche Infrastrukturen und Angebote der sozialen  
Daseinsvorsorge (wie flächendeckender ticketfreier ÖPNV u.ä.) endlich allen zu Gute kommt.  
Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

## Begründung

Die Konzerne und Reichen sind zwar die Haupttreiber der Klimakrise. Es braucht aber darüber hinaus einen grundlegenden Umbau unserer sozial und ökologisch nicht tragfähigen Gesellschaftsform. Das Leben größerer Teil der Bevölkerung wird sich durchaus verändern. Aber wenn wir den ökologischen Umbau mit einer gerechteren Gesellschaft verbinden, kommt das allen zugute.

## Antrag L.1.0044.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: KV Offenbach-Kreis

## Zeile 44

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die ~~Superreichen und~~ Überreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

## Zeile 64

61 Deshalb brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die das, was wir gemeinsam erarbeiten, fair  
62 verteilt. Politik, die einige Wenige immer reicher macht, zeugt - entgegen aller  
63 Beteuerungen - nicht von Wirtschaftskompetenz, sondern ist schlicht Lobbyismus im Sinne  
64 der ~~Superreichen~~Überreichen. Wir wollen hohe Einkommen stärker besteuern und niedrige  
entlasten. Und  
65 große private Kapitalvermögen müssen endlich gerecht besteuert werden. Wir alle sind  
66 „systemrelevant“, nur Milliardäre sind es nicht. Niemand von uns wird Milliardär - aber  
67 wir alle sind irgendwann im Leben auf Unterstützung angewiesen.

## Begründung

Das Wort "Super" und Verbindungen mit ihm sind überwiegend positiv konnotiert ( z.B. „Superheld“ „Super gemacht!“). Die Existenz von „Superreichen“ ist hingegen nur ein Beispiel für die extreme Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Deshalb ist „Überreiche“ ein besserer Begriff, denn diese Menschen leben auf Kosten der Mehrheit im Überfluss. Der Begriff ist zwar weniger bekannt als „Superreiche“, aber intuitiv verständlich und hilft uns nicht in die Ideologiefalle der Reichen zu tappen.

## Antrag L.1.0047.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in:

KV Offenbach-Kreis

## Zeile 47

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Die fossilen Konzerne sollen, wie kürzlich in New York geschehen, für die Schäden an der Umwelt und der menschlichen Gesundheit -wie dem Hitzetod- zahlen, die sie im Rahmen der Klimakatastrophe anrichten. Dies fordern wir, obwohl wir wissen, dass keine Entschädigung hoch genug sein kann, um den Verlust eines Menschenlebens auszugleichen. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

## Begründung

Schon jetzt ist es so, dass durch Feinstaub, Stickoxyde und Hitze in den Großstädten viele Menschen erkranken und sterben. Obwohl dies vielfach durch wissenschaftlich anerkannte Studien belegt ist, verhalten die Konzerne und die Autobahn GmbH sich so, als wenn sie nichts damit zu tun hätten und

wälzen die Kosten und die Belastungen auf die Allgemeinheit ab. Schon längst hätte durch eine andere Technik, durch den massiven Ausbau des ÖPNV und eine deutlich andere Verkehrswegeplanung dem bereits entgegengewirkt werden können. Es ist höchste Zeit, dass die Verursacher auch die Kosten zu tragen haben, während sie gleichzeitig per Gericht zum Umlenken verurteilt werden müssen.

- <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2024-12/usa-new-york-oel-firmen-klima-strafe>

## Antrag L.1.0047.2

Änderungsantrag zu L.1-00

**Antragsteller\*in:** Stadtteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost (Hamburg Nord)

### Zeile 47 - 49

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. ~~Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten~~  
48 ~~sehen können so oft wir wollen~~ Der alltägliche Zugang zu Arbeit, Kultur, Bildung,  
gesellschaftlichem Engagement und geselligem Beisammensein setzt uneingeschränkte Mobilität  
voraus. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu ~~möglichst~~  
niedrigen Preisen und streben mittelfristig einen kostenfreien ÖPNV an. Darüber hinaus  
brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

### Begründung

Das Leben hat mehr zu bieten als die Familie.

## Antrag L.1.0051.1

Änderungsantrag zu L.1-00

**Antragsteller\*in:** Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, Die Linke.SDS

### Zeile 51

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer

47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite. Deutschland macht sich auf den Weg, zur viertgrößten Militärmacht der  
Welt aufzusteigen. In der militaristischen Zeitenwende hin zur Kriegstüchtigkeit sind sich SPD,  
Grüne, Union, FDP und AfD einig. Die geplante Stationierung von US Mittelstreckenraketen in  
Deutschland macht ganz Europa unsicherer.

## Begründung

Die Linke ist die einzige Partei, die sich gegen die „Zeitenwende“, die vor allem ein Zurück zum militaristischen Erbe Deutschlands bedeutet, wendet und die der in allen gesellschaftlichen Bereichen verordneten „Kriegstüchtigkeit“ entgegentritt. Das muss sich auch an prominenter Stelle in unserem Wahlprogramm ausdrücken.

## weitere Antragstellende

BAG Frieden und Internationale Politik (BAG FIP); Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Köln; KV Herford; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0051.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: KV Offenbach-Kreis

### Zeile 51

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst

49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite. So wie jeder gefällt Baum ein Baum zu viel ist, der uns fehlt, um die Klimakatastrophe noch aufzuhalten, so ist jeder Cent, den wir zu viel an Strom, Gas oder Lebensmittel gezahlt haben, ein Cent, der uns fehlt und den Konzernen nutzt, um weiterhin in fossile Energie zu investieren. Da wir aber schon bei der Ampel-Regierung die Erfahrung machen mussten, dass uns das Klimageld versprochen, aber nicht ausbezahlt wurde und die Infrastruktur insbesondere der ÖPNV und die Schulen weiterhin massiv vernachlässigt wurden, werden auch mit der neuen Regierung die Sozialausgaben verringert, das Bürgergeld gekürzt und das 9 € Ticket nicht kommen. Wir müssen uns die überhöhten Zahlungen direkt von den Konzernen wieder zurückholen! Deshalb fordern wir die direkte Rückzahlung der zu hohen Preise auf der Grundlage der Preise von 2005 von den Konzernen an die Verbraucher und außerdem eine Senkung der Mieten um 30% und Senkung der Storm- und Gas-Preise (ebenso Fernwärme) auf 5Cent pro kWh. Nur so können wir verhindern, dass wir unter der Inflation leiden und unsere Arbeitsplätze abgebaut werden, während die Konzerne in Geld schwimmen und massiv in Rüstung investieren, wodurch die Kriege in der ganzen Welt möglich gemacht werden.

## Begründung

Mit Donald Trump werden die marktradikalen, klimaschädlichen Ideen, die mit massiven Einsparungen im Sozialbereich einhergehen auch bei uns an Einfluss gewinnen. Auch der ehemalige BlackRock-Lobbyist Merz wird massiv dafür eintreten. Deshalb ist der Kampf gegen die Klimakatastrophe gleichzeitig der Kampf gegen Sozialabbau, für Demokratie, gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, gegen Gesundheitsbelastungen und gegen Krieg. **Der Kapitalfluss in Richtung fossiler Energie muss gebremst werden!** Man kann das Klassenbewusstsein stärken oder den Staat – letzteres wird nicht zu mehr Sozialausgaben führen erst recht nicht bei der kommenden Regierung. Von einer möglichen Vermögenssteuer wird der Bürger nicht einen Cent mehr in der Tasche haben. Gesetzlich dürfen Steuern nicht zweckgebunden eingenommen werden. Deshalb müssen die Übergewinne direkt zurückgezahlt werden an die Mieter, an die Strom und Gas-Kunden etc. Die Milliardäre müssen enteignet und verklagt werden! Sonst dient die Forderung nach der **Vermögenssteuer eher demWahlkampf von SPD und Grünen!**

## Antrag L.1.0051.3

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in:

KV Köln

### Zeile 51

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst

49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite. Deutschland macht sich auf den Weg, zur viertgrößten Militärmacht der Welt aufzusteigen. In der militaristischen Zeitenwende hin zur Kriegstüchtigkeit sind sich SPD, Grüne, Union, FDP und AfD einig. Die geplante Stationierung von US Mittelstreckenraketen in Deutschland macht ganz Europa unsicherer. Sie steigert die ohnehin höchst gefährliche Logik der „Abschreckung“ zu einer Logik „Wer zuerst schießt, gewinnt“. Wir dagegen stehen für friedliche Konfliktlösung, Entspannung und Abrüstung.

## Antrag L.1.0051.4

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: KV Herford

### Zeile 51

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir  
43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite. Deutschland macht sich auf den Weg, zur viertgrößten Militärmacht der Welt aufzusteigen. In der militaristischen Zeitenwende hin zur Kriegstüchtigkeit sind sich SPD, Grüne, Union, FDP und AfD einig. Die geplante Stationierung von US Mittelstreckenraketen in Deutschland macht ganz Europa unsicherer.

### Begründung

Das 100 Milliarden-Aufrüstungsprogramm und das Ziel, 2% vom BIP für Aufrüstung auszugeben, macht Deutschland zur viertgrößten Militärmacht der Welt. Diese Ziele werden von allen bürgerlichen Parteien geteilt. Das muss von den Linken auch in der Präambel erwähnt werden.

## Antrag L.1.0051.5

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: Matthias Böhringer

### Zeile 51

40 Wir wollen höhere Renten und wirkliche Rentengerechtigkeit, insbesondere in  
41 Ostdeutschland. Die Schuldenbremse muss weg, damit wir heute und morgen in Bildung,  
42 Brücken, Bus und Bahn und die Wirtschaft investieren können. Es kann nicht sein, dass wir

43 die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach  
44 Sylt fliegen. Wir wollen eine soziale Klimapolitik, bei der die Superreichen und  
45 Energiekonzerne, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, in die  
46 Pflicht genommen werden - und nicht die große Mehrheit, der am Ende des Monats immer  
47 weniger von ihrem Lohn bleibt. Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten  
48 sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst  
49 niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer  
50 Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze  
51 schützt und nicht Profite.

Wir wollen, dass die Umwelt nicht mehr gegen Wohlstand ausgespielt wird. Das Wohlstandsversprechen durch Wachstum dient hauptsächlich der Mehrung der Profite für große Unternehmen, Aktienkurse und der Klientel der FDP/ CDU. Realistisch wachsen viele Betriebe auch nicht und existieren trotzdem. Zum Wohlstand gehört eine lebenswerte Umwelt, die nicht für immer mehr Gewerbe- und Industriegebiete geopfert wird, Flußläufe immer mehr vertieft werden. Gutes Leben ohne Wachstum wird in der pluralen Ökonomie diskutiert. 2010-2013 beschäftigte sich zuletzt der Bundestag in der Enquete Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ mit der Überwindung des BIP als Maßstab für Wohlstand. Seitdem hat die plantare Krise für die Artenvielfalt, Böden, Meere, Biosphäre und Klima zugenommen. Der Kapitalismus und die Neoliberalen setzen die Hemmschwellen zur Ausbeutung von Mensch und Natur immer niedriger. Wir können nicht mehr warten, bis der Kapitalismus überwunden ist, sondern müssen dem egoistischen Homo Oeconomicus aus der Lehre der des kalten Kapitalismus und einen Gegenentwurf setzen. Der Green New Deal der Grünen ist eine Mär, denn es gibt keine Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum. Auch mit grünen Technologien werden Ressourcen verbraucht. Ein Mittel ist eine gleiche Gesellschaft ohne Statuswettbewerb.

## Begründung

In der Einführung des Programms 2021 gab es noch folgenden Absatz mit Bezug zur Biosphäre und Ausbeutung durch Kapitalismus:

Wir lassen niemanden zurück beim Umsteuern gegen die Klimakatastrophe. Der Klimawandel weist unverändert und beschleunigt darauf hin, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise mit Ressourcenverbrauch und Schadstoffemissionen, mit nachhaltiger Erwärmung des Weltklimas, mit unheilbarer Gefährdung der Artenvielfalt und der gesamten Biosphäre verbunden ist, die schon kurzfristig das Leben auf der Erde gefährden können. Wir wollen eine Gesellschaft, die für eine Wende zum Besseren – sozial und solidarisch – gerüstet ist. Denn Wandel

Der Fokus auf Klimaschutz reicht nicht, der gesamte Planet muss betrachtet werden, da die Rettung einzelner Aspekte nicht reicht. Fokus auf Klimaschutz kann auch zu abstrusen Dingen führen, wenn Kanzler Scholz den Lithiumabbau in Serbien befürwortet, wo dann kleinbäuerliche Landwirtschaft und Grundwassersysteme gefährdet sind oder Artenreiche Wiesen und gewachsene Wälder für Jungbauplantagen geopfert werden oder Indigene von Wäldern ausgesperrt werden.

Gedanken zu Wohlstand ohne Wachstum in:

<https://www.zabergaeu2040.de/arbeitspl%C3%A4tze-wohlstand/wohlstand-ohne-wachstum/>

## Antrag L.1.0052.1

Antragsteller\*in:

BV Friedrichshain-Kreuzberg, BV Reinickendorf, Links\*Kanax und weitere

## Zeile 52

- 52 Die Linke steht für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit die gleichen Rechte und Chancen haben. Wir kämpfen gegen Antisemitismus, Antiziganismus, Antimuslimischen Rassismus, Anti-Schwarzen Rassismus sowie jede andere Form von Rassismus und für ein Ende von struktureller wie auch institutioneller Diskriminierung. Ausschlüsse durchziehen alle Lebensbereiche, insbesondere unser Bildungssystem, den Arbeits- und Wohnmarkt sowie die öffentliche Verwaltung. Wir fordern daher eine gestärkte Antidiskriminierungsstelle, eine umfassende Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und den konsequenten Abbau rassistischer und diskriminierender Strukturen. Jeder Mensch muss vollen Zugang zu sozialen, politischen und kulturellen Rechten erhalten. Unsere Vision ist eine gerechte und offene Gesellschaft, in der gleiche Teilhabe selbstverständlich ist.
- 53 Wir stehen zum Recht auf Asyl - ohne Wenn und Aber. Wir wollen keine Festung Europa, die  
53 Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in der Wüste verdursten lässt. Wir wollen legale  
54 Fluchtwege und mehr Geld für die Kommunen. Alle Menschen müssen bei uns die gleichen  
55 Rechte und Chancen haben, unabhängig von Pass und Herkunft. Und ja: Wir halten an der  
56 Perspektive fest, dass Abrüstungsverträge, Kooperation, Diplomatie und friedliche  
57 Konfliktlösung der richtige Weg sind, um Sicherheit zu schaffen und globale Probleme zu  
58 lösen. Wir verteidigen die Demokratie und wollen mehr Mitbestimmung. Aber wir sagen auch:  
59 Unsere Demokratie muss besser funktionieren, vor allem für die, die keine teuren  
60 Lobbyorganisationen haben.

## Begründung

Diese Änderungen verdeutlichen die zentrale Bedeutung, die der Kampf für die Menschenwürde und gleiche Rechte für alle Menschen für Die Linke haben, seien es Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen\* oder andere von verschiedenen Ausschlüssen Betroffene. Gerade in Zeiten von massivem Rechtsruck und Deportationsplänen der extremen Rechten muss der Einsatz gegen Rassismus und jede Form der Diskriminierung sowie Antifaschismus ganz oben auf jeder linken Agenda stehen. Daher wurde die Präambel um einen Absatz zur solidarischen Einwanderungsgesellschaft ergänzt. Diese Positionierung gehört an den Anfang unseres Programms.

Migration ist eines der zentralen gesellschaftspolitischen Themen unserer Zeit, das grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechte und internationaler Solidarität berührt. Deswegen ist das Kapitel zu Migration sowie die Kapitel gegen Diskriminierung weiterer Marginalisierter und der Kampf gegen den aufkommenden Faschismus weiter nach oben zu rücken und kann u.a. nicht erst nach Tierrechten und Agrarwende Erwähnung finden. Es ist unsere Aufgabe als solidarische Linke den rassistischen Migrationsdebatten die Vision der Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Rechte und Chancen haben, entgegen zu setzen. Der Einsatz dafür ist eine ursoziale Frage!

Gerade in Zeiten zunehmender rassistischer und rechter Mobilisierung ist es wichtig, dass Die Linke ihre klare Position für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft und gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung von Anfang an - in der Präambel und durch die prominente Platzierung des Migrationskapitels - deutlich macht.

Der Einsatz für eine offene Einwanderungsgesellschaft, der Kampf gegen Diskriminierung und für eine gezielte Förderung zum Ausgleich jahrzehntelanger und immer noch währender Ausschlüsse und Diskriminierungen auch durch Quoten wirkt der sozialen Benachteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte und weiterer diskriminierter Gruppen entgegen. Die sozioökonomische Lage aller Menschen, gerade auch der unter besonders prekären Bedingungen lebenden und arbeitenden, ist Kernaufgabe einer solidarischen Linken.

## weitere Antragstellende

Vincent Bababoutilabo, Pilar Caballero Alvarez (Delegierte BAG queer), Elif Eralp (Delegierte BV Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin), Ferat Koçak (Delegierter BV Neukölln, Berlin), Ezequiel Pascual, Sofia Leonidakis (Delegierte Bremen), Canan Turan, Kilian Chauniere (Delegierter Bremen), Jens Hurling (Delegierter Bremen), Martha Kleedörfer (Delegierte BV Mitte, Berlin), Hannah Vongries (Delegierte BV Neukölln, Berlin).

## Antrag L.1.0055.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: KV Recklinghausen, KV Unna, KV Coesfeld und weitere

### Zeile 55 - 60

52 Wir stehen zum Recht auf Asyl - ohne Wenn und Aber. Wir wollen keine Festung Europa, die  
53 Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in der Wüste verdursten lässt. Wir wollen legale  
54 Fluchtwege und mehr Geld für die Kommunen. Alle Menschen müssen bei uns die gleichen  
55 Rechte und Chancen haben, unabhängig von Pass und Herkunft. ~~Und ja:~~ Deutschland macht sich auf den Weg, zur viertgrößten Militärmacht der Welt aufzusteigen. In der militaristischen Zeitenwende hin zur Kriegstüchtigkeit sind sich SPD, Grüne, Union, FDP und AfD einig. Die geplante Stationierung von US -Mittelstreckenraketen in Deutschland macht ganz Europa unsicherer. Die enorm steigenden Ausgaben im „Verteidigungshaushalt“ sollen durch massive Kürzungen im Sozialbereich die Rentner:innen, Beschäftigten und Bürgergeldbezieher bezahlen: Kanonen statt Butter und Bildung! Die zunehmende Militarisierung soll mit dem Abbau demokratischer Rechte durchgesetzt werden. Wir halten an der  
56 Perspektive fest, dass Abrüstungsverträge, Kooperation, Diplomatie und friedliche  
57 Konfliktlösung der richtige Weg sind, um Sicherheit zu schaffen und globale Probleme zu  
58 lösen. ~~Wir verteidigen die Demokratie und wollen mehr Mitbestimmung. Aber wir sagen auch:~~  
59 ~~Unsere Demokratie muss besser funktionieren, vor allem für die, die keine teuren~~  
60 ~~Lobbyorganisationen haben.~~

## Begründung

Die Friedensfrage und ihre Verbindung mit der sozialen Frage ist zentral für das Programm einer sozialistischen Partei. Sie muss in ihrem Wahlprogramm dazu klar Stellung beziehen und Orientierung bieten. Dies gilt besonders in einer Situation, in der sich die USA, die NATO und Deutschland darauf vorbereiten, Krieg zu führen. Die Linke ist und bleibt eine antimilitaristische Partei. Deswegen müssen wir das deutlich und prominent in die Präambel schreiben.

## weitere Antragstellende

KV Borken, Rolf Kohn (Delegierter KV Recklinghausen), Michael Gincel-Reinhardt (Delegierte KV Mettmann), Marita Wagner (Delegierte KV Borken), Zoe Durms (KV Dortmund), Tobias Jacobs (KV Köln), Sylvi Aldorf (KV Aachen) und Florian Grams (KV Hannover)

## Antrag L.1.0061.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: SV Leisnig (KV Mittelsachsen)

### Zeile 61 - 62

- 61 Deshalb brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die nicht nur das, was wir gemeinsam erarbeiten, fair
- 62 verteilt, sondern die Lebensgrundlagen aller garantiert, eine genossenschaftliche und solidarische Wirtschaft befördert und den Wandel zu demokratischer Planung und Wirtschaftsdemokratie anstößt. Politik, die einige Wenige immer reicher macht, zeugt - entgegen aller
- 63 Beteuerungen - nicht von Wirtschaftskompetenz, sondern ist schlicht Lobbyismus im Sinne
- 64 der Superreichen. Wir wollen hohe Einkommen stärker besteuern und niedrige entlasten. Und
- 65 große private Kapitalvermögen müssen endlich gerecht besteuert werden. Wir alle sind
- 66 „systemrelevant“, nur Milliardäre sind es nicht. Niemand von uns wird Milliardär - aber
- 67 wir alle sind irgendwann im Leben auf Unterstützung angewiesen.

### Begründung

Im Wahlprogramm soll auch unsere demokratisch-sozialistische Zielvorstellung zum Ausdruck kommen. Das macht uns von anderen Parteien deutlich unterscheidbar.

## Antrag L.1.0061.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: BAG Ökologischen Plattform, Unterarbeitsgruppe Energie der BAG Wirtschafts und Finanzpolitik, BAG Wirtschaftspolitik bei der ÖPF und weitere

### Zeile 61 - 62

- 61 Deshalb brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die die nicht nur das, was wir gemeinsam erarbeiten, fair
- 62 verteilt, sondern die Lebensgrundlagen aller garantiert, eine solidarische Wirtschaft befördert, demokratische Planung verallgemeinert sowie vertieft und Wirtschaftsdemokratie umfassend erweitert. Angesichts kollabierender Infrastruktur, der Plünderung unseres Sozialstaats und einer Übernutzung unseres Planeten durch einige Wenige ist die Zeit dafür außerordentlich knapp. Kurzfristige Gewinnspekulationen und eine von sinnvoller Arbeit losgelöste Finanzwirtschaft müssen an ihrem Raubzug gehindert werden. Politik, die einige Wenige immer reicher macht, zeugt - entgegen aller
- 63 Beteuerungen - nicht von Wirtschaftskompetenz, sondern ist schlicht Lobbyismus im Sinne
- 64 der Superreichen. Wir wollen hohe Einkommen stärker besteuern und niedrige entlasten. Und
- 65 große private Kapitalvermögen müssen endlich gerecht besteuert werden. Wir alle sind

66 „systemrelevant“, nur Milliardäre sind es nicht. Niemand von uns wird Milliardär - aber  
67 wir alle sind irgendwann im Leben auf Unterstützung angewiesen.

## Begründung

Die Reduzierung der Wirtschaftspolitik auf Verteilungspolitik ist inhaltlich falsch und widerspricht den übrigen Ausführungen im Wahlprogramm-Entwurf. Die vorgeschlagene Ergänzung steht in Bezug zu den übrigen Ausführungen im Wahlprogramm-Entwurf

## weitere Antragstellende

Judith Dellheim

## Antrag L.1.0069.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

### Zeile 69 - 70

68 Für uns als Linke ist klar: Wir stehen bedingungslos an der Seite der arbeitenden Menschen  
69 ~~und Familien. An der Seite der Menschen, bei~~ und all derjenigen, denen das Geld kaum zum  
Leben reicht und  
70 ~~derer,~~ die keine Lobby haben. Kurz: an der Seite der Mehrheit dieser Gesellschaft. An  
71 ihren Prioritäten richten wir unsere Politik aus.

## Antrag L.1.0071.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: Cuba sí

### Zeile 71

68 Für uns als Linke ist klar: Wir stehen bedingungslos an der Seite der arbeitenden Menschen  
69 und Familien. An der Seite der Menschen, bei denen das Geld kaum zum Leben reicht und  
70 derer, die keine Lobby haben. Kurz: an der Seite der Mehrheit dieser Gesellschaft. An  
71 ihren Prioritäten richten wir unsere Politik aus.

Als internationalistische Partei ist Die Linke Teil der weltweiten Bewegung für eine friedliche und gerechte Welt, gegen Imperialismus und Krieg, gegen Faschismus und Rassismus, gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Armut und Umweltzerstörung.

Die Linke ist solidarisch mit den Menschen, Bewegungen, Organisationen, Parteien und Regierungen, die sich für einen eigenständigen Entwicklungsweg jenseits kapitalistischer Profitlogik und gegen imperialistisches Hegemoniestreben einsetzen. Sie ist solidarisch mit allen Ländern, die sich wie Kuba auf einen sozialistischen Entwicklungsweg begeben haben, sie ist solidarisch mit progressiven politischen Entwicklungsprozessen in Lateinamerika, im globalen Süden und in der ganzen Welt - mit allen, die eine Politik des Friedens, der Völkerverständigung, der solidarischen ökonomischen Zusammenarbeit verfolgen, mit allen, die sich in ihren Ländern für Armutsverringerung, die Verringerung der sozialen Ausgrenzung und der Ungleichheit, für

Umweltschutz und für die Rechte von Indigenen einsetzen. Wir sind der festen Überzeugung, dass jedes Land das Recht hat, seinen eigenen Entwicklungsweg selbst zu bestimmen.

## Begründung

Begründung: Erfolgt mündlich

## Antrag L.1.0077.1

Änderungsantrag zu L.1-00

<b>Antragsteller*in:</b>	Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, BAG Frieden und Internationale Politik und weitere
--------------------------	---

### Zeile 77 - 78

72 Noch ein Wort zu uns, Heidi und Jan: Wir haben die Spitzenkandidatur für Die Linke  
73 übernommen, weil wir überzeugt sind, dass es eine Partei braucht, die eine laute Stimme  
74 für diejenigen ist, die sonst niemand hört. Die den Finger in die Wunde legt und die  
75 Ungleichheit aufzeigt. Wir glauben, dass mehr möglich ist. Dass das noch nicht alles  
76 gewesen sein kann - für Die Linke, für das Land, für Euch. Wir glauben, dass der  
77 Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist ~~und die Demokratie es wert ist, verteidigt~~  
78 zu werden. Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus.

## Begründung

Im Erfurter Programm steht „Wir wollen einen demokratischen Sozialismus.“ Der „Demokratische Sozialismus“ ist ein Kampf für eine Demokratie, die die sozialen Garantien des Lebens einschließt. Während die Demokratie im bürgerlichen Klassenstaat soziale Ungerechtigkeit nicht beseitigen will und deswegen leider gerade von vielen besonders von sozialer Ungerechtigkeit betroffenen Menschen gering geachtet wird.

## weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Stephan Jegielka, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Köln; KV Herford; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln  
LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0077.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in:

KV Herford

#### Zeile 77 - 78

72 Noch ein Wort zu uns, Heidi und Jan: Wir haben die Spitzenkandidatur für Die Linke  
73 übernommen, weil wir überzeugt sind, dass es eine Partei braucht, die eine laute Stimme  
74 für diejenigen ist, die sonst niemand hört. Die den Finger in die Wunde legt und die  
75 Ungleichheit aufzeigt. Wir glauben, dass mehr möglich ist. Dass das noch nicht alles  
76 gewesen sein kann - für Die Linke, für das Land, für Euch. Wir glauben, dass der  
77 Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist ~~und die Demokratie es wert ist, verteidigt-~~  
78 ~~zu werden.~~ Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus.

#### Begründung

Die Linke verteidigt nicht die bürgerliche Demokratie, die dabei endet, alle vier oder fünf Jahre einen Wahlzettel in die Urne zu werfen. Unser Ziel ist und bleibt der demokratische Sozialismus, eine Demokratie, bei der die Menschen wirklich über die Eigentums- und Produktionsverhältnisse mitentscheiden.

### Antrag L.1.0078.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in:

Kommunistische Plattform, BO Berlin Mitte und weitere

#### Zeile 78

72 Noch ein Wort zu uns, Heidi und Jan: Wir haben die Spitzenkandidatur für Die Linke  
73 übernommen, weil wir überzeugt sind, dass es eine Partei braucht, die eine laute Stimme  
74 für diejenigen ist, die sonst niemand hört. Die den Finger in die Wunde legt und die  
75 Ungleichheit aufzeigt. Wir glauben, dass mehr möglich ist. Dass das noch nicht alles  
76 gewesen sein kann - für Die Linke, für das Land, für Euch. Wir glauben, dass der  
77 Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und die Demokratie es wert ist, verteidigt  
78 ~~zu werden~~zu werden. Und wir sind überzeugt, dass die Feststellung Willy Brandts »Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne Frieden nichts« heute aktueller ist, denn je. Es droht ein nukleares Inferno. Zentral ist der Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens sowie gegen die in rasantem Tempo fortschreitende Militarisierung, die alle Bereiche der deutschen Gesellschaft durchdringt. Wir kämpfen gegen die Stationierung modernster US-amerikanischer Waffensysteme auf deutschem Boden, die in Minuten Moskau erreichen können. Deutschland würde im Fall der Fälle zum Ziel russischer Atomraketen werden. Nicht Kriegstüchtigkeit und Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete sichern den Frieden. Das Gegenteil ist der Fall. Wir sind ohne Wenn und Aber für diplomatische Lösungen überall in der Welt, wo Kriege Menschenleben kosten, Fluchtbewegungen auslösen und Länder zerstören. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg und Völkerhass ausgehen.

#### Begründung

Erfolgt mündlich.

## weitere Antragstellende

Rim Farha, (Delegierte der KPF), Margit Glasow (Delegierte BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik)  
Bodo Hinkel (Delegierter der KPF), Luisa Mayer (Delegierte solid), Thilo Urchs (Delegierter Berlin  
Mitte), Elisabeth Wissel (Delegierte Berlin Tempelhof Schöneberg), Stephan Jegielka, Melanie Rott

## Antrag L.1.0078.2

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: KV Berlin-Reinickendorf.

### Zeile 78

72 Noch ein Wort zu uns, Heidi und Jan: Wir haben die Spitzenkandidatur für Die Linke  
73 übernommen, weil wir überzeugt sind, dass es eine Partei braucht, die eine laute Stimme  
74 für diejenigen ist, die sonst niemand hört. Die den Finger in die Wunde legt und die  
75 Ungleichheit aufzeigt. Wir glauben, dass mehr möglich ist. Dass das noch nicht alles  
76 gewesen sein kann - für Die Linke, für das Land, für Euch. Wir glauben, dass der  
77 Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und die Demokratie es wert ist, verteidigt  
78 zu werden. Wir kämpfen bei der Bundestagswahl für einen sozialen Politikwechsel auf  
Bundesebene. Wir sind bereit, das Land mitzugestalten und mit allen fortschrittlichen Kräften  
eine soziale Politik durchzusetzen.

### Begründung

Stand auch schon ganz ähnlich im beschlossenen Leitantrag von Halle, jetzt ist es noch wichtiger klar zu machen, dass wir bereit sind, auch um- und durchzusetzen, was wir fordern. Auch um als Partei überhaupt eine relevante Funktion in der Auseinandersetzung über die Zukunft einnehmen zu können.

## Antrag L.1.0082.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in: LAG Frieden und internationale Politik Hamburg

### Zeile 82

82 ~~Eure~~

### Zeile 83

83 ~~Heidi & Jan~~

### Begründung

Idealerweise tritt die Partei mit einem Programm, nicht nur mit SpitzenkandidatInnen und diese wiederum mit dem Programm der Partei, nicht ihrem persönlichen, zur Wahl an. Das Programm sollte auch überzeugender sein als die „moderne“ Ansprache.

# Antrag L.1.0083.1

Änderungsantrag zu L.1-00

Antragsteller\*in:

Antikapitalistische Linke

Zeile 83

83 *Heidi & Jan*

## Der Kapitalismus darf nicht das Ende der Geschichte sein

Die letzten Jahre waren eine ununterbrochene Abfolge großer Krisen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung: "Finanzmarktkrise", "Eurokrise", "Flüchtlingskrise", "Pandemiekrisen", "Klimakrise" - das sind die Schlagworte. Nicht die Sozialistinnen und Sozialisten, nicht die Linke haben das weltweite System in Frage gestellt und diese Krisen erfunden, sondern es war das System selbst. In den letzten Jahren kam als zusätzliches Übel die schnell wachsende Inflation hinzu, zusätzlich kombiniert mit einer Rezession. Und am schlimmsten: Das in der kapitalistischen Konkurrenz immer angelegte Grundübel, der Krieg um Märkte und Einflusszonen, kam zurück, auch nach Europa. Weltweit gibt es 59 aktuelle Kriege, ein wachsender Teil davon sind konventionelle Kriege zwischen Staaten. Sie alle werden von der internationalen Rüstungsindustrie beliefert, auch von der deutschen, die einen nie dagewesenen Aufschwung erlebt. Die Folgen für die Menschen überall auf der Welt sind unbeschreiblich furchtbar: Millionen Tote und Verletzte; zahllose Opfer von sexueller Gewalt und der allgemeinen Verrohung des menschlichen Zusammenlebens; mehr als 100 Millionen Geflüchtete aufgrund von Krieg, Umweltzerstörung und politischer Unterdrückung; wieder wachsende Zahlen der Menschen, die an Hunger und akuter Unterernährung leiden; der Mangel an Trinkwasser, Energieversorgung, Land zur Eigenversorgung und Wohnraum prägt das Leben und den Kampf um das tägliche Überleben von Milliarden Menschen. Das ist die andere, gern verschwiegene Seite des unvorstellbaren Reichtums bei der kleinen Minderheit an Reichen. Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen sind heute weiter weg von ihrer Verwirklichung, zwischenzeitliche kleine Erfolge gehen wieder zurück.

Die Linke wird sich niemals mit dieser Realität der kapitalistischen Welt abfinden. Wir werden auch im Wahlkampf und im Parlament den Blick über den nationalen deutschen oder auch europäischen Rand nicht verlieren. Wir kämpfen mit allen notwendigen Mitteln für eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wir wollen eine auf Gemeineigentum, demokratisch geplante Wirtschaft und eine sozialistische Gesellschaft mit mehr Demokratie und Beteiligung aller als sie die herrschende Ordnung bieten kann.

Grundvoraussetzung dafür ist die Überführung der Banken und Konzerne, die die Wirtschaft bestimmen in Gemeineigentum und ihre demokratische Verwaltung und Kontrolle. Die demokratischen Zielsetzungen, wie sie auch das deutsche Grundgesetz fordert, mit gleichen Rechten und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand für alle, sind unsere Richtschnur. Die Krisen dieser Zeit mit all ihren Folgen für die Menschen sind nicht vorrangig Ergebnis von Irrtümern, Fehlern und Versagen der "Politiker:innen". Sie liegen begründet in den Grundlagen der Eigentums- und Besitzverhältnisse und der damit ermöglichten Macht einer Minderheit. Diese Eigentumsverhältnisse sind veränderbar. Eigentum verpflichtet, sagt auch das Grundgesetz. Die Linke wird das immer wieder zum Tagesthema machen.

# Antrag L.1.0083.2

Antragsteller\*in: KV Zwickau

### Zeile 53

52 Wir stehen zum Recht auf Asyl - ohne Wenn und Aber. Wir wollen keine Festung Europa, die  
53 Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in der Wüste verdursten lässt. Wir wollen legalsichere  
54 Fluchtwege und mehr Geld für die Kommunen. Alle Menschen müssen bei uns die gleichen  
55 Rechte und Chancen haben, unabhängig von Pass und Herkunft. Und ja: Wir halten an der  
56 Perspektive fest, dass Abrüstungsverträge, Kooperation, Diplomatie und friedliche  
57 Konfliktlösung der richtige Weg sind, um Sicherheit zu schaffen und globale Probleme zu  
58 lösen. Wir verteidigen die Demokratie und wollen mehr Mitbestimmung. Aber wir sagen auch:  
59 Unsere Demokratie muss besser funktionieren, vor allem für die, die keine teuren  
60 Lobbyorganisationen haben.

### Begründung

Indem wir von legaler Flucht sprechen, untermauern wir das falsche Framing der illegalen Flucht und spielen den anderen Parteien die dieses Framing im Wahlkampf nutzen in die Hände.

## Antrag L.1.0084.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

### Zeile 84

84 **I. ~~Leben-bezahlbar-machen~~Eine friedliche Welt ist möglich**  
(Verschiebung 6. Kapitel "Eine friedliche Welt ist möglich" (Zeilen 882 - 1075) nach Z. 84ff.)

### Begründung

Das Thema Krieg und Frieden, Zeitenwende, Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit, Kanonen statt Butter, ist derzeit ein alles andere überschattendes Thema und gehört an den Anfang des Bundestagswahlprogramms.

## Antrag L.1.0084.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: Kommunistische Plattform, BO Berlin Mitte und weitere

### Zeile 84

84 **I. ~~Leben-bezahlbar-machen~~Eine friedliche Welt ist möglich**  
(Verschiebung 6. Kapitel "Eine friedliche Welt ist möglich" (Zeilen 882 - 1075) nach Z. 84ff.)

### Begründung

Willy Brandts Feststellung »Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne Frieden nichts« ist heute aktueller denn je. Es stimmt nicht, dass das Thema eines drohenden Atomkrieges kaum interessiert – noch weniger als »Prävention und Beratung statt Strafverfolgung in der Drogenpolitik«. Erst nach diesem Abschnitt findet sich im Wahlprogramm das Thema Frieden. Der Kampf um den Frieden gehört nach der Präambel an die erste Stelle. Die Menschen haben zu Recht Angst vor dem atomaren Inferno. Wir spielen nicht mit Ängsten sondern bekämpfen deren Ursachen. Die Linke hat die Pflicht, gegen Kriegsvorbereitung und damit einhergehende Militarisierung zu mobilisieren. Dieser Kampf gehört an die erste Stelle.

## weitere Antragstellende

Rim Farha (Delegierte der KPF), Margit Glasow (Delegierte BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik), Bodo Hinkel (Delegierter der KPF), Luisa Mayer (Delegierte solid), Thilo Urchs (Delegierter Berlin Mitte), Elisabeth Wissel (Delegierte Berlin Tempelhof Schöneberg), Stephan Jegielka, Melanie Rott

## Antrag L.1.0084.3

Änderungsantrag zu L.1-01

<b>Antragsteller*in:</b>	Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, BAG Frieden und Internationale Politik, Antikapitalistische Linke und weitere
--------------------------	--

### Zeile 84

84 **I. ~~Leben bezahlbar machen~~ Entspannung und Abrüstung statt Militarisierung**  
(Umbenennung & Verschiebung 6. Kapitel "Eine friedliche Welt ist möglich" (Zeilen 882 - 1075) nach Z. 84ff.)

## Begründung

Am Anfang unseres Wahlprogramms sollte das Friedens-Thema unter der Überschrift „Entspannung und Abrüstung statt Militarisierung“ stehen. Bei den Themen, die die Menschen in Deutschland beschäftigen, steht die Sorge vor Kriegen ganz oben. Wie jüngst die Shell-Jugendstudie zeigte, hat eine deutliche Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland Angst vor einem Krieg in Europa. Für rund 81 Prozent der Befragten ist dies die größte Sorge - im Jahr 2019 waren es noch 46 Prozent. Die Linke tut gut daran dieses wichtige und vermutlich den Wahlkampf prägende Thema in ihrem Wahlprogramm an prominenter Stelle zu platzieren.

## weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen

Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0084.4

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: SV Chemnitz

Zeile 84

### 84 I. Leben bezahlbar machen, Wirtschaftskrise überwinden

#### Begründung

Die wirtschaftliche Unsicherheit ist eine der wesentlichen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger und tief verbunden mit einer Reihe an anderen Sorgen. Die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsaussichten der BRD wird der relevanteste Streitpunkt im kommenden und bereits laufenden Wahlkampf sein.

Die unsozialen Politikvorstellungen von AfD, FDP, Union, und teils auch SPD und Grünen, mit ihrem Verächtnis für Bürgergeldempfänger und Migranten zielen kommunikativ dennoch darauf ab, die wirtschaftliche Situation sei durch faule Menschen entstanden und durch deren Ächtung zu lösen.

Dabei zeigen alle Zahlen in eine andere Richtung – egal ob BIP, Arbeitslosenzahlen, oder Konsumlaune. Eine Agenda 2030 (oder besser gesagt Agenda 2010 2.0) ist dabei nicht nur unsozial, sondern auch wirtschaftlich inkompetent.

Die neoliberale (Wirtschafts-)Politik des Status Quo schaut immer nur auf die Unternehmen. Aber die stellen nur das Angebot. Warum sollte ein Unternehmen, das Geld aus einer neuen Steuerersparnis in neue Produktionsmittel investieren, wenn es nicht erst mehr Nachfrage für dessen Produkte gibt? Es braucht erst mehr Nachfrage, dann investieren Unternehmen in ihr Angebot, nicht andersherum!

Linke Politik liefert hier die viel besseren Antworten – was es in dieser Situation braucht sind ermutigende Nachfrageimpulse, insbesondere im Binnenmarkt, auch um die deutsche Exportabhängigkeit zu mindern. Dafür ist linke Politik die beste Wirtschaftspolitik: Sie stärkt jene, die den Großteil ihres Einkommens verkonsumieren und damit das Geld direkt wieder in die wirtschaftliche Nachfrage fließen lassen. Sie schafft staatliche Nachfrageimpulse durch Konjunkturpakete und neue Schuldenregeln. Und sie nimmt Geld von jenen, die ein Großteil ihres Einkommens sparen oder gespart haben (Vermögen) und führt der Wirtschaft damit Geld zu, das ihr vorher entzogen wurde.

Alle Parteien werben auf unterschiedlicher Art und Weise für eine sozial gerechte Politik. Dass nur unsere echt und nach der Wahl ungebrochen ist, muss man nicht dazu sagen. Aber sie ist vor allem auch eines: Das beste Wirtschaftsprogramm, das dieses Land bekommen kann. Und das muss uns und unseren Kommunikatoren bewusst werden. Für eine selbstbewusste linke Politik, die sich den wirtschaftlichen Sorgen mit höchster Kompetenz widmet. Stimmt bitte für diesen Antrag!

## Antrag L.1.0085.1

Antragsteller\*in: BAG Ökologischen Plattform, Unterarbeitsgruppe Energie der BAG Wirtschafts und Finanzpolitik

#### Zeile 85 - 92

~~85 Drei Jahre Ampel-Ausfall haben Deutschland noch sozial ungerechter gemacht als zuvor. Das  
86 Leben ist für die Mehrheit teurer geworden. Die Preisexplosion hat besonders Menschen mit  
87 niedrigen und mittlerem Einkommen getroffen. Sie müssen einen großen Teil ihres Einkommens  
88 für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben. Hier sind die Preise am meisten gestiegen:  
89 Unter Olaf Scholz sind Lebensmittel über 30 Prozent teurer geworden, Haushaltsenergie um  
90 etwa 50 Prozent. Die offiziellen Inflationszahlen verdecken, dass die Inflation für  
91 diejenigen mit weniger Geld sehr viel höher liegt als für diejenigen mit viel Geld. Es ist  
92 eine Inflation der Ungleichheit, die wir erleben.~~

Kluge Wirtschaftspolitik schafft es, die öffentlichen Bereiche zu stärken, zu mehr und zu demokratisieren, Mitbestimmung bei der Arbeit auszubauen, so dass schrittweise die verfügbaren Ressourcen und sozialer Fortschritt zusammenkommen. Unser Anspruch ist der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Drei Jahre Ampel-Ausfall haben Deutschland noch sozial ungerechter gemacht als zuvor. Das Leben ist für die Mehrheit teurer geworden. Die Preisexplosion hat besonders Menschen mit niedrigen und mittlerem Einkommen getroffen. Sie müssen einen großen Teil ihres Einkommens für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben. Hier sind die Preise am meisten gestiegen: Unter Olaf Scholz sind Lebensmittel über 30 Prozent teurer geworden, Haushaltsenergie um etwa 50 Prozent. Die offiziellen Inflationszahlen verdecken, dass die Inflation für diejenigen mit weniger Geld sehr viel höher liegt als für diejenigen mit viel Geld. Es ist eine Inflation der Ungleichheit, die wir erleben.

#### Begründung

Klärung des eigenständigen Verständnisses von Wirtschaftspolitik.

### Antrag L.1.0085.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: SV Chemnitz

#### Zeile 85

85 Deutschland steckt in einer Wirtschaftskrise. Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der darauffolgenden Energiekrise befindet sich unsere Wirtschaft im Dauerkrisenmodus und der Stagnation. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt heute 10 % unter dem Potenzialniveau vor der Krise - das entspricht einem entgangenen Wohlstand von 400 Milliarden Euro pro Jahr. Und das hat Auswirkungen: Die Arbeitslosenzahlen steigen, die Konsumlaune ist im Keller. Wir sagen ganz klar: Das ist kein Zufall - der Reallohn der Menschen liegt nach wie vor unter dem Vorkrisenniveau, der Staat spart und das würgt Konsum und damit die Wirtschaft ab. All das bietet auch rechten Kräften Aufschwung. Parallel dazu machen einige Konzerne massive Übergewinne und die Reichen werden immer reicher.

86 Drei Jahre Ampel-Ausfall haben Deutschland noch sozial ungerechter gemacht als zuvor. Das  
86 Leben ist für die Mehrheit teurer geworden. Die Preisexplosion hat besonders Menschen mit  
87 niedrigen und mittlerem Einkommen getroffen. Sie müssen einen großen Teil ihres Einkommens

88 für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben. Hier sind die Preise am meisten gestiegen:  
89 Unter Olaf Scholz sind Lebensmittel über 30 Prozent teurer geworden, Haushaltsenergie um  
90 etwa 50 Prozent. Die offiziellen Inflationszahlen verdecken, dass die Inflation für  
91 diejenigen mit weniger Geld sehr viel höher liegt als für diejenigen mit viel Geld. Es ist  
92 eine Inflation der Ungleichheit, die wir erleben.

## Begründung

Die wirtschaftliche Unsicherheit ist eine der wesentlichen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger und tief verbunden mit einer Reihe an anderen Sorgen. Die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsaussichten der BRD wird der relevanteste Streitpunkt im kommenden und bereits laufenden Wahlkampf sein.

Die unsozialen Politikvorstellungen von AfD, FDP, Union, und teils auch SPD und Grünen, mit ihrem Verächtnis für Bürgergeldempfänger und Migranten zielen kommunikativ dennoch darauf ab, die wirtschaftliche Situation sei durch faule Menschen entstanden und durch deren Ächtung zu lösen.

Dabei zeigen alle Zahlen in eine andere Richtung – egal ob BIP, Arbeitslosenzahlen, oder Konsumlaune. Eine Agenda 2030 (oder besser gesagt Agenda 2010 2.0) ist dabei nicht nur unsozial, sondern auch wirtschaftlich inkompetent.

Die neoliberale (Wirtschafts-)Politik des Status Quo schaut immer nur auf die Unternehmen. Aber die stellen nur das Angebot. Warum sollte ein Unternehmen, das Geld aus einer neuen Steuerersparnis in neue Produktionsmittel investieren, wenn es nicht erst mehr Nachfrage für dessen Produkte gibt? Es braucht erst mehr Nachfrage, dann investieren Unternehmen in ihr Angebot, nicht andersherum!

Linke Politik liefert hier die viel besseren Antworten – was es in dieser Situation braucht sind ermutigende Nachfrageimpulse, insbesondere im Binnenmarkt, auch um die deutsche Exportabhängigkeit zu mindern. Dafür ist linke Politik die beste Wirtschaftspolitik: Sie stärkt jene, die den Großteil ihres Einkommens verkonsumieren und damit das Geld direkt wieder in die wirtschaftliche Nachfrage fließen lassen. Sie schafft staatliche Nachfrageimpulse durch Konjunkturpakete und neue Schuldenregeln. Und sie nimmt Geld von jenen, die ein Großteil ihres Einkommens sparen oder gespart haben (Vermögen) und führt der Wirtschaft damit Geld zu, das ihr vorher entzogen wurde.

Alle Parteien werben auf unterschiedlicher Art und Weise für eine sozial gerechte Politik. Dass nur unsere echt und nach der Wahl ungebrochen ist, muss man nicht dazu sagen. Aber sie ist vor allem auch eines: Das beste Wirtschaftsprogramm, das dieses Land bekommen kann. Und das muss uns und unseren Kommunikatoren bewusst werden. Für eine selbstbewusste linke Politik, die sich den wirtschaftlichen Sorgen mit höchster Kompetenz widmet. Stimmt bitte für diesen Antrag!

## Antrag L.1.0089.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in:

BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 89 - 90

85 Drei Jahre Ampel-Ausfall haben Deutschland noch sozial ungerechter gemacht als zuvor. Das  
86 Leben ist für die Mehrheit teurer geworden. Die Preisexplosion hat besonders Menschen mit  
87 niedrigen und mittlerem Einkommen getroffen. Sie müssen einen großen Teil ihres Einkommens  
88 für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben. Hier sind die Preise am meisten gestiegen:

89 Hier sind die Preise am meisten gestiegen: Unter Olaf Scholz sind Lebensmittel über 30 Prozent  
teurer geworden, ~~Haushaltsenergie um-~~  
90 ~~etwa 50 Prozent.~~ Unter anderem wegen des Kriegs Russlands gegen die Ukraine sind Gaspreise  
und damit auch Strompreise in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Im Bereich  
Elektrizität wirken vor allem die gestiegenen Netzentgelte für den Netzausbau als Preistreiber.  
Die offiziellen Inflationszahlen verdecken, dass die Inflation für  
91 diejenigen mit weniger Geld sehr viel höher liegt als für diejenigen mit viel Geld. Es ist  
92 eine Inflation der Ungleichheit, die wir erleben.

## Begründung

Die ursprüngliche Formulierung stimmt so nicht. Es liegt vor allem am Ukraine-Russland-Krieg und auch sind es eher 30 Prozent seitdem, nicht 50 Prozent.

## Antrag L.1.0092.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: Sozialistische Linke

### Zeile 92

85 Drei Jahre Ampel-Ausfall haben Deutschland noch sozial ungerechter gemacht als zuvor. Das  
86 Leben ist für die Mehrheit teurer geworden. Die Preisexplosion hat besonders Menschen mit  
87 niedrigen und mittlerem Einkommen getroffen. Sie müssen einen großen Teil ihres Einkommens  
88 für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgeben. Hier sind die Preise am meisten gestiegen:  
89 Unter Olaf Scholz sind Lebensmittel über 30 Prozent teurer geworden, Haushaltsenergie um  
90 etwa 50 Prozent. Die offiziellen Inflationszahlen verdecken, dass die Inflation für  
91 diejenigen mit weniger Geld sehr viel höher liegt als für diejenigen mit viel Geld. Es ist  
92 eine Inflation der Ungleichheit, die wir erleben.

Ein wesentlicher Grund für die Teuerungen ist der durch die Ampel Regierung vollendete  
Ausstieg aus dem Handel mit Russland. Dies hat zu einem rasanten Anstieg der Energiepreise  
geführt und in der Folge zu Preissteigerungen bei vielen Waren des täglichen Bedarfs und  
Industriewaren.

Die hohen Energiepreise und die Einführung von Sanktionen gegen wirtschaftliche Akteure aus  
Russland und China führen auch zu einem wirtschaftlichen Niedergang, zu Standortschließungen  
und Produktionsverlagerungen in der Industrie. Die finanziellen Belastungen der Kommunen  
steigen enorm, und Handwerksbetriebe fürchten um ihre Existenz. Vor allem im Osten  
Deutschlands befürchten die Menschen einen wirtschaftlichen Niedergang wie in den 1990er  
Jahren.

Um Preissteigerungen, Deindustrialisierung und der wachsenden Verschuldung der Mehrheit der  
Bevölkerung und der öffentlichen Haushalte entgegenzuwirken, muss ein Ausstiegspfad zum  
Abbau von Sanktionen und für internationale Kooperation eingeschlagen werden.

### Zeile 93

93 ~~Doch das lässt sich ändern: Preise~~ Bevor durch Abschaffung von Sanktionen und friedliche

internationale Beziehungen wieder kostengünstigere Energiequellen verfügbar sind ~~nicht~~ naturgegeben, wollen wir mit anderen Mitteln dafür sorgen, dass das Leben bezahlbar bleibt. Wir wollen Preise , da wo

94 nötig, regulieren und begrenzen, damit die Konzerne nicht beliebig ihre Profite erhöhen  
95 können. Das gilt nicht nur für die Miete, sondern auch für Energie und Lebensmittel.  
96 Niemand soll am Ende des Monats mehr Angst vor dem Einkauf haben. Willkürliche  
97 Preiserhöhungen darf es bei unseren grundlegenden Bedürfnissen nicht mehr geben. Wir  
98 schlagen eine Preis-Behörde und soziale Tarife für den Grundverbrauch bei Strom und Gas  
99 vor, um uns künftig vor künstlicher Preistreiberei zu schützen. Auf Grundnahrungsmittel  
100 soll die Mehrwertsteuer entfallen, was alle Menschen schnell und unkompliziert entlastet.

## Begründung

Der Anstieg der Energiekosten und in der Folge der Lebensmittelpreise sind nicht vom Himmel gefallen, sondern Folge der Eskalation der Beziehungen zwischen der EU (und den USA) auf der einen, Russland und China auf der anderen Seite, sowie des Kriegs in der Ukraine. Mit dem Wechsel zu US-amerikanischem Frackinggas haben sich die Preise für diesen Energierohstoff in Deutschland massiv erhöht. Darauf basiert die weitere "Inflation", die zum Teil auf echten Kostensteigerungen und zum Teil auf Sondergewinnen aus dieser Sondersituation beruht. Die Sanktionen, die den Handel mit Russland und China behindern, wirken sich auf die Industrie und Arbeitsplätze aus, was die soziale Sicherheit weiter verringert. In diesem Klima der sozialen Verunsicherung lassen sich Extraprofite ohne Widerstand durchsetzen.

Ohne die Begründung für die wirtschaftliche Entwicklung zu nennen, bleibt das Programm oberflächlich und kann die wesentlichen Ziele für linke Politik nicht verdeutlichen: **soziale Sicherheit braucht eine Abkehr von der Kriegspolitik.**

## Antrag L.1.0098.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in:

KV Köln

### Zeile 98

93 Doch das lässt sich ändern: Preise sind nicht naturgegeben. Wir wollen Preise , da wo  
94 nötig, regulieren und begrenzen, damit die Konzerne nicht beliebig ihre Profite erhöhen  
95 können. Das gilt nicht nur für die Miete, sondern auch für Energie und Lebensmittel.  
96 Niemand soll am Ende des Monats mehr Angst vor dem Einkauf haben. Willkürliche  
97 Preiserhöhungen darf es bei unseren grundlegenden Bedürfnissen nicht mehr geben. Wir  
98 schlagen eine Preis-~~Behörde~~Aufsicht und soziale Tarife für den Grundverbrauch bei Strom und  
Gas  
99 vor, um uns künftig vor künstlicher Preistreiberei zu schützen. Auf Grundnahrungsmittel  
100 soll die Mehrwertsteuer entfallen, was alle Menschen schnell und unkompliziert entlastet.

## Begründung

Aufsicht wirkt weniger bürokratisch und abschreckend als Behörde.

## Antrag L.1.0100.1

**Antragsteller\*in:**

BAG Senior\*innenpolitik, KV Recklinghausen, KV Unna und weitere

### **Zeile 100**

93 Doch das lässt sich ändern: Preise sind nicht naturgegeben. Wir wollen Preise , da wo  
94 nötig, regulieren und begrenzen, damit die Konzerne nicht beliebig ihre Profite erhöhen  
95 können. Das gilt nicht nur für die Miete, sondern auch für Energie und Lebensmittel.  
96 Niemand soll am Ende des Monats mehr Angst vor dem Einkauf haben. Willkürliche  
97 Preiserhöhungen darf es bei unseren grundlegenden Bedürfnissen nicht mehr geben. Wir  
98 schlagen eine Preis-Behörde und soziale Tarife für den Grundverbrauch bei Strom und Gas  
99 vor, um uns künftig vor künstlicher Preistreiberei zu schützen. Auf Grundnahrungsmittel  
100 soll die Mehrwertsteuer entfallen, was alle Menschen schnell und unkompliziert entlastet.  
Zugleich wollen wir einen steuerfinanzierten Inflationsausgleich auch für Rentner\*innen,  
Auszubildende und Studierende sowie Beschäftigte, die bisher keinen Anspruch darauf hatten.

### **Begründung**

Im Oktober 2022 hatte die Bundesregierung einen Inflationsausgleich von 3000 Euro steuerfrei bis Ende 2024 in Aussicht gestellt. Die Privatwirtschaft hat ihren Beschäftigten bis zu 3000 Euro überwiesen. Auch der Bund hat seine Beamte und per Tarifvertrag Angestellte im öffentlichen Dienst mit dieser Prämie entlastet.

Rentner\*innen dagegen sowie Studierende, Auszubildende, viele Beschäftigte im Niedriglohnbezug und die in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung haben diesen Ausgleich nicht erhalten. Das ist sowohl eine Ungleichbehandlung nach bundesdeutschem Recht als auch im Fall der Rentner\*innen eine klare Diskriminierung. Seit 2021 liegen die Rentenanpassungen unter den Inflationsraten und decken bei weitem nicht die Teuerung bei Heizungs- und Energiekosten, bei Mietsteigerungen, bei Medikamenten und besonders bei Lebensmitteln.

Ein steuerfinanzierter Inflationsausgleich würde die Menschen sofort und unmittelbar entlasten. Er muss steuer-, abgaben- und anrechnungsfrei gezahlt werden. Alle großen Sozialverbände und die größten Gewerkschaften IG Metall und ver.di haben sich dieser Forderung angeschlossen. Auch die bundesweite Demonstration für diese Forderung am 06. November 2024 in Berlin wurde von den Gewerkschaften und Sozialverbänden unterstützt. Eine entsprechende Petition unterschrieben 250.000 Menschen. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat eine Petition beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eingereicht.

Die BAG Senior\*innen erweitert die Forderung auf weitere soziale Gruppen: zumindest auf Studierende, Auszubildende, gering Beschäftigte, Erwerbsgeminderte sowie die Menschen in den Behindertenwerkstätten. Sie sind ebenfalls besonders von der Inflation der Ungleichheit betroffen.

Die Linke muss diese Forderung unterstützen und offensiv erheben, um als Partei für soziale Gerechtigkeit glaubhaft zu bleiben.

### **weitere Antragstellende**

KV Borken, KV Coesfeld, Rolf Kohn (Delegierter KV Recklinghausen/Gelsenkirchen), Marita Wagner (Delegierte KV Borken), Michael Gincel-Reinhardt (Delegierte KV Düsseldorf/ Mettmann), Zoe Durm (KV Dortmund), Tobias Jacobs (KV Köln) und Sylvi Aldorf (KV Aachen)

## Antrag L.1.0101.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 101

101 Die steigenden Lebenshaltungskosten sind kein unglücklicher Zufall: ~~Lebensmittelkonzerne-~~  
102 Lebensmittel-, Wohnungs-  
103 und Energiekonzerne machen Rekordgewinne. Die Unternehmen nutzen die Inflation. Sie setzen  
104 die Preise hoch - und steigern damit ihre Gewinne. Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und  
105 Kaufland, hat sein privates Vermögen während der Regierungszeit der Ampel verdoppelt! Er  
besitzt nach Schätzungen des Manager Magazins nun 43,7 Milliarden Euro.

### Begründung

Redaktionell

## Antrag L.1.0104.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 104

101 Die steigenden Lebenshaltungskosten sind kein unglücklicher Zufall: Lebensmittelkonzerne  
102 und Energiekonzerne machen Rekordgewinne. Die Unternehmen nutzen die Inflation. Sie setzen  
103 die Preise hoch - und steigern damit ihre Gewinne. Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und  
104 Kaufland, hat sein privates Vermögen ~~während der Regierungszeit der Ampel~~ in den letzten  
sieben Jahren verdoppelt! Er  
105 besitzt nach Schätzungen des Manager Magazins nun 43,7 Milliarden Euro.

### Begründung

Veralteter Sachstand/Fehlerkorrektur.

## Antrag L.1.0105.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: SV Chemnitz

### Zeile 105

101 Die steigenden Lebenshaltungskosten sind kein unglücklicher Zufall: Lebensmittelkonzerne  
102 und Energiekonzerne machen Rekordgewinne. Die Unternehmen nutzen die Inflation. Sie setzen  
103 die Preise hoch - und steigern damit ihre Gewinne. Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und  
104 Kaufland, hat sein privates Vermögen während der Regierungszeit der Ampel verdoppelt! Er  
105 besitzt nach Schätzungen des Manager Magazins nun 43,7 Milliarden Euro.  
Statt die Reichen weiter zu begünstigen und Bürgergeldempfänger oder Migranten stärker zu

belasten, wäre es deutlich wirksamer, die Bevölkerung direkt zu entlasten - das ist eines der effektivsten Mittel, um die dringend benötigten wirtschaftlichen Impulse in dieser Krise zu setzen.

#### Wirtschaftsaufschwung durch Wohlstand für Alle

Während FDP, Union und AfD an der Schuldenbremse festhalten und Sparpolitik betreiben wollen, fordern wir einen grundlegenden Kurswechsel. Und damit sind wir nicht allein - längst fordern progressive Denkfabriken, inzwischen aber auch wirtschaftsnahe Institutionen, eine Neuregelung der Schuldenbremse. Um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen braucht es nachhaltige Impulse. Das erreichen wir durch zügig zu verabschiedende Konjunkturpakete und durch Maßnahmen, die den Konsum ankurbeln und so die Kaufkraft der Bevölkerung stärken.

Wir wollen die existierenden Schuldenregeln dafür nutzen und verändern:

- die Schuldenbremse muss so schnell wie möglich ausgesetzt werden, um mithilfe von Konjunkturpaketen wirtschaftliche Impulse zu setzen
- innerhalb von 15 Jahren wollen wir den Investitionsstau von derzeit 600 Milliarden Euro abbauen - von Bildung über Infrastruktur bis zur Energiewende
- perspektivisch wollen wir die Schuldenbremse durch eine demokratische Schuldenregel ersetzen, die jede neue Regierung verpflichtet, ihre eigenen Schuldenregel in einem Bundesgesetz festzulegen

Wir wollen die Nachfrage stärken:

- den Mindestlohn wollen wir endlich auf ein armutsfestes Niveau anheben - entsprechend der EU-Mindestlohnrichtlinie auf 15€/h
- die Mehrwertsteuer auf Grundbedarfsgüter (Lebensmittel, Hygieneprodukte, ÖPNV) wollen wir dauerhaft von 7% auf 0% senken
- wir wollen die Erhöhung der Grundsicherung und des Einkommenssteuerfreibetrags, für mehr Netto vom Brutto und damit echten Wohlstand für Alle
- perspektivisch wollen wir ein stärkeres Mitbestimmungsrecht der Mitarbeitenden in den Betrieben - sowohl bei der betrieblichen Entwicklung als auch bei der Verwendung der Gewinne. So entscheiden diejenigen mit, die den Erfolg erwirtschaften, und es fließt mehr in Investitionen und Mitarbeiterausschüttungen, statt Aktionärsdividenden.

Diese Maßnahmen helfen uns dabei, kurzfristig die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und mittel- bis langfristig eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung herbeizuleiten. Die Nachfrage wird hierbei insbesondere durch die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen gesteigert, die nachweislich einen Großteil ihres Einkommens verkonsumieren. Währenddessen wollen wir hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuern, welche durch hohe Sparquoten der Wirtschaft Geld und damit Nachfrage entziehen. Damit kurbeln wir die Wirtschaft wieder an!

Linke Politik ist daher nicht nur sozial, gerecht und nachhaltig, sondern auch gut für die Wirtschaft!

## **Begründung**

Die wirtschaftliche Unsicherheit ist eine der wesentlichen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger und tief verbunden mit einer Reihe an anderen Sorgen. Die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsaussichten der BRD wird der relevanteste Streitpunkt im kommenden und bereits laufenden Wahlkampf sein.

Die unsozialen Politikvorstellungen von AfD, FDP, Union, und teils auch SPD und Grünen, mit ihrem Verächtnis für Bürgergeldempfänger und Migranten zielen kommunikativ dennoch darauf ab, die wirtschaftliche Situation sei durch faule Menschen entstanden und durch deren Ächtung zu lösen.

Dabei zeigen alle Zahlen in eine andere Richtung – egal ob BIP, Arbeitslosenzahlen, oder Konsumlaune. Eine Agenda 2030 (oder besser gesagt Agenda 2010 2.0) ist dabei nicht nur unsozial, sondern auch wirtschaftlich inkompetent.

Die neoliberale (Wirtschafts-)Politik des Status Quo schaut immer nur auf die Unternehmen. Aber die stellen nur das Angebot. Warum sollte ein Unternehmen, das Geld aus einer neuen Steuerersparnis in neue Produktionsmittel investieren, wenn es nicht erst mehr Nachfrage für dessen Produkte gibt? Es braucht erst mehr Nachfrage, dann investieren Unternehmen in ihr Angebot, nicht andersherum!

Linke Politik liefert hier die viel besseren Antworten – was es in dieser Situation braucht sind ermutigende Nachfrageimpulse, insbesondere im Binnenmarkt, auch um die deutsche Exportabhängigkeit zu mindern. Dafür ist linke Politik die beste Wirtschaftspolitik: Sie stärkt jene, die den Großteil ihres Einkommens verkonsumieren und damit das Geld direkt wieder in die wirtschaftliche Nachfrage fließen lassen. Sie schafft staatliche Nachfrageimpulse durch Konjunkturpakete und neue Schuldenregeln. Und sie nimmt Geld von jenen, die ein Großteil ihres Einkommens sparen oder gespart haben (Vermögen) und führt der Wirtschaft damit Geld zu, das ihr vorher entzogen wurde.

Alle Parteien werben auf unterschiedlicher Art und Weise für eine sozial gerechte Politik. Dass nur unsere echt und nach der Wahl ungebrochen ist, muss man nicht dazu sagen. Aber sie ist vor allem auch eines: Das beste Wirtschaftsprogramm, das dieses Land bekommen kann. Und das muss uns und unseren Kommunikatoren bewusst werden. Für eine selbstbewusste linke Politik, die sich den wirtschaftlichen Sorgen mit höchster Kompetenz widmet. Stimmt bitte für diesen Antrag!

## Antrag L.1.0106.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 106

106 **Wir senken die Lebensmittelpreisehaltungskosten - sofort und wirkungsvoll**

### Begründung

Bus und Bahn in der nachfolgenden Aufzählung sind keine Lebensmittel.

## Antrag L.1.0113.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 113

- 113 • Mehrwertsteuer abschaffen für Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte Bus und Bahn: Nicht  
nur Wohnen,  
114 Lebensmittel und Energie sind viel zu teuer geworden. Auch Kosten für Alltägliches,  
115 wie für den Regionalzug, für Kino und Sport sind stark gestiegen. Das belastet vor

116 allem Menschen mit niedrigen Einkommen und Familien. Wir wollen der Teuerung  
117 entgegenwirken: Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn (Regional- und  
118 Fernverkehr) wollen wir von der Mehrwertsteuer befreien. Wir stellen gesetzlich  
119 sicher, dass die Mehrwertsteuersenkung sich in den Preisen niederschlägt - und nicht  
120 die Profite der Unternehmen füttert. Das ist ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit,  
121 macht das Leben sicherer und stärkt die Kaufkraft.

## Begründung

Konsistenz mit Kapitel 3

### Antrag L.1.0121.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: KV Köln

#### Zeile 121

- 113 • Mehrwertsteuer abschaffen für Grundnahrungsmittel, Bus und Bahn: Nicht nur Wohnen,  
114 Lebensmittel und Energie sind viel zu teuer geworden. Auch Kosten für Alltägliches,  
115 wie für den Regionalzug, für Kino und Sport sind stark gestiegen. Das belastet vor  
116 allem Menschen mit niedrigen Einkommen und Familien. Wir wollen der Teuerung  
117 entgegenwirken: Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Bus und Bahn (Regional- und  
118 Fernverkehr) wollen wir von der Mehrwertsteuer befreien. Wir stellen gesetzlich  
119 sicher, dass die Mehrwertsteuersenkung sich in den Preisen niederschlägt - und nicht  
120 die Profite der Unternehmen füttert. Das ist ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit,  
121 macht das Leben sicherer und stärkt die Kaufkraft.
- Darüber hinaus senken wir den Preis für das Deutschlandticket wieder auf 9€. Für Schüler\*innen, Azubis, Senior\*innen und Studierende soll das Deutschlandticket kostenlos sein.

## Begründung

Zum neuen Bullet Point: Auch das gehört vom Sinnzusammenhang zu Preispolitik.

### Antrag L.1.0123.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: BV Tempelhof-Schöneberg, BV Neukölln und weitere

#### Zeile 123 - 125

- 122 • Lebensmittelverschwendung soll verboten werden. Genießbare Lebensmittel sollen an  
123 gemeinnützige Organisationen weitergegeben oder direkt kostenfrei an Kund\*innen  
124 abgegeben werden müssen. ~~Lebensmittelabfälle sollen~~  
125 ~~bis 2030 halbiert werden. Dafür braucht es verbindliche Vorgabe für die~~  
~~unterschiedlichen Branchen~~ Bis dahin soll das Mitnehmen von abgelaufenen und  
weggeworfenen Lebensmitteln aus Abfällen ("Containern") straffrei gestellt werden (siehe

## Kapitel 10).

### **Begründung**

Es ist richtig, dass abgelaufene und unverdorbene Lebensmittel nicht vernichtet werden dürfen, eine Abgabe ausschließlich an gemeinnützige Organisationen würde jedoch einen größeren Teil von Armutsbetroffenen ausschließen. Ein nicht unerheblicher Teil von Senior:innen bsw. beantragen, trotz Anspruch, keine Grundsicherung – aus welchen Gründen auch immer - oder liegen nur wenige Euro über der Bemessungsgrenze und haben somit keinen Zugang zur Tafel. Warum nicht, wie bereits auf einigen Wochenmärkten und in einzelnen Supermärkten, abgelaufene und unverdorbene Lebensmittel in gekennzeichneten Behältnissen zur kostenfreien Mitnahme zur Verfügung zu stellen. Dies gibt allen die Möglichkeit Lebensmittel zu retten, ohne sich dem teilweise diskriminierenden Procedere der Tafeln aussetzen zu müssen. Zusätzlich müssen wir uns weiter verstärkt für die Abschaffung der Strafbarkeit im Zusammenhang mit dem sogenannten Containern einsetzen. Die Mitnahme weggeworfener Nahrung darf nicht strafbar sein.

### **weitere Antragstellende**

Doris Hammer (Ersatzdelegierte BV TS), Carsten Schulz (Delegierte BV TS), Stanislav Jurk (Delegierte BV TS), Carolin Behrenwald, Elisabeth Wissel (Berlin), (Ersatzdelegierte BV TS), Mats Kröger (Ersatzdelegierte BV TS) und Otto Bär (Ersatzdelegierte BV TS)

## **Antrag L.1.0126.1**

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: LV Bremen

### **Zeile 126**

126 • Wir wollen Spekulation mit Lebensmitteln verbieten (~~siehe Kapitel 6~~).

### **Begründung**

Die Querverweise auf andere Kapitel sollen HIER UND AN ALLEN ANDEREN STELLEN gestrichen werden. Sie helfen nicht wirklich weiter, weil man trotzdem das ganze genannte Kapitel durchsuchen muss, und sie sind nicht wirklich konsequent gehandhabt. Besser wäre ein Schlagwortverzeichnis.

## **Antrag L.1.0129.1**

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: LV Bremen

### **Zeile 129**

127 • Der Lebensmittelmarkt braucht gerechte Lieferbeziehungen sowie ein starkes und  
128 wirksames Kartellrecht. Das Bundeskartellamt beobachtet die Einkaufsmacht von  
129 Lebensmittelkonzernen sowie die Marktmacht von großen Supermarktketten und  
130 Schlachthöfen schon seit langem mit zunehmender Sorge. Wir fordern ein entschlossenes Durchgreifen, um die

- 131 Macht von Konzernen zu brechen, zugunsten von Landwirt\*innen und Verbraucher\*innen  
132 gleichermaßen. Keine Region darf von einzelnen Supermarktketten dominiert werden.  
133 Monopole müssen zerschlagen werden und Preiswächter müssen durchgreifen können. Wo es  
134 nötig ist, wollen wir mit Mindesterzeugerpreisen Landwirt\*innen schützen.

## Antrag L.1.0136.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 136 - 139

- 136 Alle brauchen bezahlbare und stabile Energiepreise. ~~Langfristig wird der Ausbau der~~  
137 ~~erneuerbaren Energien~~ Gleichzeitig muss die Energiewende viel entschlossener vorangetrieben  
werden - nicht nur, um die globale Klimakrise einzudämmen, sondern auch weil effiziente und  
nachhaltige Technologien (wie Windenergie, Photovoltaik, Wärmepumpen oder eine grüne  
Fernwärme) perspektivisch die Preise für Strom und Wärme senken werden. Aber so lange  
können Menschen  
138 mit kleinem Einkommen, Familien und auch Kleingewerbetreibende nicht warten. Wir fordern  
139 deshalb, kleine Energieverbraucher\*innen kurzfristig zu ~~entlasten:~~ entlasten.

### Begründung

Die Energiewende kommt nicht von allein, sondern wird von den anderen Parteien teilweise verschleppt. Wir müssen sie stärker vorantreiben - aus klimapolitischen, aber vor allem auch aus sozialen Gründen.

## Antrag L.1.0140.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 140 - 142

- 140 • Sozial gestaffelte Energiepreise: ~~Wir wollen für den durchschnittlichen Verbrauch von~~  
141 ~~Strom und Heizenergie preisgünstige Sockeltarife schaffen. Wer mehr verbraucht, zahlt~~ Private  
142 Endverbraucher, die mehr verbrauchen, zahlen  
mehr. Das ist sozial gerecht und regt trotzdem zum Energiesparen an. Für energieintensive  
Industrien in Notlagen braucht es zugleich zeitweise einen wettbewerbsfähigen  
Industriestrompreis.

### Begründung

Begründung: Das ist inhaltlich keine Änderung der bisher im Entwurf zu findenden Positionen, nur eine Konkretisierung an dieser Stelle. Es gab den Hinweis, dass dies aus Sicht der Industriebeschäftigten sonst so klingt, als sollten die bereits jetzt notleidenden energieintensiven Industrien durch unser Modell zusätzlich belastet werden.

## Antrag L.1.0141.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 141 - 142

- 140 • Sozial gestaffelte Energiepreise: Wir wollen für den durchschnittlichen Verbrauch von  
141 Strom und Heizenergie preisgünstige Sockeltarife schaffen. ~~Wer mehr verbraucht, zahlt~~ Private  
142 Endverbraucher, die mehr verbrauchen, zahlen  
mehr. Das ist sozial gerecht und regt trotzdem zum Energiesparen an. Für energieintensive  
Industrien in Notlagen braucht es zugleich zeitweise einen wettbewerbsfähigen  
Industriestrompreis.

### Begründung

Das ist inhaltlich keine Änderung der bisher im Entwurf zu findenden Positionen, nur eine Konkretisierung an dieser Stelle, da dies aus Sicht der Industriebeschäftigten sonst so klingt, als sollten die bereits jetzt notleidenden energieintensiven Industrien durch unser Modell zusätzlich belastet werden.

## Antrag L.1.0143.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 143 - 148

- 143 • ~~Zur Finanzierung fordern wir vorübergehend einen Energie-Soli für Reiche! Menschen~~  
144 ~~mit sehr hohen Einkommen profitieren von preisgünstigen Sockeltarifen – brauchen aber~~  
145 ~~die Entlastung nicht. Für eine sozial gerechte Finanzierung fordert Die Linke deshalb~~  
146 ~~einen Energie-Soli als Zuschlag auf die Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragssteuer,~~  
147 ~~bis die Energiekrise vorbei ist und der Marktpreis stabil unter dem Preisdeckel~~  
148 ~~liegt.~~

### Begründung

Es macht systematisch keinen Sinn, weil die Funktionsweise der Energie-Sockeltarife ein shifting to the margin und damit eine aufkommensneutrale Umverteilung von reichen Viel-Nutzern zu armen Wenig-Nutzern darstellt (sprich: die Reichen bekommen zwar auch den Sockelbetrag, aber müssen so viel mehr für zusätzliche Energie zahlen, dass sie netto immer noch mehr zahlen und den Verbrauch der Wenig-Nutzer finanzieren).

Es macht darüber hinaus keinen Sinn, am "normalen" Soli festzuhalten, höhere Spitzensteuersätze und on top noch einen zusätzlichen Energie-Soli zu fordern.

## Antrag L.1.0146.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: LV Bremen

#### Zeile 146

- 143 • Zur Finanzierung fordern wir vorübergehend einen Energie-Soli für Reiche! Menschen  
144 mit sehr hohen Einkommen profitieren von preisgünstigen Sockeltarifen - brauchen aber  
145 die Entlastung nicht. Für eine sozial gerechte Finanzierung fordert Die Linke deshalb  
146 einen Energie-Soli als Zuschlag auf die Einkommen-, ~~Lohn-~~ und Kapitalertragssteuer,  
147 bis die Energiekrise vorbei ist und der Marktpreis stabil unter dem Preisdeckel  
148 liegt.

#### Begründung

Redaktionell. Lohnsteuer ist in der Einkommensteuer enthalten.

### Antrag L.1.0153.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: KV Köln

#### Zeile 153 - 155

- 149 • Die neoliberale Klimapolitik der Ampel ist zutiefst ungerecht und hat die Probleme  
150 für die Menschen noch verschärft. Der versprochene soziale Ausgleich über ein  
151 Klimageld wurde nicht umgesetzt, obwohl die CO2-Preise weiter steigen. Das ist Betrug  
152 an den Wähler\*innen. Die Linke will deshalb rückwirkend zum 01.01.2025 ein soziales  
153 ~~Klimageld von aktuell 320 Euro jährlich pro Person~~ Klimageld, finanziert durch die CO2-  
154 Abgaben als Direktzahlung einführen, von  
155 dem Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen besonders profitieren. ~~Das~~  
~~Klimageld wird zukünftig an die reale Entwicklung der CO2-Preise angepasst.~~

#### Begründung

Zur Ersetzung: soziales Klimageld und pro Person ist Widerspruch. Das Wesen des sozialen Klimageldes ist eben, dass es nicht (einkommensunabhängig) für alle Personen gleich ist. Die konkrete Zahl ist auch nicht nachvollziehbar oder beeindruckend (Greenpeace rechnet z.B. mit 250€). Besser ohne Zahlen als mit falschen Zahlen an die Öffentlichkeit gehen.

Zur Streichung: Das macht keinen Sinn, das sollte - wenn es als Kompensation für CO2-Steuern gedacht ist - doch an die Einnahmen aus der CO2-Besteuerung gekoppelt sein.

### Antrag L.1.0161.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: BAG Ökologischen Plattform

#### Zeile 161

- 159 • Energiekonzerne dürfen sich nicht auf unsere Kosten bereichern: Ziel des  
160 Strommarktsystems muss es sein, allen Verbraucher\*innen bezahlbaren Strom zur

161 Verfügung zu stellen. Wir wollen den Strommarkt zu einem erneuerbaren Prosumertensystem reformieren (siehe Kapitel 8).

## Begründung

Es sollte das Ziel sein die privaten, genossenschaftliche, kommunale, regionalen Nutzer zu befähigen, sich selbst aus kostenfreien Primärenergieträgern zu versorgen um die Strommärkte weitgehend zu reduzieren.

## Antrag L.1.0161.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: BAG Ökologischen Plattform

### Zeile 161

159 • Energiekonzerne dürfen sich nicht auf unsere Kosten bereichern: Ziel des  
160 Strommarktsystems muss es sein, allen Verbraucher\*innen bezahlbaren Strom zur  
161 Verfügung zu stellen. Wir wollen den Strommarkt reformieren (siehe Kapitel 8). Dabei setzen wir auf Selbstversorgung mit 100% Erneuerbaren Energien. Die Kooperation der Erzeuger und Verbraucher von Erneuerbaren Energien untereinander sowie die Aufteilung der Gestehungs-, Verteilungs- und Betriebskosten organisieren wir basisdemokratisch als Daseinsvorsorge.

## Begründung

In der Energiegesetzgebung der Ampelregierung fehlt die Zielstellung „Versorgung mit 100 % erneuerbaren Energien“ als Voraussetzung zur Einschränkung der Klimakatastrophe. Die Folge sind staatliche Subventionen für Kohle, Erdöl und Erdgas der Energiekonzerne, die als „Brückentechnologien“ getarnt werden. So wird das Preisdiktat aus Geldmacht, Kriegsprovokationen und Finanzierung von Mord- und Massenvernichtungswaffen gesichert. Wir wollen aber den Markt entmachten und setzen daher auf eine klare Steigerung der Selbstversorgung als Entwicklungsziel. Die Selbstversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien bedeutet Entmachtung der Konzerne.

## Antrag L.1.0172.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 172 - 173

172 Wir fordern eine neue Preis-~~Behörde~~Aufsicht als Frühwarnsystem für die deutsche und  
europäische  
173 Wirtschaft. Die Preis-~~Behörde~~Aufsicht soll direkt dem Bundeswirtschaftsministerium unterliegen.

## Begründung

Aufsicht wirkt weniger bürokratisch und abschreckend als Behörde

## Antrag L.1.0173.1

Antragsteller\*in: BV Tempelhof-Schöneberg und BO Schöneberg

#### Zeile 173

172 Wir fordern eine neue Preis-Behörde als Frühwarnsystem für die deutsche und europäische  
173 Wirtschaft. Die Preis-Behörde soll ~~direkt dem Bundeswirtschaftsministerium unterliegen~~eine unabhängige oberste Bundesbehörde sein. Die Amtszeit ihrer Leitung soll mit sieben Jahren deutlich von den Legislaturperioden des Bundestages abweichen.

#### Begründung

Eine Preisbehörde mit der Kompetenz, kurzfristig in den Markt einzugreifen, würde über einen großen Einfluss auf das wirtschaftliche und indirekt das politische Geschehen verfügen. Eine Unterstellung unter das Bundeswirtschaftsministerium würde diesem eine zusätzliche, unbalancierte Macht verleihen. Deshalb müssen die Entscheidungen einer solchen Behörde auf objektiven gesetzlichen Grundlagen fußen und dürfen nicht von den politischen Vorstellungen und Zielen einer Bundesregierung beeinflusst werden. Aus dem gleichen Grund müssen daher auch die Amtszeiten ihrer Leitung so bemessen sein, dass sie möglichst selten mit den Legislaturperioden zusammenfallen.

### Antrag L.1.0173.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: LV Bremen

#### Zeile 173

172 Wir fordern eine neue Preis-Behörde als Frühwarnsystem für die deutsche und europäische  
173 Wirtschaft. Die Preis-Behörde soll direkt dem Bundeswirtschaftsministerium unter~~lie~~gstehen.

### Antrag L.1.0174.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

#### Zeile 174 - 176

174 • ~~Preiskontrollen statt Abzocke: Im~~Preiskontrollen: Bei Monopolen oder marktbeherrschenden  
175 Stellungen im Energiesektor sollen ohne Genehmigung keine  
176 Preiserhöhungen vorgenommen werden dürfen. ~~Energieversorger~~Dies gilt insbesondere für die  
Fernwärme: Versorger müssen ~~selbst~~ nachweisen,  
dass eine Preiserhöhung wirklich durch gestiegene Beschaffungskosten gerechtfertigt ist.  
Zudem sollen Mieter\*innen ein Einspruchsrecht beim Abschluss von Lieferverträgen zur  
Wärmeversorgung (Gas, Öl, Heizstrom) bekommen.

#### Begründung

Bei funktionierenden, nicht oligopolistischen beherrschten Märkten (wie etwa dem Strommarkt mit

hunderterten von großen und kleinen, auch solidarisch orientierten Anbietern (Genossenschaften) und jederzeitigem Kündigungsrecht bei Preiserhöhungen ist ein komplizierter Nachweis der Zulässigkeit bei jeder Preiserhöhung nicht nötig und (insbesondere für kleine Anbieter wie Genossenschaften) administrativ überfordernd. Deswegen die Einschränkung "bei Monopolen oder marktbeherrschenden Stellungen". Zur Verdeutlichung sind zwei Bereiche, in denen die Verbraucher\*innen bisher hilflos Preiserhöhungen ausgeliefert sind, angeführt: Bei der Fernwärme (wo die aus langfristigen Lieferverträgen resultierenden realen Beschaffungskosten mit den in den Preisgleitklauseln abgebildeten, oft sprunghaft ansteigenden, Börsenpreisen oft nichts zu tun haben) und als Mieter\*innen von Mehrfamilienhäusern mit Zentralheizungen.

## Antrag L.1.0174.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 174 - 176

- 174 • ~~Preiskontrollen statt Abzocke: Im Energiesektor sollen ohne Genehmigung keine~~  
175 ~~Preiserhöhungen vorgenommen werden dürfen. Energieversorger müssen selbst nachweisen,~~  
176 ~~dass eine Preiserhöhung durch gestiegene Beschaffungskosten gerechtfertigt ist.~~

Preiskontrollen statt Abzocke: Im Energiesektor sollen ohne Genehmigung keine Preiserhöhungen vorgenommen werden dürfen. Energieversorger müssen selbst nachweisen, dass eine Preiserhöhung durch gestiegene Beschaffungskosten gerechtfertigt ist.

### Begründung

Redaktionell bullet point weg, der hier keinen Sinn macht.

## Antrag L.1.0177.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 177 - 187

- 177 • ~~Übergewinnsteuer beseitigt Anreize für Preiserhöhungen: Die Energie- und~~  
178 ~~Lebensmittelkonzerne haben in Zeiten von Krieg und Krise durch enorme~~  
179 ~~Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Sie haben ihre Marktmacht ausgenutzt, um~~  
180 ~~auf Kosten von uns allen Profite zu machen. Wenn plötzliche und außergewöhnliche~~  
181 ~~Gewinnsprünge in Krisenzeiten, sogenannte Übergewinne, mit sehr hohen Steuersätzen~~  
182 ~~belegt werden, gibt es keinen Anreiz mehr, die Preise weiter in die Höhe zu treiben.~~  
183 ~~Wir fordern eine Übergewinnsteuer, die die Extragewinne der Konzerne mit 90 Prozent~~  
184 ~~besteuert. Als Vergleichszeitraum bieten sich die durchschnittlichen~~  
185 ~~Unternehmensgewinne der letzten 10 Jahre an: Alles, was darüber liegt, wird~~  
186 ~~besteuert. Damit die Gewinne auch effektiv besteuert werden können, wollen wir eine~~  
187 ~~Quellensteuer einführen und Steueroasen trockenlegen.~~

Übergewinnsteuer beseitigt Anreize für Preiserhöhungen: Beispielsweise die Energie- und

Lebensmittelkonzerne haben in Zeiten von Krieg und Krise durch enorme Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Sie haben ihre Marktmacht ausgenutzt, um auf Kosten von uns allen Profite zu machen. Wenn plötzliche und außergewöhnliche Gewinnsprünge in Krisenzeiten, sogenannte Übergewinne, mit sehr hohen Steuersätzen belegt werden, gibt es keinen Anreiz mehr, die Preise weiter in die Höhe zu treiben. Wir fordern eine Übergewinnsteuer, die die Extragewinne der Konzerne mit 90 Prozent besteuert. Als Vergleichszeitraum bieten sich die durchschnittlichen Unternehmensgewinne der letzten 10 Jahre an: Alles, was darüber liegt, wird besteuert. Damit die Gewinne auch effektiv besteuert werden können, wollen wir eine Quellensteuer einführen und Steueroasen trockenlegen.

## Begründung

Redaktionell bullet point weg, der hier keinen Sinn macht.

Nach dem Doppelpunkt "Beispielsweise" einfügen. Sonst hört es sich so an, als sei die Preisaufsicht nur für diese beiden Branchen zuständig.

## Antrag L.1.0187.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

### Zeile 187

- 177 • Übergewinnsteuer beseitigt Anreize für Preiserhöhungen: Die Energie- und  
178 Lebensmittelkonzerne haben in Zeiten von Krieg und Krise durch enorme  
179 Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Sie haben ihre Marktmacht ausgenutzt, um  
180 auf Kosten von uns allen Profite zu machen. Wenn plötzliche und außergewöhnliche  
181 Gewinnsprünge in Krisenzeiten, sogenannte Übergewinne, mit sehr hohen Steuersätzen  
182 belegt werden, gibt es keinen Anreiz mehr, die Preise weiter in die Höhe zu treiben.  
183 Wir fordern eine Übergewinnsteuer, die die Extragewinne der Konzerne mit 90 Prozent  
184 besteuert. Als Vergleichszeitraum bieten sich die durchschnittlichen  
185 Unternehmensgewinne der letzten 10 Jahre an: Alles, was darüber liegt, wird  
186 besteuert. Damit die Gewinne auch effektiv besteuert werden können, wollen wir eine  
187 Quellensteuer einführen und Steueroasen trockenlegen.

Preiskontrollen sind aber nur die eine Seite der Medaille, um die Verarmung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Inflation zu stoppen. Es ist ebenso ein automatischer Inflationsausgleich auf Gehälter und davon abgeleitete Transferzahlungen erforderlich. Eine solche automatische Anpassung der Löhne an die Inflationsrate wurde in einigen Ländern von den Gewerkschaften erkämpft und sie funktioniert, wenn sie von der Kapitaleseite nicht torpediert wird. Erst wenn es diesen automatischen Inflationsausgleich gibt, kann in Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden um echte Tarifsteigerungen gestritten und gekämpft werden.

## Antrag L.1.0196.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: LV Bremen

## Zeile 196

189 Bezahlbares Wohnen ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit. Olaf Scholz ist als  
190 Mietenkazler angetreten, aber in den letzten drei Jahren sind die Mieten weiter  
191 explodiert. Nicht nur in den Städten, auch in vielen ländlichen Gebieten sind die  
192 Wohnkosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Millionen Menschen geben einen großen  
193 Teil ihres Einkommens für das Wohnen aus. Dazu kommen die rasant gestiegenen Nebenkosten.  
194 Immobilienkonzerne machen Extra-Profite, indem sie überzogene Heizkostenrechnungen an ihre  
195 Mieter\*innen schicken und hoffen, dass es niemand merkt. In den letzten Jahren haben sich  
196 Fälle gehäuft, in denen Menschen fälschlicherweise mehrere tausend Euro nachzahlen mussten.  
Das ist für  
197 viele eine existenzielle Bedrohung, das wollen wir unter Strafe stellen.

## Begründung

Redaktionell. Stellt klar, dass wir mit der Strafandrohung fehlerhafte und massiv überhöhte Nebenkosten-Abrechnungen meinen.

## Antrag L.1.0206.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in:	Matthias Böhringer
-------------------	--------------------

## Zeile 206 - 208

202 SPD und Co. behaupten, wir müssten bauen, um wieder bezahlbaren Wohnraum zu bekommen.  
Die  
203 durchschnittliche Miete für eine neu gebaute Wohnung in Berlin: 20 Euro pro Quadratmeter.  
204 Eine 50 Quadratmeter Wohnung kostet dann im Schnitt 1.000 Euro - Wer soll sich das leisten  
205 können? Die Immobilienkonzerne nutzen den Neubau, um überhöhte Mieten zu verlangen und  
206 treiben damit die Miete für Bestandswohnungen in die Höhe. ~~Wir müssen dringend neue~~  
207 ~~Wohnungen bauen – aber sie müssen~~ Wohnraum muss bezahlbar sein! Es braucht eine  
grundlegende Wende in  
208 der Mietenpolitik. Wohnungen sind keine Ware.

Wir haben in Deutschland nicht zu wenig Wohnungen, sondern zu wenig bezahlbaren Wohnraum sowie eine falsche Raumordnungspolitik mit Konzentration von Wertschöpfung im Südwesten und im Großraum München, die dort zu Anziehungskraft mit der Folge von provoziertem Wohnraumdruck und im Norden und Osten Deutschlands zu Leerständen führt. Zukunftsorientierte Architekten und Städteplaner wie Architects for Future haben längst Konzepte vorgelegt, wie der Wohnungsmarkt mit weniger Betoneinsatz und Flächenverbrauch entlastet werden kann. Denn wir haben nicht nur die Flächen nicht mehr, es gibt auch gar nicht mehr die Mengen an Sand, Kies und Kalkstein, die ohne empfindliche Einschnitte in die Landschaft und Küsten für den Bauwahn bereitgestellt werden können.

## Begründung

Die von der Bundesregierung geforderten 400000 Wohnungen sind zu hinterfragen. Die blinde Forderung nach Neubau mit Bau, Bau, Bau ist ein Bauwahn, der unverantwortlich mit den Ressourcen

für den Profit der Baulobby umgeht. Deutschland hat mit den unterschriebenen Nachhaltigkeitszielen der UN eine internationale Verantwortung die Degradation der Böden zu verhindern und Ressourcen zu schonen. Der Erhalt der Lebensgrundlagen und Landschaften dient nicht zuletzt auch dem Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger.

## Antrag L.1.0210.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 210 - 211

210 Mieten müssen gesenkt und wirksam reguliert werden. Die ~~Mietpreisbremse der~~  
211 ~~Bundesregierung~~ von der Ampel nicht verlängerte Mietpreisbremse ist nicht nur weitgehend  
wirkunglos, sondern befördert unverschämte Praktiken: Wer  
212 klagt, hat schnell das „Vertrauen“ des Vermieters verraten - dann dauert die nächste  
213 Reparatur an der Wohnung eben länger. Ein Drittel der Wohnungen in den Metropolen wird  
214 mittlerweile möbliert vermietet, weil die Mietpreisbremse dann nicht gilt.

### Begründung

Wir haben gefordert, dass die 2025 auslaufende Mietpreisbremse verlängert wird, was die Ampel nicht hingekriegt hat. Das macht aber nur Sinn, wenn wir die Mietpreisbremse nicht als komplett wirkungslos bezeichnen, sondern als weitgehend wirkungslos, was auch die richtige Beschreibung ist.

## Antrag L.1.0218.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: KV Herford

### Zeile 218

218 • Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen, ~~wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, für~~ für  
219 die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden. Die Tricks der Vermieter für höhere  
220 Mieten müssen abgeschafft werden: Staffelmieten und Indexmietverträge wollen wir  
221 verbieten und möblierte Wohnungen streng regulieren.

### Begründung

Die Linke ist die Partei, die die Interessen aller Mieter vertritt, und nicht nur von Mietern in Orten "wo der Wohnungsmarkt angespannt ist". Fast im ganzen Land kam es in den letzten Jahren zu immer stärkeren Mietsteigerungen, weshalb eine klare universelle Forderung notwendig ist.

Außerdem wurde bisher auch klar nach Außen kommuniziert, dass wir gegen jegliche Mieterhöhungen sind, weshalb es widersprüchlich wäre es mit der Bedingung des angespannten Wohnungsmarktes ins Programm zu schreiben.

## Antrag L.1.0218.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 218

- 218 • Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen, ~~wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, für~~  
219 bundesweit für  
219 die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden. Die Tricks der Vermieter für höhere  
220 Mieten müssen abgeschafft werden: Staffelmieten und Indexmietverträge wollen wir  
221 verbieten und möblierte Wohnungen streng regulieren.

#### Begründung

Hier handelt es sich wohl um einen Fehler, der bei Kürzungen entstanden ist. Wir haben den Mietenstopp immer bundesweit gefordert.

### Antrag L.1.0219.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: KV Soest

#### Zeile 219

- 218 • Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, für  
219 die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden. Sozialwohnungen und ähnlich günstiger  
220 Wohnraum bleiben davon ausgenommen. Die Tricks der Vermieter für höhere  
220 Mieten müssen abgeschafft werden: Staffelmieten und Indexmietverträge wollen wir  
221 verbieten und möblierte Wohnungen streng regulieren.

#### Begründung

Begründung: Mietenstopp bei günstigem oder preisgebundenem Wohnraum und Kostenmieten macht keinen Sinn. Vorbildliche Vermieter (u. a. Genossenschaften, kommunaler Wohnungsbau, günstige Privatvermietung) wollen wir nicht vergällen.

### Antrag L.1.0227.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: KV Köln

#### Zeile 227

- 226 • Wir wollen die Modernisierungsumlage abschaffen! Sanierungen und Heizungstausch  
227 müssen warmmietenneutral sein. Wir wollen sozial gerechten Klimaschutz (s. Kapitel 8)
- Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer als Betriebskosten auf die Mieter\*innen muss sofort abgeschafft werden.

#### Begründung

Neuer bullet point: Forderung, die wir sonst auch erheben, die in dieser Auflistung aber fehlt.

## Antrag L.1.0236.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: KV Offenbach-Kreis

### Zeile 236

- 236 • Hauptmieter\*innenwechsel in Wohnhäusern mit mehr als 2 Wohnungen müssen auch ohne Zustimmung der Vermieter\*innen möglich sein.

### Begründung

Für Arbeiter\*innen, die mit Mieteigentum zum Beispiel ihre Altersversorgung absichern oder als Rentner\*innen damit ihre laufenden Kosten bestreiten, ist es nicht zumutbar, die Kontrolle darüber zu verlieren, mit welchen Mieter\*innen sie ein Vertragsverhältnis eingehen (z.B. Gefahr von Mietenausfall und unverhältnismäßig starkem Abwohnen der Immobilie). Unsere Kritik an der gängigen Praxis sollte sich hauptsächlich gegen Immobilienkonzerne (Vonovia, Deutsche Wohnen ect.) richten und nicht gegen den\*die einzelne\*n „Häuslebauer\*in“, der\*die sich sein\*ihr kleines Häusle über Jahrzehnte mühsam angespart/abbezahlt hat.

## Antrag L.1.0239.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: KV Recklinghausen und weitere

### Zeile 239

- 237 • Kleingewerbe leiden unter explodierten Gewerbemieten. Der Bund muss dafür sorgen,  
238 dass Länder und Kommunen rechtssicher Mietendeckel für Kleingewerbe, Handwerk,  
239 kulturelle Einrichtungen sowie für soziale und gemeinnützige Träger einführen können.  
„Mieter(bei)räte einrichten!In mehreren Wohnungsunternehmen gibt es bereits Mieterbeiräte oder Mieterräte als demokratisch gewählte Interessensvertretungen der Mieter:innen. Solche Mieter(bei)räte müssen bei allen gewerblichen Wohnungsvermieter:innen mit 10 und mehr Wohnungen eingerichtet werden. Sie haben die Aufgabe, die Interessen der Mieter:innen gegenüber den Vermieter:innen zu vertreten, u.a. in Fragen der Nebenkostenabrechnung, sie haben Einsicht in die Abrechnungsunterlagen und setzen sich für die Erhaltung und Pflege der Wohnungsbestände ein, wenn möglich in Kooperation mit den Vermieter:innen.“

### Begründung

Durch Mieter(bei)räte soll die häufige Individualisierung von Mieter:innen bei Meinungsverschiedenheiten mit Vermieter:innen überwunden werden und eine gemeinsame Interessenvertretung erleichtert werden. Dabei sollen die Mieter(bei)räte auch darauf achten, dass die Vermieter:innen die Wohngebäude regelmäßig instandhalten.

### weitere Antragstellende

Ulrich Häpke (Castrop-Rauxel), Django Schins, Rolf Paul Christian Kohn, Edith Bartelmus-Scholich

## Antrag L.1.0248.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

### Zeile 248

- 247 • Wir stehen an der Seite von Deutsche Wohnen & Co enteignen. Wir wollen
- 248 Immobilienkonzerne mit mehr als 3 000 Wohnungen in öffentliches Eigentum überführen.
- Entschädigung darf es nur für Kleinaktionäre geben. Die enteigneten Wohnungsunternehmen müssen nach dem Modell des Berliner Volksentscheids zur Enteignung durch demokratisch gewählte Vertreterinnen der Belegschaft, der Mieterinnen und der Allgemeinheit demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. Gewählte Gremien tagen öffentlich und sind rechenschaftspflichtig.

### Begründung

Wir fordern die Eineignung von Immobilienkonzerne entsprechend dem Volksentscheid in Berlin. Und das bedeutet die Überführung in demokratisch verwaltetes Gemeineigentum.

## Antrag L.1.0263.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: BO-Brüssel (LV-Berlin), KV Plön und BV Pankow

### Zeile 263

- 259 • Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken. Mit einem (Re-
- 260 )Kommunalisierungsfond sollen Kommunen unterstützt werden Wohnungen in die
- 261 öffentliche Hand (zurück) zu holen. Wir setzen uns für ein preislimitiertes
- 262 Vorkaufsrecht ein, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an
- 263 bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner\*innen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der von der Europäischen Kommission angekündigte Aktionsplan für bezahlbares Wohnen ambitioniert, und mit umfangreichen Mittel ausgestattet wird. Wir werden dabei vor allem auch den Austausch zwischen den Gebietskörperschaften unterstützen um gute Erfahrungen und Praktiken in Sachen sozialem, genossenschaftlichem und bezahlbarem Wohnungsraum zugänglich zu machen.

### Begründung

Die Linke sollte die neugeschaffene Funktionsstelle und die Ankündigung eines Aktionsprogramms nicht als Chance liegen lassen, hier auch eigene Vorschläge zu mache und auch die Möglichkeit nutzen, die immer stärkere Verwobenheit von europäischer und nationaler Politik direkt in ihre Politikvorschläge aufzunehmen.

## Antrag L.1.0263.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: Fried Weber (KV Potsdam)

### Zeile 263

- 259 • Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken. Mit einem (Re-  
260 )Kommunalisierungsfond sollen Kommunen unterstützt werden Wohnungen in die  
261 öffentliche Hand (zurück) zu holen. Wir setzen uns für ein preislimitiertes  
262 Vorkaufsrecht ein, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an  
263 bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner\*innen.
- Junge Menschen geben den größten Teil ihres Einkommens für die Miete aus. Um dem entgegenzuwirken, wollen wir die Studierendenwerke unbürokratisch beim Bau und der Sanierung von Studierendenwohnheimen unterstützen. Außerdem wollen wir die privatwirtschaftlich betriebenen Studierendenwohnheime, die heute noch Wuchermieten von bis zu 50 €/m<sup>2</sup> verlangen können, in die Hand der Studierendenwerke überführen. Durch die gezielte Förderung von genossenschaftlichen und gewerkschaftlich organisierten Wohnprojekten wollen wir die Situation von Auszubildenden verbessern.

## Antrag L.1.0263.3

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 263

- 259 • Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken. Mit einem (Re-  
260 )Kommunalisierungsfond sollen Kommunen unterstützt werden Wohnungen in die  
261 öffentliche Hand (zurück) zu holen. Wir setzen uns für ein preislimitiertes  
262 Vorkaufsrecht ein, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an  
263 bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner\*innen.
- Wir wollen zusätzlich zum kommunalen Vorkaufsrecht stille Beteiligungen des Bundes an kommunalen Wohnungsgesellschaften. Die Finanzierung dieser Beteiligungen gelten als Finanztransaktion und sind von der Schuldenbremse ausgenommen.

## Begründung

Begründung: Kommunen sind der größte Investor für Infrastruktur und ein Garant für demokratische Teilhabe im Klein. Die Kommunen direkt beim Bau neuer Wohnungen durch Erhöhung des Eigenkapitals ihrer Wohnungsgesellschaften zu unterstützen, ohne im Haushalt diese Refinanzieren zu müssen, ist volkswirtschaftlich ein No-Brainer.

## Antrag L.1.0265.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: Matthias Böhringer

### Zeile 265 - 266

- 265 ~~Auch wenn Neubau alleine die Miete nicht senkt, gibt es~~ Der Bedarf von 400.000 Wohnungen, insbesondere in den Metropolen einen Bedarf an ist zu hinterfragen. Es ist ein Irrsinn wenn

Sozialwohnungen neu gebaut werden müssen nur weil bestehende Wohnungen aus der Sozialbindung fallen und die MieterInnen den Umzug gar nicht leisten können. Clusterbildung in den Wirtschaftszentren mit immer

- 266 mehr ~~Wohnraum. Wir wollen~~ Büroräumen und Gewerbeflächen provoziert Wohnraumdruck. Die Vertreibung der angestammten Mieterinnen und Mieter in Großstädten durch Profitgier ist ein Riesenproblem und Mieten von 20 € pro qm unbezahlbar. 9 von 10 Millionären verdanken ihren Reichtum dem Immobilienbesitz. Für den tatsächlichen Bedarf neuer Wohnungen wollen wir gemeinnützigen Neubau fördern statt mit Investoren! Wir wollen
- 267 Regulierungen überprüfen: Nicht alle Regulierungen beim Neubau sind sozial und ökologisch
- 268 sinnvoll, manche treiben lediglich die Preise in die Höhe. Hingegen ist energieeffizientes
- 269 Bauen für den Klimaschutz notwendig und spart für die Mieter\*innen Heizkosten.

## Begründung

Dahingestellte Zahlen für den "Bedarf" von Neubauwohnungen sind zu hinterfragen, das sie von Interessen der Baulobby geleitet sind. Manches wie "Sozialbindung für immer" steht zwar als Forderung vorher im Text, ist aber angebracht hier nochmal zu betonen.

## Antrag L.1.0270.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 270

- 270 • Die Baukrise ist die Zeit der öffentlichen Hand. Gemeinnützige und kommunale
- 271 Wohnungsunternehmen
- 272 müssen durch Förderprogramme gestärkt und endlich gegenüber renditeorientierten Investoren und Wohnungskonzernen bevorzugt werden.

## Begründung

Viele kommunale Wohnungsunternehmen sind formal nicht gemeinnützig, trotzdem wollen wir sie ebenfalls stärken, weil sie nicht vorrangig renditeorientiert arbeiten, sondern in der Regel gemeinwohlorientiert.

## Antrag L.1.0274.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 274

- 273 • Öffentliche Förderung soll es nur für gemeinnützigen Wohnungsbau geben. Kommunen
- 274 sollen ein Vorkaufsrecht auf alle Grundstücke und zusätzliches öffentliches Eigenkapital für ihre Wohnungsgesellschaften bekommen.

## Begründung

Begründung: Kommunen sind der größte Investor für Infrastruktur und ein Garant für demokratische Teilhabe im Klein. Die Kommunen direkt beim Bau neuer Wohnungen durch Erhöhung des Eigenkapitals ihrer Wohnungsgesellschaften zu unterstützen, ohne im Haushalt diese Refinanzieren zu müssen, ist volkswirtschaftlich ein No-Brainer.

## Antrag L.1.0279.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 279 - 282

278 • Keine Spekulation mit Wohnraum und Bauland! 2 Millionen Wohnungen in Deutschland  
279 stehen leer. Wir wollen Zweckentfremdung von Wohnraum verbieten. ~~Leerstehenden Wohn-~~  
280 ~~und Gewerberaum wollen wir beschlagnahmen und der Zwischennutzung zuführen. Es dürfen~~  
281 ~~keine Profite mit~~ und dem ~~Besitz von~~ Profitstreben mit Grund und Boden ~~gemacht werden. In~~  
282 ~~einem ersten~~  
Schritt werden deswegen leistungslose entgegenwirken: Leistungslose Bodenwertzuwächse  
sollen in einem ersten Schritt abgeschöpft werden.

### Begründung

Zu Leerstand finden sich im direkt anschließenden Abschnitt "Leerstand beenden" die entsprechenden Forderungen nochmal in ausführlicherer, zielgerichteter Form. Deshalb soll hier die Doppelung gestrichen werden, da dieser Punkt später besser und klarer erklärt wird.

## Antrag L.1.0292.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: Matthias Böhringer

### Zeile 292

290 • Aktive Strukturpolitik und Infrastrukturinvestitionen, um Regionen außerhalb der  
291 Metropolen attraktiver zu machen und der Verödung ländlicher Regionen  
292 entgegenzuwirken.  
• Minderung des Wohnraumdrucks in den Clustern durch eine Ansiedlungspolitik gemäß  
Raumordnungsgesetz. Die rechtlichen Grundlagen für bundesweit ausgeglichene Verhältnisse  
sind vorhanden. Baden-Württemberg hintertreibt dies jedoch mit aktiver Ansiedlungspolitik  
für den egoistischen Anspruch, stärker als alle anderen Regionen in Deutschland und Europa  
zu sein.

### Begründung

Die Kampagne The LÄND und die Ansiedlungsstrategie der Landesregierung Baden-Württemberg generieren Bedarf. Nötig ist eine bundesweit ausgeglichene Raumplanung gemäß Raumordnungsgesetz (ROG). Der Anspruch Baden-Württembergs, stärker als andere Regionen zu sein ist nicht gesetzeskonform. Die Konzentration von Wertschöpfung im Land entwirrt Menschen aus

anderen Regionen, statt dass dort Unternehmen auf Brachflächen zur Ansiedlung bewogen werden. Leerstände im Norden und Osten der Republik sind Folge der Stärke Baden-Württembergs. Die Wirtschaftscluster im Südwesten ziehen Investitionen mit Expansionsauswirkung der Siedlungs- und Verkehrsflächen an. Dieser Trend wird von der Landesregierung begrüßt und verstärkt statt Maßnahmen zur Lenkung initiierten, die dann auch dem hohlen Blabla zur Endlichkeit der Fläche und Sparzielen für den Flächenverbrauch nachkommen.

## Antrag L.1.0297.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 297

293 • Egal ob spekulativer Leerstand oder Erbstreitigkeiten. Leerstehender Wohnraum in  
294 angespannten Wohnungsmärkten ist Zweckentfremdung und darf sich nicht lohnen!  
295 Wohnungsleerstände müssen zuerst systematisch erfasst werden und dann mit einer  
296 Leerstandsabgabe von 10 Euro pro Quadratmeter belegt werden. Das macht den Leerstand  
297 unrentabel. Als „leerstehender Wohnraum“ müssen auch Gebäude gelten, die zu Wohnraum  
umgenutzt werden sollen oder die noch fertiggestellt oder saniert werden müssen, wo aber  
die Investoren keine entsprechenden Aktivitäten unternehmen. In Fällen von langfristigem  
Leerstand muss die Wohnung im Sinne der  
298 Allgemeinheit vorübergehend beschlagnahmt, auf Kosten der Eigentümer instandgesetzt  
299 und wieder vermietet werden.

### Begründung

Bei den besonders augenfälligen Leerständen handelt es sich häufig um Objekte, die technisch gesehen noch kein Wohnraum waren (z.B. Gewerbeimmobilien, die zu Wohnimmobilien umgebaut werden sollen) oder aktuell kein Wohnraum sind (weil z.B. keine Sanitärinstallationen existieren), aber mit überschaubarem Aufwand dem Wohnungsmarkt zugeführt werden könnten.

## Antrag L.1.0298.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: KV Herford

### Zeile 298

293 • Egal ob spekulativer Leerstand oder Erbstreitigkeiten. Leerstehender Wohnraum in  
294 angespannten Wohnungsmärkten ist Zweckentfremdung und darf sich nicht lohnen!  
295 Wohnungsleerstände müssen zuerst systematisch erfasst werden und dann mit einer  
296 Leerstandsabgabe von 10 Euro pro Quadratmeter belegt werden. Das macht den Leerstand  
297 unrentabel. In Fällen von langfristigem Leerstand muss die Wohnung im Sinne der  
298 Allgemeinheit ~~vorübergehend beschlagnahmt, auf Kosten der Eigentümer instandgesetzt-~~  
enteignet  
299 und wieder vermietet werden.

### Begründung

Eine bloße Beschlagnahmung ändert langfristig kaum etwas an den Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt. Damit sich langfristig etwas für die Menschen verbessert, müssen Mechanismen eingeführt werden, welche tatsächlich die Besitzverhältnisse verändern und Wohneigentum in die öffentliche Hand überführen.

## Antrag L.1.0306.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 306

304 Es gibt in Deutschland ungefähr 600 000 wohnungslose Menschen. Die Regierung hat einen  
305 Aktionsplan geschrieben - der hat allerdings zu keiner einzigen neuen Maßnahme gegen  
306 Wohnungslosigkeit geführt. Dabei fordert auch das Europaparlament die Abschaffung der  
Obdachlosigkeit bis 2030.

## Antrag L.1.0313.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 313

313 • Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung! Dies wollen wir im Grundgesetz klar  
314 verankern. Wir werden die  
315 Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dafür sorgen,  
316 dass für Wohnungslose und für Saison- und Wanderarbeiter\*innen regulärer Wohnraum  
bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht.

### Begründung

Zwar lässt sich mit Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 20 Abs. 1 GG ein Grundrecht ableiten, doch eine klare Verankerung würde dies unterstreichen.

## Antrag L.1.0315.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller\*in: KV Plön, Netzwerk Progressive Linke und weitere

### Zeile 315

313 • Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Wohnung! Wir werden die  
314 Zwangsunterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften beenden und dafür sorgen,  
315 dass für Wohnungslose ~~und für~~, Saison- und Wanderarbeiter\*innen sowie geflüchtete  
316 Menschen regulärer Wohnraum  
bereitsteht, der ihren Bedürfnissen entspricht.

### Begründung

Die bisherige Formulierung könnte missverständlich so interpretiert werden, dass regulärer Wohnraum nicht auch für geflüchtete Menschen bereitstehen soll.

### weitere Antragstellende

Thomas Heine (Delegierter Thüringen), Martin Schabert (Delegierter Thüringen), Carolin Held (Delegierte Thüringen), Florian Demmler (Delegierter Thüringen), Sabine Berninger (Delegierte Thüringen)

## Antrag L.1.0319.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 319 - 320

318 Die vergangenen Regierungen aus CDU, SPD, FDP und Grünen haben dazu beigetragen, dass die  
319 Reichsten heute deutlich weniger Steuern zahlen als früher. ~~Das spüren~~ Menschen mit  
320 kleinen und mittleren Einkommen ~~besonders stark: Der Alltag wird~~ zahlen dagegen höhere  
Steuersätze als diejenigen mit Spitzeneinkommen. So nimmt die Ungleichheit immer  
~~schwieriger~~ weiter zu. Wir  
321 halten dagegen und kämpfen für ein gerechtes Steuersystem, in dem die Steuern für die  
322 Mehrheit sinken und das der astronomischen Macht und dem Reichtum der Milliardäre Grenzen  
323 aufzeigt.

### Begründung

Redaktionell. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen spüren nicht im Alltag, dass andere weniger Steuern zahlen. Was dagegen zentral ist, ist die Zunahme von Ungleichheit.

## Antrag L.1.0319.2

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 319

318 Die vergangenen Regierungen aus CDU, SPD, FDP und Grünen haben dazu beigetragen, dass die  
319 Reichsten heute deutlich weniger Steuern zahlen als früher. Auf der anderen Seite wurden die  
Sozialversicherungsabgaben und die Mehrwertsteuer immer weiter erhöht. Das spüren  
Menschen mit  
320 kleinen und mittleren Einkommen besonders stark: Der Alltag wird immer schwieriger. Wir  
321 halten dagegen und kämpfen für ein gerechtes Steuersystem, in dem die Steuern für die  
322 Mehrheit sinken und das der astronomischen Macht und dem Reichtum der Milliardäre Grenzen  
323 aufzeigt.

### Begründung

Kontrastierung der Entlastungen oben mit den Belastungen unten. Macht auch mehr Sinn, weil die

Entlastungen oben allenfalls mittelbar im Alltag der Armen spürbar ist.

## Antrag L.1.0323.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: Sozialistische Linke

### Zeile 323

318 Die vergangenen Regierungen aus CDU, SPD, FDP und Grünen haben dazu beigetragen, dass die  
319 Reichsten heute deutlich weniger Steuern zahlen als früher. Das spüren Menschen mit  
320 kleinen und mittleren Einkommen besonders stark: Der Alltag wird immer schwieriger. Wir  
321 halten dagegen und kämpfen für ein gerechtes Steuersystem, in dem die Steuern für die  
322 Mehrheit sinken und das der astronomischen Macht und dem Reichtum der Milliardäre Grenzen  
323 aufzeigt. Eine solche Steuerpolitik hätte nicht nur Umverteilungseffekte, sondern erhöht die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Nachfragepolitik ist ein wirksames Element gegen Rezession und wirtschaftlichen Verfall.

### Begründung

Wir wollen deutlich machen, dass unsere Forderungen nicht "nur" mehr Gerechtigkeit bewirken. Sondern dass wir eine bessere Gesellschaft wollen, in der die Möglichkeiten der Entwicklung genutzt und nicht zur Profitmaximierung verringert werden.

Ausgleichende Steuerpolitik und erfolgreiche Lohnpolitik erhöhen das Masseneinkommen und begünstigen sich gegenseitig. Durch eine ausgleichende Steuerpolitik bleibt mehr Geld aus Arbeitseinkommen. Damit wird der Konsum erhöht, das wirkt sich positiv auf den BIP und Investitionen in der Wirtschaft aus. Höherer Konsum erhöht Steuereinnahmen aus der Umsatzsteuer. Diese wiederum stehen für öffentliche Investitionen zur Verfügung.

Umverteilung ist kein Selbstzweck, sondern sorgt auch für eine stabile Wirtschaft durch Verbesserung der Nachfrage.

## Antrag L.1.0325.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 325

325 • Das Vermögen der etwa 250 Milliardäre in Deutschland liegt überwiegend im Wert der Unternehmen, die ihnen gehören. Dieser Wert wächst erheblich schneller als das gesamtwirtschaftliche Wachstum, was einerseits die Reichen immer reicher macht und andererseits einen enormen Machtfaktor darstellt. Dieses Wachstum von Ungleichheit wird durch die Besteuerung von Einkommen nicht erfasst. Die Linke fordert daher die  
Wiedereinführung der Vermögensteuer. Damit wir nur die  
326 Reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für  
327 Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (abzüglich aller Schulden, wie zum  
328 Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei  
329 5 Millionen Euro. Unser Steuersatz ist progressiv, steigt also mit höheren Vermögen:

330 ab 1 Million 1 Prozent, ab 50 Millionen 5 Prozent. Für Vermögen oberhalb der Grenze  
331 von 1 Milliarde Euro legen wir einen Sondersteuersatz von 12 Prozent fest - die  
332 Milliardärsteuer. Damit soll eine weitere Anhäufung von Vermögen bei den Superreichen  
333 verhindert werden. Unser Ziel: Milliardäre abschaffen!

## Begründung

Die Forderung nach der Vermögensteuer sollte spezifisch begründet werden. Die wesentlichen Punkte sind, dass der Wert von Kapitalvermögen schneller wächst als Inflation und Gesamtwachstum, und dass dieser Wertzuwachs von anderen Steuerarten wie der Einkommensteuer überhaupt nicht besteuert wird.

## Antrag L.1.0326.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: SV Chemnitz

### Zeile 326 - 330

325 • Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Damit wir nur die  
326 Reichsten ~~2,5~~1 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für  
327 Privatvermögen von ~~15~~10 Million Euro pro Person (abzüglich aller Schulden, wie zum  
328 Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei  
329 ~~5~~10 Millionen Euro. Unser Steuersatz ist progressiv, steigt also mit höheren Vermögen:  
330 ~~ab 1 Million 1~~ab 5 Millionen 2 Prozent, ab 50 Millionen 5 Prozent. Für Vermögen oberhalb der  
331 Grenze  
332 von 1 Milliarde Euro legen wir einen Sondersteuersatz von 12 Prozent fest - die  
333 Milliardärsteuer. Damit soll eine weitere Anhäufung von Vermögen bei den Superreichen  
333 verhindert werden. Unser Ziel: Milliardäre abschaffen!

## Begründung

Die gewählten Freibeträge sind viel zu niedrig. Eine Million Euro heute entspricht nicht mehr dem Wert von vor 20 Jahren.

Diese Grenze hätte zwei wesentliche negative Folgen: Erstens lässt sie sich in der öffentlichen Debatte leicht angreifen. Ein klassisches Gegenbeispiel ist "Oma Erna", die sich vor 30 oder 40 Jahren ein Haus im Speckgürtel von München oder Berlin gekauft hat. Durch die Wertsteigerung ist das Haus heute mehrere Millionen Euro wert – doch es wirft kein Einkommen ab. Der Kredit ist längst abbezahlt, und die Vermögenssteuer müsste dennoch entrichtet werden. Die Betroffenen geraten so in finanzielle Bedrängnis, weil der gestiegene Wert nur auf dem Papier existiert.

Das ist nicht die reiche Oberschicht, die wir mit der Vermögenssteuer ansprechen wollen.

Zweitens macht es für das Steueraufkommen kaum einen Unterschied, ob man bei 1, 5 oder 10 Millionen ansetzt, weil der Großteil des Aufkommens von Milliardären, nicht Millionären, kommt. Daher sollte hier mindestens ein symbolisch hoher Freibetrag von 5 Millionen gewählt werden, der deutlich einfacher zu kommunizieren ist.

## Antrag L.1.0327.1

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 327

- 325 • Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Damit wir nur die  
326 Reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für  
327 Privatvermögen von ~~14~~ 4 Million Euro pro Person (abzüglich aller Schulden, wie zum  
328 Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei  
329 5 Millionen Euro. Unser Steuersatz ist progressiv, steigt also mit höheren Vermögen:  
330 ab 1 Million 1 Prozent, ab 50 Millionen 5 Prozent. Für Vermögen oberhalb der Grenze  
331 von 1 Milliarde Euro legen wir einen Sondersteuersatz von 12 Prozent fest - die  
332 Milliardärsteuer. Damit soll eine weitere Anhäufung von Vermögen bei den Superreichen  
333 verhindert werden. Unser Ziel: Milliardäre abschaffen!

### Begründung

Begründung: Ein sehr hoher Freibetrag lässt die Frage nach Omas Eigenheim in der Münchener Innenstadt und den Träumern, die dem Lottojackpot nachjagen, verstummen. Außerdem wird dadurch der Steueraufwand verringert und der Aufwand konzentriert sich auf die Milliardäre. Deshalb ein Freibetrag von 4 statt einer Million Privatvermögen. Der Parteivorstand möge die übrigen Zahlen entsprechend anpassen.

## Antrag L.1.0328.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Dortmund

### Zeile 328 - 333

- 325 • Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Damit wir nur die  
326 Reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für  
327 Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (abzüglich aller Schulden, wie zum  
328 Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). ~~Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei-~~  
329 ~~5 Millionen Euro.~~ Unser Steuersatz ist progressiv, steigt also mit höheren Vermögen:  
330 ab 1 Million 1 Prozent, ab 50 Millionen 5 Prozent. Für Vermögen oberhalb der Grenze  
331 von 1 Milliarde Euro legen wir einen Sondersteuersatz von 12 Prozent fest - die  
332 ~~Milliardärsteuer~~ Milliardärssteuer. Damit soll eine weitere Anhäufung von Vermögen bei den  
333 Superreichen  
verhindert werden. Unser Ziel: Milliardäre abschaffen! Bei Betriebsvermögen besteht die Möglichkeit, einen dem der zu zahlenden Vermögenssteuer entsprechenden Anteil des Unternehmens in die Hände der Arbeiter\*innen zu übergeben. Aus diesem Anteil entstehende Gewinne werden an die Arbeiter\*innen ausgezahlt, das entsprechende Stimmrecht wird durch den Betriebsrat wahrgenommen. Es besteht keine Möglichkeit, den umverteilten Anteil zurückzukaufen. Diese Möglichkeit besteht nicht für Holdings und ähnliche Unternehmensstrukturen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland treibende Kraft für eine international koordinierte

## Milliardärsteuer wird und den Vorschlag Brasiliens hierfür unterstützt.

### Zeile 392

- 386 • Wir fordern einheitliche Freibeträge von 150.000 Euro für alle Begünstigten. Für  
387 Erb\*innen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, minderjährige Kinder,  
388 Hinterbliebene aus einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft und für  
389 eine von der Erblasserin oder dem Erblasser benannte Person verdoppelt sich der  
390 Freibetrag auf 300.000 Euro. Danach greift ein Eingangssteuersatz von 6 Prozent, der  
391 progressiv auf den Spitzensteuersatz ansteigt. Die Erbschaftssteuer kann auf 20 Jahre  
392 gestreckt werden, damit ~~würde~~ nicht die gesamte Belastung auf einmal anfällt. Die  
Steuerschulplöcher bei der Erbschaftsteuer müssen geschlossen werden. Vergünstigungen bei  
Unternehmensvermögen, großen Wohnungsbeständen und der Verschonungsbedarfsprüfung  
sollen entfallen. Bei Unternehmensvermögen besteht analog zur Vermögenssteuer die  
Möglichkeit, einen entsprechenden Anteil des Unternehmens unter die Selbstverwaltung  
durch die Arbeiter zu stellen.

### Begründung

Ein häufiges Gegenargument gegen Vermögens- und Erbschaftssteuer ist, dass diese Unternehmen zerstören würden. Die Option, den Steuern entsprechende Anteile des Unternehmens unter Verwaltung der Arbeiterschaft zu stellen, anstatt die Steuer an den Staat zu zahlen, entkräftet dieses Argument, da bei Anwendung das Unternehmen nicht angetastet wird. Gleichzeitig führt die Anwendung zu einer Stärkung der Rechte der Arbeiterschaft. Zusätzlich kann die Ungleichbehandlung der Besteuerung von Unternehmensvermögen durch Freibeträge entfallen.

## Antrag L.1.0329.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in:

KV Köln

### Zeile 329 - 330

- 325 • Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Damit wir nur die  
326 Reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für  
327 Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (abzüglich aller Schulden, wie zum  
328 Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei  
329 5 Millionen Euro. Unser Steuersatz ist progressiv, und steigt also mit höheren Vermögen:  
330 ab 1 Million 1 Prozent, ab linear für jeden zusätzlichen Euro Vermögen oberhalb von 1 Millionen  
331 Euro von 1% auf bis zu 5% bei einem Vermögen von 50 Millionen 5 Prozent Euro an. Für  
332 Vermögen oberhalb der Grenze  
333 von 1 Milliarde Euro legen wir einen Sondersteuersatz von 12 Prozent fest - die  
Milliardärsteuer. Damit soll eine weitere Anhäufung von Vermögen bei den Superreichen  
verhindert werden. Unser Ziel: Milliardäre abschaffen!

### Begründung

Präzisierung: wir fordern keinen Stufentarif sondern eine echt-progressiven Tarif (wo die Steuerzahlung eine quadratische Funktion des Vermögens ist).

## Antrag L.1.0330.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 330

- 325 • Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Damit wir nur die  
326 Reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für  
327 Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (abzüglich aller Schulden, wie zum  
328 Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei  
329 5 Millionen Euro. Unser Steuersatz ist progressiv, steigt also mit höheren Vermögen:  
330 ab 1 Million 1 Prozent, ab 50 Millionen 5 Prozent. Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 108  
331 Milliarden.
- 332 • Für Vermögen oberhalb der Grenze  
333 von 1 Milliarde Euro legen wir einen Sondersteuersatz von 12 Prozent fest - die  
332 Milliardärsteuer. Damit soll eine weitere Anhäufung von Vermögen bei den Superreichen  
333 verhindert werden. Unser Ziel: Milliardäre abschaffen!

### Zeile 336

336 ~~Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 108 Milliarden.~~

## Begründung

„Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 108 Milliarden.“ bezieht sich auf die Vermögensteuer und nicht auf die Milliardärsteuer.

## Antrag L.1.0332.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Offenbach-Kreis

### Zeile 332

- 325 • Die Linke fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Damit wir nur die  
326 Reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für  
327 Privatvermögen von 1 Million Euro pro Person (abzüglich aller Schulden, wie zum  
328 Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei  
329 5 Millionen Euro. Unser Steuersatz ist progressiv, steigt also mit höheren Vermögen:  
330 ab 1 Million 1 Prozent, ab 50 Millionen 5 Prozent. Für Vermögen oberhalb der Grenze  
331 von 1 Milliarde Euro legen wir einen Sondersteuersatz von 12 Prozent fest - die  
332 Milliardärsteuer. Damit soll eine weitere Anhäufung von Vermögen bei den ~~Superreichen-~~  
332 Überreichen  
333 verhindert werden. Unser Ziel: Milliardäre abschaffen!

### Zeile 381

- 381 • Für diese ~~Superreichen~~Überreichen sollen die Steuersätze für Erbschaften und Schenkungen  
erhöht  
382 und die persönlichen Freibeträge heruntergesetzt werden. ‚Normales‘, selbstgenutztes  
383 Wohneigentum bleibt freigestellt. Der Spitzensteuersatz der Erbschaftsteuer beträgt  
384 60 Prozent und gilt ab einem zu versteuernden Erbe von drei Millionen Euro zuzüglich  
385 des Freibetrags.

#### Zeile 476 - 478

- 475 • Jede\*r Steuerfahnder\*in bringt dem Staat im Durchschnitt mehr als eine Million Euro  
476 mehr, als sie oder er kostet. Besonders unter den ~~Superreichen~~Überreichen wird viel zu wenig  
477 geprüft, obwohl bei 75 Prozent der überprüften Millionäre Steuerhinterziehung  
478 festgestellt wird. Wir fordern mehr Prüfungen bei den ~~Superreichen~~Überreichen!

#### Zeile 486

- 486 • Wir wollen verhindern, dass einzelne ~~Superreiche~~Überreichen Steuern umgehen, indem sie  
487 beispielsweise ins Ausland ziehen oder ihre Geschäfte verlagern. Wir wollen, dass  
488 alle deutschen Staatsangehörigen in Deutschland besteuert werden, unabhängig davon,  
489 wo sie ihre Einkommen erzielt haben oder ihren Wohnsitz haben. Um eine  
490 Doppelbesteuerung zu vermeiden, können im Ausland gezahlte Steuern angerechnet  
491 werden.

### Begründung

Das Wort "Super" und Verbindungen mit ihm sind überwiegend positiv konnotiert ( z.B. „Superheld“ „Super gemacht!“). Die Existenz von „Superreichen“ ist hingegen nur ein Beispiel für die extreme Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Deshalb ist „Überreiche“ ein besserer Begriff, denn diese Menschen leben auf Kosten der Mehrheit im Überfluss. Der Begriff ist zwar weniger bekannt als „Superreiche“, aber intuitiv verständlich und hilft uns nicht in die Ideologiefalle der Reichen zu tappen.

## Antrag L.1.0335.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Köln

#### Zeile 335

- 334 • Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland treibende Kraft für eine international  
335 koordinierte Milliardärsteuer wird und den Vorschlag Brasiliens hierfür unterstützt.
- Die Grundsteuer soll in der Vermögensteuer aufgehen.

### Begründung

Eine eigene Grundsteuer macht neben der Vermögensteuer keinen Sinn. Und es ist ansonsten seltsam, dass wir uns gar nicht zur Grundsteuer äußern.

## Antrag L.1.0341.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 341 - 346

~~341 Um die enormen Kosten der sozialen und ökologischen Transformation zu stemmen, fordern wir  
342 eine einmalige Vermögensabgabe, die die Reichsten unserer Gesellschaft einmalig belastet.  
343 Mit unserem Konzept werden die reichsten 0,7 Prozent der Bundesbürger mit bis zu 30  
344 Prozent zusätzlich belastet. So können mindestens 310 Milliarden Euro eingenommen werden.  
345 Die Abgabe kann auf 20 Jahre gestreckt werden, damit würde nicht die gesamte Belastung auf  
346 einmal anfallen.~~

Wir fordern, dass zur Bewältigung der Folgen von Kriegen, Energiekrisen, Pandemien, etc. einmalige Vermögensabgaben von den Reichsten erhoben werden, um starke Schultern angemessen an den Kosten der Krisenbewältigung zu beteiligen. Die konkrete Ausgestaltung muss, ebenso wie bei einer Übergewinnsteuer, an die konkrete Situation angepasst werden.

### Begründung

Bei einer Daueraufgabe wir der sozialen und ökologischen Transformation macht es keinen Sinn, zusätzlich (!) zur dauerhaften Milliardärsteuer eine einmalige (!) Vermögensabgabe zu fordern.

Zusätzlich fehlen da auch eine Menge Informationen: Ab wie viel Mrd. soll die greifen? Was ist der Eingangssteuersatz? Etc. Dann besser etwas vager...

## Antrag L.1.0350.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 350

348 Niedrige und mittlere Einkommen werden wir entlasten. Sehr hohe Einkommen wollen wir  
349 dagegen stärker besteuern. Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger  
350 als ~~6.500~~7.000 Euro im Monat brutto verdient, zahlt mit unserem Tarif weniger Steuern.

### Begründung

Unsere neuen Berechnungen ergeben, dass Einkommen bis 7.000 Brutto entlastet werden. Im Kurzwahlprogramm ist die aktuelle Zahl schon drin, hier muss sie noch angepasst werden.

## Antrag L.1.0353.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 353 - 357

- 353 • Hohe Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab ~~70.000 Euro zu versteuerndem~~  
354 85.000 Euro Einkommen im Jahr (betrifft die top 5%) beträgt der Steuersatz 53 Prozent – ~~das~~  
355 ~~entspricht etwa 81.000 Euro-~~  
356 ~~Brutto für Alleinstehende ohne Kinder.~~ Für die Reichensteuer fordern wir zwei Stufen:  
357 60 Prozent für Einkommen oberhalb von ~~260.533 Euro~~ 277.826 Euro (betrifft die top 1%) und 75  
Prozent für Einkommen  
oberhalb von 1 Million Euro ~~zu versteuerndem Einkommen~~ (betrifft die top 0,06%).

## Begründung

Zahlen sind veraltet und aus dem WP von 2021.

Die Unterscheidung mit zvE und brutto ist zu technisch.

Ergänzt, wer dann davon betroffen wird.

## Antrag L.1.0356.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 356

- 353 • Hohe Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem  
354 Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent - das entspricht etwa 81.000 Euro  
355 Brutto für Alleinstehende ohne Kinder. Für die Reichensteuer fordern wir zwei Stufen:  
356 60 Prozent für Einkommen oberhalb von ~~260.533~~ einer Viertelmillion Euro und 75 Prozent für  
Einkommen  
357 oberhalb von 1 Million Euro zu versteuerndem Einkommen.

## Begründung

Die Zahl wirkt übertrieben konkretistisch an dieser Stelle, auch im Gegensatz zu der dann folgenden Angabe "oberhalb von 1 Million Euro".

## Antrag L.1.0356.2

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 356

- 353 • Hohe Einkommen wollen wir stärker besteuern. Ab 70.000 Euro zu versteuerndem  
354 Einkommen im Jahr beträgt der Steuersatz 53 Prozent - das entspricht etwa 81.000 Euro  
355 Brutto für Alleinstehende ohne Kinder. Für die Reichensteuer fordern wir zwei Stufen:  
356 60 Prozent für Einkommen oberhalb von ~~260.533~~ 277.826 Euro und 75 Prozent für Einkommen  
357 oberhalb von 1 Million Euro zu versteuerndem Einkommen.

## Begründung

Die Einkommensgrenze, ab der die Reichensteuer fällig wird, wurde angehoben (von 260.533 auf 277.826), die Zahl war versehentlich noch aus dem alten Wahlprogramm übernommen gewesen.

## Antrag L.1.0359.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 359

- 358 • Wir wollen den Solidaritätszuschlag für die reichsten 10 Prozent der Einkommen  
359 ~~be~~erhalten und Menschen mit geringen Einkommen entlasten.

### Begründung

Redaktionell. Wir wollen nicht das Geld behalten, sondern die Besteuerung erhalten.

## Antrag L.1.0360.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 360

- 360 • Einkommen aus Arbeit wird bisher deutlich stärker besteuert als ~~Einkommen aus~~ leistunglose  
361 Einkommen aus  
362 Kapital. Ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen, die diese Gesellschaft jeden Tag  
363 mit harter Arbeit am Laufen halten und den Wohlstand in Deutschland aufgebaut haben.  
364 Wir fordern, dass Einkommen aus Kapital unter die Einkommensteuer fällt. Wer viel  
364 bekommt, zahlt mehr Steuern.

### Begründung

Einkommen (!) aus Kapital sind leistungslos.

## Antrag L.1.0361.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 361

- 360 • Einkommen aus Arbeit wird bisher deutlich stärker besteuert als Einkommen aus  
361 ~~Kapital~~ Kapital. Während der Spitzensteuersatz für Einkommen aus Arbeit bei 45 Prozent liegt,  
wird Einkommen aus Kapitalerträgen pauschal mit 25 Prozent besteuert (Kapitalertragsteuer),  
egal wie viel man verdient. Ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen, die diese Gesellschaft  
362 jeden Tag  
362 mit harter Arbeit am Laufen halten und den Wohlstand in Deutschland aufgebaut haben.  
363 Wir fordern, dass Einkommen aus Kapital unter die Einkommensteuer fällt. Wer viel  
364 bekommt, zahlt mehr Steuern.

## Begründung

Das Stichwort „Kapitalertragsteuer“ sollte explizit fallen (damit man es auch findet, wenn danach gesucht wird) und konkret erklärt werden. Wir wollen ja die Rückkehr zum früheren Modell, wo die Erhebung einer 25prozentigen Quellensteuer auf Kapitalerträge lediglich eine Vorauszahlung darstellt, die im Rahmen der individuellen Steuererklärung korrigiert wird auf den tatsächlichen individuellen Steuersatz.

## Antrag L.1.0363.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 363

- 360 • Einkommen aus Arbeit wird bisher deutlich stärker besteuert als Einkommen aus  
361 Kapital. Ein Schlag ins Gesicht für alle Menschen, die diese Gesellschaft jeden Tag  
362 mit harter Arbeit am Laufen halten und den Wohlstand in Deutschland aufgebaut haben.  
363 Wir fordern, dass Einkommen aus Kapital ~~unter die Einkommensteuer fällt~~ mit denselben  
364 Steuersätzen besteuert wird, wie alle Einkommen. Wer viel  
bekommt, zahlt mehr Steuern.

## Antrag L.1.0379.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 379 - 380

- 378 Vermögen werden durch Erbschaften und Schenkungen oft steuerfrei über Generationen  
379 weitergegeben. Inbesondere der Besitz von Unternehmen oder Unternehmensanteilen ist  
weitgehend von der Erbschaftsteuer ausgenommen. So sind die Steuersätze auf das Einkommen  
einer durchschnittlichen Familie  
380 höher als die Besteuerung von Millionen- und Milliarden-Erbschaften. In der Folge konzentriert  
sich der Besitz an Produktionsmitteln immer stärker in den Händen weniger Familien.

## Begründung

Bereits 2014 wiesen drei der acht Verfassungsrichter in einem Sondervotum darauf hin, dass zu den Zielen der Erbschaftsteuer auch das Verhindern unverhältnismäßiger privater Eigentumskonzentration gehört. Dafür muss auch das produktive, betriebsnotwendige Unternehmenskapital entsprechend besteuert werden.

## Antrag L.1.0386.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: LV Bremen

## Zeile 386

- 386 • Wir fordern einheitliche Freibeträge von 150.000 Euro für alle Begünstigten. Die Ungleichbehandlung von nichtverheirateten Paaren und von Personen, die der verstorbenen Person besonders nahestanden, ohne mit ihr verwandt zu sein, wollen wir aufheben. Für
- 387 Erb\*innen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, minderjährige Kinder,
- 388 Hinterbliebene aus einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft und für
- 389 eine von der Erblasserin oder dem Erblasser benannte Person verdoppelt sich der
- 390 Freibetrag auf 300.000 Euro. Danach greift ein Eingangssteuersatz von 6 Prozent, der
- 391 progressiv auf den Spitzensteuersatz ansteigt. Die Erbschaftssteuer kann auf 20 Jahre
- 392 gestreckt werden, damit würde nicht die gesamte Belastung auf einmal anfällt.

## Begründung

Dieser Punkt, an dem wir Menschen konkret besser stellen wollen und eine Ungerechtigkeit der aktuellen Rechtslage abschaffen, sollte deutlicher hervorgehoben werden.

## Antrag L.1.0386.2

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Köln

## Zeile 386 - 392

- 386 • Wir fordern einheitliche lebenslange Freibeträge ~~von 150~~ in Höhe von 200.000 Euro für alle
- 387 ~~Begünstigten. Für~~
- 388 ~~Erb\*innen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, minderjährige Kinder,~~
- 389 ~~Hinterbliebene aus einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft und für~~
- 390 Erben, zuzüglich zur Freistellung von selbstgenutztem Wohneigentum bis zu einer Fläche von
- 391 200 Quadratmeter. Auch fordern wir eine ~~von der Erblasserin oder dem Erblasser benannte~~
- 392 ~~Person verdoppelt sich der~~
- ~~Freibetrag auf 300.000 Euro. Danach greift ein Eingangssteuersatz von 6 Prozent, der~~
- ~~progressiv auf den Spitzensteuersatz ansteigt~~ Vereinheitlichung der Steuersätze auf 6%
- (Eingangsteuersatz) bis 60% (Spitzensteuersatz). Die ~~Erbschaftssteuer~~ Steuerlast kann auf über
- 20 Jahre
- gestreckt werden, ~~damit würde nicht die gesamte Belastung auf einmal anfällt~~ und darüber
- hinaus auch in Form von Unternehmensanteilen erfolgen.

## Begründung

Die Zahlen sind veraltet, siehe bspw. [https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user\\_upload/Positionspapiere/2023-01\\_finanzpolitische-eckpunkte.pdf](https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Positionspapiere/2023-01_finanzpolitische-eckpunkte.pdf).

## Antrag L.1.0394.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Köln

## Zeile 394

- 393 • Die Steuerschlupflöcher bei der Erbschaftsteuer müssen geschlossen werden.
- 394 Vergünstigungen bei Unternehmensvermögen, großen Wohnungsbeständen und ~~der~~  
insbesondere der
- 395 Verschonungsbedarfsprüfung sollen entfallen.

## Begründung

Verschonungsbedarfsprüfung ist eine Form der Unternehmensvermögensprivilegierung. Liest sich sonst so, als wüssten wir das nicht.

## Antrag L.1.0395.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 395

- 393 • Die Steuerschlupflöcher bei der Erbschaftsteuer müssen geschlossen werden.
- 394 Vergünstigungen bei Unternehmensvermögen, großen Wohnungsbeständen und der
- 395 Verschonungsbedarfsprüfung sollen entfallen. Bei Unternehmensvermögen soll die Erbschaftsteuer alternativ auch durch Abtretung von Unternehmensanteilen an die öffentliche Hand (mit späterem Rückkaufrecht) geleistet werden können. So bleiben Fortbestand und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens unbelastet, aber die private Vermögenskonzentration wird verringert.

## Begründung

Die Besteuerung von Betriebsvermögen stößt immer wieder auf das Gegenargument, dass diese zu dem unerwünschten Effekt führen kann, dass vererbte Unternehmen verkauft oder aufgelöst werden, um den Steuerbetrag aufzubringen. Betriebsvermögen weitgehend von der Besteuerung auszunehmen, wie es derzeit in der Erbschaftsteuer der Fall ist, bedeutet aber, dass die zunehmende Vermögenskonzentration unangetastet bleibt. Deshalb diese Lösung. Die Entrichtung der Erbschaftsteuer durch Abtretung von Unternehmensanteilen an den Staat ist für das vererbte Unternehmen vollständig unschädlich.

## Antrag L.1.0395.2

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 395

- 393 • Die Steuerschlupflöcher bei der Erbschaftsteuer müssen geschlossen werden.
- 394 Vergünstigungen bei Unternehmensvermögen, großen Wohnungsbeständen und der
- 395 Verschonungsbedarfsprüfung sollen entfallen. Steuervergünstigungen soll es bei Unternehmensvermögenwerten nur geben, wenn es kollektives Belegschaftseigentum oder öffentliches Eigentum gibt.

## Begründung

Begründung: Um dem Argument zu vorzukommen, dass Unternehmen pleitegehen oder ins Ausland verkauft werden, ist es ratsam, dort eine für die Gesellschaft nützliche Sonderregelung zu ermöglichen. Darüber hinaus fördert es die Demokratisierung großer Unternehmen.

## Antrag L.1.0401.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 401 - 402

397 • Steuervorteile für Immobilieninvestor\*innen und -unternehmen müssen flächendeckend  
398 abgeschafft werden. Wir fordern eine Reform der Grunderwerbsteuer, sodass anteilige  
399 Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent) entsprechend anteilig besteuert werden. Im Fall  
400 eines Erwerbs durch mehrere Personen oder Gesellschaften gemeinsam (sog. Co-  
401 Investments) wird entsprechend der jeweiligen Beteiligungsquote besteuert. ~~Dadurch~~  
402 ~~werden Share Deals weitgehend unattraktiv.~~

## Begründung

In Zeile 276 wollen wir Share Deals komplett verbieten, deshalb macht der Hinweis an dieser Stelle keinen Sinn.

## Antrag L.1.0402.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 402

397 • Steuervorteile für Immobilieninvestor\*innen und -unternehmen müssen flächendeckend  
398 abgeschafft werden. Wir fordern eine Reform der Grunderwerbsteuer, sodass anteilige  
399 Immobilienkäufe (ab über 50 Prozent) entsprechend anteilig besteuert werden. Im Fall  
400 eines Erwerbs durch mehrere Personen oder Gesellschaften gemeinsam (sog. Co-  
401 Investments) wird entsprechend der jeweiligen Beteiligungsquote besteuert. Dadurch  
402 werden Share Deals weitgehend unattraktiv.

- Für die Grunderwerbsteuer wollen wir einen Freibetrag in Höhe von einer Millionen Euro bei Eigennutzung und Ersterwerb einführen.

## Begründung

Gerade junge Familien werden durch die Grunderwerbsteuer belastet. Zumindest Eigennutzung und Ersterwerb sollten steuerlich begünstigt werden.

## Antrag L.1.0414.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in:

LV Bremen

#### Zeile 414

- 414 • Wir ~~fordern, dass~~ stellen uns entschieden gegen die Idee, die Körperschaftsteuer ~~auf 25-~~  
415 ~~Prozent erhöht wird~~ (d.h. die Steuer auf Unternehmensgewinne) noch weiter abzusenken. Um  
416 international  
417 gegen Steuerwettbewerb und Profitverschiebung vorzugehen, setzen wir uns auch für die  
418 Erhöhung des globalen Mindeststeuersatzes auf 25 Prozent ein. Die Bemessungsgrundlage  
419 muss durch eine realistische Gewinnermittlung erweitert werden, beispielsweise durch  
die angemessene Besteuerung von Gewinnen, die aus dem Verkauf von  
Unternehmensanteilen resultieren.

#### Begründung

Die Forderung "Körperschaftsteuer auf 25 Prozent" lässt sich nicht aufrechterhalten und würde die Wirtschaftskrise verschärfen und Arbeitsplätze gefährden. Mit einem Körperschaftsteuersatz von 15 Prozent und einem Gewerbesteuersatz von durchschnittlich 14 Prozent liegt Deutschland bei den gewinnbezogenen Steuern mit knapp 30 Prozent international im oberen Feld - eine Steigerung auf dann zusammen knapp 40 Prozent lässt sich im nationalen Alleingang nicht machen. Der reine Körperschaftsteuersatz taugt allein nicht als Vergleichsmaßstab, da die meisten anderen Staaten keine gewinnbezogenen Steuern auf Regionalebene erheben (wie die Gewerbesteuer). Internationale Initiativen zur Erhöhung der Gewinnbesteuerung sind sinnvoll. Eine isolierte Erhöhung der Körperschaftsteuer in Deutschland auf 25 Prozent wäre dagegen wirtschaftspolitisch schlecht und würde perspektivisch zu Verlagerungen und weniger Neuansiedlungen führen. Wogegen wir uns dagegen ausdrücklich stellen sollten, ist der sowohl aus der FDP als auch von Habeck propagierte Plan, die Körperschaftsteuer noch weiter auf 10 Prozent abzusenken.

#### Antrag L.1.0419.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft, LAG Betrieb & Gewerkschaft  
Hamburg

#### Zeile 419

- 414 • Wir fordern, dass die Körperschaftsteuer auf 25 Prozent erhöht wird. Um international  
415 gegen Steuerwettbewerb und Profitverschiebung vorzugehen, setzen wir uns auch für die  
416 Erhöhung des globalen Mindeststeuersatzes auf 25 Prozent ein. Die Bemessungsgrundlage  
417 muss durch eine realistische Gewinnermittlung erweitert werden, beispielsweise durch  
418 die angemessene Besteuerung von Gewinnen, die aus dem Verkauf von  
419 Unternehmensanteilen resultieren.
- 420 • Wir wollen das Tonnagesteuer-Privileg der großen Reeder abschaffen und deren Gewinne der ordentlichen Gewinnbesteuerung unterwerfen.

#### Zeile 436

436 **Geschätzte jährliche Mehreinnahmen: 423 Milliarden Euro**

## Begründung

Das Steuerprivileg der großen Reedereien kostete den deutschen Staat laut aktualisiertem Subventionsbericht des Bundes von 2017 bis 2024 insgesamt 24,8 Mrd. Euro. Der Subventionswert lag im Jahr 2023 bei 1,3 Mrd. Bei defensiver Ansetzung ist mit Mehreinnahmen von 1 Milliarde zu rechnen.

Quelle: [https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2024/tonnagesteuer-volltext.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2024/tonnagesteuer-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

## Antrag L.1.0448.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: Theodor Vienne

### Zeile 448

- 443 • Die Linke tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindeförderungsteuer  
444 ein. Die Bemessungsgrundlage wird ausgeweitet (Pachten, Mieten, Leasingraten und  
445 Lizenzgebühren werden berücksichtigt) und gutverdienende Selbstständige und  
446 Freiberufler werden einbezogen. Dafür werden wir den Freibetrag auf 30.000 Euro  
447 anheben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigen. Die  
448 Gewerbesteuerumlage wird abgeschafft, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet.
- Der Gewerbesteuermindesthebesatz nach § 16 Abs. 4 Satz 2 GewStG soll von 200 Prozent auf 350 Prozent angehoben werden.

## Begründung

Um zu verhindern, dass einige Kommunen mit besonders niedriger Gewerbesteuer Unternehmen aus anderen Kommunen abwerben und damit es keine zu großen Diskrepanzen in der Steuerlast zwischen den Kommunen kommt, sollten wir den Gewerbesteuermindesthebesatz nach § 16 Abs. 4 Satz 2 GewStG von 200 Prozent auf 350 Prozent anheben. Dies würde in den allermeisten Kommunen den Hebesatz gar nicht oder nur minimal erhöhen. Es würde sich nur auf einzelne Kommunen auswirken, die Kapitalgesellschaften mit niedriger Gewerbesteuer auf Kosten der Nachbarkommunen anwerben wollen (wie zum Beispiel Schönefeld oder Leverkusen). Auf Personengesellschaften und Einzelunternehmer hätte diese Änderung keinerlei Auswirkungen, weil letztere die Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer bis 400% Gewerbesteuerhebesatz anrechnen lassen können.

## Antrag L.1.0462.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

### Zeile 462

- 458 Konzerne wie RWE, Shell und Total haben im Zuge des Ukrainekriegs durch enorme  
459 Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. Sie haben die Krisensituationen und ihre  
460 Marktmacht ausgenutzt, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Wir wollen die  
461 Extraprofite an die Allgemeinheit zurückverteilen. Die Linke fordert die Einführung einer  
462 Übergewinnsteuer in Höhe von 90 Prozent auf alle Krisenprofite. (siehe Kapitel 1)

Wir kämpfen für die Überführung aller Konzerne im Energiebereich in öffentliches Eigentum und wollen ihre Gewinne und Ressourcen für eine dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energie und die drastische Absenkung der Preise für die privaten Verbraucher nutzen.

## Begründung

Die Konzerne im Energiebereich blockieren wegen ihrer Profitinteressen eine erneuerbare dezentrale und kostengünstige Energieversorgung Sie machen riesige Profite und nutzen ihre Ressourcen dafür eine teure für sie profitable Energieversorgung und greenwashing.

## Antrag L.1.0501.1

Änderungsantrag zu L.1-03

<b>Antragsteller*in:</b>	Dr. jur. Onur Ocak (Nordrhein-Westfalen · Nr. 359), Jesper Herking (Sozialistische Linke · Nr. 203), Leif Kern (Nordrhein-Westfalen · Nr. 243), und weitere
--------------------------	---

### Zeile 501 - 502

- 501 • Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse ~~und ihre Ersetzung durch die „Goldene~~  
502 ~~Regel“, wonach Investitionen über Kredite finanziert werden können.~~ Bis zu ihrer Abschaffung  
wollen wir alle Spielräume zu ihrer Umgehung nutzen und unterstützen dabei Bestrebungen  
zur Reform der Schuldenbremse mit dem Ziel der Einführung einer „goldenen Regel“. Nach der  
„goldenen Regel“ sind Nettoinvestitionen von der Schuldenbremse ausgenommen.Die goldene  
Regel  
503 muss mit einem Umdenken in der Investitionspolitik einhergehen. Der Staat muss  
504 genauso in die Zukunft investieren können wie ein Privatunternehmen. Die Ausgaben von  
505 Bund, Ländern und Kommunen müssen grundlegend anders priorisiert werden. Mehr Geld  
506 für Bildung, Soziales und öffentlichen Wohnungsbau, weniger für Rüstung und  
507 klimaschädliche Subventionen.

## Begründung

Die Schuldenbremse muss vollständig abgeschafft werden und nicht nur durch die „goldene Regel“ ersetzt werden. Es ist widersprüchlich, wenn wir im Programm den Personalangel an Schulen und Co. kritisieren, aber nur die Ersetzung der Schuldenbremse durch die goldene Regelung wollen. Auch unter der "goldenen Regel" dürfen Investitionen nicht für konsumtive Ausgaben wie Personalkosten verwendet werden. Dadurch engen wir die Spielräume des Staates unnötig ein.

Da es für die Reform der Schuldenbremse eine Verfassungsändernden Mehrheit bedarf, brauchen wir als Linke Übergangslösungen, dazu gehört neben der Implementierung der „goldenen Regel“ auch die Möglichkeit, alle Maßnahmen zur Umgehung der Schuldenbremsen auszuschöpfen. Das Bundesverfassungsgericht hat bedauerlicherweise diese Möglichkeiten zwar eingeschränkt, aber nicht vollständig verhindert. Die immensen Aufgaben, vor denen unsere Gesellschaft steht, erfordern solche pragmatischen Lösungen.

## weitere Antragstellende

Emma Goecke (Nordrhein-Westfalen · Nr. 160),  
Sozialistische Linke NRW

## Antrag L.1.0501.2

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in:

LV Bremen

### Zeile 501 - 507

- 501 • Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse ~~und ihre Ersetzung~~. Es muss wieder möglich  
502 sein, öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, Förderungen des nachhaltigen und  
503 zukunftsfähigen Umbaus der Industrie sowie Aufwendungen zum sozialen Ausgleich der  
504 Folgen dieses Umbaus durch die „Goldene-  
505 Regel“, wonach Investitionen über Kredite finanziert werden können. Die goldene Regel-  
506 muss mit einem Umdenken in der Investitionspolitik einhergehen. Der Staat muss-  
507 genauso in die Zukunft investieren können Kredit zu finanzieren. Das muss für die Länder  
ebenso gelten wie ein Privatunternehmen. Die Ausgaben von für den  
Bund, ~~Ländern und Kommunen müssen grundlegend anders priorisiert werden. Mehr Geld~~  
für Bildung, Soziales und öffentlichen Wohnungsbau, weniger für Rüstung und  
~~klimaschädliche Subventionen.~~ Eine zulässige strukturelle Neuverschuldung über die  
Investitionen hinaus muss auch für die Länder möglich sein. Nachholende Investitionen in das  
Bildungs- und Wissenschaftssystem sollen ebenfalls kreditfinanziert möglich sein. Der Staat  
muss ferner auf außergewöhnliche Notlagen mit Kreditaufnahmen reagieren können, deren  
Verwendung über das Haushaltsjahr hinaus möglich ist (d.h. ohne das Gebot der Jährigkeit).

### Begründung

Wir müssen in der Debatte um die Schuldenbremse konkret benennen, was durch sie aktuell verunmöglicht wird, welche hindernden Erfahrungen in den letzten Jahren gemacht wurden und wie wir uns eine künftige Regelung vorstellen. Die alte „Goldene Regel“ fällt dahinter zurück, weil z.B. nachholende Investitionen ins Bildungswesen (wie sie auch von DIW und IW inzwischen gefordert werden) damit nicht möglich wären. Auch Krisenbekämpfung durch konsumtive Ausgaben wird von der „Goldenen Regel“ nicht abgebildet. Ob Geld für Soziales oder für Rüstung ausgegeben wird, lässt sich dagegen nicht über die Abschaffung der Schuldenbremse regeln, sondern ist eine Frage politischer Entscheidung, die wir gerade wieder möglich machen wollen.

## Antrag L.1.0501.3

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in:

KV Soest

### Zeile 501 - 505

- 501 • Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse und ihre Ersetzung durch ~~die „Goldene~~  
502 ~~Regel“, wonach Investitionen über Kredite finanziert werden können. Die goldene~~ eine Regel  
503 ~~muss mit einem Umdenken in der Investitionspolitik einhergehen. Der Staat muss-~~  
504 ~~genauso in die Zukunft investieren können wie ein Privatunternehmen. Die Ausgaben von~~  
505 ~~Bund, Ländern und Kommunen, welche geringe Inflation und Vollbeschäftigung als Ziel hat.~~ Dabei müssen grundlegend anders priorisiert werden. Ausnahmeregel für die Bekämpfung von Angebots- und Nachfrageschocks existieren. Das Gehalt einer Lehrkraft oder Fachkraft für

soziale Arbeit ist genauso wichtig, wie die Investition in Windkraftanlagen oder Wohnungen.

Der Staat ist kein Unternehmen daher: Mehr Geld

506 für Bildung, Soziales und öffentlichen Wohnungsbau, weniger für Rüstung und  
507 klimaschädliche Subventionen.

## Begründung

Begründung: Die "Goldene Regel" ist ein fauler Kompromiss. Mit ihr gibt es weiterhin ein Verteilungskämpfe im Haushalt zwischen Wirtschaft und Soziales. Auch ist der Vergleich zur Privatunternehmen nicht gut. Der Staat muss Verlustgeschäfte machen, um gesellschaftliche Risiken und Ungleichheiten abzufangen, und Schulden in Euros können von den EU-Staaten immer beglichen werden, wenn alle dies wollen (MMT). Eine Produktion von wichtigen Medikamenten und Mircochips in Deutschland ist vielleicht ein Verlustgeschäft, ergibt als Absicherung für unsicheren Zeiten volkswirtschaftlich Sinn (Just in Case). Ein Gehalt einer Lehrkraft ist vielleicht formal eine Konsumausgabe, aber stets eine Investition in die Bürger dieses Landes. Eine Regelung, welche das Inflationsziel und die Vollbeschäftigung als Maßstab hat statt Schulden, steht der Linken besser zu Gesicht.

## Antrag L.1.0501.4

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: Thomas Iwan (Hamburg · Nr. 221)

### Zeile 501 - 504

501 • Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse ~~und ihre Ersetzung durch die „Goldene~~  
502 ~~Regel“, wonach Investitionen über Kredite finanziert werden können. Die goldene Regel. Dies~~  
503 muss mit einem Umdenken in der Investitionspolitik einhergehen. Der Staat muss  
504 mindestens genauso in die Zukunft investieren können wie ein Privatunternehmen. Die  
Ausgaben von  
505 Bund, Ländern und Kommunen müssen grundlegend anders priorisiert werden. Mehr Geld  
506 für Bildung, Soziales und öffentlichen Wohnungsbau, weniger für Rüstung und  
507 klimaschädliche Subventionen.

## Begründung

Das Recht, einen Haushalt aufzustellen, ist eines der elementarsten des Parlaments, und wird durch die Maastricht-Kriterien der EU ohnehin schon weit genug beschnitten. Es gibt überhaupt keinen Grund, sich durch zusätzliche Regularien die politische Auseinandersetzung über den Haushalt weiter zu erschweren.

Die Goldene Regel ist ein unbestreitbarer Fortschritt gegenüber dem Status Quo, aber auch sie unterscheidet „gute“ und „schlechte“ Schulden und somit insgesamt auch „gute“ und „schlechte“ Ausgaben anhand eines haushaltsrechtlichen Investitionsbegriffes und nicht nach ökonomischer Notwendigkeit. Hier sollte sich Die Linke von den gängigen reformerischen Aussagen von Grüne/SPD/CDU/BSW unterscheiden.

Wenn Die Linke grundsätzlich der Meinung ist, dass Schulden nicht per se ein Problem sind, dann darf sie sich nicht selbst den Argumentationsraum nehmen, dass für die öffentliche Hand eben auch konsumtive Schulden Sinn ergeben können. Die Instandhaltung einer Brücke ist nicht weniger

wichtig als der Bau einer Brücke. Gebaute Schulen, Krankenhäuser und Kitas funktionieren nur, wenn es auch Lehrer\*innen, Pfleger\*innen und Erzieher\*innen gibt, die dort arbeiten. Trotzdem ist das eine jeweils eine kreditfinanzierbare „gute“ Investition, das andere eine „schlechte“ Konsumtion.

Dieser diskursiven Verengung der Debatten über Volkswirtschaft, Haushalt und Schulden sollte sich Die Linke nicht anschließen.

## Antrag L.1.0571.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller\*in: BAG Ökologische Plattform

### Zeile 571

570 • Das globale Finanz- und Währungssystem verschärft soziale Ungleichheit, die  
571 Klimak~~ris~~atastrophe und Fluchtbewegungen. Wir brauchen internationale Kooperationen auf  
572 Augenhöhe. Grundvoraussetzung dafür ist ein Schuldenschnitt und eine nachhaltige  
573 Entschuldungsinitiative für alle Länder des Globalen Südens, deren Schuldenlast nicht  
574 tragfähig ist. Private Gläubiger müssen gezwungen werden, sich an dieser  
575 Schuldeninitiative zu beteiligen. Wir fordern die Einführung eines  
576 Staateninsolvenzverfahrens.

### Begründung

Diese Änderung war bereits in den Wahlprogrammen / Leitanträgen der letzten Jahre umgesetzt.

Beim Klima haben wir es nicht mehr mit einer Krise zu tun. Krisen zeichnet sich durch eine Verschlechterung im System aus, die vorübergehend ist und beseitigt werden kann. Im Bereich der Klimaentwicklung ist die Bezeichnung Krise ein Euphemismus, da die durch die klimawirksamen Gase auf den Weg gebrachten Verschlechterungen eher dauerhaft sind und die Lebensbedingungen massiv beeinträchtigen können.

## Antrag L.1.0599.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: BAG Grundeinkommen, BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung

### Zeile 599 - 602

599 • Wir wollen das Bürgergeld zu einer sanktionsfreien individuellen Mindestsicherung umbauen.  
600 Anspruch  
601 haben alle, die kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben. ~~Bei der Höhe~~  
602 Um Armut zu verhindern, orientieren wir uns an der sogenannten Armutsgefährdungsgrenze-  
~~Eine alleinlebende~~  
~~Person würde demnach~~, gegenwärtig rund 1.400 Euro monatlich ~~bekommen~~ (inkl. Miete und  
603 sonstige Wohnkosten; in Regionen mit hohen Mieten entsprechend mehr).

### Begründung

Die Linke streitet für die Abschaffung der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaft und die Einführung des

Individualprinzips, siehe Parteiprogramm: „. die Abschaffung der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften...“. Darüber hinaus steht im Parteiprogramm: „Sozialstaatliche Leistungen müssen auf individuellen Rechtsansprüchen beruhen, um patriarchale Abhängigkeiten und behördliche Willkür zu verhindern.“ Im BT-Wahlprogramm 2021 hieß es daher auch "sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung". Grundsätzlich gilt auch: Mindestsicherung und Mindestrente sollen die gleiche, Armut abschaffende Höhe erreichen.

## Antrag L.1.0603.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 603

599 • Wir wollen das Bürgergeld zu einer sanktionsfreien Mindestsicherung umbauen. Anspruch  
600 haben alle, die kein ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben. Bei der Höhe  
601 orientieren wir uns an der sogenannten Armutsgefährdungsgrenze. Eine alleinlebende  
602 Person würde demnach gegenwärtig rund 1.400 Euro monatlich bekommen (inkl. Miete und  
603 sonstige Wohnkosten; in Regionen mit hohen Mieten entsprechend mehr). Mit einem  
Mindestlohn von 15 Euro und Steuerentlastungen für kleine Einkommen stellen wir sicher,  
dass sich Erwerbsarbeit lohnt.

### Begründung

Hier wäre ein Hinweis hilfreich, dass wir hier ein Gesamtkonzept haben, dass auch Geringverdiener\*innen in Arbeit deutlich entlastet.

## Antrag L.1.0608.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 608

605 Viele legen ihre jährliche „Renteninformation“ schnell wieder weg, weil sie wissen: Das  
606 wird nicht reichen. Immer weniger Menschen haben ein planbares Berufsleben und können  
607 sicher sein kann, dass ein erarbeiteter und erkämpfter Lebensstandard auch Bestand hat.  
608 Das muss so nicht sein. Die gesetzliche Rente hat ~~kein Demografieproblem, sondern ein~~  
609 Gerechtigkeitsproblem:

### Zeile 629

625 • Gegen Altersarmut hilft unsere »Solidarische Mindestrente«: Für diejenigen, die wegen  
626 schlechter Jobs, erzwungener Teilzeit oder Erwerbslosigkeit keine auskömmliche Rente  
627 bekommen. Sie erhalten einen Zuschlag bis zur Höhe der Armutsrisikogrenze von derzeit  
628 rund 1.400 Euro. Dazu kommen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und in Regionen  
629 mit sehr hohen Wohnkosten ggf. einen Mietzuschuss.

- Das Prinzip der Solidargemeinschaft (die Erwerbstätigen von heute zahlen für die

Rentner\*innen von heute), das die Rente sicher macht, kommt bei schrumpfender Bevölkerung und abnehmender Erwerbsbeteiligung in Schwierigkeiten. Eine sichere und auskömmliche Rente benötigt heute daher genügend Zuwanderung, eine hohe Frauenerwerbsquote, das Zurückdrängen des Niedriglohnssektors und eine Familienpolitik, die dafür sorgt, dass Kinder kein individueller wirtschaftlicher, sozialer und beruflicher Risikofaktor sind.

## Begründung

Das Rentenproblem ist maßgeblich ein Gerechtigkeitsproblem, aber dass die Rente überhaupt kein Demografieproblem hätte, ist sachlich falsch. In allen Industriestaaten liegt die Geburtenrate weit unterhalb dessen, was für eine stabile Bevölkerungsentwicklung erforderlich wäre. Ohne eine Kombination von höherer Zuwanderung, besserer Vereinbarkeit und mehr Lohngerechtigkeit lässt sich in heutigen Industrieländern keine stabile Rente erreichen.

## Antrag L.1.0614.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 614

- 610 • Für ein gerechtes Rentensystem zahlen alle Menschen mit Erwerbseinkommen - auch  
611 Beamt\*innen, Selbstständige, Freiberufler\*innen, Manager\*innen und Abgeordnete - in  
612 eine solidarische Erwerbstätigenversicherung ein. Das Rentenniveau kann dann steigen.  
613 Menschen mit sogenannten Riester-Verträgen u.ä. Zusatzrenten sollen ihre Verträge in  
614 die gesetzliche Rente zu überführen können. Es soll zudem leichter möglich werden, freiwillig  
zusätzlich in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen, umso sicher zusätzlich für das  
Alter vorsorgen zu können. Ergänzend gibt es Betriebsrenten, die  
615 mindestens zu 50 Prozent von den Arbeitgeber\*innen finanziert sein müssen.

## Begründung

Ergänzungswunsch der IG Metall.

## Antrag L.1.0620.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 620

- 616 • Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben und die  
617 Beitragsbemessungsgrenze verdoppeln. Die niedrigen Rentenansprüche von Niedrig- und  
618 Geringverdienenden, Erwerbslosen, Erziehenden und Pflegenden wollen wir aufwerten.  
619 Ostverdienste wollen wir noch bis 2030 hochwerten, damit sich Renten und Ost- und  
620 Westdeutschland angleichen.
- Die gesetzliche Rente gehört nicht an die Börse! Die angedachte Aktienrente („Generationenkapital“) soll Beitragsstabilität bei der Rentenversicherung über

Kapitalmarkterträge realisieren. Dieser aktienbasierte Weg ist uns - wie auch vielen Sachverständigen - zu teuer und riskant.

## Begründung

Vgl. Antrag Bundestagsgruppe <https://dserver.bundestag.de/btd/20/104/2010477.pdf>, und  
Stellungnahme ver.di: <https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co+d9d592b8-ccb2-11ed-bd23-001a4a160111>

## Antrag L.1.0620.2

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 620

- 616 • Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben und die  
617 Beitragsbemessungsgrenze verdoppeln. Die niedrigen Rentenansprüche von Niedrig- und  
618 Geringverdienenden, Erwerbslosen, Erziehenden und Pflegenden wollen wir aufwerten.  
619 Ostverdienste wollen wir noch bis 2030 hochwerten, damit sich Renten und Ost- und  
620 Westdeutschland angleichen.Dafür braucht es auch höhere Steuerzuschüsse und ein Ende der Finanzierung sogenannter versicherungsfremder Leistungen durch die Beitragszahler\*innen.

## Begründung

Konkretisierungsvorschlag der IG Metall.

## Antrag L.1.0622.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 622

- 621 • Die Rente erst ab 67 bedeutet Rentenkürzungen für alle, insbesondere in Berufen, in  
622 denen ~~Beschäftigte~~Erwerbstätige nicht so lange durchhalten können. Wir fordern eine  
623 Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Wer 40 Jahre lang gearbeitet und selbst Beiträge  
624 gezahlt hat, soll, ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen können.

## Begründung

Der Einbeziehung von Soloselbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung sollte hier auch sprachlich Rechnung getragen werden.

## Antrag L.1.0630.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: Stadtteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost (Hamburg Nord)

## Zeile 630

630 ~~Alle Familien stärken und entlasten, Vereinbarkeit verbessern~~

Alle Familien entlasten, soziales Gemeinwesen stärken, Vereinbarkeit verbessern

## Zeile 631 - 633

631 ~~Für Die Linke ist Familie dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen --~~In der gegenwärtigen Gesellschaft übernimmt die Familie wichtige Funktionen für die soziale Sicherheit und die Entwicklung der Persönlichkeit -

632 unabhängig von Trauschein, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität.

633 Sozial- und Familienpolitik muss diese Verantwortung verstärkt zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe machen und allen Menschen ermöglichen, ein gutes Leben ohne Zukunftsangst zu

634 führen und materielle Nachteile ausgleichen. Die soziale Absicherung - besonders von

635 Alleinerziehenden - muss sicher vor Armut schützen und Familie und Beruf müssen leichter

636 zu vereinbaren sein.

## Begründung

Die Stärkung der Familie als „Keimzelle“ der Gesellschaft ist eine urkonservative religiös untermauerte Ideologie (Thatcher!). Wir wollen hingegen das gesellschaftlich Soziale und jeden Menschen stärken.

## Antrag L.1.0632.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in:

Markus Wollina (Berlin · Nr. 562), Charlotte Claes

## Zeile 632

631 Für Die Linke ist Familie dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen -

632 unabhängig von Trauschein, Geschlecht und sexueller Orientierung ~~und geschlechtlicher Identität.~~

633 Familienpolitik muss allen Menschen ermöglichen, ein gutes Leben ohne Zukunftsangst zu

634 führen und materielle Nachteile ausgleichen. Die soziale Absicherung - besonders von

635 Alleinerziehenden - muss sicher vor Armut schützen und Familie und Beruf müssen leichter

636 zu vereinbaren sein.

## Begründung

Diskriminierung von Familien, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen, erfolgt auf Basis des Geschlechts – unabhängig davon, wie die betroffenen Personen sich selbst definieren.

## Antrag L.1.0637.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in:

KV Köln

#### Zeile 637 - 641

- 637 • Eltern brauchen qualitativ gute und verlässliche Betreuungseinrichtungen, ~~die flexible~~  
638 ~~Öffnungszeiten haben,~~ damit  
639 eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ~~ist~~wird. Es muss deshalb  
640 ~~massiv~~massiver vom Bund in  
641 den Ausbau der öffentlichen und gebührenfreien Kindertagesbetreuung für alle  
Altersgruppen investiert werden. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung muss  
~~verbindlich~~umgesetzt werden - und ausreichend Plätze geschaffen werden.

#### Begründung

Kernproblem der Familien ist derzeit die fehlende Verlässlichkeit aufgrund des Fachkräftemangels.

### Antrag L.1.0642.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: BV Charlottenburg-Wilmersdorf und weitere

#### Zeile 642 - 643

- 642 • Um eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen ~~Müttern~~  
643 ~~und Vätern~~Elternteilen zu fördern, wollen wir für den zweiten Elternteil ab Geburt des Kindes  
28  
644 Tage Elternschutz einführen.

#### Begründung

Dies muss für alle Familienformen gelten, also nicht nur heterosexuelle Partnerschaften, daher ändern in Elternteile, damit alle gemeint sind.

#### weitere Antragstellende

Lilli Młynarczyk, Jakub Techert, Enrico Brehm, Frederike-Sophie Gronde-Brunner

### Antrag L.1.0652.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: LV Bremen

#### Zeile 652

- 650 • Das Ehegattensplitting wollen wir durch eine Individualbesteuerung ersetzen, wobei  
651 das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw.  
652 Lebenspartner\*innen übertragbar sein soll.
- Das Wohngeld ist ein wichtiges sozialpolitisches Instrument. Es stärkt Menschen und Familien mit niedrigen bis mittleren Einkommen oberhalb der Transfergrenze. Ebenso kann es zur Herauslösung aus dem Bürgergeld-Bezug helfen und gewährleistet seit der Wohngeld-Plus-Reform und der Anhebung des Mindestlohns, dass ein Einkommen aus Vollzeitbeschäftigung

immer höher liegt als mit Bürgergeld, auch für Alleinerziehende und andere Familienformen mit Kindern. Das Antragsverfahren ist aber so kompliziert, dass nur etwa ein Drittel der Berechtigten das Wohngeld tatsächlich nutzen. Wir wollen das Verfahren daher stark vereinfachen, von unnötigen Kriterien und Anforderungen befreien, Doppelnachweise abschaffen und eine Genehmigungsfiktion einführen: Spätestens drei Monate nach Antragstellung gilt der Antrag als bewilligt, wenn bis dahin nicht entschieden wurde.

## Begründung

Das Wohngeld kommt bislang im Wahlprogramm-Entwurf überhaupt nicht vor, ist aber für uns sehr wichtig. Es gibt nur wenige sozialpolitische Instrumente, die Menschen und Familien mit geringeren Einkommen oberhalb der Transfergruppe tatsächlich mehr Geld verschaffen; das Wohngeld gehört dazu. Gerade diese soziale Gruppe ist besonders von finanzieller Unsicherheit und den Krisenfolgen betroffen und profitiert vom Wohngeld stark. Das wird allerdings derzeit eingeschränkt von der Tatsache, dass zu viele am Antragsverfahren scheitern oder es gar nicht erst versuchen.

## Antrag L.1.0653.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 653 - 654

- 653 • Berufstätige Alleinerziehende wollen wir durch ~~Finanzierung einer Haushaltshilfe~~  
654 ~~(einmal pro Woche) und eine~~ die konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs des Kindes auf  
655 einen Kitaplatz-Garantie entlasten. Außerdem fordern wir eine  
656 Steuergutschrift, die mindestens der maximalen Wirkung des heutigen  
Entlastungsbetrags von 2.028 Euro im Jahr entspricht und die regelmäßig erhöht wird.

## Begründung

Es benötigt keine eigene Kita-Platz-Garantie für Alleinerziehende. Es besteht bereits einen Rechtsanspruch des Kindes auf frühkindliche Förderung. Dieser muss konsequent umgesetzt werden.

## Antrag L.1.0653.2

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

### Zeile 653 - 654

- 653 • Berufstätige Alleinerziehende wollen wir durch ~~Finanzierung einer Haushaltshilfe~~  
654 ~~(einmal pro Woche) und~~ eine Kitaplatz-Garantie entlasten. Außerdem fordern wir eine  
655 Steuergutschrift, die mindestens der maximalen Wirkung des heutigen  
656 Entlastungsbetrags von 2.028 Euro im Jahr entspricht und die regelmäßig erhöht wird.

## Begründung

Reproduktionsarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir treten für kollektive Lösungen ein

und wenden uns gegen die Individualisierung gesellschaftlicher Probleme. Die staatliche Subventionierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, wie sie im Bereich der Haushaltshilfen regelmäßig anzutreffen sind, lehnen wir entschieden ab. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist, wie es im Abschnitt „Geschlechtergerechtigkeit herstellen – Arbeit umverteilen“ gefordert wird, der richtige Ansatz.

## Antrag L.1.0661.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

### Zeile 661 - 662

661 • ~~Wir wollen~~ Wir setzen uns für moderne Arbeitszeitmodelle, die es ein, die es insbesondere  
662 Müttern und, Vätern und Alleinerziehenden ermöglichen, ihren Beruf mit  
Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen zu vereinbaren. Für Alleinerziehende  
fordern wir die gesetzliche Einführung einer 32-Stunden-Woche, die als Vollzeit anerkannt  
wird, bei vollem Lohnausgleich. Dieser Lohnausgleich wird durch staatliche Zuschüsse und  
steuerliche Anreize für Unternehmen sichergestellt. Ziel ist es, die zusätzliche Belastung durch  
Care-Arbeit auszugleichen und Alleinerziehenden gleiche Teilhabechancen im Berufsleben zu  
gewährleisten. Begleitet wird dies durch den Ausbau von flexiblen Betreuungsangeboten und  
Homeoffice-Optionen. Statt einer Flexibilisierung von  
663 Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen  
664 die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Wir wollen den Kündigungsschutz für Eltern bis  
665 zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes ausweiten. Die Situation von  
666 Berufsrückkehrer\*innen nach der Elternzeit stärken wir u. a. durch ein ausdrückliches  
667 Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz.

### Begründung

Die Einführung einer 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für Alleinerziehende zielt darauf ab, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Dieses Konzept wurde in einigen Ländern und Unternehmen erfolgreich umgesetzt oder getestet.

#### Beispiele erfolgreicher Umsetzung:

##### Island:

1. **Pilotprojekte:** Island führte zwischen 2015 und 2019 umfangreiche Pilotprojekte zur Arbeitszeitverkürzung durch, bei denen die Wochenarbeitszeit auf 35 bis 36 Stunden reduziert wurde, ohne Gehaltseinbußen. Die Ergebnisse zeigten eine gesteigerte Produktivität und ein verbessertes Wohlbefinden der Arbeitnehmer.

##### Spanien:

1. **Regierungsinitiativen:** Die spanische Regierung startete 2021 ein Pilotprojekt zur Einführung der Vier-Tage-Woche (32 Stunden) bei vollem Lohnausgleich in kleinen und mittleren Unternehmen. Ziel ist es, die Produktivität zu steigern und das Wohlbefinden der Arbeitnehmer zu verbessern.

##### Unternehmensbeispiele:

1. **Neuseeland:** Ein neuseeländisches Finanz- und Immobilienunternehmen testete erfolgreich die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich, was zu höherer Produktivität und

Mitarbeiterzufriedenheit führte.

1. **Österreich:** Ein Wiener Unternehmen führte die 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein und berichtete über positive Effekte hinsichtlich Mitarbeiterzufriedenheit und Effizienz.

#### **Finanzierung des Lohnausgleichs:**

- **Staatliche Unterstützung:** In einigen Modellen übernimmt der Staat einen Teil des Lohnausgleichs, um Unternehmen zu entlasten und die Umsetzung zu fördern. Beispielsweise sieht ein Modell des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vor, dass Eltern, die ihre Arbeitszeit reduzieren, eine Lohnersatzleistung erhalten, die sich am Nettoeinkommen orientiert.
- **Unternehmensinterne Lösungen:** Einige Unternehmen finanzieren den Lohnausgleich eigenständig, indem sie auf die positiven Effekte wie gesteigerte Produktivität, reduzierte Fehlzeiten und höhere Mitarbeiterbindung setzen. Diese Investition wird oft durch die genannten positiven Effekte kompensiert.

#### **Umsetzung:**

##### **Gesetzliche Rahmenbedingungen:**

1. **Arbeitszeitgesetz:** Anpassung der gesetzlichen Definition von Vollzeitarbeit für Alleinerziehende auf 32 Stunden pro Woche.
2. **Diskriminierungsschutz:** Sicherstellung, dass Alleinerziehende durch die reduzierte Arbeitszeit keine Nachteile in Karriere und Bezahlung erfahren.

##### **Förderprogramme:**

1. **Finanzielle Anreize:** Einführung von staatlichen Förderungen oder Steuererleichterungen für Unternehmen, die dieses Modell umsetzen.
2. **Beratungsangebote:** Bereitstellung von Informations- und Beratungsdiensten für Unternehmen und Arbeitnehmer zur erfolgreichen Implementierung.

##### **Unternehmensstrategien:**

1. **Arbeitsorganisation:** Anpassung der Arbeitsabläufe, um Produktivität trotz reduzierter Arbeitszeit aufrechtzuerhalten.
2. **Kulturwandel:** Förderung einer Unternehmenskultur, die Work-Life-Balance und flexible Arbeitsmodelle unterstützt.

Die Einführung einer 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für Alleinerziehende ist ein vielversprechendes Modell zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Erfolgreiche Beispiele aus Island, Spanien und einzelnen Unternehmen zeigen die Machbarkeit und die positiven Effekte eines solchen Ansatzes. Die Finanzierung kann durch eine Kombination aus staatlicher Unterstützung und unternehmensinternen Maßnahmen erfolgen. Eine sorgfältige Planung und Anpassung der gesetzlichen sowie organisatorischen Rahmenbedingungen sind entscheidend für den Erfolg dieses Modells.

## **Antrag L.1.0667.1**

Änderungsantrag zu L.1-04

**Antragsteller\*in:**

BV Charlottenburg-Wilmersdorf und weitere

Zeile 667

- 661 • Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit  
662 Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von  
663 Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen  
664 die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Wir wollen den Kündigungsschutz für Eltern bis  
665 zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes ausweiten. Die Situation von  
666 Berufsrückkehrer\*innen nach der Elternzeit stärken wir u. a. durch ein ausdrückliches  
667 Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz.
- Regenbogenfamilien müssen gleichgestellt werden. Das Abstammungsrecht muss reformiert werden, denn es diskriminiert queere Familien.

## Begründung

Ein wichtiger Punkt, in dem es um Familien geht, weshalb er sehr gut in diesen früheren Abschnitt passt. Kann im Abschnitt XIII (Zeile 2095) gerne nochmal mit Bezug auf den Familienabschnitt genannt werden.

## weitere Antragstellende

Lilli Młynarczyk, Jakub Techert, Enrico Brehm, Frederike-Sophie Gronde-Brunner

## Antrag L.1.0668.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 668

668 Familiengerechtigkeit herstellen, Kinderarmut bekämpfen

### Zeile 669 - 670

669 Alle Menschen sollen sich frei entscheiden können, ob sie Kinder haben wollen oder nicht, und sie sollen sich dadurch keine individuellen wirtschaftlichen Nachteile einhandeln. Kinder müssen in besonderer Weise vor Armut geschützt werden. Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen, die die tatsächlichen Kosten für die Familien abbildet und erst von  
670 ~~der~~ höheren Einkommen eine Eigenbeteiligung verlangt. Wir setzen uns daher für das Modell ein, das vom Bündnis Kindergrundsicherung gefordert wird. Danach werden alle Kinder und Jugendlichen profitieren. Sie besteht aus vier Säulen: mit einer Kindergrundsicherung abgesichert, deren Höhe dem verfassungsrechtlich notwendigen Existenzminimum entspricht. Aktuell wären dies 776 Euro monatlich (sächliches Existenzminimum 532 Euro und Freibetrag für die Betreuung und Erziehung bzw. Ausbildung 244 Euro). Die Kindergrundsicherung wird mit dem Einkommen der Eltern versteuert, so dass Familien mit hohen Einkommen netto 368 Euro pro Kind und Monat erhalten und Familien mit niedrigen Einkommen 776 Euro. Die Kindergrundsicherung ersetzt die bisherigen Leistungen Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Bildungs- und Betreuungspakt sowie den Kinderregelsatz im Bürgergeld.

### Zeile 671 - 672

- 671 1. ~~Kindergeld für alle Kinder (379 Euro monatlich; entspricht der maximalen monatlichen~~  
672 ~~Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder und Jugendliche im Jahr 2024)~~

#### Zeile 673 - 674

- 673 2. ~~Kinderzuschlag für Kinder, die in Armut leben (altersgestaffelt bis zu 353 Euro~~  
674 ~~monatlich)~~

#### Zeile 675

- 675 3. ~~Tatsächliche Unterkunftskosten (anteilig)~~

#### Zeile 676

- 676 4. ~~Einmalige und besondere Bedarfe (z. B. Klassenfahrten, Umzugskosten o. ä.)~~

### Begründung

Es ist nicht nachvollziehbar, warum wir das breit getragene Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung ablehnen, dem u.a. der Paritätische, die GEW, pro familia, die Verbände alleinerziehender Mütter und Väter bzw. binationaler Familien und Partnerschaften, der Kinderschutzbund u.v.a.m. angehören. Nur das Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung hebt die Trennung in Kindergeld und extra zu beantragende Sonderleistungen auf, die bekanntlich gerade von denen häufig nicht wahrgenommen werden, die sie besonders dringend bräuchten. Die soziale Staffelung durch die Besteuerung ist das gerechteste und praktikabelste Verfahren, um höhere Einkommen stärker zu beteiligen - das vermeidet auch den hohen zusätzlichen bürokratischen Aufwand, für den Paus die 5.000 Stellen schaffen wollte. Ferner dient die Kindergrundsicherung nicht nur der Bekämpfung von Kinderarmut, sondern ebenso der Einkommensgerechtigkeit zwischen Familien mit und ohne Kindern.

## Antrag L.1.0669.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in:

BAG Grundeinkommen, BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung

#### Zeile 669 - 670

- 669 Um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, wollen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung  
einführen, von  
670 der alle Kinder und Jugendlichen profitieren. Sie ~~besteht aus~~bündelt vier ~~Säulen:~~bisher  
nebeneinander bestehende, zum Teil bürokratische, restriktive und intransparente soziale  
Leistungen:

#### Zeile 671 - 672

- 671 1. ~~Kindergeld für alle Kinder (379 Euro monatlich; entspricht der maximalen monatlichen~~  
672 ~~Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder und Jugendliche im Jahr 2024)~~  
1. Kindergeld für alle Kinder (379 Euro monatlich; entspricht der maximalen monatlichen

## Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder und Jugendliche im Jahr 2024)

### Zeile 676

- 676 4. Einmalige und besondere Bedarfe (z. B. Klassenfahrten, Umzugskosten o. ä.)Die Kindergrundsicherung ist eine Leistung ausschließlich für das Kind. Sie wird weder beim Bezug von Sozialleistungen noch innerhalb des Steuerrechts als Einkommen der Eltern oder anderer Haushaltsangehöriger angerechnet.

### Begründung

Im Wahlprogramm 2021 heißt es: "Gemeinsam mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Akteuren fordern wir eine eigenständige Kindergrundsicherung." Und:"Die Kindergrundsicherung ist eine Leistung ausschließlich für das Kind. Sie wird weder beim Bezug von Sozialleistungen noch innerhalb des Steuerrechts als Einkommen der Eltern oder anderer Haushaltsangehöriger angerechnet." Es gilt wie bei der Mindestrente, der Mindestsicherung und dem BAföG das Individualprinzip. Im Wahlprogramm 2021 hieß es auch: "Mit unserer Kindergrundsicherung ersetzen wir die bestehenden bürokratischen, restriktiven und intransparenten sozialen Sicherungssysteme für Kinder einkommensarmer Familien."

## Antrag L.1.0671.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: Ortsverband 6 (Berlin-Frankfurter Allee Süd)

### Zeile 671 - 672

- 671 1. ~~Kindergeld für alle Kinder (379 Euro monatlich; entspricht der maximalen monatlichen~~  
672 ~~Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder und Jugendliche im Jahr 2024)~~
1. Kindergeld für alle Kinder (379 Euro monatlich; entspricht der maximalen monatlichen Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder und Jugendliche im Jahr 2024). Das Kindergeld darf nicht mehr auf das Bürgergeld angerechnet werden.

### Begründung

Familien in finanzieller Not werden benachteiligt, da sie de facto weniger von der Kindergeldzahlung profitieren, als Familien ohne Bürgergeldbezug. Das Kindergeld soll nach seiner Zweckbestimmung unabhängig von anderen Leistungen der Grundsicherung wirken und nicht als Einkommen betrachtet werden.

## Antrag L.1.0671.2

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 671 - 672

- 671 1. ~~Kindergeld für alle Kinder (379 Euro monatlich; entspricht der maximalen monatlichen~~  
672 ~~Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder und Jugendliche im Jahr 2024)~~

1. Kindergeld für alle Kinder in Höhe von 350 Euro monatlich, unabhängig vom Einkommen der Eltern (das entspricht einem Viertel der von uns geforderten sanktionsfreien Mindestsicherung in Höhe von 1400 Euro)

## Begründung

Die Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags im status quo sollte für uns keine relevante Größe für die Kindergeldforderung sein. Stattdessen sollte man mit Säule 1+2 für Kinder auf die halbe sanktionsfreien Mindestsicherung kommen. Das ist auch konsistent mit der OECD-Skala, nach der Kinder als halbe Erwachsene gezählt werden.

## Antrag L.1.0673.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 673 - 674

- 673 2. ~~Kinderzuschlag für Kinder, die in Armut leben (altersgestaffelt bis zu 353 Euro~~  
674 ~~monatlich)~~
2. Kindergeld für arme Kinder in Höhe von bis zu 350 Euro monatlich, abhängig vom Einkommen der Eltern (das entspricht einem weiteren Viertel der von uns geforderten sanktionsfreien Mindestsicherung in Höhe von 1400 Euro)

## Begründung

Die Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags im status quo sollte für uns keine relevante Größe für die Kindergeldforderung sein. Stattdessen sollte man mit Säule 1+2 für Kinder auf die halbe sanktionsfreien Mindestsicherung kommen. Das ist auch konsistent mit der OECD-Skala, nach der Kinder als halbe Erwachsene gezählt werden.

## Antrag L.1.0682.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: Dr. André Hahn (Sachsen · Nr. 182), Christian Görke (Brandenburg), und André Nowak (BV Berlin-Lichtenberg)

### Zeile 682

- 682 • Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken, Schwimmbäder,  
683 Sportvereine und andere  
684 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen niedrigschwellig, barrierefrei,  
684 wohnortnah und möglichst gebührenfrei sein. Dafür braucht es eine Verbesserung der  
685 Finanzierungsgrundlage in den Kommunen und eine dauerhafte Ko-Finanzierung durch die  
686 Länder. Die Mittel des Kinder- und Jugendplanes des Bundes müssen dafür ebenfalls  
687 aufgestockt werden. Bereits im Vorschulalter müssen Kinder lernen, sexualisierte  
688 Übergriffe und Gewalt zu erkennen und Erwachsene zu informieren, wenn sie dies erlebt  
689 oder beobachtet haben.

# Antrag L.1.0684.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in:

Ortsverband 6 (Berlin-Frankfurter Allee Süd)

## Zeile 684

682 • Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und andere  
683 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen niedrigschwellig, barrierefrei,  
684 wohnortnah und ~~möglichst~~ gebührenfrei sein. Dafür braucht es eine Verbesserung der  
685 Finanzierungsgrundlage in den Kommunen und eine dauerhafte Ko-Finanzierung durch die  
686 Länder. Die Mittel des Kinder- und Jugendplanes des Bundes müssen dafür ebenfalls  
687 aufgestockt werden. Bereits im Vorschulalter müssen Kinder lernen, sexualisierte  
688 Übergriffe und Gewalt zu erkennen und Erwachsene zu informieren, wenn sie dies erlebt  
689 oder beobachtet haben.

## Begründung

Gebührenfreie Angebote sichern den breiten Zugang zu Bildung, Kultur und Freizeit für alle Kinder und Jugendlichen und fördern eine gerechtere Gesellschaft. Gebühren können Familien mit niedrigem Einkommen von der Nutzung dieser Angebote ausschließen. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten würden somit von Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten ausgeschlossen, was die soziale Ungleichheit verstärkt. Gebühren können des Weiteren dazu führen, dass nur bestimmte soziale Gruppen diese Angebote nutzen, was zur Segregation führen könnte.

Viele dieser Einrichtungen werden bereits mit öffentlichen Geldern unterstützt, um deren Nutzung für die Allgemeinheit zu ermöglichen. Die Erhebung von Gebühren könnte den Förderzweck untergraben und als doppelte Belastung wahrgenommen werden, da Bürger bereits über Steuern zu ihrer Finanzierung beitragen.

# Antrag L.1.0689.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in:

KV Köln

## Zeile 689

682 • Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und andere  
683 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen niedrigschwellig, barrierefrei,  
684 wohnortnah und möglichst gebührenfrei sein. Dafür braucht es eine Verbesserung der  
685 Finanzierungsgrundlage in den Kommunen und eine dauerhafte Ko-Finanzierung durch die  
686 Länder. Die Mittel des Kinder- und Jugendplanes des Bundes müssen dafür ebenfalls  
687 aufgestockt werden. Bereits im Vorschulalter müssen Kinder lernen, sexualisierte  
688 Übergriffe und Gewalt zu erkennen und Erwachsene zu informieren, wenn sie dies erlebt  
689 oder beobachtet haben.

In die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen investieren. Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen hat sich durch die fortschreitende Klimakrise, die aktuellen Kriege und Corona massiv gewandelt. Leider spielt das in der öffentlichen Wahrnehmung eine zu geringe Rolle. Kinder und Jugendliche müssen viel mehr eingebunden werden in Entscheidungen für ihre

## Zukunft.

- Wir wollen die politische Mitbestimmung von Jugendlichen stärken. Das Wahlalter soll auf 16 abgesenkt werden und wir wollen wirkliche Partizipation ermöglichen, die eine Wirksamkeit im politischen Prozess entfaltet.
- Ein besserer Zugang zum Gesundheitssystem für Kinder und Jugendliche ist nötig. Neben ausreichenden Kinderärzten wollen wir eine Stärkung des Bereichs der psychischen Gesundheit (Mental Health), indem Kapazitäten ausgebaut, Anlaufstellen gut ausgestattet und wo sie noch fehlen, geschaffen werden.
- Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels muss durch ein umfassendes Programm, das auf erneuerbare Energien, nachhaltige Konzepte für Mobilität und ein umweltfreundliches Leben setzt, in den Fokus genommen werden. Junge Menschen sind in diesen Prozess für ihre Zukunft massiv zu beteiligen.
- Jugendliche müssen bei Ihrem Übergang in die Selbständigkeit, unter anderem mit der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum unterstützt werden.

Daher werden wir uns auch weiterhin für eine Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt und die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz einsetzen.

## Begründung

Die Stimme der Jugend hat einen eigenen Abschnitt in unserem Wahlprogramm verdient.

## Antrag L.1.0690.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: KV Zwickau

### Zeile 690

690 **Selbstbestimmtes Altern ermöglichen - Generationen gerecht behandeln**

## Antrag L.1.0692.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: Dr. André Hahn (Sachsen · Nr. 182), Christian Görke (Brandenburg), und André Nowak (BV Berlin-Lichtenberg)

### Zeile 692

691 Viele Menschen sind im Alter besonders auf Unterstützung angewiesen. Dabei geht es nicht  
692 nur um finanzielle Leistungen, sondern auch um altersgerechte Beratungs-, Kultur-~~und~~, Sport  
693 und  
694 Freizeitangebote. Wir setzen uns für eine neue Kultur des Alterns in dieser Gesellschaft  
695 ein. Es geht um selbstbestimmtes Altern in Würde, ohne Diskriminierungen, Armut und  
696 Abstiegsängste. Senior\*innen müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt  
teilhaben können.

## Antrag L.1.0698.1

Antragsteller\*in: KV Zwickau

#### Zeile 698

- 697 • Wir wollen, dass ältere Menschen einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Altenhilfe  
698 bekommen. Wir wollen ~~Altersdiskriminierung~~Alters- und Jugenddiskriminierung verbieten:  
699 Artikel 3 (3) GG soll um das  
700 Merkmal Alter ergänzt werden. Überall in den Kommunen müssen Seniorenvertretungen  
eingerrichtet werden.

### Antrag L.1.0699.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: KV Zwickau

#### Zeile 699

- 697 • Wir wollen, dass ältere Menschen einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Altenhilfe  
698 bekommen. Wir wollen Altersdiskriminierung verbieten: Artikel 3 (3) GG soll um das  
699 Merkmal Alter ergänzt werden. Überall in den Kommunen müssen Seniorenvertretungen ,sowie  
700 Jugendbeiräte oder Jugendparlamente mit Stimmrechten in den Kommunalvertretungen  
eingerrichtet werden.

#### Begründung

Thema Jugend und Beteiligung von Jugend kommt im ganzen Programm zu kurz--> hier gute Stelle zum einfügen und ergänzen

### Antrag L.1.0700.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

#### Zeile 700

- 697 • Wir wollen, dass ältere Menschen einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Altenhilfe  
698 bekommen. Wir wollen Altersdiskriminierung verbieten: Artikel 3 (3) GG soll um das  
699 Merkmal Alter ergänzt werden. Überall in den Kommunen müssen Seniorenvertretungen  
700 eingerichtet werden.
- Alle vorhandenen Angebote müssen sowohl digital als auch analog ohne finanziellen Aufschlag zur Verfügung gestellt werden.“

#### Begründung

Gesellschaftliche Teilhabe muss allen ermöglicht werden. Viele Senior\*innen können den Umgang mit Notebook und Smartphone nicht.

### Antrag L.1.0710.1

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

#### Zeile 710 - 714

710 ~~Beim Zustand des Gesundheitssystems~~ Wir leisten uns in Deutschland ~~bleibt nur die Hoffnung:~~  
711 ~~Bloß nicht~~  
711 ~~krank werden~~ eines der teuersten Gesundheitssysteme und stellen doch nicht die Bedarfe des  
712 Menschen in den Mittelpunkt, sondern unterliegen der Profitorientierung. Die allgemeinen  
712 Versorgungs- und Arbeitsbedingungen ~~sind eine Katastrophe, als Kassenpatient\*in wartet~~  
712 ~~man ewig auf einen Termin – und im Wartezimmer nochmal~~ entsprechen nicht dem Standard, den  
713 wir eigentlich vorhalten könnten - und diesen für alle gleich. Doch eine gute gesundheitliche  
713 Versorgung für alle ist keine Utopie, sondern eine Verteilungsfrage. Wir können eine gute  
714 ~~Gesundheitsversorgung für alle~~ Gesundheitsversorgung erreichen, wenn wir mit der  
714 Profitorientierung brechen und  
715 die Gesundheitsversorgung nach sozialen und medizinischen Kriterien ausrichten.

#### Begründung

Wir bevorzugen ein bisschen weniger Prosa.

### Antrag L.1.0715.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in:

KV Offenbach-Kreis

#### Zeile 715

710 Beim Zustand des Gesundheitssystems in Deutschland bleibt nur die Hoffnung: Bloß nicht  
711 krank werden. Die Arbeitsbedingungen sind eine Katastrophe, als Kassenpatient\*in wartet  
712 man ewig auf einen Termin - und im Wartezimmer nochmal. Doch eine gute gesundheitliche  
713 Versorgung für alle ist keine Utopie, sondern eine Verteilungsfrage. Wir können eine gute  
714 Gesundheitsversorgung für alle erreichen, wenn wir mit der Profitorientierung brechen und  
715 die Gesundheitsversorgung nach sozialen und medizinischen Kriterien ausrichten. Aber auch  
715 indem wir die die Öl- und Gas-Konzerne mittels einer Entschädigung für ins Gesundheitssystem  
715 ein zahlen lassen, so wie sie in New York für Umweltschäden an die Stadt zahlen müssen (1),  
715 entlasten wir ebenfalls das Gesundheitssystem.  
Durch zusätzliche direkte Zahlungen der fossilen Energiekonzerne und der Autobahn GmbH an  
die Hinterbliebenen von Hitzetoten müssen die Menschen entschädigt werden, auch wenn wir  
wissen, dass keine Entschädigung hoch genug sein kann, um den Verlust eines Menschenlebens  
auszugleichen. Die Arzt- und Pflege-Kosten und die Kosten der Arbeitsunfähigkeit beispielsweise  
von Asthmatikern und Herzkreislauf-Erkrankten, verursacht beispielweise durch Feinstaub des  
Straßenverkehrs müssen von der Autobahn GmbH und den Auto-Konzernen übernommen  
werden. Die Gesundheit-Kosten für an Nano-Plastik Partikeln - die durch Abrieb von Autoreifen  
entstehen - müssen von Autoreifen- Konzernen und der Autobahn GmbH übernommen werden.  
Ebenso müssen entsprechende Entschädigungen von ihnen an die erkrankten Menschen gezahlt  
werden. Natürlich werden wir trotzdem eine massive Verkehrswende herbeiführen.

## Zeile 716

716 ~~Das ist bitter nötig~~Die Entlastung des Gesundheitssystem ist bitter nötig, denn der Ist-Zustand ist untragbar: Auf dem Land bricht die  
717 Versorgung weg und Patient\*innen müssen teils stundenlange Wege in Kauf nehmen.  
718 Gleichzeitig sind viele Behandlungen unnötig und werden von Krankenhauskonzernen und  
719 Ärzt\*innen angeboten, weil es sich lohnt. Die Privatisierung und Ökonomisierung des  
720 Gesundheitswesens ist ungerecht - und ineffizient. Trotzdem haben Lauterbach und die  
721 Ampel-Regierung eine Krankenhausreform durchgepeitscht, die die Versorgung (nicht nur) auf  
722 dem Land bedroht und weiter auf Wettbewerb zwischen den Kliniken setzt.

## Begründung

Schon jetzt ist es so, dass durch Feinstaub, Stickoxyde und Hitze in den Großstädten viele Menschen erkranken und sterben. Obwohl dies vielfach durch wissenschaftlich anerkannte Studien belegt ist, verhalten die Konzerne und die Autobahn GmbH sich so als wenn sie nichts damit zu tun hätten und wälzen die Kosten und die Belastungen auf die Allgemeinheit ab. Schon längst hätte durch eine andere Technik, durch den massiven Ausbau des ÖPNV und eine deutlich andere Verkehrswegeplanung dem bereits entgegengewirkt werden können. Es ist höchste Zeit, dass die Verursacher auch die Kosten zu tragen haben, während sie gleichzeitig per Gericht zum Umlenken verurteilt werden müssen.

- <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2024-12/usa-new-york-oel-firmen-klima-strafe>

## Antrag L.1.0717.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

## Zeile 717 - 720

716 Das ist bitter nötig, denn der Ist-Zustand ist untragbar: Auf dem Land bricht die  
717 Versorgung weg ~~und Patient\*innen müssen teils stundenlange Wege in Kauf nehmen.~~  
718 ~~Gleichzeitig sind~~. So ist aktuell flächendeckend weder eine sichere Geburtshilfe noch die lebensrettende Notfallversorgung gewährleistet. Das Erreichen einer Gesundheitsversorgung muss für alle gewährleistet und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar bleiben. Wir sind uns einig - eine grundsätzliche Reformierung des Gesundheitswesens ist dringend notwendig. Zu viele Behandlungen sind unnötig und werden von Krankenhauskonzernen und  
719 Ärzt\*innen angeboten, weil es sich lohnt. Die Privatisierung und Ökonomisierung des  
720 Gesundheitswesens ist ungerecht - und ineffizient. Die tatsächlichen Bedarfe der Patient\*innen werden nicht beachtet, dabei gehören diese doch in den eigentlichen Fokus. Trotzdem haben Lauterbach und die  
721 Ampel-Regierung eine Krankenhausreform durchgepeitscht, die die Versorgung (nicht nur) auf  
722 dem Land bedroht und weiter auf Wettbewerb zwischen den Kliniken setzt.

## Begründung

Wir haben ein bisschen konkretisiert.

## Antrag L.1.0723.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in:

LV Bremen

### Zeile 723 - 727

723 Wer arm ist, stirbt im Durchschnitt früher, wird häufiger schwer krank oder pflegebedürftig.  
Schuld daran  
724 sind z.B. schlechte Arbeits- und Wohnbedingungen, prekäre Lebensverhältnisse, kaum  
725 Förderung von Prävention und gesunden Lebensweisen, aber auch unzureichender Zugang zu  
medizinischer Behandlung. Wir wollen ein gesundes Leben  
726 unabhängig vom eigenen Geldbeutel in allen Lebensbereichen ermöglichen! Menschen ohne  
727 regulären Aufenthaltsstatus und Nichtversicherte wie z.B. Obdachlose müssen bundesweit  
Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung  
728 erhalten. Gesundheit darf keine Klassenfrage mehr sein - und deshalb auch keine Frage der  
729 Krankenkasse.

### Zeile 741

- 739 • Unsere solidarische Pflegevollversicherung soll alle pflegerischen Leistungen  
740 abdecken. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil  
741 zahlen. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden!
- Für nichtversicherte und papierlose Menschen wollen wir die Möglichkeit einer kostenlosen und ggf. pseudonymisierten Gesundheitsversorgung schaffen.

## Begründung

Papierlose, Obdachlose und andere Menschen ohne Krankenversicherung haben bislang keine Möglichkeit, sich bei Krankheit behandeln zu lassen. In Bremen wird eine entsprechende Leistung seit Juli 2022 angeboten und gut angenommen. Ziel ist eine Ausweitung auf alle Kommunen sowie eine bundesgesetzliche Regelung und Finanzierung. Im Fließtext sollen nach den Papierlosen daher die anderen Nichtversicherten aufgenommen werden und es soll ein eigener Bulletpoint eingefügt werden, der das konkrete Modell (pseudonymisiert) skizziert. – Außerdem Korrektur: wer arm ist, stirbt „im Durchschnitt“ früher, und Hinweis darauf, dass der Zusammenhang auch in fehlender Versorgung besteht.

## Antrag L.1.0730.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 730 - 734

- 730 • Wir ~~streiten~~ setzen uns für eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung ein. Alle  
731 zahlen  
732 ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt. Die  
733 Beitragsbemessungsgrenze fällt weg. Auch auf Einkommen aus Kapitalerträgen und andere

734 Einkommensarten müssen Beiträge gezahlt werden. Privatversicherte werden in die  
gesetzliche Krankenversicherung einbezogen.übernommen. Eine Bürgerversicherung entsteht.  
Dadurch sinkt der Beitrag für die  
735 Krankenversicherung von derzeit 17,1 auf etwa 13,3 Prozent des Bruttolohns. Für alle  
736 Menschen mit einem Monatseinkommen unter etwa 7.100 Euro sinken die Beiträge. Der  
737 allergrößte Teil der Bevölkerung wird durch dieses Konzept finanziell entlastet, auch  
738 viele Selbstständige und Rentner\*innen.

## Antrag L.1.0738.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Zwickau

### Zeile 738

- 730 • Wir streiten für eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Alle zahlen  
731 ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt. Die  
732 Beitragsbemessungsgrenze fällt weg. Auch auf Einkommen aus Kapitalerträgen und andere  
733 Einkommensarten müssen Beiträge gezahlt werden. Privatversicherte werden in die  
734 gesetzliche Krankenversicherung einbezogen. Dadurch sinkt der Beitrag für die  
735 Krankenversicherung von derzeit 17,1 auf etwa 13,3 Prozent des Bruttolohns. Für alle  
736 Menschen mit einem Monatseinkommen unter etwa 7.100 Euro sinken die Beiträge. Der  
737 allergrößte Teil der Bevölkerung wird durch dieses Konzept finanziell entlastet, auch  
738 viele Selbstständige und Rentner\*innen.
- Die Vielzahl an Krankenkassen wird perspektivisch abgeschafft. Ein Konkurrenzkampf der Kassen ist mit unserem Modell unnötig, alle Kassen sollen zu einer großen "Gemeinwohlkrankenkasse" zusammengeschlossen werden.

### Begründung

Nach außen wird dies als Ziel benannt und sollte sich dann auch in dieser Klarheit im Programm wiederfinden.

## Antrag L.1.0738.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 738

- 730 • Wir streiten für eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Alle zahlen  
731 ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben, alle werden gut versorgt. Die  
732 Beitragsbemessungsgrenze fällt weg. Auch auf Einkommen aus Kapitalerträgen und andere  
733 Einkommensarten müssen Beiträge gezahlt werden. Privatversicherte werden in die  
734 gesetzliche Krankenversicherung einbezogen. Dadurch sinkt der Beitrag für die  
735 Krankenversicherung von derzeit 17,1 auf etwa 13,3 Prozent des Bruttolohns. Für alle  
736 Menschen mit einem Monatseinkommen unter etwa 7.100 Euro sinken die Beiträge. Der  
737 allergrößte Teil der Bevölkerung wird durch dieses Konzept finanziell entlastet, auch

738 viele Selbstständige und Rentner\*innen.

- Unsere solidarische Gesundheitsversicherung soll evidenzbasiert alle notwendigen Leistungen abdecken. Das bedeutet: Zahnersatz, Brillen und Ibuprofen statt Homöopathie und anthroposophischer Medizin!

## Antrag L.1.0739.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 739

- 739 • Pflegebedürftige und ihre Angehörige zahlen häufig rund 3.000 Euro im Monat für einen  
740 Heimplatz. Unsere solidarische Pflegevollversicherung soll alle pflegerischen Leistungen  
741 abdecken. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil zahlen. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden!

## Antrag L.1.0745.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

### Zeile 745

- 744 Für die Beschäftigten bedeutet der ständige Kostendruck im Gesundheitssystem Stress und  
745 Überlastung. Um psychische und physische Belastungen zu reduzieren, fordern wir  
flächendeckende systemische Beratungs- und Unterstützungsangebote für Pflegekräfte,  
Rettungsanitäter\*innen und weitere belastete Berufe. Diese müssen durch den Staat finanziert  
und niedrigschwellig zugänglich sein. Viele Kolleg\*innen haben dem Beruf den Rücken gekehrt,  
der Personalmangel  
746 verschärft den Stress - ein Teufelskreis. Für die Patient\*innen heißt das: mehr  
747 vermeidbare Infektionen, weniger Versorgung, Tausende vermeidbare Todesfälle im  
748 Krankenhaus pro Jahr.

## Begründung

Der ständige Kostendruck im Gesundheitssystem führt zu enormen Belastungen für Beschäftigte in Pflegeberufen, Rettungsdiensten und anderen systemrelevanten Bereichen. Psychische und physische Überlastung sind häufige Folgen, die nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten, sondern auch die Qualität der Versorgung beeinträchtigen. Dies verschärft den bestehenden Personalmangel, da viele Fachkräfte dem Beruf aufgrund unzumutbarer Arbeitsbedingungen den Rücken kehren.

Systemische Beratungs- und Unterstützungsangebote sind ein wesentlicher Bestandteil, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Sie bieten den Beschäftigten niedrigschwellige Möglichkeiten zur Verarbeitung psychischer Belastungen und fördern ihre Resilienz im Arbeitsalltag. Solche Maßnahmen tragen dazu bei, die Arbeitszufriedenheit zu erhöhen, Krankenstände zu reduzieren und die Bindung von Fachkräften an ihre Berufe langfristig zu sichern.

Die staatliche Finanzierung dieser Angebote ist entscheidend, um sie flächendeckend und für alle

zugänglich zu machen. Eine Investition in die mentale und körperliche Gesundheit der Beschäftigten ist gleichzeitig eine Investition in die Stabilität und Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitssystems. Länder wie Schweden und Finnland haben bereits gezeigt, dass solche Unterstützungsangebote die Arbeitsbedingungen in belasteten Berufen nachhaltig verbessern und damit einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten können.

Angesichts der steigenden Anforderungen an das Gesundheitssystem und der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Berufe ist es unverzichtbar, diesen Vorschlag umzusetzen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

## Antrag L.1.0750.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 750 - 752

749 • Solidarität mit den Beschäftigten, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen! Wir  
750 fordern flächendeckende Entlastungstarifverträge ~~haben~~ (siehe Kapitel 7), bessere  
751 Arbeitsbedingungen und eine bundesweite Offensive zur Rückanwerbung für Pflegekräfte  
752 und weitere Beschäftigte im Gesundheitswesen, die den Beruf verlassen. ~~Wir fordern~~ haben.  
Wir fordern  
753 zudem eine Ausbildungsoffensive und allgemeinverbindliche Tarifverträge (s. Kapitel  
754 7)

### Begründung

Redaktionell.

## Antrag L.1.0750.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 750 - 753

749 • Solidarität mit den Beschäftigten, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen! Wir  
750 ~~fordern~~ unterstützen die Kämpfe um flächendeckende Entlastungstarifverträge haben (siehe  
751 Kapitel 7), ~~bessere~~  
752 ~~Arbeitsbedingungen und~~ und bessere Arbeitsbedingungen. Wir fordern eine bundesweite  
753 Offensive zur Rückanwerbung für Pflegekräfte  
~~und weitere Beschäftigte~~ sowie Pflegefachkräften und weiteren Beschäftigten im  
Gesundheitswesen, die den Beruf verlassen. Wir fordern  
zudem eine Ausbildungsoffensive ~~und allgemeinverbindliche Tarifverträge~~, die Refinanzierung  
von Tarifverträgen und eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit (s. Kapitel  
754 7)

### Begründung

Das Erämpfen von Entlastungstarifverträgen, flächendeckend oder nicht, ist Sache der

Gewerkschaften, in dem Fall ver.di. Ziel ist es, eine bessere Tarifbindung zu erzielen und es den Tarifparteien zu ermöglichen, Tarifverträge auf einem guten Niveau abzuschließen, ob Entlastungstarifverträge oder andere Inhalte regelnde Tarifverträge. Dann wird sich auch die Tarifbindung erhöhen, weil gute Refinanzierungsbedingungen dazu führen, dass Tarifverträge auf gutem Niveau abgeschlossen werden können. Hinsichtlich der Allgemeinverbindlichkeit: Es ist sinnvoll, dass die Allgemeinverbindlichkeit erleichtert wird. Allerdings ist die Forderung nach allgemeinverbindlichen Tarifverträgen im Gesundheitsbereich nicht vereinbar mit der Tarifautonomie. Besser: Stärkung der Gewerkschaften und Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit; dann können Gewerkschaften selbst entscheiden, in welcher Situation sie AVE beantragen.

## Antrag L.1.0756.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 756 - 757

755 • Für eine gesetzlich vorgeschriebene Personalbemessung, bei der es am Ende auch mehr  
756 Personal gibt, für Schichtpläne ohne Stress. ~~Es braucht mindestens 100.000-~~  
757 ~~zusätzliche Pflegekräfte in den~~ und ausgeglichene Regenerationszeiten. Wir fordern die  
konsequente Umsetzung der gesetzlich bereits seit dem 1.07.2024 vorgeschriebenen PPR 2.0  
zusätzlich mit Sanktionsmaßnahmen bei Nichterfüllung. Darüber hinaus sollte die  
Personalbemessung für alle medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Berufsgruppen  
in Krankenhäusern, der Altenpflege sowie in der Geburtshilfe verbindlich, refinanziert,  
kontrolliert, mit klarer Festlegung des Fachkräftelevels, für stationäre UND ambulante  
Bereiche im Krankenhaus ausgeweitet werden.

### Begründung

Es macht Sinn, sich auf die eingeführte PPR 2.0 positiv zu beziehen und nachzubessern. Außerdem: Personalbemessung nur für die Pflege greift zu kurz, daher die Ausweitung. Uns ist nicht klar, wie die 100.000 Pflegekräfte zustande kommen, daher haben wir die rausgenommen. Eine Umsetzung wie oben beschrieben, dürfte aber zu einem massiven Aufbau des Personals führen.

## Antrag L.1.0764.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 764

762 Es braucht eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung. Dafür muss der Bund  
763 sektorenübergreifende Behandlung und regionale Grundversorgung verlässlich und ausreichend  
764 ~~zu~~ finanzieren.

### Begründung

Redaktionell.

## Antrag L.1.0764.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 764

762 Es braucht eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung. Dafür muss der Bund  
763 sektorenübergreifende Behandlung und regionale Grundversorgung verlässlich und ausreichend  
764 zu finanzieren und sektorenübergreifendes Arbeiten in öffentlicher oder gemeinnütziger Hand  
über die verschiedenen Sozialgesetzgebiete möglich machen.

### Begründung

Es braucht Konzepte der Finanzierung öffentlicher (!) Grundversorgung, die nicht an unterschiedlichen Refinanzierungen in den SGBs scheitern, daher die Ausweitung.

## Antrag L.1.0765.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

### Zeile 765 - 769

765 ~~Das Krankenhaus-Reformgesetz der Ampel-Regierung ist halbherzig: Es hält an den~~  
766 ~~Fallpauschalen fest, enthält keine echten Standortgarantien für notwendige Einrichtungen~~  
767 ~~und sichert die niedragschwellige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung nicht finanziell-~~  
768 ~~ausgerechnet gemeinnützige und ländliche Krankenhäuser sind besonders von der Schließung~~  
769 ~~bedroht.~~

Das Krankenhaus-Reformgesetz aus dem Hause Lauterbach verschärft den kalten  
Strukturwandel in der Kliniklandschaft. Das Sterben insbesondere von kleinen Krankenhäusern  
ist eingeplant und soll zur Hälfte auch noch von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert  
werden. Eine bedarfsgerechte wohnortnahe Krankenhausplanung ist nicht vorgesehen. Die  
Fallpauschalen mit falschen Anreizen und Auswirkungen auf medizinischen Behandlungen sollen  
bleiben.

### Begründung

Das Krankenhaus-Reformgesetz ist nicht nur halbherzig, sondern völlig ungeeignet, um eine bedarfsgerechte Krankenhausversorgung sicher zu stellen. Vor allem werden die Fehlsteuerungen durch die Fallpauschalen nicht beseitigt, sondern nur verfeinert. Es bleibt bei Über- Unter- und Fehlversorgung mit immer weniger Großkliniken.

## Antrag L.1.0765.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Rosenheim

## Zeile 765

765 Das Krankenhaus-Reformgesetz der Ampel-Regierung ist ~~halbherzig~~eine Mogelpackung: Es hält  
an den  
766 Fallpauschalen fest, enthält keine echten Standortgarantien für notwendige Einrichtungen  
767 und sichert die niedrigschwellige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung nicht finanziell -  
768 ausgerechnet gemeinnützige und ländliche Krankenhäuser sind besonders von der Schließung  
769 bedroht.

## Begründung

Anpassung an die Beschreibung der Reform wie in 723f. – und genauere Beschreibung. Halbherzig würde bedeuten, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ginge. Dem ist nicht so.

## Antrag L.1.0765.3

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Herford

## Zeile 765 - 769

765 Das Krankenhaus-Reformgesetz ~~der Ampel-Regierung ist halbherzig: Es hält an den-~~  
766 ~~Fallpauschalen fest, enthält keine echten Standortgarantien für notwendige Einrichtungen-~~  
767 ~~und sichert die niedrigschwellige,~~aus dem Hause Lauterbach verschärft den kalten  
Strukturwandel in der Kliniklandschaft. Das Sterben insbesondere von kleinen Krankenhäusern  
ist eingeplant und soll zur Hälfte auch noch von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert  
werden. Eine bedarfsgerechte wohnortnahe GesundheitsversorgungKrankenhausplanung ist  
nicht ~~finanziell-~~  
768 ~~ausgerechnet gemeinnützige und ländliche Krankenhäuser sind besonders von der Schließung-~~  
769 ~~bedroht,~~vorgesehen. Die Fallpauschalen mit falschen Anreizen und Auswirkungen auf  
medizinischen Behandlungen sollen bleiben.

## Begründung

Das Krankenhaus-Reformgesetz ist nicht nur halbherzig, sondern völlig ungeeignet, um eine bedarfsgerechte Krankenhausversorgung sicher zu stellen. Vor allem werden die Fehlsteuerungen durch die Fallpauschalen nicht beseitigt, sondern nur verfeinert.

## Antrag L.1.0769.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

## Zeile 769

765 Das Krankenhaus-Reformgesetz der Ampel-Regierung ist halbherzig: Es hält an den  
766 Fallpauschalen fest, enthält keine echten Standortgarantien für notwendige Einrichtungen  
767 und sichert die niedrigschwellige, wohnortnahe Gesundheitsversorgung nicht finanziell -  
768 ausgerechnet gemeinnützige und ländliche Krankenhäuser sind besonders von der Schließung

769 bedroht. Notwendige Strukturveränderungen aufgrund von Änderungen der medizinischen Versorgungsstrategien, des Forschungsstandes, aber auch der Bevölkerungsstruktur müssen planvoll und bedarfsgerecht stattfinden, statt über die kalte Strukturbereinigung durch Krankenhaus-Insolvenzen.

## Begründung

Die derzeit ablaufende kalte Strukturbereinigung reißt Lücken, wo Versorgung dringend gebraucht wird. Krankenhäuser dürfen nicht aufgrund Pleite schließen, bevor die Krankenhausplanung überhaupt abgeschlossen ist. Daher der Vermerk des Bedarfs eines planvollen Vorgehens.

## Antrag L.1.0778.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 778

777 • Die Länder sind für die Investitionskosten der Krankenhäuser zuständig, zahlen dafür  
778 aber seit Jahrzehnten viel zu wenig. ~~Dadurch haben wir einen~~ Die Krankenhäuser sind baulich  
und von der Ausstattung her in einem sehr schlechten Zustand. Die Politik der letzten  
779 Jahrzehnte führte zu einem massiven  
Investitionsstau, Personalmittel werden für Baumaßnahmen eingesetzt. Der  
780 Pfl egenotstand nimmt zu. Bund und Länder müssen nachhaltig in die Krankenhäuser  
781 investieren! Die Vermögensteuer kann ihnen dabei helfen.

## Begründung

Auch die eingesetzten Personalmittel führten nicht zu einem guten baulichen Zustand. Der Einschub verdeutlicht das Ausmaß der fehlenden Investitionsmittel.

## Antrag L.1.0791.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 791

783 Arztpraxen sind oft schlecht erreichbar und selten barrierefrei. Die Terminvereinbarung  
784 ist kompliziert und die Wartezeit hängt vom Versichertenstatus ab. Die Linke tritt für  
785 eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung  
786 in Stadt und Land ein. Wir wollen kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der  
787 wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern! Sie sollen zentrale Anlaufstelle für  
788 Patient\*innen sein und die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen,  
789 psychotherapeutischen, (gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen  
790 verbinden. Wir wollen, dass stationäre und ambulante Versorgung gemeinsam im Interesse des  
791 Gemeinwohls geplant und gestaltet wird.

- In vielen Regionen und Stadtteilen gibt es kaum noch niedergelassene Ärzt\*innen, während sich die Angebote in innenstadtnahen und wohlhabenden Wohnlagen ballen. Die

Versorgungsbezirke, innerhalb derer Ärzt\*innen sich niederlassen oder mit ihrer Praxis umziehen können, müssen deutlich kleiner bemessen werden und sich an Kriterien wie Einwohner\*innenzahl und Entfernung festmachen. Die Festlegung der Versorgungsbezirke soll nicht mehr durch die Interessenvertretung der Ärzt\*innen erfolgen, sondern durch Länder und Kommunen.

## Begründung

Dass es keine Arztpraxis mehr in der Nähe gibt, dass Praxen in der Nachbarschaft schließen usw. ist einer der am häufigsten geäußerten Kritikpunkte am Gesundheitssystem. Das System der Selbstverwaltung ist nicht geeignet, eine bessere Verteilung von Arztpraxen zu gewährleisten, weil niedergelassene Ärzt\*innen das strukturelle Interesse haben, Praxen in zentrale und bessergestellte Lagen zu verlagern.

## Antrag L.1.0798.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 798

- 798 • Die psychotherapeutische und fachärztliche Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem  
nicht den  
799 Bedarf. Solange nicht genügend zugelassene Psychotherapeut\*innen zur Verfügung  
800 stehen, müssen Therapien über das Kostenerstattungsverfahren unbürokratisch möglich  
801 sein. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform der Bedarfsplanung für  
802 vertragspsychotherapeutische Kassensitze, die sich nach dem realen Bedarf richtet.  
803 Die Ausbildungskosten für zukünftige Psychotherapeut\*innen müssen gedeckelt werden  
804 und die Vergütung an Tarifverträge angelehnt werden. Die Finanzierung der Ausbildung  
805 durch die Weiterbildungsstätten muss gesetzlich geregelt werden.

## Begründung

auch die fachärztliche Versorgung deckt in vielen Regionen – selbst in Metropolen nicht den Bedarf ab, z. B. kann die Wartezeit beim Rheumatologen für Neupatient\*innen ebenso bis zu einem Jahr oder länger liegen. Je nach Facharzt kann die Wartezeit sogar nicht viel länger sein, als bei Psychotherapeut\*innen.

## Antrag L.1.0799.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 799

- 798 • Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem nicht den  
799 Bedarf. Solange nicht genügend ~~zugelassene Psychotherapeut\*innen~~ freie Kassensitze zur  
Verfügung  
800 stehen, müssen Therapien über das Kostenerstattungsverfahren unbürokratisch möglich

801 sein. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform der Bedarfsplanung für  
802 vertragspsychotherapeutische Kassensitze, die sich nach dem realen Bedarf richtet.  
803 Die Ausbildungskosten für zukünftige Psychotherapeut\*innen müssen gedeckelt werden  
804 und die Vergütung an Tarifverträge angelehnt werden. Die Finanzierung der Ausbildung  
805 durch die Weiterbildungsstätten muss gesetzlich geregelt werden.

## Begründung

Die jetzige Formulierung erweckt den Eindruck, es gibt es nicht genügend Psychotherapeut\*innen und müssten erst ausgebildet werden. Natürlich kann es nicht sein, dass Psychotherapeut\*innen ihre eigene Ausbildung auch noch bezahlen zu müssen. Jedoch lässt sich bei vielen KVen feststellen, dass derzeit das Problem der mangelnden Therapieplätze an viel zu wenig verfügbaren Kassensitzen liegt, während die Wartelisten für eine kassenärztliche Versorgung immer länger werden. Das Ziel muss selbstverständlich eine neue Form der Bedarfsermittlung sein, aber dazwischen liegen noch einige Schritte, die Zeit in Anspruch nehmen werden, die viele Patient\*innen, die JETZT eine Psychotherapie benötigen schlicht und einfach nicht haben.

## Antrag L.1.0804.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 804

798 • Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem nicht den  
799 Bedarf. Solange nicht genügend zugelassene Psychotherapeut\*innen zur Verfügung  
800 stehen, müssen Therapien über das Kostenerstattungsverfahren unbürokratisch möglich  
801 sein. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform der Bedarfsplanung für  
802 vertragspsychotherapeutische Kassensitze, die sich nach dem realen Bedarf richtet.  
803 Die Ausbildungskosten für zukünftige Psychotherapeut\*innen müssen gedeckelt werden  
804 ~~und die Vergütung an Tarifverträge angelehnt werden.~~ Psychotherapeut\*innen in Ausbildung  
müssen einen Beschäftigungsstatus erhalten, der ihre Einbindung in Tarifstrukturen  
ermöglicht. Die Finanzierung der Ausbildung  
805 durch die Weiterbildungsstätten muss gesetzlich geregelt werden.

## Begründung

Wir wollen, dass Psychotherapeut\*innen in Ausbildung tarifiert werden können, daher muss ihr Beschäftigungsstatus dies ermöglichen (analog anderen Ausbildungsbereichen).

## Antrag L.1.0805.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 805

798 • Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem nicht den  
799 Bedarf. Solange nicht genügend zugelassene Psychotherapeut\*innen zur Verfügung

800 stehen, müssen Therapien über das Kostenerstattungsverfahren unbürokratisch möglich  
801 sein. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform der Bedarfsplanung für  
802 vertragspsychotherapeutische Kassensitze, die sich nach dem realen Bedarf richtet.  
803 Die Ausbildungskosten für zukünftige Psychotherapeut\*innen müssen gedeckelt werden  
804 und die Vergütung an Tarifverträge angelehnt werden. Die Finanzierung der Ausbildung  
805 durch die Weiterbildungsstätten muss gesetzlich geregelt werden.

- Ärzt\*innen sollen sich wieder mehr um ihre Patent\*innen kümmern können, anstatt einen wachsenden Berg an Papierkram erledigen zu müssen. Schon jetzt verbringen sie einen Arbeitstag mit der Bewältigung von bürokratischen Aufgaben. Dies geht fast immer zulasten von gesetzlich Versicherten. Daher fordern wir zum einen die Einführung einer Strafgebühr für unbegründete Prüfanträge von Krankenkassen. Zum anderen müssen die Zulassungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden.

## Begründung

KVNO werden bereits rund 80% der Prüfanträge der Krankenkassen aufgrund von Fehlern abgelehnt. Jeder Prüfantrag beinhaltet immer eine zeitaufwändige Stellungnahme der Ärzt\*innen.

Die Zulassungsverfahren ziehen sich sehr häufig in die Länge, weil Unterlagen und/ oder Dokumente nochmals eingereicht werden, obwohl diese bereits in der Vergangenheit vorgelegt worden sind. Das alles kostet zuviel Zeit, die Ärzt\*innen besser an Patient\*innen verbringen sollten.

## Antrag L.1.0810.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 810 - 811

- 809 • Wir wollen, dass die elektronische Patientenakte konsequent auf die Verbesserung der  
810 Behandlungen ausgerichtet ist und nicht ~~riesige~~ riesige Datenmengen ohne Wissen der  
811 Patient\*innen auch für kommerzielle Player freigegeben werden. Die gefährlichen Lücken bei Datenschutz und Datensicherheit müssen unverzüglich geschlossen werden.

## Begründung

Aktueller Bezug: Hack auf elektronische Patient\*innen-Akte.

## Antrag L.1.0814.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Rosenheim

### Zeile 814

- 814 **Bezahlbare Medikamente ~~für alle~~ und eine medizinische Forschung, die allen hilft!** Die Macht der Pharmaindustrie durchbrechen

### Zeile 823

815 Die gesetzlichen Krankenkassen geben in Deutschland über 50 Milliarden Euro für  
816 Arzneimittel aus - mit schnell steigender Tendenz - und obwohl Patient\*innen für  
817 Arzneimittel zuzahlen müssen. Für neue Arzneimittel verlangen die Pharmakonzerne  
818 Fantasiepreise und machen Milliardenprofite. Keiner der Versuche, die Preise für neue  
819 Arzneimittel zu regulieren, konnte die Kostenexplosion wirksam begrenzen. Wir wollen den  
820 Einfluss der Pharmakonzerne zurückdrängen. Es braucht öffentliche Kontrolle über die  
821 Arzneimittelforschung. Preise müssen in der EU einheitlich festgelegt werden. Wir wollen  
822 gezielt Gelder bereitstellen, um die Forschung zu öffentlicher Gesundheit (Public Health)  
823 und die nichtkommerzielle klinische Forschung zu stärken.

Damit unterstützen wir die Forschung bisher vernachlässigter Krankheiten: Darunter fallen nicht nur seltene Krankheiten, sondern beispielsweise auch ME/CFS und Long Covid. Die Zahl der Erkrankten nimmt hier weiter zu. Noch immer gibt es hier kein einziges zugelassenes Medikament, kaum Anlaufstellen und viel zu wenig Geld für Arzneimittelforschung. Betroffene werden immer noch stigmatisiert und erleiden schädigende Fehlbehandlungen. Wir setzen uns ein für Forschungsförderung, die der Schwere, der Häufigkeit und dem Forschungsrückstand bei ME/CFS angemessen ist und die die Verfügbarkeit von Medikamenten zum Ziel hat. Außerdem wollen wir eine Aufklärungskampagne inklusive Infektionsschutz als Prävention.

## Begründung

KV Rosenheim

## Antrag L.1.0828.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 828 - 833

825 Die Eigenanteile in der Pflege sind so hoch, dass sie meist alle Rücklagen und die Rente  
826 auffressen und dann die Kosten von den Kommunen getragen werden. Pflegeeinrichtungen  
827 gelten als lukratives Investment. Die Gewinne steigen, aber das hat seinen Preis: Der  
828 Stress für Pflegekräfte steigt und die Versorgung der Bewohner\*innen wird schlechter. ~~Wir~~  
829 ~~wollen Pflegekonzerne aus der stationären Pflege herausdrängen.~~ Die Finanzierung muss auf  
830 Kostendeckung ausgerichtet werden. Wir setzen uns für einen Systemwechsel in der Pflege  
831 ein: Für gute Arbeitsbedingungen und Entlastung der Beschäftigten in den  
832 ~~Pflegeeinrichtungen.~~ Pflegeeinrichtungen. Wir wollen Pflegekonzerne aus der stationären Pflege  
833 herausdrängen. Wir wollen private Pflegeeinrichtungen in öffentliche Hand  
überführen. Wir wollen die ineffektive Struktur kleiner Pflegeanbieter, die häufig auch zu  
schlechten Arbeitsbedingungen führen, in effektivere öffentlich-gemeinnützige Strukturen  
überführen.

## Begründung

Es gibt nicht nur Pflegekonzerne im Privatbereich, sondern auch tausende kleine Pflegeanbieter, bei denen die Arbeitsbedingungen grottig sind. Diese Struktur macht ebenfalls wenig Sinn; da weder Ausfallmanagement noch Dienstplanung mit ordentlichen Arbeitsbedingungen möglich ist.

## Antrag L.1.0835.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in:

LV Bremen

### Zeile 835

- 834 • Die Kostenspirale der Eigenanteile muss gebrochen werden: Wir wollen sie kurzfristig  
835 senken und deckeln. Mit unserer Pflegevollversicherung werden sie abgeschafft. Die nicht von der Pflegeversicherung erfassten Heimkosten (Unterbringung und Verpflegung) wollen wir deckeln und die Bundesländer verpflichten, die realen Investitionskosten und Ausbildungskosten tatsächlich zu übernehmen.

### Begründung

Dass die Heimkosten für die meisten Menschen nicht leistbar sind, liegt nicht nur am hohen Eigenanteil bei der Pflegeversicherung, sondern auch an dem Teil der Heimkosten, für den die Pflegeversicherung gar nicht aufkommt (den sogenannten „Hotelkosten“). Mit im Schnitt monatlich 1.600 Euro liegt dieser Anteil auch bei Einführung einer Pflegevollversicherung jenseits dessen, was mit der durchschnittlichen Altersrente (2023 laut Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 1.099 Euro monatlich, Männer: 1.346 Euro; Frauen: 903 Euro) bezahlbar ist. Die Länder sind zur Beteiligung an den Investitionskosten zwar theoretisch verpflichtet, kommen dem aber nur höchst unzureichend oder in einigen Fällen gar nicht nach.

## Antrag L.1.0838.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 838

- 836 • Es braucht 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Pflegeheimen! Hunderttausende  
837 Pflegekräfte können sich vorstellen, in den Beruf zurückzukehren - bei besseren  
838 Arbeitsbedingungen. Es gibt klare wissenschaftliche Erkenntnisse, wieviel Personal für eine gute Pflege in Heimen erforderlich ist (sog. Rothgang-Studie), um eine qualitativ hochwertige pflegerische Versorgung sicherstellen zu können; dies umfasst auch den Mix an Pflegefachpersonen. Der Bund muss es den Ländern ermöglichen, gute Standards zu setzen. Dafür muss der Bund eine Personalbemessung auf Grundlage der Rothgang-Zahlen umsetzen.

### Begründung

Frage: Die 100.000 zusätzlichen Pflegekräfte kommen hier in der Altenpflege und im Krankenhaus weiter oben. Ist das Absicht? Wenn nicht, bitte die Zahl anpassen.

Außerdem: Im Bereich der Altenpflege wird bei den Forderungen nicht zwischen Pflegefachkräften (3jährige Ausbildung) und Pflegehilfskräften (1-1,5 Jahre) differenziert. Das ist aber gerade in der Altenpflege eine große Auseinandersetzung um den Fachkräfteschlüssel. Ein wesentlicher Grund, warum Pflegepersonen ihren Beruf verlassen, sind die ständige Überlastung und das Gefühl, den alten Menschen aufgrund der Unterbesetzung nicht gerecht werden zu können. Nur durch klare

Signale, dass der ständige Personalmangel beseitigt wird, können die Beschäftigten in der Pflege gehalten und neue gewonnen werden. Es gibt klare wissenschaftliche Erkenntnisse, wieviel Personal für eine gute Pflege in Heimen erforderlich ist (sog. Rothgang-Studie). Der Bund muss es den Ländern ermöglichen, gute Standards zu setzen. Ein Ansatz wäre, eine Personalbemessung auf Grundlage der Rothgang-Zahlen umzusetzen.

## Antrag L.1.0838.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 838

- 836 • Es braucht 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Pflegeheimen! Hunderttausende  
837 Pflegekräfte können sich vorstellen, in den Beruf zurückzukehren - bei besseren  
838 Arbeitsbedingungen. In einem ersten Schritt ist die Einkommensgrenze von 100.000 Euro für Kinder von Pflegebedürftigen auf alle Familienangehörigen auszuweiten. Das Schonvermögen wird deutlich erhöht.

### Begründung

Viele Pflegebedürftige, insbesondere in stationärer Pflege, sind auf Hilfe zur Pflege (Sozialhilfe) angewiesen. Angehörige werden mit auf Sozialhilfeniveau gedrückt und wenn sie nicht sehr sehr gut verdienen, lohnt sich das Arbeiten kaum, weil sie den überwiegenden Teil des Lohns für die Pflege abgeben müssen. Das muss sich ändern! Das Schonvermögen ist mit 10.000 Euro pro Person sogar viel geringer als bei Bürgergeld-Empfänger\*innen.

## Antrag L.1.0839.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Rosenheim

### Zeile 839 - 840

- 839 • ~~Die Berufe von Kranken- und Altenpflege sind zusammengelegt worden. Trotzdem besteht~~  
840 ~~noch eine Lohnlücke von etwa 300 Euro: Sie muss geschlossen~~ Trotz der Zusammenlegung der Ausbildung der unterschiedlichen Pflegeberufe werden diese unterschiedlich bezahlt. Die Langzeitpflegekraft muss mit ca. 300 Euro weniger auskommen. Wir wollen den Lohn nach oben an die Krankenpflege angleichen. Alle Pflegekräfte  
841 sind Fachkräfte und verdienen eine entsprechende Entlohnung.

### Begründung

Es gibt schon noch unterschiedliche Berufe. Die Ausbildung ist durch die Generalisierung teils vereinheitlicht. Außerdem erscheint es wichtig, dass der Lohn nach oben angeglichen wird.

## Antrag L.1.0839.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: LV Bremen

#### Zeile 839

- 839 • Die ~~Berufe von~~Berufsausbildung für Kranken- und Altenpflege ~~sind~~ist zusammengelegt  
840 worden. Trotzdem besteht  
841 noch eine Lohnlücke von etwa 300 Euro: Sie muss geschlossen werden. Alle Pflegekräfte  
sind Fachkräfte und verdienen eine entsprechende Entlohnung.

#### Begründung

Die Berufe bestehen weiterhin beide, aber die Ausbildung ist zusammengelegt worden im Form der Generalistischen Pflegeausbildung.

### Antrag L.1.0846.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Soest

#### Zeile 846

- 842 • Pflegende Angehörige müssen viel besser unterstützt werden! Das  
843 Pflegeunterstützungsgeld reicht nicht aus: Wir wollen für alle Beschäftigten sechs  
844 Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten  
845 Auftreten eines familiären Pflegefalls. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle  
846 pflegenden Angehörigen Geldleistungen und Rentenpunkte erhalten.
- Die gesetzliche Pflegeversicherung soll ermöglichen, dass Pflegebedürftige während eines Urlaubs im EU-Ausland Pflegesachleistungen und Hilfsmittel in Anspruch nehmen können.

#### Begründung

Eine entsprechende Forderung stand im letzten Bundestagswahlprogramm und auch im Europaprogramm 2024. Ist immer noch gut!

### Antrag L.1.0866.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller\*in: KV Rosenheim

#### Zeile 866 - 869

- 866 • ~~Wir wollen die Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden beenden und dafür den Kampf~~  
867 ~~gegen die organisierte~~Der stetig wachsenden Organisierten Kriminalität ~~stärken. Für häufig~~  
868 ~~gebrauchte Drogen braucht es~~  
869 ~~hierfür bundeseinheitliche Höchstmengen, bei deren Besitz keine Strafverfolgung~~  
erfolgt, dem unkontrollierbaren Online-Drogenhandel und der inhumanen Verfolgung von  
Konsument:innen soll mit einer vollständigen Entkriminalisierung und medizinischen,  
pharmazeutischen und sozialarbeiterischen Interventionsprogrammen begegnet werden, die  
wiederum wissenschaftlich begleitet werden. Ziel ist die Etablierung von gesundheitspolitisch

und juristisch adäquaten Regulierungsmodellen.

## Begründung

Eigentlich gehört der Bereich organisierte Kriminalität ganz raus. Außerdem widerspricht die Beendigung der Kriminalisierung dem Satz, dass es Höchstmengen gibt, bei denen keine Strafverfolgung erfolgt. Daher eine genauere Umschreibung, der auch die Maßnahmen umfasst, die wir unter progressiver Drogenpolitik umfassen.

## Antrag L.1.0882.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

Zeile 882

### 882 VI. Eine friedliche Welt ist möglich

Es gibt zahllose Konflikte in der Welt, die sich zu einem System von Weltneuordnungskriegen zusammenfügen. Die alten Großmächte - USA, EU, Japan - mischen in diesen Auseinandersetzungen massiv politisch und militärisch mit. Die neuen globalen Player China und Russland, auch Indien und die BRICS-Staaten, agieren darin mit eigenen imperialen Interessen. Opfer sind immer unschuldige Menschen und ihre Menschenrechte. Es wächst kontinuierlich die Gefahr, eines neuen großen Weltkrieges, in dem Europa und Deutschland zu den Schlachtfeldern zählen würden. Die Waffen nieder das wird weltweit zur Tagesforderung der Friedens- und Antikriegsbewegung .

## Begründung

Das Friedenkapitel sollte mit einem Absatz zur Einordnung der Kriege in der Welt beginnen. Die globalen Auseinandersetzungen zwischen den USA, der EU und den neuen Playern China und Russland und den BRICS-Staaten führen zu neuen imperialen Kriegen. Es wächst die Gefahr eines Weltkrieges. Die Linke muss dies zu Beginn des Friedenkapitels erklären.

## Antrag L.1.0882.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Reinhard Muth

Zeile 882

### 882 VI. Eine friedliche Welt ist möglich, soziale statt militärische Verteidigung

## Begründung

Militärische Verteidigung zerstört unzählige Menschenleben, die Infrastruktur des betroffenen Gebietes und die natürlichen Ressourcen des Landes wie Boden, Ernährung und Trinkwasser. Wir müssen uns nur die Folgen der militärischen Einsätze in den letzten Jahren anschauen, angefangen

von Afghanistan, über den Irak bis hin zum Krieg in der Ukraine und rund um Israel. Nichts als Tot und Zerstörung ohne Gewinn für Demokratie und Freiheit. Die Beschleunigung der Klimakrise durch den massiven Ausstoß von klimawirksamen Gasen wird dabei nur selten erwähnt, ist aber ein bedeutender Beitrag zu den immer häufiger auftretenden Klimakatastrophen weltweit. Schon alleine um die Klimaziele von Paris einhalten zu können, muss ein Ersatz für die militärische Verteidigung gefunden werden. Nicht zu vergessen sind die ungeheuren Geldmittel, die in eine militärische Verteidigung gesteckt werden müssen und dann im sozialen Bereich fehlen.

Die Linke setzt sich für die Einführung einer wehrhaften sozialen Verteidigung ein. Soziale Verteidigung bedeutet weniger Tote, weniger Zerstörung der Infrastruktur, weniger Zerstörung der natürlichen Ressourcen Boden, Nahrungsmittel und Trinkwasser. Es werden deutlich weniger Geldmittel für den Aufbau und den Unterhalt einer sozialen Verteidigung benötigt. Von einer sozialen Verteidigung geht kein erhöhter Ausstoß von klimawirksamen Gasen aus.

## Antrag L.1.0882.3

Änderungsantrag zu L.1-06

<b>Antragsteller*in:</b>	Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, BAG Frieden und Internationale Politik, Antikapitalistische Linke und weitere
--------------------------	--

Zeile 882

882 **VI. Eine friedliche Welt ist möglich**

### VI. Entspannung und Abrüstung statt Militarisierung

#### **Begründung**

Die Linke steht für „Entspannung und Abrüstung“ statt „Militarisierung“. Angesichts der allgegenwärtigen Diskussion um Aufrüstung, Militarisierung und Kriegstüchtigkeit wird damit ein klarer politischer Handlungsrahmen deutlich. Der Slogan „Eine friedliche Welt ist möglich“ klingt hingegen mehr nach einem frommen Wunschtraum, der vieles bedeuten kann.

#### **weitere Antragstellende**

Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Köln; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0882.4

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Köln

Zeile 882

882 VI. ~~Eine friedliche Welt ist möglich~~ Entspannung und Abrüstung statt  
Militarisierung

## Antrag L.1.0882.5

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BO-Brüssel (LV-Berlin), KV Plön und BV Pankow

Zeile 882

882 VI. ~~Eine friedliche Welt ist möglich~~ Eine friedliche Welt bleibt unser Ziel

### Begründung

Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, es würde nur der Wille fehlen, um das Offensichtliche zu tun. Die Komplexität und die aktuellen Bereitschaften, Krieg als Mittel einzusetzen, sind zu groß. Demut ist durchaus angebracht – wir haben Vorstellungen aber keine Garantien, dass sie wirken, wie von uns erhofft.

## Antrag L.1.0882.6

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

Zeile 882

882 VI. Eine friedliche Welt ist möglich. Entspannung und Abrüstung statt  
Militarisierung!

## Antrag L.1.0884.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, BAG  
Frieden und Internationale Politik und weitere

Zeile 884

883 Für Die Linke ist Krieg kein legitimes Mittel der Politik. Unsere Vision ist die eines

884 friedlichen Deutschlands in eine ~~em~~ demokratischen, sozialen und friedlichen ~~EU, in der das~~

### Europa, in dem das

885 Primat des Zivilen gilt. Wir wollen eine Politik, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in  
886 der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt und an der Seite  
887 der Angegriffenen und Unterdrückten steht. Eine Außenpolitik, die immer nach friedlichen,  
888 zivilen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Eine Außenpolitik, für die  
889 Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere  
890 Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. Denn auch im  
891 Krieg gibt es einen Klassengegensatz. Die arbeitende Klasse hat das stärkste und  
892 unmittelbarste Interesse am Frieden, denn sie hat im Krieg alles zu verlieren und nichts  
893 zu gewinnen.

## Begründung

Europa ist größer als die EU: Die Linke denkt nicht nur im Rahmen der EU, sondern bezieht alle Menschen ein, die in Europa leben.

## weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Stephan Jegielka, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Köln; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0884.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 884 - 885

883 Für Die Linke ist Krieg kein legitimes Mittel der Politik. Unsere Vision ist die eines  
884 friedlichen Deutschlands in einer ~~demokratischen~~ demokratischen, sozialen und friedlichen ~~EU, in der das~~  
885 Europa, in dem das Primat des Zivilen gilt. Soziale Gerechtigkeit, Klimanachhaltigkeit und Friedenspolitik müssen  
zusammen gedacht, entwickelt und umgesetzt werden. Bewegungen für soziale Gerechtigkeit,  
Klima- und Friedensbewegung müssen daher gestärkt und ihre Vernetzung gefördert werden. Wir  
wollen eine Politik, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in  
886 der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt und an der Seite  
887 der Angegriffenen und Unterdrückten steht. Eine Außenpolitik, die immer nach friedlichen,

888 zivilen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Eine Außenpolitik, für die  
889 Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere  
890 Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. Denn auch im  
891 Krieg gibt es einen Klassengegensatz. Die arbeitende Klasse hat das stärkste und  
892 unmittelbarste Interesse am Frieden, denn sie hat im Krieg alles zu verlieren und nichts  
893 zu gewinnen.

## Antrag L.1.0886.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Cuba sí

### Zeile 886 - 888

883 Für Die Linke ist Krieg kein legitimes Mittel der Politik. Unsere Vision ist die eines  
884 friedlichen Deutschlands in einer demokratischen, sozialen und friedlichen EU, in der das  
885 Primat des Zivilen gilt. Wir wollen eine Politik, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in  
886 der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt ~~und an der Seite~~  
887 ~~der Angegriffenen und~~. Als Partei Die Linke stehen wir immer an der Seite der Unterdrückten-  
steht. Eine, der von Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Armut Betroffenen, an der Seite derer, die  
sich für Frieden, Solidarität und Völkerverständigung einsetzen. Wir wollen eine Außenpolitik,  
die immer nach friedlichen,  
888 zivilen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. ~~Eine Außenpolitik, für die~~  
Unsere Partei Die Linke ist und bleibt die Friedenspartei und verlässliche Stimme der  
Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Außenpolitik, für die  
889 Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere  
890 Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. Denn auch im  
891 Krieg gibt es einen Klassengegensatz. Die arbeitende Klasse hat das stärkste und  
892 unmittelbarste Interesse am Frieden, denn sie hat im Krieg alles zu verlieren und nichts  
893 zu gewinnen.

### Begründung

Begründung: Erfolgt mündlich

## Antrag L.1.0889.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 889 - 893

883 Für Die Linke ist Krieg kein legitimes Mittel der Politik. Unsere Vision ist die eines  
884 friedlichen Deutschlands in einer demokratischen, sozialen und friedlichen EU, in der das  
885 Primat des Zivilen gilt. Wir wollen eine Politik, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in  
886 der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt und an der Seite  
887 der Angegriffenen und Unterdrückten steht. Eine Außenpolitik, die immer nach friedlichen,  
888 zivilen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Eine Außenpolitik, für die

889 Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. ~~Unsere~~  
890 ~~Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. Denn auch im~~  
891 ~~Krieg gibt es einen Klassengegensatz. Die~~ Wir vergessen nicht, dass es vor allem die arbeitende  
Bevölkerung und die Zivilbevölkerung ist, die die Folgen und Kosten des Krieges trägt, und dass  
alle Ungleichheiten nach Klasse hat das stärkste und-  
892 ~~unmittelbarste Interesse am Frieden, denn sie hat im Krieg alles zu verlieren und nichts~~  
893 ~~zu gewinnen, Geschlecht, Ethnizität und neokolonialer Überlegenheit wesentlich darüber~~  
entscheiden, wer getötet oder zum Opfer von Gewalt, Verelendung und Entrechtung wird. Zur  
Beendigung dieses Zustands ist es unverzichtbar, Kriegsparteien zu einer Anpassung ihrer  
politischen Ziele und Prinzipien zugunsten friedensschaffender Kompromisse und  
Verhandlungen zu bewegen.

## Begründung

Die zu ersetzende Passage meint etwas Richtiges und für uns Zentrales, drückt es aber falsch aus. Im Ukrainekrieg sind viele Generäle getötet worden, auch im Israel-Palästina-Krieg werden gezielt Angehörige der militärischen Führung von Hamas und Hisbollah getötet. Unverzichtbar ist es, zusammen mit dem Klassengegensatz auch an Geschlecht und Ethnizität zu erinnern und an die besondere Betroffenheit der Zivilbevölkerung. Ferner sollte ausdrücklich formuliert werden, was die Konsequenz ist, nämlich, dass Frieden auch schmerzliche Kompromisse für beide Konfliktparteien wert sein muss.

## Antrag L.1.0891.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in:	Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, BAG Frieden und Internationale Politik und weitere
-------------------	---

### Zeile 891

883 Für Die Linke ist Krieg kein legitimes Mittel der Politik. Unsere Vision ist die eines  
884 friedlichen Deutschlands in einer demokratischen, sozialen und friedlichen EU, in der das  
885 Primat des Zivilen gilt. Wir wollen eine Politik, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in  
886 der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt und an der Seite  
887 der Angegriffenen und Unterdrückten steht. Eine Außenpolitik, die immer nach friedlichen,  
888 zivilen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Eine Außenpolitik, für die  
889 Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere  
890 Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. Denn auch im  
891 Krieg gibt es einen Klassengegensatz. NATO-Generalsekretär Rutte fordert, Renten, Gesundheit  
und Sozialausgaben zugunsten der Rüstung zu kürzen. Dem stellen wir uns mit aller Kraft  
entgegen. Die arbeitende Klasse hat das stärkste und  
892 unmittelbarste Interesse am Frieden, denn sie hat im Krieg alles zu verlieren und nichts  
893 zu gewinnen.

## Begründung

Anfang Dezember forderte NATO-Generalsekretär Rutte in einer in der Presse vielfach besprochenen Rede in Brüssel, bei den Sozialausgaben zu kürzen und das Geld in Rüstung zu investieren: "Ich rufe

heute zu Ihrer Unterstützung auf, es muss dringend gehandelt werden. Um unsere Freiheit, unseren Wohlstand und unsere Lebensweise zu schützen, müssen Ihre Politiker auf Ihre Stimmen hören. Sagen Sie ihnen, dass Sie heute bereit sind, Opfer zu bringen, damit wir auch morgen noch sicher sind.“

## weitere Antragstellende

BAG Senior\*innenpolitik; Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Bengt Rüstemeier, Delegierter Linksjugend; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Köln; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0891.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 891

883 Für Die Linke ist Krieg kein legitimes Mittel der Politik. Unsere Vision ist die eines  
884 friedlichen Deutschlands in einer demokratischen, sozialen und friedlichen EU, in der das  
885 Primat des Zivilen gilt. Wir wollen eine Politik, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in  
886 der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt und an der Seite  
887 der Angegriffenen und Unterdrückten steht. Eine Außenpolitik, die immer nach friedlichen,  
888 zivilen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Eine Außenpolitik, für die  
889 Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere  
890 Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. Denn auch im  
891 Krieg gibt es einen Klassengegensatz. Nato-Generalsekretär Rutte fordert, Renten, Gesundheit und Sozialausgaben zugunsten der Rüstung zu kürzen. Dem stellen wir uns mit aller Kraft entgegen. Die arbeitende Klasse hat das stärkste und  
892 unmittelbarste Interesse am Frieden, denn sie hat im Krieg alles zu verlieren und nichts  
893 zu gewinnen.

## Antrag L.1.0892.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BV Berlin-Reinickendorf

## Zeile 892

883 Für Die Linke ist Krieg kein legitimes Mittel der Politik. Unsere Vision ist die eines  
884 friedlichen Deutschlands in einer demokratischen, sozialen und friedlichen EU, in der das  
885 Primat des Zivilen gilt. Wir wollen eine Politik, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in  
886 der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt und an der Seite  
887 der Angegriffenen und Unterdrückten steht. Eine Außenpolitik, die immer nach friedlichen,  
888 zivilen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Eine Außenpolitik, für die  
889 Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere  
890 Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. Denn auch im  
891 Krieg gibt es einen Klassengegensatz. Die arbeitende Klasse hat das stärkste und  
892 unmittelbarste Interesse am Frieden, denn sie hat im Krieg alles am meisten zu verlieren und  
nichts wenig  
893 zu gewinnen.

## Begründung

Die Geschichte des Antifaschismus lehrt: Die Befreiung von Faschismus und Diktatur ist nun auch nicht „nichts“.

## Antrag L.1.0896.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, BAG  
Frieden und Internationale Politik und weitere

## Zeile 896

894 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für immer  
895 dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war weit  
896 davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Mit der „Zeitenwende“-Aufrüstung und dem  
Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ werden Kriege vorbereitet. Deutschland und die EU tragen durch  
897 wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in  
898 verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Die Welt wird  
899 immer unsicherer. Imperialistische Angriffskriege wie der von Russland gegen die Ukraine  
900 oder von der Türkei in Nordostsyrien bedrohen Millionen Menschen an Leib und Leben.

## Begründung

Tatsächlich ist Deutschland nicht nur von unserem antimilitaristischen Anspruch weit entfernt, sondern die „Zeitenwende“ markiert ein Zurück zu Aufrüstung, Eskalation und Militarismus, wie es sie seit dem Kalten Krieg nicht mehr gab. Mit der Aufrüstung der Bundeswehr und der Kriegstüchtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen werden Kriege vorbereitet.

## weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS;

Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Köln; KV Herford; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0896.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

KV Köln

### Zeile 896

894 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für immer  
895 dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war weit

896 davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Mit der „Zeitenwende“-Aufrüstung und dem Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ werden Kriege vorbereitet. Wer Kriegstüchtigkeit sagt, der meint das auch! Die geplanten US-Mittelstreckenraketen sind geeignet, in Minuten den Kreml und zahlreiche strategische Waffen Russlands zu zerstören, ohne dass es eine wirksame Abwehr gäbe. Auch die neuen russischen Mittelstreckenraketen verfügen über vergleichbare Fähigkeiten, reichen aber nur bis Europa und nicht nach Washington. In Zukunft können US-Militärs hoffen, durch einen Erstschlag in Europa einen Krieg gegen Russland zu gewinnen, wobei die USA selber verschont bleiben. All dies macht Deutschland und Europa unsicherer. Die neuen Raketen dienen also nicht der „Abschreckung“ - ein ohnehin gefährliches Konzept - und die Entwicklung in den USA begann bereits Jahre vor dem Ukrainekrieg. Auch die behauptete „Fähigkeitslücke“ ist eine Fiktion. Tatsächlich verfügt die Nato über see- und luftgestützte Systeme in vergleichbarem Umfang wie die russischen Raketentruppen. Diese Argumente sind offenkundig vorgeschoben und verschleiern die Gefahr, die von den neuen Systemen ausgeht. Deutschland und die EU tragen durch

897 wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in  
898 verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Die Welt wird  
899 immer unsicherer. Imperialistische Angriffskriege wie der von Russland gegen die Ukraine  
900 oder von der Türkei in Nordostsyrien bedrohen Millionen Menschen an Leib und Leben.

### Begründung

Wir sind gegen die Raketen und wollen dagegen „mobilisieren“ (PV-Beschluss). Dann müssen wir auch aktiv argumentieren im Wahlprogramm. Dieser Abschnitt präsentiert das wichtigste Argument gegen die Raketen und geht auf die drei wichtigsten Argumente der Befürworter ein.

## Antrag L.1.0896.3

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

KV Herford

#### Zeile 896

894 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für immer  
895 dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war weit  
896 davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Mit der „Zeitenwende“-Aufrüstung und dem  
Ziel der „Kriegstüchtigkeit“ werden Kriege vorbereitet. Deutschland und die EU tragen durch  
897 wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in  
898 verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Die Welt wird  
899 immer unsicherer. Imperialistische Angriffskriege wie der von Russland gegen die Ukraine  
900 oder von der Türkei in Nordostsyrien bedrohen Millionen Menschen an Leib und Leben.

#### Begründung

Deutschland ist nicht nur weit von einem Antimilitarismus entfernt, sondern bereitet im Gegenteil mit der Aufrüstung zur Kriegstüchtigkeit Kriege vor.

### Antrag L.1.0899.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

Kommunistische Plattform, BO Berlin Mitte und weitere

#### Zeile 899 - 900

894 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für immer  
895 dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war weit  
896 davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deutschland und die EU tragen durch  
897 wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in  
898 verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Die Welt wird  
899 immer unsicherer. ~~Imperialistische Angriffskriege wie der von Russland gegen die~~ Über die  
Ursachen für diese täglich gefährlicher werdende Situation gibt es grundsätzliche  
Meinungsverschiedenheiten. Die einen halten den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands in der  
Ukraine  
900 ~~oder von der Türkei in Nordostsyrien bedrohen Millionen Menschen an Leib und Leben~~ für den  
Hauptgrund der gefährlichen Weltlage. Die anderen sind überzeugt, dass dieser Krieg  
maßgeblich durch seine NATO-geprägte Vorgeschichte verursacht wurde, besonders durch die  
wortbrüchige NATO-Osterweiterung. Über diese Differenzen hinweg setzen wir auf eine Politik,  
die internationale Solidarität über Profitinteressen stellt.

#### Begründung

Mit keinem Wort auf die Vorgeschichte des Ukrainekrieges einzugehen, bedeutet, gewollt oder ungewollt, sich der Interpretationshoheit der NATO und ihrer Verbündeten zu unterwerfen.

#### weitere Antragstellende

Rim Farha, (Delegierte der KPF), Margit Glasow (Delegierte BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik)  
Bodo Hinkel (Delegierter der KPF), Luisa Mayer (Delegierte solid), Thilo Urchs (Delegierter Berlin)

Mitte), Elisabeth Wissel (Delegierte Berlin Tempelhof Schöneberg), Stephan Jegielka, Melanie Rott, Ellen Brombacher (Berlin)

## Antrag L.1.0899.2

Änderungsantrag zu L.1-06

**Antragsteller\*in:** Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, BAG Frieden und Internationale Politik und weitere

### Zeile 899 - 900

894 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für immer  
895 dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war weit  
896 davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deutschland und die EU tragen durch  
897 wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in  
898 verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Die Welt wird  
899 immer unsicherer. Imperialistische ~~Angriffskriege~~Kriege werden um den Zugang zu den  
Rohstoffen und Absatzmärkten geführt, wie der ~~von Russland gegen~~Krieg um die Ukraine  
900 ~~oder von~~oder in Syrien oder der Krieg der Türkei in Nordostsyrien ~~bedrohen Millionen Menschen~~  
~~an Leib und Leben~~.

### Begründung

Es ist wichtig zu benennen, dass der Kern der Kriege, die stattfinden, imperialistische Konkurrenz ist und nicht eine „Werte basierte Ordnung“, „Menschenrechte“, „Völkerrecht“, Rechte ethnischer Minderheiten oder Frauenrechte oder was auch immer vorgeschoben wird, um den jeweiligen Machtanspruch und Krieg zu rechtfertigen.

### weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Herford; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0899.3

Änderungsantrag zu L.1-06

**Antragsteller\*in:** LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 899 - 900

894 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für immer  
895 dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war weit  
896 davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deutschland und die EU tragen durch  
897 wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in  
898 verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Die Welt wird  
899 immer unsicherer. Imperialistische ~~Angriffskriege~~Kriege werden um den Zugang zu den  
Rohstoffen und Absatzmärkten geführt, wie der ~~von Russland gegen~~Krieg um die Ukraine  
900 , in Syrien oder ~~von~~der Krieg der Türkei in Nordostsyrien ~~bedrohen Millionen~~. Auch der  
andauernde Krieg im Gaza bedroht hunderttausende Menschen an Leib und Leben.

## Antrag L.1.0899.4

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Herford

### Zeile 899 - 900

894 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für immer  
895 dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war weit  
896 davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deutschland und die EU tragen durch  
897 wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in  
898 verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Die Welt wird  
899 immer unsicherer. Imperialistische ~~Angriffskriege~~Kriege werden um den Zugang zu Rohstoffen  
und Absatzmärkten geführt, wie der ~~von Russland gegen~~Krieg um die Ukraine  
900 oder vonin Syrien und der Krieg der Türkei in Nordostsyrien ~~bedrohen Millionen Menschen an~~  
~~Leib und Leben~~.

## Begründung

Die Linke muss sagen, was ist. Und erklären, dass auch der Krieg um die Ukraine wie alle anderen imperialistischen Kriege, Kriege zur Durchsetzung von Interessen und dem Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten sind.

## Antrag L.1.0900.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

### Zeile 900

894 Deutschland ist ein Land, von dem zwei furchtbare Weltkriege ausgingen und das für immer  
895 dem Antimilitarismus verpflichtet ist. Die Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war weit  
896 davon entfernt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deutschland und die EU tragen durch  
897 wirtschaftliche Abhängigkeiten, Waffenexporte und die Unterstützung autoritärer Regime in  
898 verschiedenen Teilen der Welt oft selbst dazu bei, Konflikte zu verschärfen. Die Welt wird  
899 immer unsicherer. Imperialistische Angriffskriege wie der von Russland gegen die Ukraine  
900 oder von der Türkei in Nordostsyrien, der Genozid Israels gegen die Bevölkerung in Gaza

bedrohen Millionen Menschen an Leib und Leben.

## Begründung

Die Linke sollte nicht immer nur den Krieg um die Ukraine, sondern auch den Genozid in Gaza benennen, auf das Leid hinweisen und diese Kriege verurteilen.

## Antrag L.1.0902.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Cuba sí

### Zeile 902

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Die Linke beobachtet deshalb analytisch und solidarisch die international - trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen - entstehenden und bereits existierenden Formen einer friedlichen und solidarischen ökonomischen Zusammenarbeit, wie z.B. die ALBA-Initiative in Lateinamerika, die internationale Arbeit Kubas im Gesundheitsbereich oder die Zusammenarbeit mehrerer Staaten in der „Neuen Seidenstraße“. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

## Begründung

Begründung: Erfolgt mündlich

## Antrag L.1.0902.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Frieden und internationale Politik

### Zeile 902 - 909

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir ~~stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu~~

903 ~~werden~~ streiten für eine Stärkung des Völker- und Menschenrechts um eine weltweite Friedensordnung basierend auf rationaler Konfliktklärung, dem stetigen Ausbau der sozialen Lebensgrundlagen und gerechtem Welthandel zu schaffen. Denn eine Militarisierung der Politik ~~brutalisiert die Gesellschaft und zerstört~~  
904 ~~die Demokratie von innen~~ nutzt nur den Rüstungsriesen, global agierenden Unternehmen und Finanzkonzernen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine wie wir alle Kriege ablehnen. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. ~~Aber wir fordern~~  
909 ~~einen Strategiewechsel:~~ Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

## Begründung

Frieden wird nie durch Krieg oder kriegerische Menschen geschaffen, sondern durch eine Rückkehr zum Völkerrecht, durch eine Wirtschaft, die für die Menschen da ist, durch Gesundheit, gute Bildung und Kultur und Arbeit für alle. Dass die Herrschenden Krieg für den Frieden führen wollen, sollten wir ihnen nicht abkaufen. Schon die Aussage römischer Militärschriftsteller, verrät, dass diese Erzählung nur den Rüstungsriesen dient: „Si vis pacem para bellum“ = „Wenn du Frieden willst, rüste [!] zum Krieg“. Wir brauchen also keinen „Strategiewechsel“ in der Friedensschaffung, sondern ein sofortiges Ende der kriegerischen Waffenlieferungen.

## Antrag L.1.0902.3

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in:	BV Berlin-Reinickendorf
-------------------	-------------------------

### Zeile 902

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. ~~Wir~~ Demokratie und Sicherheit sind auch in der EU real in Gefahr, wie die Drohungen Putins und die Wahl von Donald Trump zeigen. Aber wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden  
zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine

910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezieltere  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

## Begründung

Die realen Bedrohungen der EU, insbesondere der osteuropäischen Staaten, müssen anerkannt werden. Und in der Woche von Trump Amtseinführung sollten wir wenigstens einmal erwähnen, dass wir diese Entwicklung zur Kenntnis nehmen (Trump taucht bisher gar nicht auf).

## Antrag L.1.0908.1

Änderungsantrag zu L.1-06

<b>Antragsteller*in:</b>	Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, BAG Frieden und Internationale Politik und weitere
--------------------------	---

### Zeile 908

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, ~~und der Rest der Welt darf nicht wegsehen~~. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezieltere  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

## Begründung

Es ist nicht klar, an wen sich der Apell „der Rest der Welt darf nicht wegsehen“ richtet. Ist er als Bestätigung des Westens gedacht? Oder richtet er sich an die Staaten, die keine Sanktionen gegen Russland verhängt haben?

## weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine

(Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Bengt Rüstemeier, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0908.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 908

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, ~~und der Rest der Welt darf nicht wegsehen~~. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezieltere  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

## Antrag L.1.0908.3

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BV Berlin-Reinickendorf

### Zeile 908

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir

907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, ~~und der~~ die russischen Truppen haben in der Ukraine nichts zu  
909 suchen. Der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
910 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
911 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
912 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte  
913 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
914 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
915 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
916 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
aufzubauen.

## Begründung

Die Forderung nach Rückzug der russischen Truppen ist wichtig.

## Antrag L.1.0908.4

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 908 - 909

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegsgerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Wir achten das  
909 Selbstverteidigungsrecht des ukrainischen Volkes. Aber wir fordern  
910 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffen~~lieferungen~~ braucht es endlich eine  
911 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
912 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte  
913 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
914 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
915 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
916 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
aufzubauen.

## Begründung

Die Linke achtet das Völkerrecht, welches der Ukraine das Recht zur Verteidigung gewährt. Die Linke steht dazu, dass Völker ihr Recht auch ausüben können müssen. Entsprechend muss die Linke klarstellen, dass Sie von der Ukraine gewünschte militärische Hilfe zwar nicht befürwortet, diese aber nicht verurteilt, solange sie im Einklang mit dem Völkerrecht steht und möglichst keine Eskalation provoziert. Vor allem da Russland über mehr Ressourcen verfügt.

# Antrag L.1.0909.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Reinhard Muth

## Zeile 909

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt militärischer Verteidigung hin zu sozialer Verteidigung, statt immer  
910 mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
911 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
912 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte  
913 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
914 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
915 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
916 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
aufzubauen.

## Begründung

*Bei der Sozialen Verteidigung geht es um eine Verteidigung nicht der Grenzen und des Territoriums, sondern eine Verteidigung der Lebensweise und der Institutionen gegen die Absicht des Gegners, die Herrschaft im Lande zu übernehmen. Das kann ein internationaler Angreifer ebenso sein wie eine Bürgerkriegspartei oder ein Putschist.*

*Der Grundgedanke dabei: Ein militärischer Besatzer braucht die Mitarbeit der Bevölkerung, um seine Besatzung aufrechterhalten zu können. Wenn keine\*r die Anweisungen der Besatzungssoldat\*innen befolgt, keine\*r die Rohstoffe abbaut oder die Infrastruktur saniert, keine\*r zu Parteiversammlungen geht, kein\*e Lehrer\*in die neuen Curricula umsetzt, dann mag der Angreifer zwar überall seine Truppen oder andere Sicherheitskräfte stehen haben, aber seine Ziele erreicht er vermutlich nicht. Zum Zweiten ist wichtig: Praktisch jede\*r kann sich nach seinen oder ihren Möglichkeiten an dem Widerstand beteiligen. Anders als bei herkömmlicher militärischer Verteidigung braucht es weder besonders physische Fitness noch technischer Kompetenzen. (Das bedeutet aber nicht, dass nicht auch zivile Widerständler\*innen sich in gewaltfreien Trainings vorbereiten sollten.)*

Militärische Verteidigung zerstört unzählige Menschenleben, die Infrastruktur des betroffenen Gebietes und die natürlichen Ressourcen des Landes wie Boden, Ernährung und Trinkwasser. Wir müssen uns nur die Folgen der militärischen Einsätze in den letzten Jahren anschauen, angefangen von Afghanistan, über den Irak bis hin zum Krieg in der Ukraine und rund um Israel. Nichts als Tot und Zerstörung ohne Gewinn für Demokratie und Freiheit. Die Beschleunigung der Klimakrise durch den massiven Ausstoß von klimawirksamen Gasen wird dabei nur selten erwähnt, ist aber ein bedeutender Beitrag zu den immer häufiger auftretenden Klimakatastrophen weltweit. Schon alleine

um die Klimaziele von Paris einhalten zu können, muss ein Ersatz für die militärische Verteidigung gefunden werden. Nicht zu vergessen sind die ungeheuren Geldmittel, die in eine militärische Verteidigung gesteckt werden müssen und dann im sozialen Bereich fehlen.

Die Linke setzt sich für die Einführung einer wehrhaften sozialen Verteidigung ein. Soziale Verteidigung bedeutet weniger Tote, weniger Zerstörung der Infrastruktur, weniger Zerstörung der natürlichen Ressourcen Boden, Nahrungsmittel und Trinkwasser. Es werden deutlich weniger Geldmittel für den Aufbau und den Unterhalt einer sozialen Verteidigung benötigt. Von einer sozialen Verteidigung geht kein erhöhter Ausstoß von klimawirksamen Gasen aus.

Quellen:

Bund für soziale Verteidigung: <https://soziale-verteidigung.de/>

Wikipedia: [https://de.wikipedia.org/wiki/Soziale\\_Verteidigung](https://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Verteidigung)

Wehrhaft ohne Waffen: <https://wehrhaftohne Waffen.de/>

Netzwerk Friedenskooperative:

<https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/soziale-verteidigung-wie-relevant-ist-sie-heute>

<https://www.muth-ah.de/pages/gesellschaft/frieden.php>

## Antrag L.1.0911.1

Änderungsantrag zu L.1-06

<b>Antragsteller*in:</b>	Antikapitalistische Linke
--------------------------	---------------------------

### Zeile 911

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 **Staaten des globalen Südens, um Russland und die Ukraine an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte**  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

### Begründung

Russland und die Ukraine müssen zu Verhandlungen gebracht werden.

## Antrag L.1.0911.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

Antikapitalistische Linke

### Zeile 911 - 916

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. ~~Gezielte~~  
912 ~~Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische~~  
913 ~~Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden~~  
914 ~~für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder~~  
915 ~~indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck~~  
916 ~~aufzubauen.~~

### Begründung

Der Absatz zu den angeblich gezielten Sanktionen soll ersatzlos gestrichen werden. Sanktionen sind immer eine Waffe kapitalistischer Staaten gegen ihre Konkurrenten und treffen immer die Bevölkerungen in den sanktionierten Ländern. Beispiele sind der Irak, Iran, Syrien und jetzt Russland. Völkerrechtlich legitime Sanktionen können nur durch die UN verhängt werden.

## Antrag L.1.0911.3

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

Kommunistische Plattform, BO Berlin Mitte und weitere

### Zeile 911 - 916

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen

911 Staaten des globalen Südens, um ~~Rusland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte~~  
912 ~~Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische~~  
913 ~~Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden~~  
914 ~~für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder~~  
915 ~~indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck~~  
916 ~~aufzubauen~~ endlich der Diplomatie zum Durchbruch zu verhelfen.

## Begründung

Auch diese Zeilen ordnen sich dem NATO-Narrativ unter. Hinzu kommt: Solange wir in Anbetracht der Situation in Gaza an keiner Stelle Sanktionen gegen Israel fordern, sollten wir auch im Hinblick auf Russland darauf verzichten, Forderungen aufzustellen, die der UNO obliegen.

## weitere Antragstellende

Rim Farha, (Delegierte der KPF), Margit Glasow (Delegierte BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik)  
Bodo Hinkel (Delegierter der KPF), Luisa Mayer (Delegierte solid), Thilo Urchs (Delegierter Berlin  
Mitte), Elisabeth Wissel (Delegierte Berlin Tempelhof Schöneberg), Stephan Jegielka, Melanie Rott,  
Ellen Brombacher (Berlin)

## Antrag L.1.0911.4

Änderungsantrag zu L.1-06

<b>Antragsteller*in:</b>	Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, Die Linke.SDS und weitere
--------------------------	--

### Zeile 911

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland und die Ukraine an den Verhandlungstisch zu  
bringen. Gezielte  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

## Begründung

Erstens: An Verhandlungen über eine Friedenslösung in der Ukraine muss die Ukraine selbst

unbedingt beteiligt werden.

Zweitens: ist natürlich von Russland aber auch von der Ukraine zu fordern, sich auf Verhandlungen einzulassen.

## weitere Antragstellende

BAG Frieden und Internationale Politik (BAG FIP); Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Bengt Rüstemeier, Delegierter Linksjugend; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Herford; KV Köln; Stephan Jegielka, Delegierte; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln  
LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0911.5

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, Die Linke.SDS; BAG Frieden und Internationale Politik und weitere

### Zeile 911 - 916

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne krieglerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. ~~Gezielte~~  
912 ~~Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische~~  
913 ~~Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden~~  
914 ~~für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder~~  
915 ~~indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck~~  
916 ~~aufzubauen.~~

## Begründung

Unser Ziel ist es, den Ukraine Krieg zu beenden. Sanktionen werden damit begründet, dass sie dazu beitragen würden, den Krieg zu beenden. Nach fast drei Jahren kann aber gefragt werden: Wem nützen und wem schaden die westlichen Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland? Haben sie geholfen den Krieg in der Ukraine einzudämmen?

Die EU hat bisher 12 Sanktionspakete gegen Russland verhängt. Sie treffen Russland durchaus, haben aber keine Verhaltensänderung – also eine Beendigung des Angriffskriegs - bewirkt. Entgegen den Voraussagen ist die russische Wirtschaft trotz Sanktionen gewachsen. Besonders der Energiesektor, das Rückgrat der russischen Wirtschaft, konnte durch hohe Öl- und Gaspreise sowie Handelsumlenkungen nach Asien weiterhin bestehen. Russische Rohstoffe gelangen via Indien, Türkei, Schattenflotte etc. weiterhin in die EU.

Die Sanktionen haben aber immense Nebenwirkungen, sogenannte Kollateralschäden. Sie haben u.a. durch Handelsumlenkungen auf der ganzen Welt die Preise in die Höhe getrieben. Das trifft nicht nur die russische Bevölkerung, sondern die ärmeren Menschen auf fast der ganzen Welt. In Russland muss zudem befürchtet werden, dass sich auch aufgrund der Sanktionen Teile der russischen Bevölkerung mit dem Putin-Regime gegen „den Westen“ solidarisieren.

Niemand kann ernsthaft behaupten, dass mittelfristig eine Fortsetzung der Sanktionen einen Rückzug Russlands bewirken könnte.

Sanktionen sind Teil der Eskalationslogik und nicht einer Entspannungslogik. Die Linke hat sich mit gutem Grund lange gegen Sanktionen ausgesprochen. Sanktionen erwecken die Illusion, sie könnten mit „gezielten Maßnahmen unterhalb der Schwelle des Krieges“ operieren. Tatsächlich sind sie aber selten etwas anderes als die Fortsetzung der bestehenden globalen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse. Die meisten Sanktionen werden von mächtigen Ländern gegenüber schwächeren verhängt. Sanktionen treffen insbesondere die Zivilbevölkerung während sie bei Diktatoren selten Verhaltensänderungen bewirken. Zum Beispiel: In Folge der 13 Jahre währenden Sanktionen gegen den Irak starben etwa eine halbe Millionen Kinder. Die Herrschaft Saddam Husseins wurde aber nicht beendet.

Erfolgreich waren hingegen die Boykottaufrufe gegen das südafrikanische Apartheitsregime. Diese gingen nicht von westlichen Staaten aus. Die Boykott-Aufrufe des ANC, südafrikanischer Gewerkschaften u.a. wurden von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der ganzen Welt aufgegriffen, bevor sich auf deren Druck auch westliche Staaten anschlossen. Der Boykott des Apartheitsregimes war also ein sehr erfolgreicher Ausdruck der Solidarität von unten.

Natürlich ist die Forderung nach Enteignung und Bestrafung von Kriegsverbrechern und Oligarchen, die sich am Ukraine-Krieg bereichern, moralisch legitim. Der Antragstext erweckt aber sowohl die Illusion, Sanktionen könnten die Menschen in der Ukraine näher zum Frieden bringen, als auch die Illusion, „passgenaue“ nur die „Bösen“ treffende Sanktionen wären mit etwas gutem Willen realisierbar.

Der Ukrainekrieg ist letztendlich Ausdruck wachsender imperialer Konkurrenz. Russland ist aktuell ein besonders aggressiver mächtiger Akteur. Entspannung und ein dauerhafter Friede wird aber realistischer Weise nur durch die Vermittlung Chinas u.a. BRICS-Staaten möglich sein und wenn dabei die Sicherheitsinteressen aller Akteure berücksichtigt werden.

## **weitere Antragstellende**

Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine

(Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Herford; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0911.6

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 911

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland und die Ukraine an den Verhandlungstisch zu  
bringen. Gezieltere  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

## Antrag L.1.0911.7

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 911 - 916

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der

905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. ~~Gezielte~~  
912 ~~Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische~~  
913 ~~Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden~~  
914 ~~für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder~~  
915 ~~indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck~~  
916 ~~aufzubauen.~~

## Antrag L.1.0911.8

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Herford

### Zeile 911 - 916

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. ~~Gezielte~~  
912 ~~Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische~~  
913 ~~Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden~~  
914 ~~für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder~~  
915 ~~indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck~~  
916 ~~aufzubauen.~~

### Begründung

Sanktionen sind immer eine Waffe kapitalistischer Staaten gegen ihre Konkurrenten und treffen immer die Bevölkerungen in den sanktionierten Ländern. Beispiele sind der Irak, Iran, Syrien und jetzt Russland. Völkerrechtlich legitime Sanktionen können nur durch die UN verhängt werden.

## Antrag L.1.0911.9

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Herford

## Zeile 911

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne krieglerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland und die Ukraine wieder an den Verhandlungstisch zu  
bringen. Wir kritisieren auch die ablehnende Haltung der NATO zu einem möglichen  
Waffenstillstand im Frühjahr 2022. Gezieltere  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

## Begründung

Russland und die Ukraine müssen zu Verhandlungen gedrängt werden. Und nicht vergessen werden darf, dass es im Frühjahr 2022 bereits Verhandlungen und einen Entwurf für einen Waffenstillstand gab.

## Antrag L.1.0912.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

KV Köln

## Zeile 912 - 913

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne krieglerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezieltere  
912 Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse des Kreml zielen ~~und nicht gegen die russische,~~ nicht  
gegen die  
913 Bevölkerung gerichtet sind und im Einklang mit der UN-Charta durch die UNO verhängt werden,

können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden

914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

## Begründung

Jan van Aken hat dankenswerter Weise in einem aktuellen Beitrag bei [Luxemburg](#) auf die völkerrechtlich erforderliche Rückbindung von Sanktionen an die UN-Charta aufmerksam gemacht. Dies greifen wir hier auf.

## Antrag L.1.0912.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 912

901 Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen  
902 stellt. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu  
903 werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört  
904 die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der  
905 Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre  
906 Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir  
907 verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss  
908 unverzüglich beendet werden, und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. Aber wir fordern  
909 einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine  
910 gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen  
911 Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezieltere  
912 ~~Sanktionen, die direkt auf die Kriegskasse~~Sanktionen, die direkt auf die Kriegsfähigkeit des  
Kreml zielen und nicht gegen die russische  
913 Bevölkerung gerichtet sind können ein wichtiges Druckmittel für einen gerechten Frieden  
914 für die Ukraine sein. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder  
915 indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck  
916 aufzubauen.

## Antrag L.1.0917.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Frieden und internationale Politik

### Zeile 917 - 921

917 ~~Im Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie gefährlich die Konfrontation zwischen den~~  
918 ~~geopolitischen Machtblöcken geworden ist. Das Machtgefüge der Welt verschiebt sich. Die~~  
Für uns als Partei Die Linke heißt Internationalismus: Solidarität mit den Menschen,  
Bewegungen, Organisationen, Parteien und Regierungen, die sich für einen eigenständigen  
Entwicklungsweg jenseits kapitalistischer Profitlogik und gegen imperialistisches

Hegemoniestreben einsetzen. Wir begrüßen und unterstützen den Aufbruch des Globalen Südens gegen koloniale Ausbeutung und Kriege, Blockaden und Sanktionen - für radikale Entschuldung, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und Frieden in allen Ländern. Die

Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke, wie die BRICS-  
920 Staaten, infrage gestellt. ~~Dabei versuchen alle~~ Der aggressive Kampf besonders der NATO-Staaten gegen ihren Machtverlust sowie der Versuch anderer mächtiger Akteure, ~~mir allen Mitteln mehr Einfluss~~

Einfluss zu gewinnen und/oder vorhandenen Einfluss auch gewaltsam zu verteidigen, führt zu gefährlichen Konfrontationen wie im Krieg um die Ukraine. Wir verurteilen dieses

922 Denken und Handeln, in der Ukraine, im Nahen Osten und in allen Krisengebieten der Welt.

923 Wir wollen, dass die Menschen in der Ukraine selbstbestimmt, demokratisch und souverän

924 über ihr Zusammenleben entscheiden können - genauso wie in Palästina, Kurdistan und

925 überall auf der Welt.

## Begründung

Die geopolitischen Blöcke verschieben sich nicht von selbst und auch die Gefahr ist keine Naturgewalt, es gibt Akteure. Die fortschrittlichen Kräfte im Globalen Süden sind besonders relevant auf dem Weg zu einer multipolaren Weltordnung, und wir dafür, den Imperialismus hier zu bekämpfen, damit alle Menschen demokratisch und souverän über ihr Zusammenleben entscheiden (können). So ist der Wandel zu begrüßen.

## Antrag L.1.0920.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, BAG Frieden und Internationale Politik, Antikapitalistische Linke und weitere

### Zeile 920

917 Im Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie gefährlich die Konfrontation zwischen den

918 geopolitischen Machtblöcken geworden ist. Das Machtgefüge der Welt verschiebt sich. Die

919 Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke, wie die BRICS-

920 Staaten, infrage gestellt. Dabei versuchen ~~alle~~ alle mächtigen Akteure, ~~mit~~ mit allen Mitteln mehr Einfluss

921 zu gewinnen und vorhandenen Einfluss gewaltsam zu verteidigen. Wir verurteilen dieses

922 Denken und Handeln, in der Ukraine, im Nahen Osten und in allen Krisengebieten der Welt.

923 Wir wollen, dass die Menschen in der Ukraine selbstbestimmt, demokratisch und souverän

924 über ihr Zusammenleben entscheiden können - genauso wie in Palästina, Kurdistan und

925 überall auf der Welt.

## Begründung

erfolgt mündlich

## weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin

Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Bengt Rüstemeier, Delegierter Linksjugend; KV Köln; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln  
LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0920.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 920

917 Im Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie gefährlich die Konfrontation zwischen den  
918 geopolitischen Machtblöcken geworden ist. Das Machtgefüge der Welt verschiebt sich. Die  
919 Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke, wie die BRICS-  
920 Staaten, infrage gestellt. Dabei versuchen ~~alle~~ mächtige Akteure, mir allen Mitteln mehr Einfluss  
921 zu gewinnen und vorhandenen Einfluss gewaltsam zu verteidigen. Wir verurteilen dieses  
922 Denken und Handeln, in der Ukraine, im Nahen Osten und in allen Krisengebieten der Welt.  
923 Wir wollen, dass die Menschen in der Ukraine selbstbestimmt, demokratisch und souverän  
924 über ihr Zusammenleben entscheiden können - genauso wie in Palästina, Kurdistan und  
925 überall auf der Welt.

## Antrag L.1.0922.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 922

917 Im Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie gefährlich die Konfrontation zwischen den  
918 geopolitischen Machtblöcken geworden ist. Das Machtgefüge der Welt verschiebt sich. Die  
919 Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke, wie die BRICS-  
920 Staaten, infrage gestellt. Dabei versuchen alle Akteure, mir allen Mitteln mehr Einfluss  
921 zu gewinnen und vorhandenen Einfluss gewaltsam zu verteidigen. Wir verurteilen dieses  
922 Denken und Handeln, ~~in der Ukraine,~~ Krieg und Konfrontation sind nicht die Lösung, sondern  
die Ursache vieler Probleme der Menschheit. Deutschland spielt in diesem Kontext eine  
Doppelrolle: einerseits als Akteur innerhalb der NATO, der Militarisierung und Konfrontation  
vorantreibt, andererseits als wirtschaftliche Macht, die durch Handels- und Finanzpolitik soziale  
Ungleichheit und Abhängigkeiten im ~~Nahen Osten und in allen Krisengebieten der Welt,~~ globalen  
Süden verstärkt. Diesen Widerspruch gilt es aufzulösen, indem die Politik an den Bedürfnissen  
der Mehrheit der Weltbevölkerung ausgerichtet wird und nicht an den Interessen der Eliten.  
923 Wir wollen, dass die Menschen in der Ukraine selbstbestimmt, demokratisch und souverän

924 über ihr Zusammenleben entscheiden können - genauso wie in Palästina, Kurdistan und  
925 überall auf der Welt.

## Antrag L.1.0923.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 923 - 925

917 Im Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie gefährlich die Konfrontation zwischen den  
918 geopolitischen Machtblöcken geworden ist. Das Machtgefüge der Welt verschiebt sich. Die  
919 Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke, wie die BRICS-  
920 Staaten, infrage gestellt. Dabei versuchen alle Akteure, mit allen Mitteln mehr Einfluss  
921 zu gewinnen und vorhandenen Einfluss gewaltsam zu verteidigen. Wir verurteilen dieses  
922 Denken und Handeln, in der Ukraine, im Nahen Osten und in allen Krisengebieten der Welt.  
923 Wir wollen, dass die Menschen ~~in der Ukraine selbstbestimmt, demokratisch und souverän~~  
924 ~~über ihr Zusammenleben entscheiden können – genauso wie in Palästina, Kurdistan und~~  
überall auf der Welt selbstbestimmt, demokratisch und souverän über ihr Zusammenleben  
entscheiden können.

## Antrag L.1.0931.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 931

926 Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: Niemals darf ein  
927 Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen  
928 herangezogen werden. Das Unrecht der Besetzung der palästinensischen Gebiete ist niemals  
929 eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas - und genauso  
930 rechtfertigt der 7. Oktober nicht die brutalen Völkerrechtsverbrechen der israelischen  
931 Armee in Gaza oder im Libanon. Der Tod von zehntausenden Zivilisten, darunter viele Kinder, die  
Zerstörung eines Großteils der Infrastruktur und das Aushungern der Bevölkerung haben nichts  
mit legitimer Selbstverteidigung zu tun. Wir unterstützen die Bemühungen des Internationalen  
932 Strafgerichtshofs, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Verantwortung zu ziehen.  
933 Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben der Menschen in  
934 Israel und Palästina im Rahmen einer weiterentwickelten, gerechten Zwei-Staaten-Lösung.

## Antrag L.1.0931.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

### Zeile 931

926 Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: Niemals darf ein

927 Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen  
928 herangezogen werden. Das Unrecht der Besetzung der palästinensischen Gebiete ist niemals  
929 eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas - und genauso  
930 rechtfertigt der 7. Oktober nicht die brutalen Völkerrechtsverbrechen der israelischen  
931 Armee in Gaza ~~oder~~, im Libanon und in Syrien. Wir unterstützen die Bemühungen des  
Internationalen  
932 Strafgerichtshofs, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Verantwortung zu ziehen.  
933 Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben der Menschen in  
934 Israel und Palästina im Rahmen einer weiterentwickelten, gerechten Zwei-Staaten-Lösung.

## Antrag L.1.0933.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

### Zeile 933

926 Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: Niemals darf ein  
927 Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen  
928 herangezogen werden. Das Unrecht der Besetzung der palästinensischen Gebiete ist niemals  
929 eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas - und genauso  
930 rechtfertigt der 7. Oktober nicht die brutalen Völkerrechtsverbrechen der israelischen  
931 Armee in Gaza oder im Libanon. Wir unterstützen die Bemühungen des Internationalen  
932 Strafgerichtshofs, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Verantwortung zu ziehen.  
933 Die Linke setzt sich für die Umsetzung des Rechtsgutachten des internationale Gerichtshof zur  
israelischen Besatzungspolitik ein und fordert ein Ende der Besetzung und des Siedlungsbaus.  
Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben der Menschen in  
934 Israel und Palästina im Rahmen einer weiterentwickelten, gerechten Zwei-Staaten-Lösung.

### Begründung

Sowohl die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofes als auch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes sind für uns Anknüpfungspunkte für ein Ende des Krieges in Gaza und ein Ende der Besetzung und des Siedlungsbaues in Palästina.

## Antrag L.1.0933.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, Die Linke.SDS und weitere

### Zeile 933

926 Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: Niemals darf ein  
927 Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen  
928 herangezogen werden. Das Unrecht der Besetzung der palästinensischen Gebiete ist niemals  
929 eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas - und genauso  
930 rechtfertigt der 7. Oktober nicht die brutalen Völkerrechtsverbrechen der israelischen

- 931 Armee in Gaza oder im Libanon. Wir unterstützen die Bemühungen des Internationalen  
 932 Strafgerichtshofs, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Verantwortung zu ziehen.
- 933 Die Linke setzt sich für die Umsetzung des Rechtsgutachten des internationalen Gerichtshof zur israelischen Besatzungspolitik ein und fordert ein Ende der Besatzung und des Siedlungsbaus. Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben der Menschen in  
 934 Israel und Palästina im Rahmen einer weiterentwickelten, gerechten Zwei-Staaten-Lösung.

## Begründung

In dem Absatz wird auf den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes gegen Netanjahu, Galant und den Hamas-Führer Deif verwiesen. Für die Einordnung des Krieges in Gaza/Palästina ist das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes von großer Bedeutung. In dem Gutachten wird festgestellt, dass die israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik von Anfang an gegen das Völkerrecht verstoßen hat. Das Gutachten fordert die Weltgemeinschaft auf, sich für ein Ende der Besatzung und des Siedlungsbaus einzusetzen. Die Linke sollte sich im Sinne des Völkerrechts für die Umsetzung dieses Gutachtens einsetzen.

## weitere Antragstellende

BAG Frieden und Internationale Politik (BAG FIP); Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Bengt Rüstemeier, Delegierter Linksjugend; KV Köln; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0933.3

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in:	KV Herford
-------------------	------------

### Zeile 933

- 926 Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: Niemals darf ein  
 927 Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen  
 928 herangezogen werden. Das Unrecht der Besatzung der palästinensischen Gebiete ist niemals  
 929 eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas - und genauso  
 930 rechtfertigt der 7. Oktober nicht die brutalen Völkerrechtsverbrechen der israelischen  
 931 Armee in Gaza oder im Libanon. Wir unterstützen die Bemühungen des Internationalen

- 932 Strafgerichtshofs, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Verantwortung zu ziehen.
- 933 Die Linke setzt sich für die Umsetzung des Rechtsgutachten des internationale Gerichtshof zur israelischen Besatzungspolitik ein und fordert ein Ende der Besatzung und des Siedlungsbaus.  
Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben der Menschen in
- 934 Israel und Palästina im Rahmen einer weiterentwickelten, gerechten Zwei-Staaten-Lösung.

## Begründung

Sowohl die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofes als auch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes sind für uns Anknüpfungspunkte für ein Ende des Krieges in Gaza und ein Ende der Besatzung und des Siedlungsbaues in Palästina.

## Antrag L.1.0934.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 934

- 926 Auch für den Krieg im Nahen Osten gibt es keine militärische Lösung: Niemals darf ein  
927 Menschenrechtsverbrechen als Rechtfertigung für ein anderes Menschenrechtsverbrechen  
928 herangezogen werden. Das Unrecht der Besatzung der palästinensischen Gebiete ist niemals  
929 eine Rechtfertigung für den menschenverachtenden Terror der Hamas - und genauso  
930 rechtfertigt der 7. Oktober nicht die brutalen Völkerrechtsverbrechen der israelischen  
931 Armee in Gaza oder im Libanon. Wir unterstützen die Bemühungen des Internationalen  
932 Strafgerichtshofs, die Verantwortlichen auf beiden Seiten zur Verantwortung zu ziehen.  
933 Unser Ziel ist ein sicheres, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben der Menschen in  
934 Israel und Palästina im Rahmen einer weiterentwickelten, gerechten Zwei-Staaten-Lösung.

Das Ende der menschenverachtenden und grausamen Assad-Diktatur in Syrien ist ein Signal der Hoffnung. Die Menschen in Syrien brauchen jetzt demokratische Wahlen, die Achtung von Menschen- und Frauenrechten, und ein Ende aller Kämpfe zwischen regionalen Milizen. Die Autonomie der kurdischen Gebiete (Rojava) muss geachtet werden. EU und NATO müssen gegenüber der türkischen Regierung deutlich machen, dass ein von der Türkei finanzierter und unterstützter Bürgerkrieg gegen die kurdischen Gebiete inakzeptabel ist.

## Begründung

Das Wahlprogramm muss hier aktualisiert werden, da das Ende der Assad-Diktatur im Entwurf noch nicht berücksichtigt werden konnte.

## Antrag L.1.0935.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BV Friedrichshain-Kreuzberg, BV Reinickendorf, Links\*Kanax und weitere

### Zeile 935

935 Die Türkei, ein NATO-Mitglied, greift mit Unterstützung dschihadistischer Söldnergruppen der  
sogenannten Syrischen Nationalarmee (SNA) die Autonome Administration Nord- und Ostsyriens  
(AANES), auch bekannt als Rojava, an. Ziel dieser Angriffe ist es, die Etablierung eines  
demokratischen Gesellschaftsmodells zu verhindern, das von der AANES angestrebt wird. Dieses  
Modell basiert auf föderalen Strukturen und stellt die Freiheit der Frau, ökologische  
Nachhaltigkeit und Basisdemokratie in den Mittelpunkt. Wir setzen uns entschieden dafür ein,  
diese völkerrechtswidrigen Angriffe zu stoppen. Dazu fordern wir: Den sofortigen Stopp aller  
Waffenexporte von Deutschland an die Türkei sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen  
mit der AANES, um den Aufbau von Frieden, Demokratie und Stabilität in der Region zu  
unterstützen.Wir wollen die weltweite Spirale von Aufrüstung und Konfrontation durchbrechen.  
Das

936 drohende Wettrüsten und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen führen nicht zu  
937 mehr, sondern zu weniger Sicherheit für die Menschen in Deutschland, Europa und der ganzen  
938 Welt. Von einem Rüstungswettlauf profitieren vor allem die Rüstungskonzerne und ihre  
939 Anteilseigner. Er geht zu Lasten des sozialen Fundamentes der Demokratie und der dringend  
940 nötigen Zukunftsinvestitionen überall. Dagegen braucht es eine ganz andere, eine  
941 friedenspolitische Zeitenwende - für eine Sicherheitspolitik ohne militärischen  
942 Tunnelblick.

#### **Zeile 987**

- 985 • Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und Rüstungsexporte verbieten. Wir  
986 fordern eine gezielte Förderung der Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivil  
987 notwendige Produkte.
- Wir fordern die sofortige Anerkennung der Demokratischen Autonomen Administration von  
Nord- und Ostsyrien (AANES) und fordern den sofortigen Stopp aller Waffenexporte von  
Deutschland an die Türkei.

#### **Begründung**

Die politische Situation in Syrien ist seit dem Sturz von Diktator Baschar al-Assad instabil und von Unsicherheit geprägt. In den kurdischen Gebieten Nord- und Ostsyriens, auch bekannt als Rojava, wird ein einzigartiges Gesellschaftsmodell angestrebt, das auf föderalen Strukturen basiert und zentrale Werte wie die Freiheit der Frau, ökologische Nachhaltigkeit und Basisdemokratie in den Mittelpunkt stellt. Dieses Modell bietet eine Perspektive für eine demokratische und friedliche Zukunft in einer Region, die seit Jahren von Krieg und Gewalt gezeichnet ist.

Die Türkei, ein Mitglied der NATO, versucht jedoch mit Unterstützung dschihadistischer Söldnergruppen der sogenannten Syrischen Nationalarmee (SNA), die Autonome Administration Nord- und Ostsyriens (AANES) gewaltsam zu zerstören. Ziel dieser Angriffe ist es, die Etablierung des demokratischen Modells in Rojava zu verhindern. Diese völkerrechtswidrigen Aggressionen gefährden nicht nur die regionale Stabilität, sondern auch die Sicherheit und das Leben der unterschiedlichen Menschengruppen und Glaubensgemeinschaften in der Region.

Wir haben die Verantwortung, solchen völkerrechtswidrigen Handlungen entschieden entgegenzutreten. Der Export von Waffen an die Türkei trägt dazu bei, diese Angriffe zu ermöglichen und dschihadistische Kräfte zu stärken, was letztlich zur Ermordung von Zivilist\*innen führt. Um dies zu verhindern, müssen jegliche Waffenlieferungen aus Deutschland an die Türkei sofort gestoppt werden.

Es ist zudem essenziell, dass Deutschland und die Europäische Union die Demokratische Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien (AANES) offiziell anerkennen, um ihre Bemühungen um Frieden, Demokratie und Stabilität zu unterstützen. Die Anerkennung würde der AANES die nötige internationale Legitimität verschaffen, um ihre föderalen und basisdemokratischen Strukturen zu festigen und die Rechte aller Volksgruppen zu schützen.

Solange die politische Entwicklung in Syrien offen ist, müssen syrische Geflüchtete weiterhin Schutz in Europa genießen. Gleichzeitig erfordert die humanitäre Krise in der Region eine sofortige Unterstützung. Besonders vor dem Hintergrund des bevorstehenden Winters bedarf es dringend humanitärer Hilfsmaßnahmen für die vielen Binnenflüchtlinge, die von den Kämpfen betroffen sind und in Rojava Zuflucht suchen.

## weitere Antragstellende

Vincent Bababoutilabo, Pilar Caballero Alvarez (Delegierte BAG queer), Elif Eralp (Delegierte BV Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin), Ferat Koçak (Delegierter BV Neukölln, Berlin), Ezequiel Pascual, Sofia Leonidakis (Delegierte Bremen), Canan Turan, Kilian Chauniere (Delegierter Bremen), Jens Hurling (Delegierter Bremen), Martha Kleedörfer (Delegierte BV Mitte, Berlin), Hannah Vongries (Delegierte BV Neukölln, Berlin).

## Antrag L.1.0939.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 939 - 940

935 Wir wollen die weltweite Spirale von Aufrüstung und Konfrontation durchbrechen. Das  
936 drohende Wettrüsten und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen führen nicht zu  
937 mehr, sondern zu weniger Sicherheit für die Menschen in Deutschland, Europa und der ganzen  
938 Welt. Von einem Rüstungswettkampf profitieren vor allem die Rüstungskonzerne und ihre  
939 Anteilseigner. ~~Er geht zu Lasten~~ Eine Welt, in der das Militär Priorität hat, ist eine Welt, in der die  
Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen systematisch ignoriert werden. Abrüstung ist daher  
nicht nur eine Frage des ~~sozialen Fundamentes~~ Friedens, sondern auch eine Frage der  
Demokratie und der ~~dringend-~~  
940 ~~nötigen Zukunftsinvestitionen überall~~ sozialen Gerechtigkeit. Dagegen braucht es eine ganz  
andere, eine  
941 friedenspolitische Zeitenwende - für eine Sicherheitspolitik ohne militärischen  
942 Tunnelblick.

## Antrag L.1.0939.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Frieden und internationale Politik

### Zeile 939 - 940

935 Wir wollen die weltweite Spirale von Aufrüstung und Konfrontation durchbrechen. Das  
936 drohende Wettrüsten und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen führen nicht zu

937 mehr, sondern zu weniger Sicherheit für die Menschen in Deutschland, Europa und der ganzen  
938 Welt. Von einem Rüstungswettkampf profitieren vor allem die Rüstungskonzerne und ihre  
939 Anteilseigner. Er geht zu Lasten des sozialen ~~Fundamentes der Demokratie~~Sicherungssystems,  
der Daseinsfürsorge, der Bildung, der Gesundheit, des Klimaschutzes und der dringend  
940 nötigen Zukunftsinvestitionen ~~überall~~in die Infrastruktur. Die neoliberalen Angriffe auf Renten,  
Löhne, Bürgergeld, Sozialversicherungen, Sozialwohnungen und Mieten werden die Gesellschaft  
weiter polarisieren. Diese dysfunktionale Politik befördert rechten Populismus, Rassismus und  
Extremismus und gefährdet damit das demokratische Fundament unserer Gesellschaft. Dagegen  
braucht es eine ganz andere, eine  
941 friedenspolitische Zeitenwende - für eine Sicherheitspolitik ohne militärischen  
942 Tunnelblick.

## Begründung

Wir sollten den offensichtlichen und historisch belegten Zusammenhang zwischen Militarismus und Kriegshetze mit Sozialabbau, Rechtsextremismus bis hin zum Faschismus hier deutlicher hervorheben. Die Lehren aus der Weimarer Republik sollten wir hier vergegenwärtigen.

## Antrag L.1.0941.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Frieden und internationale Politik

### Zeile 941 - 942

935 Wir wollen die weltweite Spirale von Aufrüstung und Konfrontation durchbrechen. Das  
936 drohende Wettrüsten und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen führen nicht zu  
937 mehr, sondern zu weniger Sicherheit für die Menschen in Deutschland, Europa und der ganzen  
938 Welt. Von einem Rüstungswettkampf profitieren vor allem die Rüstungskonzerne und ihre  
939 Anteilseigner. Er geht zu Lasten des sozialen Fundamentes der Demokratie und der dringend  
940 nötigen Zukunftsinvestitionen überall. Dagegen braucht es eine ganz andere, eine  
941 friedenspolitische Zeitenwende - ~~für eine Sicherheitspolitik ohne militärischen-~~  
942 ~~Tunnelblick.~~

## Begründung

„Sicherheitspolitik“ IST die Verengung der Politik auf einen militärischen Tunnelblick. Die Bevölkerung hat kein Interesse am Krieg, daher wird die Erzählung „WIR“ müssten nun „UNSERE Sicherheit verteidigen“ bemüht und damit Friedensentwicklung durch „Sicherheitspolitik“ ersetzt. Die Linke steht aber dafür, die soziale Ungleichheit gegen die Herrschenden zu beenden und damit für eine soziale zivile Wende mit dem Ziel des demokratischen Sozialismus.

## Antrag L.1.0943.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Frieden und internationale Politik

### Zeile 943 - 944

943 Die Linke strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO ist ~~dafür-~~  
944 ~~nicht geeignet~~ das Gegenteil davon. Wir fordern daher die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung  
durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein  
zentrales Ziel hat. Die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein reines Militärbündnis  
945 zur Durchsetzung nationaler und wirtschaftlicher Interessen, immer wieder und seit vielen  
946 Jahrzehnten auch mit militärischer Gewalt. Weder der Afghanistankrieg, noch der Irakkrieg,  
947 noch die weiteren zahlreichen Völkerrechtsbrüche durch NATO-Mitglieder haben Europa  
948 sicherer gemacht. Wir haben dann eine Chance auf eine friedlichere Zukunft in Europa, wenn  
949 wir aus Fehlern lernen und uns rückbesinnen auf die Prinzipien der Entspannungspolitik.  
950 Kein Kalter Krieg 2.0, sondern eine OSZE 2.0, das ist unsere Vision eines friedlichen  
951 Europas. Eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa soll die NATO mittelfristig  
952 ersetzen. Langfristig kann sie auch Russland und die Türkei miteinbeziehen - Voraussetzung  
953 wäre die Beendigung aller Angriffskriege. Globale Sicherheit gibt es nur durch eine  
954 gerechte Neuordnung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Welt. Auch dafür  
955 setzen wir uns ein.

## Begründung

Wie sollte die NATO als Militärbündnis für kooperative Sicherheitspolitik „geeignet“ sein?

Ein kollektives Sicherheitssystem muss auf Vertrauensbildung beruhen, die Interessen aller Mitglieder (und darüber hinaus) und gegenseitige Abrüstung im Blick haben. Russland ist Teil von Europa. Das Wahlprogramm sollte nicht hinter das Parteiprogramm zurückgehen.

## Antrag L.1.0944.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 944

943 Die Linke strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO ist dafür  
944 nicht geeignet. Die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein Relikt des Kalten Krieges, ein  
reines Militärbündnis  
945 zur Durchsetzung nationaler und wirtschaftlicher Interessen, immer wieder und seit vielen  
946 Jahrzehnten auch mit militärischer Gewalt. Weder der Afghanistankrieg, noch der Irakkrieg,  
947 noch die weiteren zahlreichen Völkerrechtsbrüche durch NATO-Mitglieder haben Europa  
948 sicherer gemacht. Wir haben dann eine Chance auf eine friedlichere Zukunft in Europa, wenn  
949 wir aus Fehlern lernen und uns rückbesinnen auf die Prinzipien der Entspannungspolitik.  
950 Kein Kalter Krieg 2.0, sondern eine OSZE 2.0, das ist unsere Vision eines friedlichen  
951 Europas. Eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa soll die NATO mittelfristig  
952 ersetzen. Langfristig kann sie auch Russland und die Türkei miteinbeziehen - Voraussetzung  
953 wäre die Beendigung aller Angriffskriege. Globale Sicherheit gibt es nur durch eine  
954 gerechte Neuordnung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Welt. Auch dafür  
955 setzen wir uns ein.

## Antrag L.1.0944.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

Landesvorstand Hamburg

#### Zeile 944

943 Die Linke strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO ist dafür  
944 nicht geeignet. Die, denn die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein reines  
Militärbündnis  
945 zur Durchsetzung nationaler und wirtschaftlicher Interessen, immer wieder und seit vielen  
946 Jahrzehnten auch mit militärischer Gewalt. Weder der Afghanistankrieg, noch der Irakkrieg,  
947 noch die weiteren zahlreichen Völkerrechtsbrüche durch NATO-Mitglieder haben Europa  
948 sicherer gemacht. Wir haben dann eine Chance auf eine friedlichere Zukunft in Europa, wenn  
949 wir aus Fehlern lernen und uns rückbesinnen auf die Prinzipien der Entspannungspolitik.  
950 Kein Kalter Krieg 2.0, sondern eine OSZE 2.0, das ist unsere Vision eines friedlichen  
951 Europas. Eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa soll die NATO mittelfristig  
952 ersetzen. Langfristig kann sie auch Russland und die Türkei miteinbeziehen - Voraussetzung  
953 wäre die Beendigung aller Angriffskriege. Globale Sicherheit gibt es nur durch eine  
954 gerechte Neuordnung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Welt. Auch dafür  
955 setzen wir uns ein.

#### Begründung

Unsere NATO Position vergrault mitunter Wähler\*innen. Durch die kausale Verknüpfung der Sätze wird das Statement zur NATO besser erklärt und wirkt weniger dogmatisch.

### Antrag L.1.0950.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

KV Köln

#### Zeile 950 - 955

943 Die Linke strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO ist dafür  
944 nicht geeignet. Die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein reines Militärbündnis  
945 zur Durchsetzung nationaler und wirtschaftlicher Interessen, immer wieder und seit vielen  
946 Jahrzehnten auch mit militärischer Gewalt. Weder der Afghanistankrieg, noch der Irakkrieg,  
947 noch die weiteren zahlreichen Völkerrechtsbrüche durch NATO-Mitglieder haben Europa  
948 sicherer gemacht. Wir haben dann eine Chance auf eine friedlichere Zukunft in Europa, wenn  
949 wir aus Fehlern lernen und uns rückbesinnen auf die Prinzipien der Entspannungspolitik.  
950 ~~Kein Kalter Krieg 2.0, sondern eine OSZE 2.0, das ist unsere Vision eines~~ Eine  
Sicherheitsarchitektur in Europa muss auf den Prinzipien der friedlichen  
951 ~~Europas. Eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa soll die NATO mittelfristig~~  
952 ~~ersetzen. Langfristig kann sie auch Russland und die Türkei miteinbeziehen - Voraussetzung~~  
953 ~~wäre die Beendigung aller Angriffskriege. Globale Sicherheit gibt es nur durch eine~~  
954 ~~gerechte Neuordnung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Welt. Auch dafür~~  
955 ~~setzen wir uns ein~~ Koexistenz und den Vereinbarungen der OSZE beruhen, und alle Länder des  
Kontinents einbeziehen. Eine solche Sicherheitsarchitektur macht die NATO überflüssig, und  
ermöglicht eine Außenpolitik der internationalen Kooperation anstelle von wirtschaftlicher und  
militärischer Konkurrenz.

# Antrag L.1.0951.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, BAG Frieden und Internationale Politik, BAG Senior\*innenpolitik und weitere

## Zeile 951 - 953

943 Die Linke strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO ist dafür  
944 nicht geeignet. Die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein reines Militärbündnis  
945 zur Durchsetzung nationaler und wirtschaftlicher Interessen, immer wieder und seit vielen  
946 Jahrzehnten auch mit militärischer Gewalt. Weder der Afghanistankrieg, noch der Irakkrieg,  
947 noch die weiteren zahlreichen Völkerrechtsbrüche durch NATO-Mitglieder haben Europa  
948 sicherer gemacht. Wir haben dann eine Chance auf eine friedlichere Zukunft in Europa, wenn  
949 wir aus Fehlern lernen und uns rückbesinnen auf die Prinzipien der Entspannungspolitik.  
950 Kein Kalter Krieg 2.0, sondern eine OSZE 2.0, das ist unsere Vision eines friedlichen  
951 Europas. Eine ~~gemeinsame Sicherheitsarchitektur für~~Sicherheitsarchitektur in Europa soll ~~die~~  
952 ~~NATO mittelfristig~~  
953 ~~ersetzen. Langfristig kann sie auch Russland und die Türkei miteinbeziehen – Voraussetzung~~  
~~wäre die Beendigung aller Angriffskriege~~auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und den  
Vereinbarungen der KSZE beruhen, und alle Länder des Kontinents einbeziehen. Eine solche  
Sicherheitsarchitektur macht die NATO überflüssig, und ermöglicht eine Außenpolitik der  
internationalen Kooperation anstelle von wirtschaftlicher und militärischer Konkurrenz. Globale  
Sicherheit gibt es nur durch eine  
954 gerechte Neuordnung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Welt. Auch dafür  
955 setzen wir uns ein.

## Begründung

Die Linke will nach ihrem Erfurter Programm nicht die NATO ersetzen sondern überflüssig machen. Die NATO setzt auf Waffengewalt und Abschreckung. Wir setzen uns aber für eine nachhaltige dauerhafte Sicherheitsarchitektur ein. Diese sollte auf den Prinzipien der KSZE, also auf friedlicher Koexistenz und internationaler Zusammenarbeit beruhen.

## weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Bengt Rüstemeier, Delegierter Linksjugend; KV Köln; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

## Antrag L.1.0953.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 953

943 Die Linke strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO ist dafür  
944 nicht geeignet. Die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein reines Militärbündnis  
945 zur Durchsetzung nationaler und wirtschaftlicher Interessen, immer wieder und seit vielen  
946 Jahrzehnten auch mit militärischer Gewalt. Weder der Afghanistankrieg, noch der Irakkrieg,  
947 noch die weiteren zahlreichen Völkerrechtsbrüche durch NATO-Mitglieder haben Europa  
948 sicherer gemacht. Wir haben dann eine Chance auf eine friedlichere Zukunft in Europa, wenn  
949 wir aus Fehlern lernen und uns rückbesinnen auf die Prinzipien der Entspannungspolitik.  
950 Kein Kalter Krieg 2.0, sondern eine OSZE 2.0, das ist unsere Vision eines friedlichen  
951 Europas. Eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa soll die NATO mittelfristig  
952 ersetzen. Langfristig kann sie auch Russland und die Türkei miteinbeziehen - Voraussetzung  
953 wäre die Beendigung aller Angriffskriege und ein Prozess der Aussöhnung und des  
Wiederaufbaus. Globale Sicherheit gibt es nur durch eine  
954 gerechte Neuordnung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf der Welt. Auch dafür  
955 setzen wir uns ein.

## Antrag L.1.0959.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, Die Linke.SDS, BAG Frieden und Internationale Politik und weitere

### Zeile 959 - 960

956 Wir wollen Diplomatie stark machen - und EU und Bundesrepublik international wieder  
957 glaubwürdig. Denn die fehlende Glaubwürdigkeit, etwa angesichts der Völkerrechtsbrüche von  
958 NATO-Verbündeten, wie der USA, der Türkei oder Saudi-Arabien, ist selbst ein  
959 Sicherheitsrisiko für Europa. ~~Das verhindert diplomatische Erfolge, siehe die fehlende~~  
960 ~~internationale Unterstützung der Sanktionen gegen Russland.~~ Eine EU, die nicht mehr Teil  
961 der Blockkonfrontation ist, sondern im UN-System glaubwürdig und ohne Doppelstandards für  
962 einen Interessenausgleich eintritt, würde auf zivilen Weg ihr politisches Gewicht deutlich  
963 erhöhen.

### Begründung

Unser Ziel ist es, den Ukraine Krieg zu beenden. Sanktionen werden damit begründet, dass sie dazu beitragen würden, den Krieg zu beenden. Nach fast drei Jahren kann aber gefragt werden: Wem nützen und wem schaden die westlichen Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland? Haben sie geholfen den Krieg in der Ukraine einzudämmen?

Die EU hat bisher 12 Sanktionspakete gegen Russland verhängt. Sie treffen Russland durchaus, haben

aber keine Verhaltensänderung – also eine Beendigung des Angriffskriegs - bewirkt. Entgegen den Voraussagen ist die russische Wirtschaft trotz Sanktionen gewachsen. Besonders der Energiesektor, das Rückgrat der russischen Wirtschaft, konnte durch hohe Öl- und Gaspreise sowie Handelsumlenkungen nach Asien weiterhin bestehen. Russische Rohstoffe gelangen via Indien, Türkei, Schattenflotte etc. weiterhin in die EU.

Die Sanktionen haben aber immense Nebenwirkungen, sogenannte Kollateralschäden. Sie haben u.a. durch Handelsumlenkungen auf der ganzen Welt die Preise in die Höhe getrieben. Das trifft nicht nur die russische Bevölkerung, sondern die ärmeren Menschen auf fast der ganzen Welt. In Russland muss zudem befürchtet werden, dass sich auch aufgrund der Sanktionen Teile der russischen Bevölkerung mit dem Putin-Regime gegen „den Westen“ solidarisieren.

Niemand kann ernsthaft behaupten, dass mittelfristig eine Fortsetzung der Sanktionen einen Rückzug Russlands bewirken könnte.

Sanktionen sind Teil der Eskalationslogik und nicht einer Entspannungslogik. Die Linke hat sich mit gutem Grund lange gegen Sanktionen ausgesprochen. Sanktionen erwecken die Illusion, sie könnten mit „gezielten Maßnahmen unterhalb der Schwelle des Krieges“ operieren. Tatsächlich sind sie aber selten etwas anderes als die Fortsetzung der bestehenden globalen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse. Die meisten Sanktionen werden von mächtigen Ländern gegenüber schwächeren verhängt. Sanktionen treffen insbesondere die Zivilbevölkerung während sie bei Diktatoren selten Verhaltensveränderungen bewirken. Zum Beispiel: In Folge der 13 Jahre währenden Sanktionen gegen den Irak starben etwa eine halbe Millionen Kinder. Die Herrschaft Saddam Husseins wurde aber nicht beendet.

Erfolgreich waren hingegen die Boykottaufrufe gegen das südafrikanische Apartheitsregime. Diese gingen nicht von westlichen Staaten aus. Die Boykott-Aufrufe des ANC, südafrikanischer Gewerkschaften u.a. wurden von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der ganzen Welt aufgegriffen, bevor sich auf deren Druck auch westliche Staaten anschlossen. Der Boykott des Apartheitsregimes war also ein sehr erfolgreicher Ausdruck der Solidarität von unten.

Natürlich ist die Forderung nach Enteignung und Bestrafung von Kriegsverbrechern und Oligarchen, die sich am Ukraine-Krieg bereichern, moralisch legitim. Der Antragstext erweckt aber sowohl die Illusion, Sanktionen könnten die Menschen in der Ukraine näher zum Frieden bringen, als auch die Illusion, „passgenaue“ nur die „Bösen“ treffende Sanktionen wären mit etwas gutem Willen realisierbar.

Der Ukrainekrieg ist letztendlich Ausdruck wachsender imperialer Konkurrenz. Russland ist aktuell ein besonders aggressiver mächtiger Akteur. Entspannung und ein dauerhafter Friede wird aber realistischer Weise nur durch die Vermittlung Chinas u.a. BRICS-Staaten möglich sein und wenn dabei die Sicherheitsinteressen aller Akteure berücksichtigt werden.

## **weitere Antragstellende**

Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch,

Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0959.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 959 - 960

956 Wir wollen Diplomatie stark machen - und EU und Bundesrepublik international wieder  
957 glaubwürdig. Denn die fehlende Glaubwürdigkeit, etwa angesichts der Völkerrechtsbrüche von  
958 NATO-Verbündeten, wie der USA, der Türkei oder Saudi-Arabien, ist selbst ein  
959 Sicherheitsrisiko für Europa. ~~Das verhindert diplomatische Erfolge, siehe die fehlende~~  
960 ~~internationale Unterstützung der Sanktionen gegen Russland.~~ Eine EU, die nicht mehr Teil  
961 der Blockkonfrontation ist, sondern im UN-System glaubwürdig und ohne Doppelstandards für  
962 einen Interessenausgleich eintritt, würde auf zivilen Weg ihr politisches Gewicht deutlich  
963 erhöhen.

## Antrag L.1.0959.3

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Theodor Vienne

### Zeile 959 - 960

956 Wir wollen Diplomatie stark machen - und EU und Bundesrepublik international wieder  
957 glaubwürdig. Denn die fehlende Glaubwürdigkeit, etwa angesichts der Völkerrechtsbrüche von  
958 NATO-Verbündeten, wie der USA, der Türkei oder Saudi-Arabien, ist selbst ein  
959 Sicherheitsrisiko für Europa. ~~Das verhindert diplomatische Erfolge, siehe die fehlende~~  
960 ~~internationale Unterstützung der Sanktionen gegen Russland.~~ Eine EU, die nicht mehr Teil  
961 der Blockkonfrontation ist, sondern im UN-System glaubwürdig und ohne Doppelstandards für  
962 einen Interessenausgleich eintritt, würde auf zivilen Weg ihr politisches Gewicht deutlich  
963 erhöhen.

### Begründung

Sanktionen gegen Russland zu verhängen ist kein diplomatisches Mittel. Deutschland wird hierdurch nur Teil des NATO-Blocks, der Russland eine "strategische Niederlage" zufügen will.

## Antrag L.1.0967.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, Die Linke.SDS, BAG Frieden

### Zeile 967 - 968

- 964 • Um endlich einen Friedensprozess für die Ukraine zu ermöglichen, muss die  
965 Bundesregierung Friedensinitiativen wie die von China und Brasilien endlich  
966 aufgreifen und sich aktiv für eine gemeinsame diplomatische Verhandlungsoffensive  
967 einsetzen, ~~unterstützt durch gezielte Sanktionen, die nicht gegen die Breite der~~  
968 ~~Bevölkerung gerichtet sind.~~

### Begründung

Unser Ziel ist es, den Ukraine Krieg zu beenden. Sanktionen werden damit begründet, dass sie dazu beitragen würden, den Krieg zu beenden. Nach fast drei Jahren kann aber gefragt werden: Wem nützen und wem schaden die westlichen Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland? Haben sie geholfen den Krieg in der Ukraine einzudämmen?

Die EU hat bisher 12 Sanktionspakete gegen Russland verhängt. Sie treffen Russland durchaus, haben aber keine Verhaltensänderung – also eine Beendigung des Angriffskriegs - bewirkt. Entgegen den Voraussagen ist die russische Wirtschaft trotz Sanktionen gewachsen. Besonders der Energiesektor, das Rückgrat der russischen Wirtschaft, konnte durch hohe Öl- und Gaspreise sowie Handelsumlenkungen nach Asien weiterhin bestehen. Russische Rohstoffe gelangen via Indien, Türkei, Schattenflotte etc. weiterhin in die EU.

Die Sanktionen haben aber immense Nebenwirkungen, sogenannte Kollateralschäden. Sie haben u.a. durch Handelsumlenkungen auf der ganzen Welt die Preise in die Höhe getrieben. Das trifft nicht nur die russische Bevölkerung, sondern die ärmeren Menschen auf fast der ganzen Welt. In Russland muss zudem befürchtet werden, dass sich auch aufgrund der Sanktionen Teile der russischen Bevölkerung mit dem Putin-Regime gegen „den Westen“ solidarisieren.

Niemand kann ernsthaft behaupten, dass mittelfristig eine Fortsetzung der Sanktionen einen Rückzug Russlands bewirken könnte.

Sanktionen sind Teil der Eskalationslogik und nicht einer Entspannungslogik. Die Linke hat sich mit gutem Grund lange gegen Sanktionen ausgesprochen. Sanktionen erwecken die Illusion, sie könnten mit „gezielten Maßnahmen unterhalb der Schwelle des Krieges“ operieren. Tatsächlich sind sie aber selten etwas anderes als die Fortsetzung der bestehenden globalen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse. Die meisten Sanktionen werden von mächtigen Ländern gegenüber schwächeren verhängt. Sanktionen treffen insbesondere die Zivilbevölkerung während sie bei Diktatoren selten Verhaltensveränderungen bewirken. Zum Beispiel: In Folge der 13 Jahre währenden Sanktionen gegen den Irak starben etwa eine halbe Millionen Kinder. Die Herrschaft Saddam Husseins wurde aber nicht beendet.

Erfolgreich waren hingegen die Boykottaufrufe gegen das südafrikanische Apartheitsregime. Diese gingen nicht von westlichen Staaten aus. Die Boykott-Aufrufe des ANC, südafrikanischer Gewerkschaften u.a. wurden von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der ganzen Welt aufgegriffen, bevor sich auf deren Druck auch westliche Staaten anschlossen. Der Boykott des Apartheitsregimes war also ein sehr erfolgreicher Ausdruck der Solidarität von unten.

Natürlich ist die Forderung nach Enteignung und Bestrafung von Kriegsverbrechern und Oligarchen, die sich am Ukraine-Krieg bereichern, moralisch legitim. Der Antragstext erweckt aber sowohl die

Illusion, Sanktionen könnten die Menschen in der Ukraine näher zum Frieden bringen, als auch die Illusion, „passgenaue“ nur die „Bösen“ treffende Sanktionen wären mit etwas gutem Willen realisierbar.

Der Ukrainekrieg ist letztendlich Ausdruck wachsender imperialer Konkurrenz. Russland ist aktuell ein besonders aggressiver mächtiger Akteur. Entspannung und ein dauerhafter Friede wird aber realistischer Weise nur durch die Vermittlung Chinas u.a. BRICS-Staaten möglich sein und wenn dabei die Sicherheitsinteressen aller Akteure berücksichtigt werden.

## weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Saskia Mestern, Delegierte Hamburg Nord; KV Herford; Johannes Frank, Delegierter Linksjugend; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin;

## Antrag L.1.0967.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 967 - 968

- 964 • Um endlich einen Friedensprozess für die Ukraine zu ermöglichen, muss die  
965 Bundesregierung Friedensinitiativen wie die von China und Brasilien endlich  
966 aufgreifen und sich aktiv für eine gemeinsame diplomatische Verhandlungsoffensive  
967 einsetzen, ~~unterstützt durch gezielte Sanktionen, die nicht gegen die Breite der~~  
968 ~~Bevölkerung gerichtet sind.~~

## Antrag L.1.0968.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BV Tempelhof-Schöneberg

### Zeile 968

- 964 • Um endlich einen Friedensprozess für die Ukraine zu ermöglichen, muss die  
965 Bundesregierung Friedensinitiativen wie die von China und Brasilien endlich  
966 aufgreifen und sich aktiv für eine gemeinsame diplomatische Verhandlungsoffensive  
967 einsetzen, unterstützt durch gezielte Sanktionen, die nicht gegen die Breite der

968 Bevölkerung gerichtet sind. Wir lehnen Waffenlieferungen gegen die Ukraine ab.

## Antrag L.1.0968.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 968

- 964 • Um endlich einen Friedensprozess für die Ukraine zu ermöglichen, muss die  
965 Bundesregierung Friedensinitiativen wie die von China und Brasilien endlich  
966 aufgreifen und sich aktiv für eine gemeinsame diplomatische Verhandlungsoffensive  
967 einsetzen, unterstützt durch gezielte Sanktionen, die nicht gegen die Breite der  
968 Bevölkerung gerichtet sind. Ziel muss die Bildung einer internationalen Kontaktgruppe sein, die Verhandlungen vorbereitet, indem sie konkrete Themen und Kompromissmöglichkeiten erarbeitet.

### Begründung

Diplomatische Initiativen sind wichtig, werden aber den Krieg nicht per se beenden. Kontaktgruppen haben sich als ein geeignetes Format erwiesen, um Friedensverhandlungen vorzubereiten, indem sie den Konfliktparteien gangbare Optionen und mögliche Sicherheitsgarantien aufzeigen und dafür von den beteiligten Staaten autorisiert sind. Dies trägt dazu bei, ein vorläufiges Ende der Gewalt in Form eines Waffenstillstands zu ermöglichen.

## Antrag L.1.0968.3

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BV Berlin-Reinickendorf

### Zeile 968

- 964 • Um endlich einen Friedensprozess für die Ukraine zu ermöglichen, muss die  
965 Bundesregierung Friedensinitiativen wie die von China und Brasilien endlich  
966 aufgreifen und sich aktiv für eine gemeinsame diplomatische Verhandlungsoffensive  
967 einsetzen, unterstützt durch gezielte Sanktionen, die nicht gegen die Breite der  
968 Bevölkerung gerichtet sind. Die Ukraine braucht belastbare Sicherheitsgarantien, z.B. im Rahmen einer EU-Mitgliedschaft.

### Begründung

Verhandlungen haben nur dann Chancen, wenn es eine verlässliche Perspektive für die Zeit nach dem Krieg gibt. Dafür braucht die Ukraine Sicherheitsgarantien, wie im Rahmen einer EU-Mitgliedschaft und in Form von politischen Abkommen, die belastbarer als das Budapester Memorandum sind, denn ein Bedrohungsszenario durch Russland bleibt bestehen. Eine Überwachung des Friedens sollte Aufgabe der UNO sein.

## Antrag L.1.0969.1

Antragsteller\*in:

BAG Frieden und internationale Politik

### Zeile 969 - 972

- 969 • Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ~~und keine weitere~~  
970 Aufrüstung, sondern Abrüstung in Deutschland und Europa. Die europäischen NATO-Staaten  
971 geben heute schon  
972 - kaufkraftbereinigt - sehr viel mehr Geld für das Militär aus als Russland.  
Sicherheit ist ohne Aufrüstung organisierbar. Sie sollten den ersten Schritt gehen und mit  
Abrüstung des eigenen Militärs auf Deeskalation und eine politische Konfliktlösung hinwirken  
für eine europäische Sicherheitsstruktur auf Basis der OSZE inklusive Russlands.

### Begründung

In einer Welt mit (Atom-)Waffen ist niemand sicher. Nur rationale Gestaltung im Kontra zu den (Kriegs-)Profiteuren schafft gute Lebensgrundlagen. Abrüstung für soziale Verbesserungen ist also das Gebot der Stunde.

## Antrag L.1.0972.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, BAG  
Frieden und Internationale Politik und weitere

### Zeile 972

- 969 • Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und keine weitere  
970 Aufrüstung in Deutschland und Europa. Die europäischen NATO-Staaten geben heute schon  
971 - kaufkraftbereinigt - sehr viel mehr Geld für das Militär aus als Russland.  
972 Sicherheit ist ohne Aufrüstung organisierbar. Die Linke organisiert gemeinsam mit  
Friedensorganisationen und Friedensinitiativen Aktionen und Proteste gegen die beabsichtigte  
Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland auf Bundes-, Landes-, und  
örtlicher Ebene!

### Begründung

Auf ihrem Parteitag in Halle 2024 hat Die Linke beschlossen, den Berliner Apell gegen Mittelstreckenraketen zu unterstützen. Aktionen und Proteste gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen können bereits als Teil des Wahlkampfes mit der Friedensbewegung organisiert werden..

### weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL); BAG Senior\*innenpolitik; Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS; Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid;

Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Rolf Kohn, Delegierter KVs Recklinghausen/ Gelsenkirchen; Marita Wagner, Delegierte Kreisverband Borken; Michael Gincel-Reinhardt, KVs Düsseldorf/ Mettmann; Kreisverband Recklinghausen; Kreisverband Unna; Kreisverband Borken; KV Köln; KV Herford; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln  
LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin; Zoe Durm, Dortmund; Tobias Jacobs, Köln; Sylvi Aldorf, Aachen

## Antrag L.1.0972.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 972

- 969 • Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und keine weitere  
970 Aufrüstung in Deutschland und Europa. Die europäischen NATO-Staaten geben heute schon  
971 - kaufkraftbereinigt - sehr viel mehr Geld für das Militär aus als Russland.
- 972 Sicherheit ist ohne Aufrüstung organisierbar. Die Linke organisiert gemeinsam mit Friedensorganisationen und Friedensinitiativen Aktionen und Proteste gegen die beabsichtigte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland auf Bundes-, Landes-, und örtlicher Ebene!

## Antrag L.1.0972.3

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Herford

### Zeile 972

- 969 • Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und keine weitere  
970 Aufrüstung in Deutschland und Europa. Die europäischen NATO-Staaten geben heute schon  
971 - kaufkraftbereinigt - sehr viel mehr Geld für das Militär aus als Russland.
- 972 Sicherheit ist ohne Aufrüstung organisierbar.
- Die Linke organisiert gemeinsam mit Friedensorganisationen und Friedensinitiativen Aktionen und Proteste gegen die beabsichtigte Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland auf Bundes-, Landes-, und örtlicher Ebene!

## Begründung

Bereits der Bundesparteitag in Halle hat beschlossen, den Berliner Appell gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zu unterstützen. Es ist nun notwendig, aktiv zu werden und Proteste gemeinsam mit der Friedensbewegung zu organisieren.

## Antrag L.1.0973.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

### Zeile 973 - 975

- 973 • Wir wollen die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätze abziehen ~~und sie strikt auf~~  
974 ~~Landesverteidigung ausrichten. Wir wollen, dass sie zu einer strukturell nicht-~~  
975 ~~angriffsfähigen Verteidigungsarmee umgebaut wird.~~

### Begründung

Auch in unserem Grundsatzprogramm fordern wir ein Europa ohne Armeen. Das betrifft auch die Bundeswehr.

## Antrag L.1.0973.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LAG Frieden und internationale Politik Hamburg

### Zeile 973 - 975

- 973 • Wir wollen die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätze abziehen ~~und sie strikt auf~~  
974 ~~Landesverteidigung ausrichten. Wir wollen, dass sie~~ Die Linke setzt sich für eine schrittweise  
975 Abrüstung der Bundeswehr ein, die kriegsführungsfähigsten Teile sollen zuerst abgerüstet  
werden. Die Abrüstung ist zu begleiten durch Konversionsprogramme für die Beschäftigten in  
der Rüstungsproduktion, für die Soldatinnen und Soldaten und für die Liegenschaften der  
Bundeswehr. Die Linke verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands, eines Europas ohne  
Armeen, einer ~~strukturell nicht-~~  
~~angriffsfähigen Verteidigungsarmee umgebaut wird~~ Welt ohne Kriege.

### Begründung

Das Erfurter Programm führt hier weiter. Wir haben es mit der Propaganda zu tun, daß die Bundeswehr Sicherheit schaffe, was nicht nur in fernen Ländern nicht der Fall ist. Der Versicherheitlichung des Denkens und Handelns setzen wir Abrüstung und Entspannungspolitik entgegen, was unmittelbar deeskalierend wirkt und Bedingungen dafür schafft, alle Armeen abzuschaffen.

## Antrag L.1.0977.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Nordrhein-Westfalen

### Zeile 977

- 976 • Wir wollen die nukleare Teilhabe der Bundeswehr beenden. Alle US-Atomwaffen müssen  
977 aus Deutschland abgezogen werden. Die Bundesrepublik muss dem Beispiel vieler Staaten

folgen und dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Vor dem Hintergrund der hierzulande in politischen und militärischen Kreisen ganz offen geführten Diskussion über den Bau einer eigenen deutschen oder europäischen Atombombe wollen wir die Urananreicherungsanlage in Gronau umgehend stilllegen. Mit ihrer Zentrifugentechnik könnte sie auch das Material für eine Uran-Atomwaffe produzieren und ist somit der Schlüssel zum deutschen und EU-Griff nach der Atombombe.

## Begründung

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag ist eine [internationale Vereinbarung](#), die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von [Kernwaffen](#) verbietet, außerdem die Drohung damit. Er wurde 2017 in den Vereinten Nationen von 122 Staaten angenommen und trat 2021 in Kraft. Deutschland ist dem Vertrag bisher nicht beigetreten. Das wollen wir ändern.

Die Urananreicherungsanlage in Gronau ist von erheblicher militärischer Brisanz. Wer über ihre Zentrifugentechnik verfügt, kann sie grundsätzlich für die Versorgung von Atomkraftwerken, aber auch für die Produktion von Atomwaffen nutzen. Die Anlage wird vom Urenco-Konzern, an dem Großbritannien, die Niederlande sowie RWE und E.ON beteiligt sind, betrieben. Politisch kontrolliert wird Urenco von den Regierungen der NATO-Staaten Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Frankreich und USA. Deutschland verfügt über ein Vetorecht. Die Anlage ist bisher vom Atomausstieg ausgenommen. Das wollen wir ändern.

## Antrag L.1.0977.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Frieden und internationale Politik

### Zeile 977

- 976 • Wir wollen die nukleare Teilhabe der Bundeswehr beenden. Alle US-Atomwaffen müssen
- 977 aus Deutschland abgezogen werden. Die Bundesrepublik muss dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO beitreten, der mittlerweile von 74 Staaten ratifiziert wurde und verbietet umfassend, Atomwaffen zu entwickeln, zu testen, zu produzieren und zu besitzen, sowie weiterzugeben, zu lagern, einzusetzen und damit zu drohen.

## Begründung

Die BRD ist offiziell für atomare Abrüstung, bedient und unterstützt aber die US-Doktrin der Abschreckung. Mit dem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag würde sich das ändern und der Druck auf die Atomkräfte, alle Atomwaffen abzuschaffen, empfindlich erhöht werden.

## Antrag L.1.0977.3

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Theodor Vienne

### Zeile 977

- 976 • Wir wollen die nukleare Teilhabe der Bundeswehr beenden. Alle US-Atomwaffen müssen

977 aus Deutschland abgezogen werden.

- Wir setzen uns für den Abzug der US-Truppen aus Deutschland und den Austritt Deutschlands aus der NATO ein.

## Antrag L.1.0984.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Frieden und internationale Politik

### Zeile 984

- 982 • Deutschland muss die Bemühungen des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) zur  
983 juristischen Aufarbeitung und Verfolgung der Verbrechen im Kontext des Nahost-Krieges  
984 seinen Verpflichtungen als Vertragspartner gemäß unterstützen. Das bedeutet, die Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und andere anzuerkennen und umzusetzen. Gemäß den Beschlüssen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) ist zudem gegen die völkerrechtswidrige Besatzungs- und Siedlungspolitik der israelischen Regierung für eine Friedenslösung auf Basis der Zweistaatenlösung von 1967 einzutreten. Alle Waffenlieferungen an die israelische Regierung sind sofort zu beenden, um völkerrechtswidrige Handlungen zu verhindern und den Krieg zu beenden.

### Begründung

Das Wahlprogramm ist dafür da, die Positionen der Linken klar verständlich zu machen, Perspektiven zu weiten und zum Mitmachen anzuregen. Daher sollten die Positionen und ihre Konsequenzen auch unzweideutig benannt werden.

## Antrag L.1.0985.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BV Tempelhof-Schöneberg

### Zeile 985

- 985 • Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und Rüstungsexporte vollständig verbieten.  
Wir  
986 fordern eine gezielte Förderung der Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivil  
987 notwendige Produkte.

## Antrag L.1.0985.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 985

- 985 • Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und die Rüstungswirtschaft kontrollieren. Dazu wollen wir die deutsche Rüstungsindustrie verstaatlichen. Rüstungsexporte ~~verbieten.~~

986 ~~Wir~~ wollen wir strengen Kriterien unterwerfen und EU-weit regeln. Wir  
fordern eine gezielte Förderung der Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivil  
987 notwendige Produkte.

## Begründung

Das Geschäft mit dem Krieg lässt sich nur beenden, wenn Rüstungsbetriebe verstaatlicht werden. Das ist auch die notwendige Voraussetzung für eine Verteidigungspolitik, die sich auf Landesverteidigung im Bündnis konzentriert. Die europäische Verflechtung von Konzernstrukturen, gerade in Konzernen die sowohl militärisch wie zivil produzieren, erlaubt das Unterlaufen deutscher Waffenexport-Regeln durch Verschiebung in andere EU-Länder. Dies lässt sich nur unterbinden, wenn die Rüstungsindustrie in staatliches Eigentum überführt und entsprechend unmittelbare Kontrolle von Unternehmensentscheidungen ausgeübt wird.

## Antrag L.1.0986.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BV Berlin-Reinickendorf

### Zeile 986 - 987

985 • Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und Rüstungsexporte verbieten. Wir  
986 fordern ~~eine gezielte Förderung~~ die Überführung der ~~Umstellung von Rüstungsbetrieben auf~~  
987 ~~zivil~~  
~~notwendige Produkte~~ Rüstungskonzerne in öffentliches Gemeineigentum.

## Begründung

Abrüstung lässt sich nur staatlich organisieren. Das Erzielen von Profiten mit Rüstung ist nicht nur moralisch fragwürdig, sondern führt zu einem politischen Interessenskonflikt indem es Akteure schafft die kaum Interesse an Abrüstung und Rüstungskontrolle haben können. Die Verstaatlichung ist kein Selbstzweck, sondern Baustein einer Außenpolitik, die Deutschland innerhalb einer strategisch unabhängigen EU verortet, die nicht an der globalen geopolitischen Blockkonfrontation zwischen den USA und China teilnimmt, sondern im Weltsystem eine ausgleichende Außenpolitik im Rahmen globaler Gerechtigkeit verfolgt und sich ohne Doppelstandards dem Völkerrecht verpflichtet. Diese ist die Voraussetzung für eine Verteidigungspolitik, die sich dem Prinzip der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit verpflichtet.

## Antrag L.1.0987.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

### Zeile 987

985 • Wir wollen das Geschäft mit dem Krieg beenden und Rüstungsexporte verbieten. Wir  
986 fordern eine gezielte Förderung der Umstellung von Rüstungsbetrieben auf zivil  
987 notwendige Produkte.  
• Wir fordern die Überführung der Rüstungskonzerne in Gemeineigentum und Konversion in

gesellschaftliche Produktion. Die Arbeitsplätze und Tarifverträge müssen erhalten bleiben

## Begründung

Beschlusslage im Leitantrag Parteitag Halle „Gegen den Strom“, Seite 19: "Wir fordern die Überführung der Rüstungskonzerne in Gemeineigentum und Konversion in gesellschaftliche Produktion. Die Arbeitsplätze und Tarifverträge müssen erhalten bleiben."

## Antrag L.1.0989.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

### Zeile 989 - 990

- 988 • Wir stellen uns gegen eine Militarisierung der Gesellschaft: Keine Wiedereinführung  
989 der Wehrpflicht, kein Werben fürs Sterben an unseren Schulen, Bildungsmessen und  
990 Universitäten.  
Wir lehnen es ab, dass die Bundeswehr Minderjährige mit Briefsendungen bewirbt. Wir setzen uns für die Abschaffung der Jugendoffiziere ein. Ein Vertretungsunterricht von Soldat\*innen, beziehungsweise eine Pflicht, Soldat\*innen im Unterricht einzusetzen - wie es in Bayern bereits beschlossen wurde - lehnen wir ab.Zivilklauseln für Hochschulen ohne Militär wollen wir verteidigen und ausbauen.

## Antrag L.1.0990.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Arbeitsgruppe Linke gegen Krieg, LV Baden-Württemberg, BAG Frieden und Internationale Politik und weitere

### Zeile 990

- 988 • Wir stellen uns gegen eine Militarisierung der Gesellschaft: Keine Wiedereinführung  
989 der Wehrpflicht, kein Werben fürs Sterben an unseren Schulen und Universitäten.  
990 Zivilklauseln für Hochschulen ohne Militär wollen wir verteidigen und ausbauen. Wir unterstützen aktiv das Jugendbündnis gegen Wehrpflicht!

## Begründung

Angesichts der Regierungspläne zur schrittweisen Wiedereinführung der Wehrpflicht hat sich in den letzten Wochen ein bundesweites Jugendbündnis gegen die Wehrpflicht formiert. Dem Bündnis gehören u.a. an: BAK Klassenkampf, die Internationale Jugend, die SDAJ, der SDS, das Studierendenkollektiv und die Linksjugend Solid Berlin.

## weitere Antragstellende

Antikapitalistische Linke (AKL); Antikapitalistische Linke (AKL) NRW; Sozialistische Linke SL; Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt); Yasha Domscheit, Delegierte Linksjugend solid; Armin Duttine (Delegierter für Berlin Treptow-Köpenick); Inge Höger (Delegierte AKL); Lukas Hof, Delegierter SDS;

Stanislav Jurk (Delegierter Berlin Tempelhof-Schöneberg); Rolf Kohn, Delegierter KV Recklinghausen; Andrea Lang-Pariyani (Delegierte Cuba sí); Helena Pantelidis, Delegierte KV Freiburg; Nick Papak Amoozegar; Marie-Jacqueline Panten, Delegierte Linksjugend solid; Thorben Peters (Landessprecher Die Linke Niedersachsen); Regina Preysing (Delegierte SL); Naisan Raji, Delegierte SL; Sabine Skubsch, Delegierte KV Karlsruhe; Ulrich Thoden (Delegierte KV Münster); Rolf Zaspel (Delegierter); Rolf Zaspel, Delegierter; Hubertus Zdebel (Mitglied Landesvorstand NRW); Karin Kant, Delegierte von Berlin-Treptow-Köpenick; Ellen Brombacher, Delegierte; Stephan Jegielka, Delegierte; Rolf Kohn, Delegierter KVs Recklinghausen/ Gelsenkirchen; Marita Wagner, Delegierte Kreisverband Borken; Michaele Gincel-Reinhardt, KVs Düsseldorf/ Mettmann; Kreisverband Recklinghausen; Kreisverband Unna; Kreisverband Borken; KV Köln; Elisabeth Wissel, Delegierte Tempelhof-Schöneberg, LV Bayern, BV Berlin-Neukölln

LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin; Landessprech\*innenrat Linksjugend Solid Berlin; Zoe Durm, Dortmund; Tobias Jacobs, Köln; Sylvi Aldorf, Aachen

## Antrag L.1.0990.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Frieden und internationale Politik

### Zeile 990

- 988 • Wir stellen uns gegen eine Militarisierung der Gesellschaft: Keine Wiedereinführung  
989 der Wehrpflicht, kein Werben fürs Sterben an unseren Schulen und Universitäten.  
990 Zivilklauseln für Hochschulen ohne Militär wollen wir verteidigen und ausbauen.
- Wir streiten für eine drastische Senkung der Rüstungsausgaben zugunsten von Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Soziales, Gesundheit und Umweltschutz. Das Nato- 2%- Ziel lehnen wir entschieden ab. Das „Sondervermögen“ für das Militär soll stattdessen in zivile Infrastruktur fließen.

### Begründung

Die Konsequenzen der Aufrüstungspolitik im Haushalt und die sich daraus ergebenden Behinderung der gesellschaftlichen Entwicklung bilden einen wesentlichen Zusammenhang. Die Linke steht für Abrüstung und soziale Entwicklung.

## Antrag L.1.0999.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Theodor Vienne

### Zeile 999

- 995 • Wir unterstützen alle Abrüstungsbemühungen von unten, bei denen die globale  
996 Zivilgesellschaft für eine grenzübergreifende Eindämmung des Rüstungswahnsinns  
997 eintritt. Wir unterstützen globale Initiativen zur Abrüstung und zur Reduzierung der  
998 Militärausgaben, um so die Logik des Rüstungswettlaufes zu durchbrechen und das Geld  
999 für Zukunftsinvestitionen zu nutzen.
- Die LINKE ist gegen die derzeit von der BRD und EU verhängten Wirtschaftssanktionen gegen

andere Länder.

## Begründung

Die von der BRD und der EU Verhängten Sanktionen sind ein Mittel der Kriegsführung und sollen „Regimewechsel“ in den Ländern herbeizuführen, die sich dem EU-NATO Block nicht unterordnen. Meistens handelt es sich um Länder, die der Plünderung der Eigenen Schätze ein Ende setzen wollten. Besonders hart wurden schon immer vor allem diejenigen getroffen, die der Ausbeutung gänzlich ein Ende setzen und zum Sozialismus übergehen wollten.

Die Staaten die Menschenrechte als Vorwand missbrauchen, um Sanktionen gegen andere zu verhängen haben in der Regel die meisten Menschenrechtsverletzungen zu verantworten. Tatsächlich war es für die BRD stets unwichtig, ob die sanktionierte Bevölkerung die Sanktionen guthieß, sondern richtete sich nach den Wünschen der USA.

## Antrag L.1.1000.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Theodor Vienne

### Zeile 1000

1000 ~~Für eine~~ Die EU, die Teil der kann nicht die Lösung ist der Probleme sein, die sie geschaffen hat.

### Zeile 1001 - 1006

~~1001 Wir wollen eine soziale EU, die internationalem Ausgleich und dem Frieden verpflichtet  
1002 ist, anstatt Löhne zu drücken und Blockkonfrontation und Standortkonkurrenz zu  
1003 verschärfen. Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa, das den Menschen mit  
1004 niedrigen und mittleren Einkommen hilft. Eine Friedensunion, die Demokratie fördert und in  
1005 globale Gerechtigkeit investiert statt in Konfrontation. Wir treten für  
1006 Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung Europas stoppen.~~

Die Gründungsverträge der EU dienen allein den Interessen des Kapitals. Die sogenannten EU- „Grundfreiheiten“ haben die Konkurrenz zulasten der Arbeiter verstärkt und die Finanzmärkte für internationale Finanzmonopole zugänglicher gemacht. Auch das Sekundärrecht der EU garantiert – trotz einiger arbeitnehmer- und verbraucherfreundlichen Regelungen – primär die in den Gründungsverträgen vorgesehenen Privatisierungen, den Rückbau staatlicher Kontrolle über die Privatwirtschaft, die Konzentration und Zentralisierung des Kapitals und den Ausverkauf öffentlicher Wirtschaftsgüter an die internationalen Finanzmonopole.

Die EU maßt sich eine immer größere Rolle in der Außenpolitik an. Sie verhängt Sanktionen gegen Staaten und Personen und unterstützt den Stellvertreterkrieg der NATO in der Ukraine mit dem Ziel einer „strategischen Niederlage Russlands“. Sie hat ihr Bestes getan, einen dritten Weltkrieg herbeizuführen, indem sie eine Resolution für direkte Angriffe auf russisches Gebiet verabschiedet hat.

Der Europäische Gerichtshof weist sich selbst und der EU seit seinem Bestehen im Namen der europäischen Integration Kompetenzen zu, die in den Gründungsverträgen nicht vorgesehen sind. Er untergräbt zudem die Rechtssicherheit, indem er den Wortlaut der nationalen Gesetze so weit verbiegt, bis sie den EU-Richtlinien nicht mehr widersprechen. Indem er den

Anwendungsbereich der Grundfreiheiten auf Beschränkungs- und Verhinderungsverbote ausweitet, entzieht er wichtige politische Entscheidungen den Staaten ohne deren Zustimmung.  
Zudem maßt sich die EU an, alles zu regulieren, was den Anwendungsbereich der Verträge auch nur indirekt betrifft, wodurch kaum ein Aspekt der Wirtschaftspolitik nicht maßgeblich durch die EU geprägt ist – ganz gleich, ob dies von den Gründungsverträgen vorgesehen war oder nicht.Selbstbestimmung und Demokratie sehen anders aus!

#### Zeile 1007 - 1012

1007 • ~~Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den~~  
1008 ~~klimagerechten Umbau. Doch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ beschneidet die~~  
1009 ~~Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik~~  
1010 ~~fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne~~  
1011 ~~Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und Schuldenregeln in Europa angepasst werden.~~  
1012 Auch LINKE zieht die Konsequenz aus der jahrzehntelangen Erfahrung mit den aufgezwungenen  
Gründungsverträgen der EU und deren Anwendung und kämpft auf allen Ebenen gegen die EU  
des Kapitals. Für eine wahrhaftig demokratische, soziale Rechte müssen in der EU unteilbar  
sein, ökologische, menschenwürdige, gerechte und friedliche Politik, wie sie unser Programm  
anstrebt, ist der Austritt aus der EU eine Notwendigkeit.

#### Zeile 1013 - 1021

1013 • ~~Die soziale Kohäsion muss Priorität der EU-Politik werden, um die Lebensverhältnisse~~  
1014 ~~der Menschen in der gesamten Europäischen Union zu verbessern. Die Angleichung der~~  
1015 ~~sozialen Lage beugt Standortverlagerung, Lohndumping und Abwanderung von Fachkräften~~  
1016 ~~vor, Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen eine~~  
1017 ~~solidarische Erweiterung der Europäischen Union, dafür ist die Einhaltung sozialer,~~  
1018 ~~ökologischer und demokratischer Standards notwendig. Beitritts Hilfen sollen der~~  
1019 ~~Entwicklung der jeweiligen Länder dienen und sie in die Lage versetzen, diese~~  
1020 ~~Standards zu erfüllen, damit auch die Menschen vor Ort profitieren. Um~~  
1021 ~~erweiterungsfähig zu werden, bedarf es ebenso Reformen der EU27.~~

#### Zeile 1022 - 1028

1022 • ~~Wir wollen, dass das Europäische Parlament endlich das volle Initiativrecht bekommt~~  
1023 ~~und eigene Gesetzesvorschläge einbringen kann. Grundlegende Entscheidungen müssen vom~~  
1024 ~~Europaparlament getroffen werden – statt von exekutiven Gremien wie Kommission,~~  
1025 ~~Eurogruppe oder Rat. Die hohen Hürden für europäische Bürgerinitiativen müssen~~  
1026 ~~gesenkt werden: Wir wollen EU-weite Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen.~~  
1027 ~~Alle Menschen sollen in den EU-Staaten, in denen sie leben, die gleichen Rechte~~  
1028 ~~haben.~~

#### Zeile 1029 - 1031

1029 • ~~Der Ausschuss der Regionen soll gestärkt werden, indem er in die~~  
1030 ~~Entscheidungsstruktur der EU-Institutionen einbezogen wird, um die lokalen~~  
1031 ~~Perspektiven sowie Erfahrungen in Politikgestaltung einzubinden.~~

## Zeile 1032 - 1035

- 1032 • ~~Friedensunion statt Festung Europa! Wir stellen uns der weiteren Aufrüstung der EU~~  
1033 ~~und die Militarisierung der europäischen Grenzen entgegen. Deals zum Zweck der~~  
1034 ~~Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab. Die Abschottungsagentur Frontex muss~~  
1035 ~~umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission.~~

## Begründung

### Begründung zum Text:

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit und Warenverkehrsfreiheit erhöhen die Konkurrenz zwischen den Arbeitern und Unternehmen der Mitgliedsstaaten. Leidtragende sind die Arbeiter, die mehr Arbeit für weniger Lohn leisten müssen, damit sie nicht ersetzt oder ihr Produktionsstandort nicht verlagert wird. Der Euro als starke Währung sorgt dafür, dass für die Löhne konstant gedrückt werden müssen, um international konkurrenzfähig zu sein. Da die Kapitalverkehrsfreiheit auch Unternehmen und Personen aus Nicht-EU-Ländern zugutekommt, befinden sich die wichtigsten Wirtschaftszweige mittlerweile unter der Kontrolle von ausländischen Investoren. 2023 wurde am freefloat 39% des DAX von nordamerikanischen Investoren, 18,8% von britischen und irischen Investoren, 17,5% von europäischen Investoren und nur 12,7% von deutschen Investoren kontrolliert. Die Wirtschaft in Europa läuft schlecht und das Kapital wirft immer weniger Profit ab. Doch anstatt einen Politikwechsel zu vollziehen, wollen die herrschenden Kreise durch immer mehr „europäische Integration“ den Weg zum europäischen Föderalstaat ebnen. Dieser Föderalstaat würde all die arbeiterfeindliche Politik der EU unantastbar machen. Die Art. 101 ff. AEUV verbieten staatliche Monopole und Bevorzugung von staatlichen Unternehmen und enthalten „verfassungsrechtliche“ Gebote für Privatisierungen. Der Art. 123 AEUV schreibt vor, dass Kredite der EZB nicht direkt an Staaten vergeben werden dürfen und verleiht dem Finanzkapital noch mehr Macht und Reichtum auf dem Rücken der Steuerzahler.

Der EuGH nimmt einen Eingriff in den Schutzgehalt der Grundfreiheiten an, sofern nationale Maßnahmen die Ausübung der Freiheiten behindern oder weniger attraktiv machen können. Auf eine diskriminierende Wirkung der jeweiligen nationalen Norm kommt es – anders als von den Verträgen vorgesehen – damit nicht mehr an. Die Ausweitung des Schutzbereichs auf Beschränkungen hat dazu geführt, dass in vielen Entscheidungen der EuGH nationale Gesetze als unionsrechtswidrig angesehen hat, die keine Diskriminierung darstellten.

Das Prinzip des „effet utile“ besagt, dass ein nationales Gesetz so ausgelegt werden soll, dass es in Einklang mit dem EU-Recht steht. Deshalb werden Entscheidungen gefällt, die nicht der nationalen Rechtslage entsprechen und teils deutlich gegen den Wortlaut des nationalen Gesetzes verstoßen. Das sorgt für Unsicherheit im Rechtsverkehr und umgeht auch das Prinzip, dass Richtlinien erst umgesetzt werden müssen, bevor sie angewandt werden.

Weil die EU auch Richtlinien und Verordnungen in Angelegenheiten erlässt, welche nur mittelbar die Gründungsverträge betreffen, kann sie nach Belieben sämtliche Aspekte der Wirtschaftspolitik regeln. Auch solche, die in den Gründungsverträgen nicht benannt wurden.

All dies macht eine Umsetzung unseres Programms auf nationaler Ebene unmöglich.

### Begründung zur Forderung:

Der Austritt aus der EU, wie er von Großbritannien vollzogen wurde, ist kein Vorbild. Der Austritt aus der EU ist nur sinnvoll, wenn er dazu dient von der „neoliberalen“ Wirtschaftspolitik abzuweichen und

die neuen Freiheiten nutzt, um die Maßnahmen unseres Programms umzusetzen. Nur dann kann ein Austritt das Leben der Arbeiter verbessern. Die Gründungsverträge, Gerichtsentscheidungen und das Sekundärrechts der EU dienen - wie im obigen Änderungsantrag dargestellt - den Interessen des Kapitals. Schon die Gründungsverträge machen in ihrer Gesamtheit eine demokratische, soziale, ökologische, menschenwürdige, gerechte und friedliche Politik nicht möglich. Jedoch bestimmen diese Verträge das Wesen der EU und begründen dessen Existenz. Deshalb ist ein Austritt Voraussetzung die in diesem Programm festgelegten Ziele und Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Auch im Erfurter Programm heißt es in Bezug auf Demokratie, sozialem und ökologischem Fortschritt und Frieden: „Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind dafür nicht geeignet. Wir haben deshalb den Vertrag von Lissabon abgelehnt.“

## Antrag L.1.1006.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

### Zeile 1006

1001 Wir wollen eine soziale EU, die internationalem Ausgleich und dem Frieden verpflichtet  
1002 ist, anstatt Löhne zu drücken und Blockkonfrontation und Standortkonkurrenz zu  
1003 verschärfen. Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa, das den Menschen mit  
1004 niedrigen und mittleren Einkommen hilft. Eine Friedensunion, die Demokratie fördert und in  
1005 globale Gerechtigkeit investiert statt in Konfrontation. Wir treten für  
1006 Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung Europas stoppen. Eine solche EU ist mit den bestehenden Grundlagenverträgen, die zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Militarisierung verpflichten, nicht möglich. Die Europäische Union muss, um überlebensfähig zu werden, grundlegend geändert werden, sie ist nicht mit den bestehenden vertraglichen Grundlagen reformierbar. Gelingt dies nicht, vertieft sich die Krise der EU und es werden sich mehr und weiterhin die rechts-nationalistischen Kräfte in den Mitgliedsstaaten durchsetzen. Wir wollen ein "Europa von unten" statt eine EU der Banken und Konzerne.

## Antrag L.1.1006.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 1006

1001 Wir wollen eine soziale EU, die internationalem Ausgleich und dem Frieden verpflichtet  
1002 ist, anstatt Löhne zu drücken und Blockkonfrontation und Standortkonkurrenz zu  
1003 verschärfen. Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa, das den Menschen mit  
1004 niedrigen und mittleren Einkommen hilft. Eine Friedensunion, die Demokratie fördert und in  
1005 globale Gerechtigkeit investiert statt in Konfrontation. Wir treten für  
1006 Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung Europas stoppen. Ein Europa, das sich als Gegenpol zu globaler Ungleichheit und Ausbeutung versteht, muss sich auch von imperialistischen Praktiken der Vergangenheit und Gegenwart distanzieren - ob durch wirtschaftliche Sanktionen, die vor allem die ärmsten Menschen treffen, die Unterstützung autoritärer Regime oder Ausbeutung zur Befriedigung eigener Interessen.

## Antrag L.1.1012.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

BO-Brüssel (LV-Berlin), KV Plön und BV Pankow

### Zeile 1012

- 1007 • Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den  
1008 klimagerechten Umbau. Doch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ beschneidet die  
1009 Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik  
1010 fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne  
1011 Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und Schuldenregeln in Europa angepasst werden.  
1012 Auch soziale Rechte müssen in der EU unteilbar sein.
- Wir werden uns gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür einsetzen, dass die positiven Entwicklungen in der EU wie die Stärkung der Gewerkschaftsrechte durch die Mindestlohnrichtlinie in den nächsten Jahren vertieft werden, trotz des Rechtsrucks in der EU.

### Begründung

Die Mindestlohnrichtlinie stärkt die Rechte der Gewerkschaften, da eine Tarifvertragsabdeckung von 80% gefordert wird. An der Umsetzung dieser Richtlinie müssen wir weiter mit den Gewerkschaften arbeiten, auch wenn die Mehrheitverhältnisse im EU-Parlament nun schwieriger sind als in der letzten Legislaturperiode.

## Antrag L.1.1012.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in:

BO-Brüssel (LV-Berlin), KV Plön und BV Pankow

### Zeile 1012

- 1007 • Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den  
1008 klimagerechten Umbau. Doch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ beschneidet die  
1009 Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik  
1010 fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne  
1011 Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und Schuldenregeln in Europa angepasst werden.  
1012 Auch soziale Rechte müssen in der EU unteilbar sein.
- Das Erasmus+-Programm für Auszubildende muß ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel und Voraussetzungen dafür verbessert werden, und das Programm besser bekannt gemacht wird.

### Begründung

Nicht zuständig für den Politikbereich Bildung hat die EU dennoch in den letzten Jahrzehnten umfangreiche Initiativen ergriffen, Programme ins Leben gerufen und Einfluss auf die Bildungspolitik genommen. Vieles davon ist politisch umstritten, allerdings kaum das Erasmus+ Programm und seine Vorläufer. Der Austausch von Studenten und ihre Möglichkeit Erfahrungen in anderen Ländern zu

sammeln wird generell begrüßt. Die Linke sieht keinen Grund, warum dies nicht auch für Auszubildende in der gewerblichen Berufsausbildung gelten soll. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Mittel und die Voraussetzungen für Erasmus+ für Auszubildende ausgebaut und dass die vorhandenen Möglichkeiten in der Bundesrepublik besser bekannt gemacht werden.

## Antrag L.1.1012.3

Änderungsantrag zu L.1-06

**Antragsteller\*in:** BO-Brüssel (LV-Berlin), KV Plön und BV Pankow

### Zeile 1012

- 1007 • Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den  
1008 klimagerechten Umbau. Doch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ beschneidet die  
1009 Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik  
1010 fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne  
1011 Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und Schuldenregeln in Europa angepasst werden.  
1012 Auch soziale Rechte müssen in der EU unteilbar sein.
- Die Freizügigkeit als Grundrecht der Arbeitnehmer wird immer noch vielfach behindert. Bei den anerkannten und nicht anerkannten beruflich bedingten Erkrankungen gibt es viele Ungleichbehandlungen. Die europäische Liste von 1962 der Berufskrankheiten ist nur eine Empfehlung Die Linke setzt sich dafür ein, dass diese Empfehlung in eine Mindestrichtlinie umgewandelt wird, um diese enorme Ungleichheit zu minimieren.

### Begründung

Die Freizügigkeit als Grundrecht der Arbeitnehmer wird immer noch vielfach behindert. Der neben dem Gender Pay Gap wohl gravierendste Bereich der Ungleichbehandlung und indirekten Diskriminierung liegt wohl im Regelungsfeld der anerkannten bzw. nicht anerkannten beruflich bedingten Erkrankungen. Es gibt zwar seit 1962 eine europäische Liste der Berufskrankheiten, dies ist jedoch nur eine Empfehlung und aktuell variiert die Zahl der anerkannten Berufskrankheiten zwischen den Mitgliedsstaaten zwischen 32 und 141 (2022). Die Linke wird sich dafür einsetzen, dass die Empfehlung in eine Mindestrichtlinie umgewandelt wird, um diese enorme Ungleichheit zu minimieren.

## Antrag L.1.1012.4

Änderungsantrag zu L.1-06

**Antragsteller\*in:** BO-Brüssel (LV-Berlin), KV Plön und BV Pankow

### Zeile 1012

- 1007 • Wir wollen massive öffentliche Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und den  
1008 klimagerechten Umbau. Doch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ beschneidet die  
1009 Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik  
1010 fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne  
1011 Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und Schuldenregeln in Europa angepasst werden.  
1012 Der „Europäische Semester-Prozess“ muß so umgebaut werden, dass er öffentliche

Investitionen, Arbeitsplatzschaffung und Krisenmanagement fördert. Auch soziale Rechte müssen in der EU unteilbar sein.

## Begründung

Dies ist eine richtige und wichtige konkrete Forderung des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

## Antrag L.1.1013.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 1013 - 1015

- 1013 • ~~Die soziale Kohäsion muss Priorität der EU-Politik werden, um die Lebensverhältnisse~~  
1014 ~~der Menschen in der gesamten Europäischen Union zu verbessern.~~ Die Angleichung der  
1015 sozialen Lage muss Priorität der EU-Politik werden, um die Lebensverhältnisse der Menschen  
in der gesamten Europäischen Union zu verbessern. Sie beugt Standortverlagerung,  
Lohndumping und Abwanderung von Fachkräften  
1016 vor, Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen eine  
1017 solidarische Erweiterung der Europäischen Union, dafür ist die Einhaltung sozialer,  
1018 ökologischer und demokratischer Standards notwendig. Beitritts-hilfen sollen der  
1019 Entwicklung der jeweiligen Länder dienen und sie in die Lage versetzen, diese  
1020 Standards zu erfüllen, damit auch die Menschen vor Ort profitieren. Um  
1021 erweiterungsfähig zu werden, bedarf es ebenso Reformen der EU27.

## Antrag L.1.1013.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BO-Brüssel (LV-Berlin), KV Plön und BV Pankow

### Zeile 1013

- 1013 • Die soziale Kohäsion muss noch stärker Priorität der EU-Politik werden, um die  
Lebensverhältnisse  
1014 der Menschen in der gesamten Europäischen Union zu verbessern. Die Angleichung der  
1015 sozialen Lage beugt Standortverlagerung, Lohndumping und Abwanderung von Fachkräften  
1016 vor, Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen eine  
1017 solidarische Erweiterung der Europäischen Union, dafür ist die Einhaltung sozialer,  
1018 ökologischer und demokratischer Standards notwendig. Beitritts-hilfen sollen der  
1019 Entwicklung der jeweiligen Länder dienen und sie in die Lage versetzen, diese  
1020 Standards zu erfüllen, damit auch die Menschen vor Ort profitieren. Um  
1021 erweiterungsfähig zu werden, bedarf es ebenso Reformen der EU27.

## Begründung

Die Kohäsionspolitik ist qua Verträge dem sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den Regionen in Europa verpflichtet. Inwieweit dies in den konkreten Programmen auch wirklich umgesetzt wird, ist immer Ergebnis des politischen Streits um eben diese Programme. Wir haben die

letzten Programme und Berichte etwas gesichtet und können euch wirklich versichern, dass es um Weiterentwicklung geht, aber auf einer guten Basis.

## Antrag L.1.1016.1

Änderungsantrag zu L.1-06

**Antragsteller\*in:** BO-Brüssel (LV-Berlin), KV Plön und BV Pankow

### Zeile 1016

1013 • Die soziale Kohäsion muss Priorität der EU-Politik werden, um die Lebensverhältnisse  
1014 der Menschen in der gesamten Europäischen Union zu verbessern. Die Angleichung der  
1015 sozialen Lage beugt Standortverlagerung, Lohndumping und Abwanderung von Fachkräften  
1016 vor, Regionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir lehnen die derzeit  
diskutierte Zentralisierung der Regionalfondsmittel in den Händen der EU-Kommission ab.  
Vielmehr müssen die Regionen die Programme zur Ausgabe der Gelder selbst mit den  
Bürger\_innen vor Ort erarbeiten und umsetzen. Wir wollen eine  
1017 solidarische Erweiterung der Europäischen Union, dafür ist die Einhaltung sozialer,  
1018 ökologischer und demokratischer Standards notwendig. Beitritts-hilfen sollen der  
1019 Entwicklung der jeweiligen Länder dienen und sie in die Lage versetzen, diese  
1020 Standards zu erfüllen, damit auch die Menschen vor Ort profitieren. Um  
1021 erweiterungsfähig zu werden, bedarf es ebenso Reformen der EU27.

### Begründung

Derzeit diskutiert die EU-Kommission, die Regionalfondsgelder bei ihr zu zentralisieren und dann direkt an die mitgliedstaatlichen Regierungen gegen Reformaufgaben zu verteilen. Dies lehnen wir ab, weil damit die Bedürfnisse der Bürger\_innen und Regionen hinten runterfallen.

## Antrag L.1.1033.1

Änderungsantrag zu L.1-06

**Antragsteller\*in:** BAG Betrieb & Gewerkschaft, LAG Betrieb und Gewerkschaft Hamburg

### Zeile 1033 - 1034

1032 • Friedensunion statt Festung Europa! Wir stellen uns der weiteren Aufrüstung der EU  
1033 und die Militarisierung der europäischen Grenzen entgegen. ~~Deals zum Zweck der~~  
1034 ~~Abschottung gegen Geflüchtete~~ Die im Vertrag von Lissabon festgehaltene Pflicht zur  
Aufrüstung lehnen wir ebenso ab wie Deals zum Zweck der Abschottung gegen Geflüchtete. Die  
Abschottungsagentur Frontex muss  
1035 umgewandelt werden in eine europäische Rettungsmission.

### Begründung

Im Vertrag von Lissabon wurden die Staaten der EU darauf verpflichtet, ihre „Verteidigungsfähigkeiten stetig zu verbessern“. Eine solche Regelung ist unvereinbar mit unserem Ziel der Abrüstung. Der Grundlagenvertrag muss daher an dieser Stelle geändert werden.

## Antrag L.1.1036.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 1036 - 1039

1036 • ~~Wir wollen ein Europa ohne Massenvernichtungswaffen. Die EU muss dem~~  
1037 ~~Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags über~~  
1038 ~~Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa~~  
1039 ~~einsetzen. Ziel muss Deutschland und die Beseitigung aller Atomwaffen sein. EU müssen dem~~  
Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und sich für eine Wiederauflage des Vertrags über  
Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in ganz Europa einsetzen.

### Begründung

Die Bundesregierung hat unabhängig von der EU eine eigene Verantwortung, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

## Antrag L.1.1041.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: Landesvorstand Schleswig-Holstein und weitere

### Zeile 1041 - 1048

1041 ~~Jahrhunderte kolonialer Ausbeutung und die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung sind~~  
1042 ~~Ursache für die großen Ungleichheiten zwischen den westlichen Industriestaaten und den~~  
1043 ~~Ländern des Südens. Auch global gilt: kein Frieden, keine Sicherheit ohne soziale~~  
1044 ~~Gerechtigkeit. Was wir wirtschafts- und sozialpolitisch für Deutschland fordern, wollen~~  
1045 ~~wir auch global durchsetzen – gemeinsam und solidarisch mit den sozialen Bewegungen und~~  
1046 ~~den fortschrittlichen Parteien weltweit. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale~~  
1047 ~~Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder gefährden, müssen ebenso beendet werden wie solche,~~  
1048 ~~die neoliberale Strukturanpassungen erzwingen.~~

Jahrhunderte kolonialer Ausbeutung, die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung und die globale  
Klima- und Umweltkrise sind Ursache für die großen Ungleichheiten zwischen den westlichen  
Industriestaaten und den Ländern des Südens. Auch global gilt: Kein Frieden, kein Wohlstand,  
keine Sicherheit ohne soziale Gerechtigkeit. Was wir wirtschafts- und sozialpolitisch für  
Deutschland fordern, wollen wir auch global durchsetzen – gemeinsam und solidarisch mit den  
sozialen Bewegungen und den fortschrittlichen Parteien weltweit.

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder  
gefährden, müssen ebenso beendet werden wie solche, die neoliberale Strukturanpassungen  
erzwingen.

Trotz gegenteiliger Ankündigung in ihrem Koalitionsvertrag hat die Ampelregierung bei

Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe nie dagewesene Kürzungen durchgesetzt. Wir wollen diese fortschreitende Entsolidarisierung umkehren, wir wollen soziale Gerechtigkeit weltweit und nehmen die UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) zum Maßstab.

- Wir fordern eine weltweite Milliardärssteuer, Regulierung der Finanzmärkte und Einführung einer Finanztransaktionssteuer, faire Kooperationsabkommen anstelle von Freihandelsabkommen und globale Steuergerechtigkeit. Es braucht einen Schuldenschnitt für Länder des globalen Südens und eine Stärkung von Entschuldungsinitiativen.
- Die finanzielle Unterstützung für Klimaschutz, Energiewende, Anpassung an Klimawandelfolgen und Entschädigung für Klimaschäden für Länder des Globalen Südens muss an die tatsächlichen Bedarfe angepasst und massiv erhöht werden. Diese Gelder müssen zusätzlich sein und dürfen nicht wie bisher mit der Entwicklungszusammenarbeit verrechnet werden (siehe Kapitel Klima).
- Es braucht eine verlässliche Mindestfinanzierung der Entwicklungszusammenarbeit auf die vereinbarten 0,7 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung, mindestens 0,2 Prozent muss endlich an die ärmsten Länder (LDCs) fließen. Zentrale Leitlinien für entwicklungspolitische Maßnahmen müssen die Einhaltung von Menschenrechten, Schutz von Frauen, Mädchen und LSBTIQ+ und Schutz von Kindern und Jugendlichen sein. Eine Verwendung von Entwicklungsgeldern für zivil-militärische Zusammenarbeit oder die Abschottung gegen Geflüchtete lehnen wir ab.
- Deutschland und die EU müssen Ernährungssouveränität und das Recht auf Nahrung sicherstellen, Landraub durch Großkonzerne verhindern, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fördern, lokale Produzenten vor Preis-Dumping und Verdrängung schützen, Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten. In Deutschland und EU verbotene Pestizide dürfen nicht weiter exportiert werden. Saatgut darf nicht durch Konzerne monopolisiert werden.
- Das Menschenrecht auf Gesundheit stärken! Medikamente und Impfstoffe, die über mit Steuergeldern finanzierte Forschung entwickelt werden müssen lizenzfrei zur Nachproduktion zur Verfügung gestellt werden.
- Das Lieferkettengesetz wollen wir stärken statt aufweichen und zentrale Regelungen in Bezug auf Einhaltung von Menschenrechten, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Umwelt- und Klimaschutzstandards und Bekämpfung von Kinderarbeit durch deutsche Unternehmen und ihre Zulieferer in den Ländern des Globalen Südens ausbauen, etwa durch verbesserte Klagemöglichkeiten, Beschwerdemechanismen und mehr staatliche Kontrollen.
- Rohstoffabkommen Deutschlands mit anderen Ländern (Wasserstoff, Lithium, Nickel) müssen demokratisch, sozial und ökologisch gestaltet sein und müssen zum Aufbau einer nachhaltigen Wertschöpfung vor Ort beitragen, statt neokoloniale Abhängigkeitsverhältnisse zu begründen.

#### **Zeile 1049 - 1052**

1049 ~~Trotz gegenteiliger Ankündigung in ihrem Koalitionsvertrag hatte die Ampelregierung bei~~  
1050 ~~Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe rigoros Kürzungen vorgenommen. Wir wollen diese~~  
1051 ~~Entwicklung umkehren, wir wollen soziale Gerechtigkeit weltweit und nehmen die UN-Ziele~~  
1052 ~~für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) zum Maßstab.~~

#### **Zeile 1053 - 1057**

- 1053 • ~~Wir fordern eine globale Mindeststeuer auf Unternehmen und eine globale~~  
1054 ~~Milliärdärsteuer, Regulierung der Finanzmärkte und Einführung einer~~  
1055 ~~Finanztransaktionssteuer, faire Kooperationsabkommen anstelle von~~  
1056 ~~Freihandelsabkommen. Es braucht einen Schuldenschnitt für Länder des globalen Südens~~  
1057 ~~und eine Entschuldungsinitiative.~~

#### **Zeile 1058 - 1059**

- 1058 • ~~Die finanzielle Unterstützung bei Klimaschutz und Minderung von Klimaschäden für~~  
1059 ~~Länder des globalen Südens muss massiv erhöht werden. (siehe Kapitel 8)~~

#### **Zeile 1060 - 1065**

- 1060 • ~~Es braucht eine Anhebung der Finanzierungshöhe der Entwicklungshilfe auf die~~  
1061 ~~vereinbarten 0,7 Prozent. Zentrale Leitlinien für entwicklungspolitische Maßnahmen~~  
1062 ~~müssen die Einhaltung von Menschenrechten, Schutz von Frauen, Mädchen und LSBTIQ+ und~~  
1063 ~~Schutz von Kindern und Jugendlichen sein. Eine Verwendung von~~  
1064 ~~Entwicklungshilfegeldern für zivil-militärische Zusammenarbeit oder die Abschottung~~  
1065 ~~gegen Geflüchtete lehnen wir ab.~~

#### **Zeile 1066 - 1069**

- 1066 • ~~Deutschland und die EU müssen Ernährungssouveränität sicherstellen, Landraub durch~~  
1067 ~~Großkonzerne verhindern, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fördern, lokale Produzenten~~  
1068 ~~vor Preis-Dumping und Verdrängung schützen, Spekulation mit Nahrungsmitteln~~  
1069 ~~verbieten.~~

#### **Zeile 1070 - 1072**

- 1070 • ~~Das Menschenrecht auf Gesundheit stärken! Medikamente und Impfstoffe, die über mit~~  
1071 ~~Steuergeldern finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenzfrei zur~~  
1072 ~~Nachproduktion zur Verfügung gestellt werden.~~

#### **Zeile 1073 - 1075**

- 1073 • ~~Das Lieferkettengesetz wollen wir erhalten und die zentralen Regelungen in Bezug auf~~  
1074 ~~Einhaltung von Menschenrechten, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Bekämpfung von~~  
1075 ~~Kinderarbeit stärken.~~

## **Begründung**

Der vorliegende Ersetzungsantrag enthält einige Ergänzungen und Präzisierungen, um unsere Forderungen entsprechend des aktuellen Stands in Bezug auf globale Gerechtigkeit und Entwicklungszusammenarbeit möglichst umfassend aufzustellen und die Komplexität abzubilden.

Die durch Kolonialismus und eine ungerechte Welthandelsordnung bestehende Kluft zwischen Arm und Reich auf globaler Ebene ist auch 2025 weiter hoch, besonders verschärft durch die jüngsten Krisen (Corona, Klima, Kriege, Inflation, Energie), wobei vor allem die Menschen in den verletzlichen

Ländern des Globalen Südens besonders hart betroffen sind. Doch die Bundesregierung nimmt nun mit dem neuen Haushalt 2025/26 massive Kürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vor und die FDP fordert sogar die Auflösung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und will den Bereich in das Auswärtigen Amt eingliedern. Damit wird deutlich, dass die Entwicklungszusammenarbeit für die anderen Parteien nicht die Bedeutung hat, die sie angesichts der aktuellen weltweiten Situation haben sollte.

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien stellen wir die Fortsetzung einer gut ausfinanzierten Entwicklungszusammenarbeit nicht in Frage. Wir stehen stattdessen für den Aufbau einer globalen Solidarität und für partnerschaftliche Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe. Wir fordern faire Handelsbeziehungen, die den Schutz der Menschen- und Umweltrechte zur Verpflichtung machen. Für uns geht es bei der Entwicklungszusammenarbeit um mehr als finanzielle Förderung, die aus unserer Sicht unabdingbar ist. Es geht auch um den Austausch von Wissen und Fähigkeiten, damit wir unseren Beitrag dazu leisten, dass Hunger und Armut bekämpft werden, der Zugang zu Bildung, Nahrung, Wasser und Gesundheit überall verbessert wird und Menschenrechte sowie Umwelt- und Klimaschutz überall gewahrt werden. Entwicklungszusammenarbeit muss stets an den Bedürfnissen der Menschen in den ärmeren Ländern orientiert sein.

## weitere Antragstellende

Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), Cornelia Möhring (Schleswig-Holstein)

## Antrag L.1.1041.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in:	Cuba sí
-------------------	---------

### Zeile 1041 - 1046

- 1041 Jahrhunderte kolonialer Ausbeutung ~~und~~, die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung sowie Blockaden und Sanktionen, die eine freie und faire Entwicklung von Ländern und Regionen verhindern, sind
- 1042 Ursache für die großen Ungleichheiten zwischen den westlichen Industriestaaten und den
- 1043 Ländern des Südens. ~~Auch global gilt:~~ Die Linke setzt sich deshalb für die Beendigung der schon über 60 Jahre bestehenden völkerrechtswidrigen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba ein. Wir fordern zudem, dass Kuba von der willkürlichen US-Liste von Staaten gestrichen wird, die nach US-Sicht den internationalen Terrorismus unterstützen. Für Die Linke gilt auch global: kein Frieden, keine Sicherheit ohne soziale
- 1044 Gerechtigkeit. Was wir wirtschafts- und sozialpolitisch für Deutschland fordern, wollen
- 1045 wir auch global durchsetzen - gemeinsam und solidarisch mit den sozialen Bewegungen und
- 1046 den fortschrittlichen Parteien und Regierungen weltweit. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale
- 1047 Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder gefährden, müssen ebenso beendet werden wie solche,
- 1048 die neoliberale Strukturanpassungen erzwingen.

## Begründung

Begründung: Erfolgt mündlich

## Antrag L.1.1043.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1043

1041 Jahrhunderte kolonialer Ausbeutung und die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung sind  
1042 Ursache für die großen Ungleichheiten zwischen den westlichen Industriestaaten und den  
1043 Ländern des Südens. Auch global gilt: kein Frieden, keine Sicherheit und kein Klimaschutz ohne  
soziale  
1044 Gerechtigkeit. Was wir wirtschafts- und sozialpolitisch für Deutschland fordern, wollen  
1045 wir auch global durchsetzen - gemeinsam und solidarisch mit den sozialen Bewegungen und  
1046 den fortschrittlichen Parteien weltweit. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale  
1047 Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder gefährden, müssen ebenso beendet werden wie solche,  
1048 die neoliberale Strukturanpassungen erzwingen.

### Begründung

Klimaschutz hier prominent unterbringen, damit klar wird, dass wir ihn als zentrales Element für soziale Gerechtigkeit sehen.

## Antrag L.1.1044.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1044

1041 Jahrhunderte kolonialer Ausbeutung und die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung sind  
1042 Ursache für die großen Ungleichheiten zwischen den westlichen Industriestaaten und den  
1043 Ländern des Südens. Auch global gilt: kein Frieden, keine Sicherheit ohne soziale  
1044 Gerechtigkeit. Was wir wirtschafts-, klima- und sozialpolitisch für Deutschland fordern, wollen  
1045 wir auch global durchsetzen - gemeinsam und solidarisch mit den sozialen Bewegungen und  
1046 den fortschrittlichen Parteien weltweit. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale  
1047 Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder gefährden, müssen ebenso beendet werden wie solche,  
1048 die neoliberale Strukturanpassungen erzwingen.

### Begründung

Klimaschutz hier prominent unterbringen, damit klar wird, dass wir ihn als zentrales Element für soziale Gerechtigkeit sehen.

## Antrag L.1.1061.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

## Zeile 1061 - 1063

- 1060 • Es braucht eine Anhebung der Finanzierungshöhe der Entwicklungshilfe auf die
- 1061 vereinbarten 0,7 Prozent. Zentrale Leitlinien für ~~entwicklungspolitische~~-Maßnahmen
- 1062 zum Schutz und zur Emanzipation unterdrückter und beherrschter gesellschaftlicher Gruppen
- 1063 müssen die Einhaltung von Menschenrechten, im Allgemeinen und im Besonderen der Rechte  
indigener Völker, der Schutz von Frauen, Mädchen und LSBTIQ+ und der  
Schutz von Kindern und Jugendlichen sein. Eine Verwendung von
- 1064 Entwicklungshilfegeldern für zivil-militärische Zusammenarbeit oder die Abschottung
- 1065 gegen Geflüchtete lehnen wir ab.

## Begründung

Einerseits fehlte im Entwurf die Nennung marginalisierter Gruppen wie indigene Völker. Andererseits ist „Entwicklungszusammenarbeit“ in der Regel eurozentristisch und stellt koloniale, rassifizierte, hierarchische, paternalistische und patriarchale Macht- und Herrschaftsverhältnisse kaum in Frage, ganz im Gegenteil. Die Linke sollte sensibel in der Sprache (daher Streichung „entwicklungspolitisch“) sein und betonen sowie ermöglichen, dass sich marginalisierte und beherrschte Gruppen weltweit von westlichen Denkmustern und strukturellen Handlungszwängen emanzipieren können.

## Antrag L.1.1065.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

## Zeile 1065

- 1060 • Es braucht eine Anhebung der Finanzierungshöhe der Entwicklungshilfe auf die
- 1061 vereinbarten 0,7 Prozent. Zentrale Leitlinien für entwicklungspolitische Maßnahmen
- 1062 müssen die Einhaltung von Menschenrechten, Schutz von Frauen, Mädchen und LSBTIQ+ und
- 1063 Schutz von Kindern und Jugendlichen sein. Eine Verwendung von
- 1064 Entwicklungshilfegeldern für zivil-militärische Zusammenarbeit oder die Abschottung
- 1065 gegen Geflüchtete oder für den Profit westlicher Konzerne lehnen wir ab. Investitionen müssen  
den Menschen vor Ort zugutekommen.

## Antrag L.1.1070.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: KV Darmstadt

## Zeile 1070

- 1070 • Das Menschenrecht auf ~~Gesundheit~~gute Gesundheitsversorgung stärken! Medikamente und
- 1071 Impfstoffe, die über mit
- 1072 Steuergeldern finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenzfrei zur
- 1072 Nachproduktion zur Verfügung gestellt werden.

## Begründung

Gesundheit selbst kann kein Menschenrecht sein, ob man eine Grippe oder Krebs kriegt ist ein Lebensrisiko das wir nicht verhindern können. Aber eine gute Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht, für das wir eintreten.

## Antrag L.1.1072.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 1072

- 1070 • Das Menschenrecht auf Gesundheit stärken! Medikamente und Impfstoffe, die über mit  
1071 Steuergeldern finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenzfrei zur  
1072 Nachproduktion zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich sollten Patente für lebenswichtige  
Medikamente auf internationaler Ebene stärker reguliert werden, um monopolartige  
Preisbildung zu verhindern.

## Antrag L.1.1075.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller\*in: LV Bayern, KV Nürnberg

### Zeile 1075

- 1073 • Das Lieferkettengesetz wollen wir erhalten und die zentralen Regelungen in Bezug auf  
1074 Einhaltung von Menschenrechten, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Bekämpfung von  
1075 Kinderarbeit stärken. Unternehmen, die gegen diese Standards verstoßen, müssen stärker  
sanktioniert werden - auch auf internationaler Ebene

## Antrag L.1.1077.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Stadtteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost (Hamburg Nord)

### Zeile 1077

- 1077 Gute Arbeit ist ein Schlüssel zu einem solidarischen und selbstbestimmten Leben, in dem wir die  
gemeinsamen Lebensbedingungen und uns selbst  
1078 entwickeln und am Freizeit- und Kulturleben teilnehmen können. Arbeit darf nicht krank  
1079 machen. Die Klagen über schlechte Arbeitsbedingungen nehmen aber immer weiter zu. Ein  
1080 riesiger Niedriglohnbereich wurde geschaffen, Befristungen und Leiharbeit gefördert und in  
1081 vielen Branchen häufen sich die Berichte von Beschäftigten über Überlastung im Job. Immer  
1082 öfter fehlt aufgrund von Fehlplanung und schlechten Arbeitsbedingungen ausreichend  
1083 Personal oder die Arbeit wird verdichtet.

## Begründung

Über die Arbeit gestaltet der Mensch gemeinsam das Gemeinsame und gerade deshalb auch sich je

persönlich als Mensch.

## Antrag L.1.1086.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: KV Offenbach-Kreis

### Zeile 1086

1084 Der Fachkräftemangel ist inzwischen allgegenwärtig. Die Arbeitsbedingungen müssen sich  
1085 ändern. Produktives Arbeiten bis zur Rente ist nur mit stärkerer Entlastung, besserer  
1086 Vereinbarkeit und mehr Mitbestimmung möglich. Unser Ziel ist es, dass die Beschäftigten ihre Rechte nicht am Werkstor abgeben müssen. Dafür sind ihre demokratischen Rechte genauso wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken. Beschäftigte erwarten zu Recht, dass ihre  
1087 Arbeit zu ihrem Leben passen muss. Das ist auch volkswirtschaftlich vernünftig.

### Begründung

Dadurch machen wir klar, dass wir mittels eines Ausbaus der demokratischen Mitbestimmung eine menschlichere Arbeitsweise ermöglichen wollen.

## Antrag L.1.1092.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: BV Charlottenburg-Wilmersdorf und weitere

### Zeile 1092 - 1095

1089 Löhne müssen für ein gutes Leben mit Kindern reichen. Doch jede\*r Sechste in Deutschland  
1090 bekommt für die eigene Arbeit nur einen Niedriglohn, mit dem man kaum über den Monat kommt  
1091 - in Ostdeutschland fast jede\*r Vierte. Laut EU soll der gesetzliche Mindestlohn  
1092 ~~mindestens armutsfest sein. Für gewöhnlich bedeutet dies, dass er bei 60 Prozent des mittleren Einkommens betragen,~~ Medianlohns liegen soll - in Deutschland liegt er deutlich  
1093 ~~darunter. Die EU fordert auch Maßnahmen, um 80% der Beschäftigten durch Tarifverträge zu~~  
1094 ~~schützen: In Deutschland ist es derzeit nur jede\*r Zweite. Trotzdem!~~ Die aktuelle Regierung umgeht die eigentlich notwendige Erhöhung, indem sie für Deutschland eine eigen(sinnig)e Interpretation von armutsfest liefert: Da die (von Arbeitgeberseite dominierte) Mindestlohnkommission den Auftrag hat ~~die Ampelregierung~~  
1095 ~~die europäische Mindestlohn-Richtlinie,~~ einen armutsfesten Mindestlohn festzulegen, ist jede ihrer Festlegungen automatisch armutsfest und die EU Vorgabe vermeintlich erfüllt. Ein unlauterer Trick, um der eigentlichen politischen Aufgabe - der notwendigen Erhöhung des Mindestlohns - nicht umgesetzt - obwohl diese geltendes Recht ist. nachkommen zu müssen. Die EU fordert zudem Maßnahmen, um 80% der Beschäftigten durch Tarifverträge zu schützen: In Deutschland sind es derzeit nur etwa 50% - eine klare Zielverfehlung.  
Die Linke möchte:

## Zeile 1096 - 1100

- 1096 • ~~Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen!~~ Einen  
1097 gesetzlichen Mindestlohn, der besser vor Armut schützt. Für 2025  
1098 ~~wären das 15~~ fordern wir 16 Euro, was über der gängigigen Interpretation von armutsfest liegt  
1099 und demzufolge klar die EU-Vorgabe erfüllt. Jährlich muss er mindestens an die  
1100 Reallohnentwicklung angepasst werden, darf jedoch nicht geringer als um die Inflationsrate  
1101 steigen. ~~Er~~ Der Mindestlohn muss ohne  
Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche. Die  
Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften  
entscheiden.
- Alle Arbeitszeiten müssen elektronisch erfasst werden, damit Unternehmen  
1101 ihre Beschäftigten nicht um den Mindestlohn betrügen.

## Begründung

Die Aussagen der alten Version sind nicht ganz korrekt. Die 60% sind eine Kann und keine Muss Vorgabe. Der neue Text stellt das richtig und prangert das Verhalten der Bundesregierung an. Zudem wird im neuen Text ein Mindestlohn von 16 Euro gefordert, der uns klar von SPD abhebt und eine jährliche Erhöhung gefordert die sich nicht nur an die Inflation sondern an die Reallohnentwicklung anpasst - lediglich eine Anpassung an die Inflation wäre bei absehbar sinkenden Inflationsraten nicht genug!

Antragssteller:innen: BV Charlottenburg-Wilmersdorf, Enrico Brehm, Frederike-Sophie Gronde-Brunner, Lilli Młynarczyk, Jakub Techert

## weitere Antragstellende

Lilli Młynarczyk, Jakub Techert, Enrico Brehm, Frederike-Sophie Gronde-Brunner

## Antrag L.1.1097.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller*in:	BAG Betrieb & Gewerkschaft
-------------------	----------------------------

## Zeile 1097

- 1096 • Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für 2025  
1097 wären das 15 Euro. Jährlich muss er mindestens um die Inflationsrate steigen. Er muss ohne  
1098 Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche. Die  
1099 Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften  
1100 entscheiden. Alle Arbeitszeiten müssen elektronisch erfasst werden, damit Unternehmen  
1101 ihre Beschäftigten nicht um den Mindestlohn betrügen.

## Begründung

Inflationsrate sollte das Minimum sein. Sollte die Reallohnentwicklung höher sein als die Inflation, sollte sich das auch auf die Mindestlöhne auswirken.

## Antrag L.1.1097.2

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

#### Zeile 1097

- 1096 • Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für 2025  
1097 wären das 15 Euro. Jährlich muss er mindestens um die Inflationsrate steigen. Er muss ohne  
1098 Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche. Die  
1099 Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften  
1100 entscheiden. Alle Arbeitszeiten müssen elektronisch erfasst werden, damit Unternehmen  
1101 ihre Beschäftigten nicht um den Mindestlohn betrügen.

#### Begründung

So soll sicher gestellt werden, dass der Mindestlohn bei einer niedrigen Inflation entsprechend der Reallohnentwicklung steigt.

### Antrag L.1.1097.3

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: LV Bremen

#### Zeile 1097 - 1100

- 1096 • Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für 2025  
1097 wären das 15 Euro. ~~Jährlich muss er um die Inflationsrate steigen.~~ Er muss ohne  
1098 Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche. Die  
1099 Anpassung der Höhe des Mindestlohns soll künftig automatisch erfolgen, indem jährlich der  
1100 aktuelle Wert (60 Prozent vom nationalen Medianlohn gemäß EU-Richtlinie) ermittelt wird.  
Damit entfällt die Notwendigkeit einer Mindestlohnkommission ~~darf nicht mehr gegen die~~  
~~Stimmen der Gewerkschaften entscheiden.~~ Alle  
Arbeitszeiten müssen elektronisch erfasst werden, damit Unternehmen  
1101 ihre Beschäftigten nicht um den Mindestlohn betrügen.

#### Begründung

Wenn der Mindestlohn entsprechend der EU-Richtlinie ermittelt wird, ist keine Mindestlohn-Kommission mehr erforderlich. Wichtig ist, eine unmittelbare und automatische Erhöhung vorzusehen, so dass der Mindestlohn nicht weiter der tatsächlichen Lohnentwicklung hinterherhinkt.

### Antrag L.1.1097.4

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 1097 - 1101

- 1096 • Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für 2025  
1097 wären das 15 Euro. ~~Jährlich muss er um die Inflationsrate steigen. Er muss ohne~~  
1098 ~~Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche. Die~~

1099 ~~Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften~~  
1100 ~~entscheiden. Alle Arbeitszeiten~~Für die Zukunft müssen elektronisch erfasstdie Ziele und  
1101 Kriterien der EU-Mindestlohnrichtlinie bei der Erhöhung des Mindestlohns verbindlich in das  
Mindestlohngesetz aufgenommen werden,~~damit Unternehmen~~  
~~ihre Beschäftigten nicht um~~. Auf jeden Fall ist der Referenzwert 60 Prozent des Medianlohns  
von Vollzeitbeschäftigten als Kriterium für einen angemessenen Mindestlohn anzuwenden. Die  
Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften entscheiden.  
Der Mindestlohn muss ohne Ausnahmen auch für Arbeitnehmer\*innen unter 18 Jahren ohne  
abgeschlossene Berufsausbildung, Langzeitarbeitslose in den Mindestlohn betrügen,ersten  
sechs Monaten der Beschäftigung und für alle Beschäftigte in Behindertenwerkstätten gelten.

## Begründung

Die Untergrenze von 60 Prozent des Medianlohns aus der EU-Mindestlohnrichtlinie sollte in nationales Recht überführt werden. Bestehende Ausnahmen sollten abgeschafft werden.

## Antrag L.1.1097.5

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 1097

1096 • Gesetzlichen Mindestlohn entsprechend der Mindestlohn-Richtlinie erhöhen! Für 2025  
1097 wären das 15 Euro. Jährlich muss er mindestens um die Inflationsrate steigen. Er muss ohne  
1098 Ausnahmen für alle Beschäftigten gelten, auch für Jugendliche. Die  
1099 Mindestlohnkommission darf nicht mehr gegen die Stimmen der Gewerkschaften  
1100 entscheiden. Alle Arbeitszeiten müssen elektronisch erfasst werden, damit Unternehmen  
1101 ihre Beschäftigten nicht um den Mindestlohn betrügen.

## Begründung

Das stünde ohne das "mindestens" im Widerspruch zur Kopplung an die Armutsgefährdungsquote und der Mindestlohnrichtlinie, die sich an 60% des Medianeinkommens nach EU-Silc orientieren.

## Antrag L.1.1102.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 1102 - 1104

1102 • ~~Das Arbeitsministerium soll Tarifverträge für allgemeingültig~~Die Bundesregierung muss  
1103 endlich einen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverhandlungen und Erhöhung der  
1104 Tarifbindung aufstellen. In einem Bundestariftreuegesetz muss gesetzlich festgeschrieben  
werden, dass öffentliche Aufträge nur noch diejenigen Unternehmen bekommen, die sich  
tarifvertragliche Standards einhalten. Die Arbeitsministerien des Bundes und der Länder  
sollen Tarifverträge deutlich leichter für allgemeinverbindlich für alle Beschäftigten einer  
Branche erklären können - auch

ohne Zustimmung der Arbeitgeberseite. Bei Auslagerungen ~~müssen Tarifverträge unbefristet~~ und Betriebsaufspaltungen müssen Tarifverträge zwingend und ohne Einschränkungen fortgelten. Handwerksinnungen müssen dazu verpflichtet, werden ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag nachzukommen und Tarifverträge abzuschließen, damit auch dort Lohndumping leichter unterbunden werden kann.

## Antrag L.1.1104.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller*in:	BAG Betrieb & Gewerkschaft, LAG Betrieb und Gewerkschaft Hamburg
-------------------	--

### Zeile 1104

- 1102 • Das Arbeitsministerium soll Tarifverträge für allgemeingültig erklären können - auch  
1103 ohne Zustimmung der Arbeitgeberseite. Bei Auslagerungen müssen Tarifverträge  
1104 unbefristet fortgelten. Öffentliche Aufträge sollen nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden.

### Begründung

Das Tariftreuegesetz des Bundes wurde nicht verabschiedet, die öffentliche Hand sollte in der Auftragsvergabe allerdings mit gutem Beispiel vorangehen.

## Antrag L.1.1114.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller*in:	BAG Betrieb & Gewerkschaft
-------------------	----------------------------

### Zeile 1114 - 1115

- 1110 • Um Sicherheit und Planbarkeit des Lebens zu ermöglichen, wollen wir Leiharbeit und  
1111 sachgrundlose Befristungen abschaffen. Sachgründe für Befristungen werden wir  
1112 deutlich enger begrenzen, spätestens der 3. Arbeitsvertrag beim selben Arbeitgeber  
1113 muss unbefristet sein. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leihbeschäftigte ab dem  
1114 ersten Tag beim Stundenlohn, bei den tariflichen Sonderzahlungen und den betrieblichen  
1115 Sonderzahlungen genauso bezahlt werden wie Beschäftigte im Einsatzbetrieb plus 10%  
Flexibilitätszulage auf den Stundenlohn. Die Höchstüberlassungsdauer muss für den  
Arbeitsplatz gelten  
1116 statt für die Beschäftigten. Wir wollen Scheinwerkverträge wirkungsvoll bekämpfen,  
1117 damit niemand um seine Arbeitnehmer\*innenrechte betrogen wird: Bei Verdacht auf  
1118 Verstöße gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss die Beweislast bei den  
1119 beteiligten Unternehmen liegen.

### Begründung

Leihbeschäftigte tragen genauso zum Unternehmenserfolg bei wie Stammbeschäftigte. Zusätzlich leisten sie Flexibilität, die in wirtschaftlich schwierigen Situationen für die Unternehmen wichtig ist, damit diese ihre Profitabilität sichern können. Daher dürfen Leihbeschäftigte auch bei den

betrieblichen und tariflichen Sonderzahlungen nicht schlechter gestellt sein, als Stammbeschäftigten. Seit 2012 gibt es in einigen Branchen Branchenzuschlagstarifverträge für Leihbeschäftigte. Diese regeln, dass Zeitarbeitnehmer, die in ein und demselben Kundenbetrieb bestimmter Branchen eingesetzt werden, Zuschläge auf die tariflich vereinbarten Grundentgelte erhalten (sog. Branchenzuschläge auf den Stundenlohn). Diese gelten nicht für tarifliche und betriebliche Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Erfolgsbeteiligungen etc.. Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) wird der Gleichstellungsgrundsatz allerdings am Arbeitsentgelt festgemacht. Dieses bezieht tarifliche und betriebliche Sonderzahlungen mit ein. Die somit in den ersten 15 Monaten der Arbeitnehmerüberlassung entstehende Abweichung vom Gleichstellungsgrundsatz, wird durch das AÜG in §8 Absatz 4, unter der Voraussetzung gültiger Tarifverträge, ermöglicht. Diese zeitweilige Aushebelung des Gleichstellungsgrundsatzes durch Tarifverträge müssen wir aus dem AÜG streichen, um eine gleiche Bezahlung ab dem ersten Tag der Entleihung zu ermöglichen. Dafür ist hier die Flexibilitätszulage in Höhe von 10% einzufügen. Dies stellt einen Eingriff in die Tarifautonomie dar. Da aber der ganze Absatz 4 im §8 AÜG einen solchen Eingriff in die Tarifautonomie bedeutet, ist ein solcher Einwand zu vernachlässigen. Der Eingriff wird nur zu Gunsten der Leihbeschäftigten verändert. Außerdem ist es Aufgabe des Gesetzgebers die Leitplanken für Leiharbeit so zu setzen, dass nicht vom Grundsatz der Gleichstellung abgewichen werden kann. Auch nicht zeitlich begrenzt. Denn die meisten Arbeitnehmerüberlassungen enden innerhalb der ersten 15 Monate. Des Weiteren sollten wir Leiharbeit so teuer wie möglich machen, um die Widerstände gegen ein Verbot der Leiharbeit aufzubrechen. Die Forderung nach einem Verbot der Leiharbeit ist nach wie vor richtig, da Leiharbeit die Belegschaften spaltet und in den Tarifrunden schwächt. Denn Leih- und Stammbeschäftigte müssen in ihren Tarifrunden jeweils für sich kämpfen.

## Antrag L.1114.2

Änderungsantrag zu L.1-07

**Antragsteller\*in:** Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 1114

1110 • Um Sicherheit und Planbarkeit des Lebens zu ermöglichen, wollen wir Leiharbeit und  
1111 sachgrundlose Befristungen abschaffen. Sachgründe für Befristungen werden wir  
1112 deutlich enger begrenzen, spätestens der 3. Arbeitsvertrag beim selben Arbeitgeber  
1113 muss unbefristet sein. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leihbeschäftigte ab dem  
1114 ersten Tag genauso bezahlt und behandelt werden wie Beschäftigte im Einsatzbetrieb, plus  
1115 10% Flexibilitätszulage. Die Höchstüberlassungsdauer muss für den Arbeitsplatz gelten  
1116 statt für die Beschäftigten. Wir wollen Scheinwerkverträge wirkungsvoll bekämpfen,  
1117 damit niemand um seine Arbeitnehmer\*innenrechte betrogen wird: Bei Verdacht auf  
1118 Verstöße gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss die Beweislast bei den  
1119 beteiligten Unternehmen liegen.

### Begründung

Inhaltliche Klarstellung auf Wunsch von Verdi.

## Antrag L.1119.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 1119

1110 • Um Sicherheit und Planbarkeit des Lebens zu ermöglichen, wollen wir Leiharbeit und  
1111 sachgrundlose Befristungen abschaffen. Sachgründe für Befristungen werden wir  
1112 deutlich enger begrenzen, spätestens der 3. Arbeitsvertrag beim selben Arbeitgeber  
1113 muss unbefristet sein. Bis zum Verbot der Leiharbeit müssen Leihbeschäftigte ab dem  
1114 ersten Tag genauso bezahlt werden wie Beschäftigte im Einsatzbetrieb plus 10%  
1115 Flexibilitätszulage. Die Höchstüberlassungsdauer muss für den Arbeitsplatz gelten  
1116 statt für die Beschäftigten. Wir wollen Scheinwerkverträge wirkungsvoll bekämpfen,  
1117 damit niemand um seine Arbeitnehmer\*innenrechte betrogen wird: Bei Verdacht auf  
1118 Verstöße gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss die Beweislast bei den  
1119 beteiligten Unternehmen liegen. Leiharbeit darf nicht zum Streikbruch eingesetzt werden.

#### Begründung

Wichtige Forderung von Verdi, die noch nicht explizit benannt wird.

### Antrag L.1.1133.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: LV Bremen

#### Zeile 1133

1128 • Das Entgelttransparenzgesetz muss ein Entgeltgleichheitsgesetz werden, um gleiche  
1129 Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Es soll Unternehmen auch  
1130 verpflichten, bestehende Ungerechtigkeiten in der Bewertung von Arbeit schrittweise  
1131 und branchenübergreifend abzubauen mit dem Ziel, dass Arbeit mit Menschen nicht  
1132 schlechter bewertet wird als Arbeit mit Maschinen, oder dass Berufserfahrung mit  
1133 formalen Abschlüssen gleichgestellt wird. Das ist ein wichtiges Instrument gegen die  
strukturelle Lohnlücke von Frauen (Gender Pay Gap) und von Beschäftigten mit  
Migrationshintergrund (Migration Pay Gap). Ebenso muss eine gleichwertige Bezahlung  
unabhängig von der geschlechtlichen Identität verankert und durchgesetzt werden, um den  
Pay Gap zwischen männlichen, weiblichen, diversen und geschlechtsfreien Menschen  
abzubauen und vollständige Geschlechtergerechtigkeit bei der Bezahlung zu erreichen.  
Gewerkschaften brauchen ein  
1134 Verbandsklagerecht, damit Betroffene nicht allein klagen müssen.

#### Begründung

Der Begriff Gender Pay Gap sollte ausdrücklich genannt werden, ebenso der Begriff Migration Pay Gap. Ebenso soll die Entgeltgleichheit auch von diversen und nichtgeschlechtlichen Personen adressiert werden.

### Antrag L.1.1134.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft, Ortsverband 6 (Berlin-Frankfurter Allee Süd)

#### Zeile 1134

- 1128 • Das Entgelttransparenzgesetz muss ein Entgeltgleichheitsgesetz werden, um gleiche  
1129 Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Es soll Unternehmen auch  
1130 verpflichten, bestehende Ungerechtigkeiten in der Bewertung von Arbeit schrittweise  
1131 und branchenübergreifend abzubauen mit dem Ziel, dass Arbeit mit Menschen nicht  
1132 schlechter bewertet wird als Arbeit mit Maschinen, oder dass Berufserfahrung mit  
1133 formalen Abschlüssen gleichgestellt wird. Gewerkschaften brauchen ein  
1134 **Verbandklagerecht, damit Betroffene nicht allein klagen müssen.**
- Wir setzen uns für mehr Betriebskontrollen im Bereich der Einhaltung der Arbeitszeiten ein. Neben vermehrten Kontrollen vor Ort, sollen Betriebe zusätzlich stichprobenartig aufgefordert werden können, dokumentierte Arbeitszeiten beispielsweise per E-Mail-Versand einer elektronischen Datei innerhalb einer definierten Frist nachzuweisen. Die Einhaltung der Arbeitszeitregelungen sollen geprüft werden.

#### Begründung

Diese Forderung unterstützt praktisch, unbürokratisch, ressourcensparend und kostengünstig die Forderungen des Bundeswahlprogramms 2025 zur Durchsetzung des Mindestlohns (Zeilen 2441-2442), zur elektronischen Arbeitszeiterfassung (Zeilen 1100-1101), bzgl. der Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte (Zeilen 851-855) und dem besseren Arbeitsschutz (Zeile 1156).

### Antrag L.1.1134.2

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in:

KV Köln

#### Zeile 1134

- 1128 • Das Entgelttransparenzgesetz muss ein Entgeltgleichheitsgesetz werden, um gleiche  
1129 Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Es soll Unternehmen auch  
1130 verpflichten, bestehende Ungerechtigkeiten in der Bewertung von Arbeit schrittweise  
1131 und branchenübergreifend abzubauen mit dem Ziel, dass Arbeit mit Menschen nicht  
1132 schlechter bewertet wird als Arbeit mit Maschinen, oder dass Berufserfahrung mit  
1133 formalen Abschlüssen gleichgestellt wird. Gewerkschaften brauchen ein  
1134 **Verbandklagerecht, damit Betroffene nicht allein klagen müssen.**
- Schwarzarbeit untergräbt Solidarität, benachteiligt ehrliche Unternehmen und führt oft zu einer massiven Ausbeutung der Beschäftigten. Wir werden die Zahl der Mitarbeitenden in der Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Zoll verdoppeln und die Strafen für Arbeitgeber, die Schwarzarbeit organisieren oder dulden, spürbar erhöhen.

#### Begründung

Schwarzarbeit verursacht in Deutschland erhebliche finanzielle Schäden. Schätzungen zufolge entgehen dem Staat jährlich Steuereinnahmen in Milliardenhöhe. Für das Jahr 2024 wird der Umfang

der Schattenwirtschaft auf etwa 481 Milliarden Euro geschätzt, was rund 11,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Diese Zahlen verdeutlichen, dass Schwarzarbeit nicht nur die Solidarität untergräbt, sondern dem Gemeinwesen auch erhebliche finanzielle Ressourcen entzieht. Durch verstärkte Kontrollen und spürbare Strafen wollen wir ehrliche Unternehmen schützen, Beschäftigtenrechte stärken und die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme unterstützen.

## Antrag L.1.1155.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 1155

1150 • Öffentliche Aufträge dürfen nur Unternehmen bekommen, die Tarifverträge einhalten,  
1151 auch bei ihren Subunternehmen. Öffentliche Verwaltungen und Betriebe in öffentlichem  
1152 Eigentum müssen mit den Gewerkschaften realistische Schritte für Entlastung und gute  
1153 Arbeit vereinbaren, um den Personalmangel zu beheben. Dazu gehören ausreichend  
1154 finanzierte öffentliche Haushalte, die gute Arbeitsbedingungen ermöglichen statt  
1155 Milliardäre und Multimillionäre zu beschenken. Wir setzen uns für eine gesetzliche Regelung ein, dass die Beschäftigten zu mindestens den gleichen oder besseren Bedingungen übernommen werden, wenn bei einem öffentlichen Dienstleistungsauftrag der Auftragnehmer wechselt.

### Begründung

Forderung der EVG.

## Antrag L.1.1164.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 1164

1162 • Eine Ausbildungsumlage muss Ausbildungsbetriebe entlasten und Betriebe, die nicht  
1163 selbst ausbilden, an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Alle Unternehmen einer  
1164 Branche müssen zusätzlich in einen Weiterbildungsfonds einzahlen. Alle Auszubildenden sollen mindestens 80 Prozent der tariflichen Ausbildungsvergütung erhalten.

### Begründung

Forderungen stehen im inhaltlichen Zusammenhang und sollten zusammen genannt werden.

## Antrag L.1.1165.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

Zeile 1165 - 1172

1165 • ~~Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um kürzere Arbeitszeiten bei vollem~~  
1166 ~~Lohn- und notwendigem Personalausgleich~~ Wir setzen uns in allen Branchen. Eine geringere  
1167 ~~Wochenarbeitszeit oder eine Vier-Tage-Woche ermöglichen mehr Erholung und eine~~  
1168 ~~bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir verteidigen den 8-Stunden-Tag als~~  
1169 ~~Obergrenze und mindestens 11 Stunde Ruhezeit zwischen Schichten, Ausnahmen wollen wir~~  
1170 ~~einschränken und die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzen.~~  
1171 ~~Arbeitsunterbrechungen müssen bezahlt werden, sie sind keine Freizeit~~ Gewerkschaften dafür  
1172 ein, dass der  
Beschäftigten! Kampf für die 30-Stunden-Woche bei einer 4-Tage-Woche auf die Tagesordnung  
gesetzt und die gewerkschaftliche Kampfkraft zur Durchsetzung eingesetzt wird.

## Begründung

Der Kampf für die 30-Stunden-Woche und Vier-Tage-Woche ist gerade angesichts der Krise in der Automobil- und Stahlindustrie dringend notwendig.

## Antrag L.1.1167.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 1167

1165 • Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um kürzere Arbeitszeiten bei vollem  
1166 Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen. Eine geringere  
1167 Wochenarbeitszeit ~~oder eine~~ zum Beispiel in Form einer Vier-Tage-Woche  
~~ermöglichen~~ ermöglicht mehr Erholung und eine  
1168 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir verteidigen den 8-Stunden-Tag als  
1169 Obergrenze und mindestens 11 Stunde Ruhezeit zwischen Schichten, Ausnahmen wollen wir  
1170 einschränken und die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzen.  
1171 Arbeitsunterbrechungen müssen bezahlt werden, sie sind keine Freizeit der  
1172 Beschäftigten!

## Begründung

Auch bei einer 4-Tage-Woche muss die Wochenarbeitszeit verkürzt werden, sonst bringt es nicht mehr Erholung und entspräche auch nicht unserer Forderung nach 8 Stunden pro Tag als Obergrenze.

## Antrag L.1.1171.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 1171

1165 • Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um kürzere Arbeitszeiten bei vollem  
1166 Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen. Eine geringere  
1167 Wochenarbeitszeit oder eine Vier-Tage-Woche ermöglichen mehr Erholung und eine  
1168 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir verteidigen den 8-Stunden-Tag als

- 1169 Obergrenze und mindestens 11 Stunde Ruhezeit zwischen Schichten, Ausnahmen wollen wir  
1170 einschränken und die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzen.
- 1171 Arbeitsunterbrechungen und Dienstzeiten müssen bezahlt werden, sie sind keine Freizeit der  
1172 Beschäftigten!

## Begründung

Präzisierung/Forderung der EVG.

### Antrag L.1.1173.1

Änderungsantrag zu L.1-07

**Antragsteller\*in:** BAG Grundeinkommen, BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung

#### Zeile 1173

- 1173 • Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr  
1174 steuerfinanziert und sozialversicherungsrechtlich abgesichert auszusteigen (Sabbatjahr).  
Damit verbunden ist ein Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen  
Arbeitsplatz. Die Sabbatzeiten können auch als kleinere Auszeiten von drei bis sechs Monaten  
genommen werden.
- Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle und auf  
1174 familienfreundliche Schichten ein. Alle Beschäftigten brauchen das Recht auf  
1175 vorübergehende Verkürzung ihrer Arbeitszeiten und auf eine sechswöchige Pflegezeit  
1176 mit Lohnfortzahlung. Wir setzen uns für einen gesetzlichen Urlaubsanspruch von sechs  
1177 Wochen im Jahr ein.

## Begründung

Bisher können sich Sabbaticals nur diejenigen leisten, die genügend Verdienst haben, um für die Auszeit anzusparen bzw. durch Gehaltverzicht bei gleicher Arbeitszeit das Sabbatical vorzufinanzieren. Es sollen aber alle Beschäftigten das Privileg der Auszeit genießen können. Siehe Wahlprogramm 2017: "Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr). Damit verbunden ist ein Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Die Sabbatzeiten können auch als kleinere Auszeiten von drei bis sechs Monaten genommen werden."

### Antrag L.1.1182.1

Änderungsantrag zu L.1-07

**Antragsteller\*in:** Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 1182

- 1178 • Bei Betriebsschließung, Verlagerung, Investitionen, Umwelt- und Klimafragen,  
1179 Personalbemessung, Weiterbildung und der Verhinderungen von Gesundheitsschäden  
1180 brauchen Betriebs- und Personalräte ein erzwingbares Recht auf Mitbestimmung. In  
1181 allen privaten und öffentlichen Unternehmen ab 500 Beschäftigten muss echte

1182 paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten her. Die Unternehmensmitbestimmung muss dabei gesetzlich auf alle Unternehmen mit Verwaltungssitz in Deutschland erstreckt werden, auch auf diejenigen in ausländischer oder europäischer Rechtsform. Wird gegen diese Verpflichtung verstoßen, braucht es spürbare Sanktionen. (siehe Kapitel 8)

## Antrag L.1.1183.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: KV Recklinghausen und weitere

### Zeile 1183

- 1183 • „Kein Betrieb ohne Betriebsrat!Es darf keinen Betrieb mehr ohne Betriebsrat geben. Ein  
1184 Betrieb, in dem es - aus welchen Gründen auch immer - keinen Betriebsrat gibt, muss ein  
Bußgeld zahlen, dessen Höhe nach der Anzahl der Beschäftigten gestaffelt ist. Alle Betriebe  
müssen geeignete Bedingungen schaffen, damit ein Betriebsrat gewählt werden kann.“
- Betriebsratswahlen müssen einfacher werden, Behinderung von Wahlen und Betriebsräten  
1184 strenger verfolgt und Gewerkschaften verlässlich Zugang bekommen, insbesondere auch  
1185 digital. Betriebs- und Beschäftigtenbegriff müssen angepasst werden. Arbeit, die über  
1186 digitale Plattformen organisiert wird, muss automatisch als Beschäftigungsverhältnis  
1187 gelten, es sei denn, das Gegenteil kann belegt werden. Hierbei müssen strenge  
1188 Kriterien zur Anwendung kommen. werden Die Mitbestimmung in öffentlichen und  
1189 kirchlichen Einrichtungen muss an das Betriebsverfassungsgesetz angepasst werden. Das  
1190 Streikrecht verteidigen wir gegen alle Angriffe. Es muss auch bei Kirchen und für  
1191 Beamte gelten - und Streiks für politische und gesellschaftliche Anliegen erlaubt  
1192 sein. Das Tarifeinheitsgesetz muss weg. Arbeitgeberverbände dürfen keine tariflosen  
1193 Mitgliedschaften anbieten. Gewerkschaften müssen die Einhaltung von Tarifverträgen  
1194 einklagen können.

### Begründung

Dass es immer noch Betriebe gibt, in denen kein Betriebsrat gewählt worden ist, hat mehrere Gründe,

- teilweise werden Betriebsratswahlen von Arbeitgebern aktiv behindert,
- teilweise erzeugen Geschäftsleitungen ein derart unangenehmes (toxisches) Gesprächsklima, dass Beschäftigte aus psychischem Selbstschutz solche Gespräche mit Geschäftsleitungen unter allen Umständen vermeiden wollen, weshalb niemand aus der Belegschaft für Betriebsratswahlen zu kandidieren bereit ist. Da ein toxisches Gesprächsklima juristisch nicht geahndet werden kann, muss allein die Nicht-Existenz eines Betriebsrates bußgeldpflichtig werden.

### weitere Antragstellende

Rolf Paul Christian Kohn, Edith Bartelmus-Scholich, Ulrich Hápke (Castrop-Rauxel) und Django Schins (Aachen)

## Antrag L.1.1185.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 1185

1183 • Betriebsratswahlen müssen einfacher werden, Behinderung von Wahlen und Betriebsräten  
1184 strenger verfolgt und Gewerkschaften verlässlich Zugang bekommen, insbesondere auch  
1185 digital. Beschäftigte, die die erstmalige Wahl eines Betriebsrates initiieren, müssen gesetzlich  
besser geschützt werden. Betriebs- und Beschäftigtenbegriff müssen angepasst werden.  
Arbeit, die über  
1186 digitale Plattformen organisiert wird, muss automatisch als Beschäftigungsverhältnis  
1187 gelten, es sei denn, das Gegenteil kann belegt werden. Hierbei müssen strenge  
1188 Kriterien zur Anwendung kommen. werden Die Mitbestimmung in öffentlichen und  
1189 kirchlichen Einrichtungen muss an das Betriebsverfassungsgesetz angepasst werden. Das  
1190 Streikrecht verteidigen wir gegen alle Angriffe. Es muss auch bei Kirchen und für  
1191 Beamte gelten - und Streiks für politische und gesellschaftliche Anliegen erlaubt  
1192 sein. Das Tarifeinheitsgesetz muss weg. Arbeitgeberverbände dürfen keine tariflosen  
1193 Mitgliedschaften anbieten. Gewerkschaften müssen die Einhaltung von Tarifverträgen  
1194 einklagen können.

### Antrag L.1.1185.2

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 1185

1183 • Betriebsratswahlen müssen einfacher werden, Behinderung von Wahlen und Betriebsräten  
1184 strenger verfolgt und Gewerkschaften verlässlich Zugang bekommen, insbesondere auch  
1185 digital. Staatsanwaltschaften müssen „von Amts wegen“ gegen die Behinderung von  
Betriebsratswahlen bzw. die Behinderung von Betriebsratstätigkeit vorgehen können.  
Betriebs- und Beschäftigtenbegriff müssen angepasst werden. Arbeit, die über  
1186 digitale Plattformen organisiert wird, muss automatisch als Beschäftigungsverhältnis  
1187 gelten, es sei denn, das Gegenteil kann belegt werden. Hierbei müssen strenge  
1188 Kriterien zur Anwendung kommen. werden Die Mitbestimmung in öffentlichen und  
1189 kirchlichen Einrichtungen muss an das Betriebsverfassungsgesetz angepasst werden. Das  
1190 Streikrecht verteidigen wir gegen alle Angriffe. Es muss auch bei Kirchen und für  
1191 Beamte gelten - und Streiks für politische und gesellschaftliche Anliegen erlaubt  
1192 sein. Das Tarifeinheitsgesetz muss weg. Arbeitgeberverbände dürfen keine tariflosen  
1193 Mitgliedschaften anbieten. Gewerkschaften müssen die Einhaltung von Tarifverträgen  
1194 einklagen können.

### Begründung

Eine wichtige Forderung der Gewerkschaften wird hier präzisiert.

### Antrag L.1.1194.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller\*in: LV Bremen

## Zeile 1194

1183 • Betriebsratswahlen müssen einfacher werden, Behinderung von Wahlen und Betriebsräten  
1184 strenger verfolgt und Gewerkschaften verlässlich Zugang bekommen, insbesondere auch  
1185 digital. Betriebs- und Beschäftigtenbegriff müssen angepasst werden. Arbeit, die über  
1186 digitale Plattformen organisiert wird, muss automatisch als Beschäftigungsverhältnis  
1187 gelten, es sei denn, das Gegenteil kann belegt werden. Hierbei müssen strenge  
1188 Kriterien zur Anwendung kommen. werden Die Mitbestimmung in öffentlichen und  
1189 kirchlichen Einrichtungen muss an das Betriebsverfassungsgesetz angepasst werden. Das  
1190 Streikrecht verteidigen wir gegen alle Angriffe. Es muss auch bei Kirchen und für  
1191 Beamte gelten - und Streiks für politische und gesellschaftliche Anliegen erlaubt  
1192 sein. Das Tarifeinheitsgesetz muss weg. Arbeitgeberverbände dürfen keine tariflosen  
1193 Mitgliedschaften anbieten. Gewerkschaften müssen die Einhaltung von Tarifverträgen  
1194 einklagen können. Wir fordern zusammen mit den Gewerkschaften die Abschaffung des Sonderarbeitsrechts in den Kirchen, in Diakonie und Caritas.

## Begründung

Verschiebung vom Abschnitt Religion in Kapitel 14 an diese Stelle, dort dafür streichen. (Zeilen 2201-2202)

## Antrag L.1.1209.1

Änderungsantrag zu L.1-07

Antragsteller*in:	BAG Betrieb & Gewerkschaft, Ortsverband 6 (Berlin-Frankfurter Allee Süd)
-------------------	--

## Zeile 1209

- 1201 • Unternehmen müssen alle Beschäftigten für veränderte Anforderungen und Aufgaben  
1202 weiterbilden. Deswegen brauchen wir einen Fonds, in den alle Unternehmen einer  
1203 Branche einzahlen. Alle Beschäftigten dürfen für Weiterbildung ihre Arbeitszeit  
1204 verkürzen und bekommen für diese Zeit mindestens 70% ihres Lohns fortgezahlt (im  
1205 Niedriglohnbereich staatlich auf 100% aufgestockt), damit sich alle eine  
1206 Weiterbildung leisten können. Bei Arbeitslosengeld und Rente muss diese Zeit besser  
1207 berücksichtigt werden. Wer den Job verliert, sollte 90% des letzten Nettolohns als  
1208 Weiterbildungsgeld bekommen, ohne dass dadurch der Anspruch auf Arbeitslosengeld  
1209 gekürzt wird.
- Wir setzen uns für die Einführung von Bildungsurlaub bzw. Bildungszeit in allen Bundesländern für eine Mindestdauer von einer Woche pro Jahr ein. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bis spätestens zum 31. März des Kalenderjahres mit gesondertem Schreiben den Umfang ihres Anspruches auf Bildungszeit mitteilen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass eine Freistellung von der Pflicht zur Arbeitsleistung unter Fortzahlung der Vergütung erfolgt und dass der Anspruch am Ende des Kalenderjahres verfällt. Verletzt ein Arbeitgeber oder eine Arbeitgeberin diese Pflicht, überträgt sich der Anspruch auf das Folgejahr und wird Teil des Anspruches des Folgejahres, wenn er nicht vorher verbraucht worden ist.

## Begründung

Fortbildung und Qualifizierung werden angesichts des Wandels der Arbeitswelt und der Digitalisierung immer wichtiger. Dennoch nimmt nur ein sehr kleiner Teil der Beschäftigten den Anspruch auf Bildungszeit wahr. Viele Beschäftigte haben keine Kenntnis davon, dass sie sich für Bildungsveranstaltungen bezahlt freistellen lassen können. Zudem fürchten Beschäftigte Nachteile im Arbeitsverhältnis, wenn sie Bildungszeit in Anspruch nehmen. Durch die neu eingefügte Pflicht für den Arbeitgeber, die Beschäftigten auf den Anspruch und den drohenden Verfall am Jahresende hinzuweisen, sollen mehr Arbeitnehmer\*innen von ihrem Anspruch auf Bildungszeit Gebrauch machen.

Zum einen werden Arbeitnehmer\*innen durch diese ausdrückliche Hinweispflicht über ihren Anspruch auf Bildungszeit informiert. Zum anderen soll dadurch auch der Befürchtung entgegengetreten werden, dass der Arbeitgeber die Inanspruchnahme nicht gerne sehe. Die Regelung orientiert sich an der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes zum Verfall von Erholungsurlaub (9 AZR 266/20), der ebenfalls nur eintritt, wenn der Arbeitgeber zuvor darauf hingewiesen hat.

## Antrag L.1.1217.1

Änderungsantrag zu L.1-07

**Antragsteller\*in:** BAG Grundeinkommen, BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung

### Zeile 1217

1215 Mit längeren Rahmenfristen und kürzeren Anwartschaftszeiten verschaffen wir wieder mehr  
1216 Menschen Zugang zur Arbeitslosenversicherung. Das Arbeitslosengeld soll länger gezahlt und  
1217 auf 68 Prozent erhöht werden. Sperrzeiten werden ausnahmslos abgeschafft. Erwerbslosigkeit  
bekämpfen wir mit staatlichen  
1218 Beschäftigungsmaßnahmen und Qualifizierungsprogrammen. Unser Investitionsprogramm in die  
1219 öffentliche Daseinsvorsorge und in die Verkehrs- und Energiewende schafft Hunderttausende  
1220 gute Arbeitsplätze. Für Menschen, die dauerhaft vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen  
1221 sind, schaffen wir zusätzliche Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten  
1222 Beschäftigungssektor („Sozialer Arbeitsmarkt“). Erwerbslose erhalten einen Rechtsanspruch  
1223 auf Qualifizierung und Weiterbildung.

## Begründung

Im Parteiprogramm heißt es: "Jeder und jede hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsangebote abzulehnen, ohne Sperrzeiten oder Sanktionen fürchten zu müssen. Zwang zur Erwerbsarbeit lehnen wir ab." Im Wahlprogramm 2021 hieß es: "Sperrzeiten und Sanktionen werden ausnahmslos abgeschafft."

## Antrag L.1.1223.1

Änderungsantrag zu L.1-07

**Antragsteller\*in:** KV Soest

### Zeile 1223

1215 Mit längeren Rahmenfristen und kürzeren Anwartschaftszeiten verschaffen wir wieder mehr

1216 Menschen Zugang zur Arbeitslosenversicherung. Das Arbeitslosengeld soll länger gezahlt und  
1217 auf 68 Prozent erhöht werden. Erwerbslosigkeit bekämpfen wir mit staatlichen  
1218 Beschäftigungsmaßnahmen und Qualifizierungsprogrammen. Unser Investitionsprogramm in die  
1219 öffentliche Daseinsvorsorge und in die Verkehrs- und Energiewende schafft Hunderttausende  
1220 gute Arbeitsplätze. Für Menschen, die dauerhaft vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen  
1221 sind, schaffen wir zusätzliche Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten  
1222 Beschäftigungssektor („Sozialer Arbeitsmarkt“). Erwerbslose erhalten einen Rechtsanspruch  
1223 auf Qualifizierung und Weiterbildung und einen Arbeitsplatz.

## Antrag L.1.1224.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Cuba sí

Zeile 1224

1224 VIII. Wirtschaft für alle - sozial ~~und~~, ökologisch, friedlich

### Begründung

Begründung: Erfolgt mündlich

## Antrag L.1.1224.2

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BV Friedrichshain-Kreuzberg, BV Reinickendorf, Links\*Kanax und weitere

Zeile 1224

1224 ~~VIII. Wirtschaft für alle - sozial und ökologisch~~

VIII. Extreme Rechte stoppen (Zeilen 2225-2247 nach Zeile 1224 verschieben),

IX. Gerechtigkeit für Ostdeutschland (Zeilen 1962-2000 nach dem verschobenen Kapitel VIII. Extreme Rechte stoppen verschieben)

X. Geschlechtergerechtigkeit herstellen - Arbeit umverteilen (Zeilen 2001-2096 nach dem verschobenen Kapitel IX. Gerechtigkeit für Ostdeutschland verschieben)

XI. Eine moderne Einwanderungsgesellschaft gestalten (Zeilen 2431-2544 nach dem verschobenen Kapitel X Geschlechtergerechtigkeit herstellen - Arbeit umverteilen verschieben)

## XII. Inklusion und Teilhabe – selbstverständlich! (Zeilen 2544-2591 nach dem verschobenen Kapitel XI. Eine moderne Einwanderungsgesellschaft gestalten verschieben)

## XIII. Wirtschaft für alle - sozial und ökologisch (nach dem verschobenen Kapitel XII. Inklusion und Teilhabe - selbstverständlich! verschieben)

### **Begründung**

Diese Änderungen verdeutlichen die zentrale Bedeutung, die der Kampf für die Menschenwürde und gleiche Rechte für alle Menschen für Die Linke haben, seien es Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen\* oder andere von verschiedenen Ausschlüssen Betroffene. Gerade in Zeiten von massivem Rechtsruck und Deportationsplänen der extremen Rechten muss der Einsatz gegen Rassismus und jede Form der Diskriminierung sowie Antifaschismus ganz oben auf jeder linken Agenda stehen. Daher wurde die Präambel um einen Absatz zur solidarischen Einwanderungsgesellschaft ergänzt. Diese Positionierung gehört an den Anfang unseres Programms.

Migration ist eines der zentralen gesellschaftspolitischen Themen unserer Zeit, das grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechte und internationaler Solidarität berührt. Deswegen ist das Kapitel zu Migration sowie die Kapitel gegen Diskriminierung weiterer Marginalisierter und der Kampf gegen den aufkommenden Faschismus weiter nach oben zu rücken und kann u.a. nicht erst nach Tierrechten und Agrarwende Erwähnung finden. Es ist unsere Aufgabe als solidarische Linke den rassistischen Migrationsdebatten die Vision der Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Rechte und Chancen haben, entgegen zu setzen. Der Einsatz dafür ist eine ursoziale Frage!

Gerade in Zeiten zunehmender rassistischer und rechter Mobilisierung ist es wichtig, dass Die Linke ihre klare Position für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft und gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung von Anfang an - in der Präambel und durch die prominente Platzierung des Migrationskapitels - deutlich macht.

Der Einsatz für eine offene Einwanderungsgesellschaft, der Kampf gegen Diskriminierung und für eine gezielte Förderung zum Ausgleich jahrzehntelanger und immer noch währender Ausschlüsse und Diskriminierungen auch durch Quoten wirkt der sozialen Benachteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte und weiterer diskriminierter Gruppen entgegen. Die sozioökonomische Lage aller Menschen, gerade auch der unter besonders prekären Bedingungen lebenden und arbeitenden, ist Kernaufgabe einer solidarischen Linken.

### **weitere Antragstellende**

Vincent Bababouilabo, Pilar Caballero Alvarez (Delegierte BAG queer), Elif Eralp (Delegierte BV Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin), Ferat Koçak (Delegierter BV Neukölln, Berlin), Ezequiel Pascual, Sofia Leonidakis (Delegierte Bremen), Canan Turan, Kilian Chauniere (Delegierter Bremen), Jens Hurling (Delegierter Bremen), Martha Kleedörfer (Delegierte BV Mitte, Berlin), Hannah Vongries (Delegierte BV Neukölln, Berlin).

## **Antrag L.1.1225.1**

Änderungsantrag zu L.1-08

**Antragsteller\*in:**

Ines Schwerdtner (Berlin)

## Zeile 1225 - 1236

1225 ~~Wenn Steuersenkungen und Deregulierung das richtige Rezept wären, um eine~~  
1226 ~~wettbewerbsfähige Wirtschaft aufzubauen, dann müssten Monaco, die Kaimaninseln und der~~  
1227 ~~Sachsenwald blühende Produktionslandschaften sein. Sind sie aber nicht. In Steueroasen~~  
1228 ~~entstehen weder Industriearbeitsplätze, noch werden dort innovative Unternehmen gegründet.~~  
1229 ~~Eine international wettbewerbsfähige Produktion hat andere Voraussetzungen: Eine~~Wir wollen  
eine Wirtschaftspolitik für die Mehrheit, die die Voraussetzungen für breiten gesellschaftlichen  
Wohlstand schafft. Dazu zählen eine gute  
1230 Infrastruktur, ausgebildete Fachkräfte, qualifizierte Dienstleister und Zulieferer,  
1231 Bildung, Forschung, eine ausgewogene Wirtschaftslandschaft aus unterschiedlichen Branchen  
1232 und Unternehmensgrößen, Lebensqualität und politische Stabilität. Eine Wirtschaft für  
~~schauf, sondern die~~  
1234 ~~Situation von Beschäftigten, Konsument\*innen, Kleinunternehmen und Unternehmen der~~  
1235 ~~Daseinsvorsorge ebenso in den Blick nimmt: Die~~ausgerichtet ~~ist nicht nur sozial gerechter,~~  
~~sondern~~  
1236 ~~auch wirtschaftlich erfolgreicher, sondern die Situation von Beschäftigten, Konsument\*innen,~~  
Kleinunternehmen und Unternehmen der Daseinsvorsorge ebenso in den Blick nimmt.

## Begründung

Hier die Argumentation etwas straffen und schneller zum Punkt kommen.

## Antrag L.1.1226.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller*in:	BAG Klimagerechtigkeit
-------------------	------------------------

## Zeile 1226 - 1232

1225 Wenn Steuersenkungen und Deregulierung das richtige Rezept wären, um eine  
1226 ~~wettbewerbsfähige~~stabile Wirtschaft aufzubauen, dann müssten Monaco, die Kaimaninseln und  
der  
1227 Sachsenwald blühende Produktionslandschaften sein. Sind sie aber nicht. In Steueroasen  
1228 entstehen weder Industriearbeitsplätze, noch werden dort innovative Unternehmen gegründet.  
1229 ~~Eine international wettbewerbsfähige~~Eine zukunftsfähige Produktion hat andere  
Voraussetzungen: Eine ~~gute~~  
verlässliche Infrastruktur, ausgebildete Fachkräfte, qualifizierte Dienstleister und Zulieferer,  
1231 Bildung, Forschung, eine ausgewogene Wirtschaftslandschaft aus unterschiedlichen Branchen  
1232 und Unternehmensgrößen, hohe Menschenrechts- und Umweltstandards, Lebensqualität und  
politische Stabilität. Eine Wirtschaft für  
1233 alle, die nicht nur auf ein paar ausgewählte Leuchtturmprojekte schaut, sondern die  
1234 Situation von Beschäftigten, Konsument\*innen, Kleinunternehmen und Unternehmen der  
1235 Daseinsvorsorge ebenso in den Blick nimmt: Die ist nicht nur sozial gerechter, sondern  
1236 auch wirtschaftlich erfolgreicher.

## Begründung

Als Partei des demokratischen Sozialismus sollten wir uns das Ziel der herrschenden ökonomischen Diskurse, den Standort Deutschland möglichst dominant im internationalen Wettbewerb zu positionieren, so nicht zu eigen machen. Mit der Perpetuierung globaler Gerechtigkeit und einer global nachhaltigen Ökonomie muss die Doktrin der Zurichtung einzelner Staaten auf globale Wettbewerbsfähigkeit nicht internalisiert, sondern problematisiert werden. Deutschland schafft als gewichtige Stimme auf dem internationalen Parkett immer wieder die Rahmenbedingungen des weltweiten Handels mit - zementierte Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse inklusive. Fairer Wettbewerb unter diesen Bedingungen ist ein großer Schwindel.

## Antrag L.1.1237.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1237 - 1243

1237 Gleichzeitig befinden wir uns in einem Prozess, der ~~eine zügige, grundlegende~~  
1238 ~~Modernisierung~~ einen zügigen, grundlegenden sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft  
erfordert: Weil die Produktions- und Lebensweise  
1239 klimaneutral werden muss, weil es um Innovation geht, weil die Balance zwischen Öffnung  
1240 und Sicherheit auch für Lieferketten, Handelswege und Energieversorgung neu bestimmt  
1241 werden muss. Das geht nur mit einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik. Dazu gehören  
1242 klare und langfristige Zielvorgaben, mit welchen Technologien und mit welchen Förderungen  
1243 dieser Umbau erreicht werden soll, denn ohne einen klaren Rahmen können auch Private nicht  
1244 investieren. Dazu gehört aber auch, dass niemand beim Umbau auf der Strecke bleibt, dass  
1245 Beschäftigte qualifiziert und abgesichert werden und dass die untere Einkommenshälfte von  
1246 den Kosten der Transformation freigestellt wird.

### Begründung

Der sozial-ökologische Umbau ist unser Framing für die Transformation aller gesellschaftlichen Sektoren, selbstverständlich auch der Ökonomie. Die im Begriff enthaltene Zielbestimmung ist aussagekräftiger und weniger beliebig als "Modernisierung".

## Antrag L.1.1241.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 1241

1237 Gleichzeitig befinden wir uns in einem Prozess, der eine zügige, grundlegende  
1238 Modernisierung der Wirtschaft erfordert: Weil die Produktions- und Lebensweise  
1239 klimaneutral werden muss, weil es um Innovation geht, weil die Balance zwischen Öffnung  
1240 und Sicherheit auch für Lieferketten, Handelswege und Energieversorgung neu bestimmt  
1241 ~~werden muss. Das geht nur mit~~ werden muss. Endloses - auch grünes - Wachstum in einer aktiven-  
staatlichen endlichen Welt ist damit unvereinbar. Nötig ist eine aktive staatliche  
Wirtschaftspolitik. Dazu gehören

1242 klare und langfristige Zielvorgaben, mit welchen Technologien und mit welchen Förderungen  
1243 der Umbau erreicht werden soll, denn ohne einen klaren Rahmen können auch Private nicht  
1244 investieren. Dazu gehört aber auch, dass niemand beim Umbau auf der Strecke bleibt, dass  
1245 Beschäftigte qualifiziert und abgesichert werden und dass die untere Einkommenshälfte von  
1246 den Kosten der Transformation freigestellt wird.

## Begründung

Die Erzählung vom grünen Wachstum dominiert die Klimapolitik, der Bundesregierung, der EU, der Grünen, der SPD, Volts... Dabei ist die Klimawissenschaft sich überwiegend einig, dass Wirtschaftswachstum nicht vom Ressourcenverbrauch entkoppelbar ist. Eine ernsthafte Klimapartei muss sich abgrenzen von dem kapitalistischen Narrativ und klare Position beziehen. Außerdem ist der Begriff des Grünen Wachstums ein wichtiges klimapolitisches Schlagwort, zu dem wir uns äußern sollten.

## Antrag L.1.1245.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 1245

1237 Gleichzeitig befinden wir uns in einem Prozess, der eine zügige, grundlegende  
1238 Modernisierung der Wirtschaft erfordert: Weil die Produktions- und Lebensweise  
1239 klimaneutral werden muss, weil es um Innovation geht, weil die Balance zwischen Öffnung  
1240 und Sicherheit auch für Lieferketten, Handelswege und Energieversorgung neu bestimmt  
1241 werden muss. Das geht nur mit einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik. Dazu gehören  
1242 klare und langfristige Zielvorgaben, mit welchen Technologien und mit welchen Förderungen  
1243 der Umbau erreicht werden soll, denn ohne einen klaren Rahmen können auch Private nicht  
1244 investieren. Dazu gehört aber auch, dass niemand beim Umbau auf der Strecke bleibt, dass  
1245 Beschäftigte in ihren Betrieben und in der Politik mitentscheiden können, qualifiziert und  
abgesichert werden und dass die untere Einkommenshälfte von  
1246 den Kosten der Transformation freigestellt wird.

## Begründung

Die Wirtschaft muss nicht nur innovativer und klimaneutral werden, sie muss auch demokratischer werden. Denn in den Belegschaften sind sehr viel know how, sehr viele Erfahrungen und sehr viele Ideen für einen zukunftsfähigen Umbau der Wirtschaft vorhanden. Dieses Potential darf nicht nur der kapitalistischen Verwertung zu Gute kommen. Der Abschnitt endet mit "Wir wollen den demokratischen Sozialismus". Um den demokratischen Sozialismus zu ermöglichen, ist der Machtaufbau von unten, sowohl in der Gesellschaft. als auch in den Betrieben, essenziell. Daher sollten wir bei jeder Gelegenheit betonen, dass Die Linke die Partei ist, die mit den Beschäftigten für eine demokratische Teilhabe an den Prozessen, die ihren (Arbeits)Alltag unmittelbar betreffen, kämpft.

## Antrag L.1.1247.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in:

BAG Ökologischen Plattform, Unterarbeitsgruppe Energie der  
BAG Wirtschafts und Finanzpolitik

#### Zeile 1247 - 1254

~~1247 Die Grenzen des fossilen Kapitalismus sind erreicht. Trotzdem halten Konzerne an ihrer  
1248 Wirtschaftsweise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu schützen. Einige wenige  
1249 Großvermögende werden dadurch immer reicher, indem sie die große Mehrheit für sich  
1250 arbeiten lassen und die Natur hemmungslos ausbeuten und das Klima anheizen. Wir wollen  
1251 diese Wirtschaftsweise überwinden. Unser Ziel ist eine gerechte, nachhaltige Wirtschaft,  
1252 die der großen Mehrheit der Menschen ein besseres Leben ermöglicht und dabei die  
1253 natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert. Wir wollen den demokratischen  
1254 Sozialismus.~~

Eine ökologische Energie- und Wärmewende, der sozial-ökologische Umbau der Industrie und  
Wirtschaft werden nur gelingen, wenn sie sozial gerecht, demokratisch und solidarisch erfolgen.  
Die Potenziale zur Senkung des Energie- und Wärmeverbrauchs und zur Steigerung der  
Produktion und Anwendung von erneuerbaren Energien werden nur erschlossen, wenn auf das  
demokratische Engagement gesetzt wird – das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der in  
den Betrieben, Einrichtungen und Verwaltungen Beschäftigten. Kinder und Jugendliche in den  
Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sollen eingeladen werden, sich aktiv einzumischen. Die  
Bundespolitik soll daher die Beteiligung an der Energie- und Wärmewende fördern. Sie soll  
sowohl die solidarische Selbsthilfe von Menschen unterstützen, die unter Energiearmut leiden,  
als auch jene fördern, die derartige Projekte stärken, ausbauen und verallgemeinern wollen. Wir  
fordern ein Programm „Energiearmut durch erneuerbare Energien bekämpfen“ und die  
Unterstützung der Initiative „Soziale Wärmewende Jetzt!“. Der neue Bundestag soll Gesetze  
beschließen, die die demokratischen, sozialen und ökologischen Standards erhöhen. Die Rechte  
der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere als Mieterinnen und Mieter, Verbraucherinnen und  
Verbraucher, abhängig Beschäftigte und Selbständige und ihrer Interessenvertretungen sollen so  
ausgebaut werden, dass sie den sozial-ökologischen Umbau der Industrie und der Wirtschaft  
forcieren können. Die Grenzen des fossilen Kapitalismus sind erreicht: Trotzdem halten  
Konzerne an ihrer Wirtschaftsweise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu schützen.  
Einige wenige Großvermögende werden dadurch immer reicher, indem sie die große Mehrheit für  
sich arbeiten lassen und die Natur hemmungslos ausbeuten und das Klima anheizen. Wir wollen  
diese Wirtschaftsweise überwinden. Unser Ziel ist eine gerechte, nachhaltige Wirtschaft, die der  
großen Mehrheit der Menschen ein besseres Leben ermöglicht und dabei die natürlichen  
Grenzen unseres Planeten respektiert. Wir wollen den demokratischen Sozialismus.

#### Begründung

An dieser Stelle sollte unser grundsätzliches Herangehen an den sozial-ökologischen Umbau von  
Wirtschaft und Gesellschaft als demokratischer, sozial gerechter und solidarischer  
Transformationsprozess erklärt werden.

#### Antrag L.1.1247.2

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in:

Matthias Böhringer

## Zeile 1247 - 1254

1247 Die Grenzen des fossilen Kapitalismus und der auf ewiges Wachstum erpichten Wirtschaft sind erreicht: Trotzdem halten Konzerne an ihrer  
1248 Wirtschaftsweise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu schützen. Einige wenige  
1249 Großvermögende werden dadurch immer reicher, indem sie die große Mehrheit für sich  
1250 arbeiten lassen und die Natur hemmungslos ausbeuten und das Klima anheizen. Wir wollen  
1251 diese Wirtschaftsweise überwinden. Unser Ziel ist eine gerechte, nachhaltige Wirtschaft,  
1252 die der großen Mehrheit der Menschen ein besseres Leben ermöglicht und dabei die  
1253 natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert. Wir wollen den demokratischen  
1254 Sozialismus.

Wir geben den ökonomischen Lehren abseits des Wachstumsdogmas für gutes Leben Chancen. Denn für das Wirtschaftswachstum werden die Hemmschwellen zur Ausbeutung der Ressourcen immer niedriger gesetzt. Der Planet trägt diesen Extraktivismus nicht mehr. Wir spielen die ökologische Transformation der Wirtschaft nicht gegen Wohlstand aus und arbeiten mit sozialer gemeinnütziger Politik gegen Abstiegsängste. Bei einem Beitrag der Industrie zur Wertschöpfung von ca 23 % ist eine Sichtweise realistisch, dass Dienstleistungen, Handwerk, Landwirtschaft bedeutende Wirtschaftsteile mit mannigfaltigen Beschäftigungsmöglichkeiten sind. Diese verdienen unsere Anerkennung.

## Begründung

Der Hinweis auf die planetaren Grenzen, Ökonomie abseits Wachstumsdogmus, Überbewertung der Industrie als Beitrag zur Wertschöpfung ist wichtig. Der Absatz arbeitet dem Absatz Zeile 1268 vor wo auf Abbau der Windkraftindustrie und nötigen Aufbau derselben sowie Solarindustrie hingewiesen wird

## Antrag L.1.1251.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller*in:	Landesvorstand Hamburg
-------------------	------------------------

## Zeile 1251

1247 Die Grenzen des fossilen Kapitalismus sind erreicht: Trotzdem halten Konzerne an ihrer  
1248 Wirtschaftsweise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu schützen. Einige wenige  
1249 Großvermögende werden dadurch immer reicher, indem sie die große Mehrheit für sich  
1250 arbeiten lassen und die Natur hemmungslos ausbeuten und das Klima anheizen. Wir wollen  
1251 diese Wirtschaftsweise überwinden und Suffizienzstrategien entwickeln. Unser Ziel ist eine  
gerechte, nachhaltige Wirtschaft,  
1252 die der großen Mehrheit der Menschen ein besseres Leben ermöglicht und dabei die  
1253 natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert. Wir wollen den demokratischen  
1254 Sozialismus.

## Begründung

Wenn wir kein ewiges Wachstum wollen und die Grenzen des Planeten respektieren, müssen wir klären, was ist ausreichend / suffizient. Viele solcher Beispiele sind bereits im Programm, zB keine

Tierfabriken, weniger Individualverkehr, weniger Abfall und mehr Reparaturen von Produkten. Dazu gehört das Stichwort der Suffizienz im Sinne der Nachhaltigkeit.

## Antrag L.1.1252.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Cuba sí

### Zeile 1252 - 1253

1247 Die Grenzen des fossilen Kapitalismus sind erreicht: Trotzdem halten Konzerne an ihrer  
1248 Wirtschaftsweise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu schützen. Einige wenige  
1249 Großvermögende werden dadurch immer reicher, indem sie die große Mehrheit für sich  
1250 arbeiten lassen und die Natur hemmungslos ausbeuten und das Klima anheizen. Wir wollen  
1251 diese Wirtschaftsweise überwinden. Unser Ziel ist eine gerechte, nachhaltige Wirtschaft,  
1252 die der großen Mehrheit der Menschen ein besseres Leben ermöglicht ~~und~~, dabei die  
1253 natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert und nicht durch Rüstung und Kriege die  
Lebensgrundlagen unseres Planeten zerstört. Wir wollen den demokratischen  
1254 Sozialismus.

### Begründung

Begründung: Erfolgt mündlich

## Antrag L.1.1260.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1260

1255 Die letzten drei Jahre waren verheerend für den Klimaschutz. In keinem Bereich gab es  
1256 grundlegende Fortschritte, stattdessen wurde das sowieso schon dünne Klimaschutzgesetz der  
1257 Vorgängerregierung noch aufgeweicht. Alle kosmetischen Maßnahmen haben die Bedürfnisse  
der  
1258 Menschen ignoriert. Damit hat die Ampel-Regierung die große Bereitschaft der Bevölkerung,  
1259 auch weitreichende Klimaschutzmaßnahmen mitzutragen zerstört. Unsere Wirtschaftspolitik  
1260 richtet sich gegen die soziale Spaltung im Land und die ökologische Zerstörung, hierzulande und  
international. Wir verlangen Anerkennung und Respekt für  
1261 alle diejenigen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Das bedeutet, in den Umbau der  
1262 Wirtschaft investieren und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Kosten nicht den  
1263 Beschäftigten und der großen Mehrheit aufgebürdet werden. Klimaschutz und soziale  
1264 Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen: Ohne soziale Gerechtigkeit hat die  
1265 Mehrheit gar keine Möglichkeit, Klimaschutz im Alltag umzusetzen. Ohne Klimaschutz wird es  
1266 keine soziale Gerechtigkeit mehr geben, denn der Klimawandel trifft die am stärksten, die  
1267 finanziell schlechter gestellt sind.

### Begründung

Wir sollten die Zielrichtung unserer Wirtschaftspolitik weder allein auf den soziale Frage profilieren noch auf den bundesdeutschen Kontext reduzieren. Uns erscheint die hier vorgeschlagene Formulierung deswegen treffender.

## Antrag L.1.1263.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Cuba sí

### Zeile 1263 - 1267

1255 Die letzten drei Jahre waren verheerend für den Klimaschutz. In keinem Bereich gab es  
1256 grundlegende Fortschritte, stattdessen wurde das sowieso schon dünne Klimaschutzgesetz der  
1257 Vorgängerregierung noch aufgeweicht. Alle kosmetischen Maßnahmen haben die Bedürfnisse  
der  
1258 Menschen ignoriert. Damit hat die Ampel-Regierung die große Bereitschaft der Bevölkerung,  
1259 auch weitreichende Klimaschutzmaßnahmen mitzutragen zerstört. Unsere Wirtschaftspolitik  
1260 richtet sich gegen die soziale Spaltung im Land. Wir verlangen Anerkennung und Respekt für  
1261 alle diejenigen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Das bedeutet, in den Umbau der  
1262 Wirtschaft investieren und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Kosten nicht den  
1263 Beschäftigten und der großen Mehrheit aufgebürdet werden. Klimaschutz ~~und soziale~~  
1264 Gerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Frieden gehören für uns untrennbar zusammen: Ohne  
soziale Gerechtigkeit hat die  
1265 Mehrheit gar keine Möglichkeit, Klimaschutz im Alltag umzusetzen. Ohne Klimaschutz wird es  
1266 keine soziale Gerechtigkeit mehr geben, denn der Klimawandel trifft die am stärksten, die  
1267 finanziell schlechter gestellt sind. Und ein Krieg würde - auch in unserem Land - unzählige  
Menschenleben fordern, er würde Menschen in Armut und Obdachlosigkeit stürzen, unglaubliche  
Zerstörungen der Umwelt bedeuten sowie große Gebiete unseres Planeten auf Jahrzehnte  
unbewohnbar machen.

### Begründung

Erfolgt mündlich

## Antrag L.1.1265.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1265

1255 Die letzten drei Jahre waren verheerend für den Klimaschutz. In keinem Bereich gab es  
1256 grundlegende Fortschritte, stattdessen wurde das sowieso schon dünne Klimaschutzgesetz der  
1257 Vorgängerregierung noch aufgeweicht. Alle kosmetischen Maßnahmen haben die Bedürfnisse  
der  
1258 Menschen ignoriert. Damit hat die Ampel-Regierung die große Bereitschaft der Bevölkerung,  
1259 auch weitreichende Klimaschutzmaßnahmen mitzutragen zerstört. Unsere Wirtschaftspolitik  
1260 richtet sich gegen die soziale Spaltung im Land. Wir verlangen Anerkennung und Respekt für  
1261 alle diejenigen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Das bedeutet, in den Umbau der

1262 Wirtschaft investieren und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Kosten nicht den  
1263 Beschäftigten und der großen Mehrheit aufgebürdet werden. Klimaschutz und soziale  
1264 Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen: Ohne soziale Gerechtigkeit hat die  
1265 Mehrheit gar keine Möglichkeit, Klimaschutz im Alltag umzusetzen. ~~Ohne Klimaschutz wird es~~  
Auch global betrachtet sitzen wir nicht alle im selben Boot. Der Ressourcenverbrauch ist extrem  
ungleich verteilt. Das gilt zwischen reichen und armen Menschen innerhalb des Landes,  
innerhalb der Europäischen Union und zwischen reichen und armen Staaten. Gleichzeitig sind  
die Armen von Umweltveränderung und Verschmutzung am stärksten betroffen. Wer Vermögen  
besitzt, kann sich besser vor Hitze, Trockenheit und Überschwemmung schützen. Die Armen  
können das nicht. Die Naturzerstörung bedroht unsere materiellen Lebensgrundlagen und wird  
in Deutschland und global zur Klassenfrage. Zusätzlich leiden insbesondere Frauen und Kinder  
überdurchschnittlich unter der Klimakatastrophe und den Umweltschäden. Ohne Klimaschutz  
wird es  
1266 keine soziale Gerechtigkeit mehr geben, denn der Klimawandel trifft die am stärksten, die  
1267 finanziell schlechter gestellt sind.

## Begründung

Wollen nicht zurückfallen, hinter unserer Klimagerechtigkeitspositionen vom EWP 2024, woher die Formulierung fast komplett kommt. Stehen als reicher Industriestaat anders da als die Länder des globalen Südens.

## Antrag L.1.1279.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller*in:	BAG Betrieb & Gewerkschaft
-------------------	----------------------------

### Zeile 1279

1277 Die deutsche Industrie ist stark abhängig vom Export, allen voran die wichtigen Branchen  
1278 Automobilindustrie und der Werkzeug- und Maschinenbau. Wir wollen die Industrieproduktion  
1279 unter Beteiligung der Beschäftigten umbauen und zukunftssicher machen. So sichern wir  
Beschäftigung und gute Arbeit. Darum  
1280 wollen wir die Produktion für den Binnenmarkt und die Herstellung nachhaltige Güter  
1281 stärken. Wir setzen uns für die zivile und ökologisch nachhaltige Konversion der  
1282 Industrieproduktion ein. Zentral ist der Umbau der Rüstungsindustrie in Richtung  
1283 Friedensproduktion und die Weiterentwicklung der Automobilindustrie im Rahmen einer  
1284 aufzubauenden Mobilitätsindustrie, für die der Staat durch Investitionen in die  
1285 Verkehrswende die Nachfrage schaffen muss. Wir wollen gute Arbeit schaffen, das Klima  
1286 schützen sowie nachhaltig öffentliches Eigentum und Mitbestimmung stärken. Wir wollen  
1287 regionale Wirtschaftskreisläufe aufbauen und dadurch Transport-Emissionen reduzieren: Wir  
1288 wollen, dass Produkte möglichst nah an dem Ort hergestellt werden, wo sie gebraucht  
1289 werden. Lieferketten werden kürzer, zuverlässiger und belasten die Umwelt weniger. Anstatt  
1290 Industriekomponenten um die Welt oder quer durch Europa zu schicken, um die billigsten  
1291 Löhne auszuschöpfen, wollen wir integrierte Produktionsabläufe stärken. Das sichert lokale  
1292 Arbeitsplätze und stärkt die Regionen abseits der Metropolen.

## Begründung

In den Belegschaften kann Akzeptanz für den Umbau nur entstehen, wenn die Beschäftigten in die Entscheidungen einbezogen werden. In den Belegschaften sind auch sehr viele Ideen und sehr viel technisches Wissen vorhanden. Dieses Potenzial ist unabdingbar für den Umbau der Industrieproduktion.

## Antrag L.1.1286.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 1286

1277 Die deutsche Industrie ist stark abhängig vom Export, allen voran die wichtigen Branchen  
1278 Automobilindustrie und der Werkzeug- und Maschinenbau. Wir wollen die Industrieproduktion  
1279 umbauen und zukunftssicher machen. So sichern wir Beschäftigung und gute Arbeit. Darum  
1280 wollen wir die Produktion für den Binnenmarkt und die Herstellung nachhaltige Güter  
1281 stärken. Wir setzen uns für die zivile und ökologisch nachhaltige Konversion der  
1282 Industrieproduktion ein. Zentral ist der Umbau der Rüstungsindustrie in Richtung  
1283 Friedensproduktion und die Weiterentwicklung der Automobilindustrie im Rahmen einer  
1284 aufzubauenden Mobilitätsindustrie, für die der Staat durch Investitionen in die  
1285 Verkehrswende die Nachfrage schaffen muss. Wir wollen gute Arbeit schaffen, das Klima  
1286 schützen sowie nachhaltig öffentliches Eigentum [Genossenschaften, kollektives](#)  
[Belegschaftseigentum](#) und Mitbestimmung stärken. Wir wollen  
1287 regionale Wirtschaftskreisläufe aufbauen und dadurch Transport-Emissionen reduzieren: Wir  
1288 wollen, dass Produkte möglichst nah an dem Ort hergestellt werden, wo sie gebraucht  
1289 werden. Lieferketten werden kürzer, zuverlässiger und belasten die Umwelt weniger. Anstatt  
1290 Industriekomponenten um die Welt oder quer durch Europa zu schicken, um die billigsten  
1291 Löhne auszuschöpfen, wollen wir integrierte Produktionsabläufe stärken. Das sichert lokale  
1292 Arbeitsplätze und stärkt die Regionen abseits der Metropolen.

## Begründung

Als sozialistische Partei sollten wir uns positiv auf (Wirtschafts-)Demokratie von unten beziehen und nicht nur auf öffentliches Eigentum und staatliche Vertreter\*innen setzen. Kollektives Belegschaftseigentum haben wir in früheren Wahlprogrammen gefordert. - Ist immer noch gut!

## Antrag L.1.1293.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1293

1293 ~~Unser sozial-ökologisches Investitionsprogramm für den Industrieumbau~~  
Unser Investitionsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau

## Begründung

In diesem Kapitel geht es um eine sozial-ökologische Investitionsoffensive. Der von der linken Familie entwickelte Begriff "sozial-ökologischer Umbau" beschreibt dies treffend.

## Antrag L.1.1294.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1294 - 1299

1294 Wir fordern 200 Milliarden Euro für den ~~Industrieumbau~~ sozial-ökologischen Umbau: Das Geld fließt in einen  
1295 Investitionsfonds, aus dem Unternehmen entweder durch langfristige Kredite oder im  
1296 Austausch zu Gesellschaftsanteilen beim klimagerechten Umbau unterstützt werden.  
1297 Beschäftigte sollen einen Kredit erhalten, wenn sie einen Betrieb selbst übernehmen und  
1298 genossenschaftlich weiterführen wollen, auch im Fall einer Insolvenz, wenn eine  
1299 grundsätzliche Perspektive auf einen umweltfreundlichen wirtschaftlichen Weiterbetrieb besteht. Der Fonds  
1300 soll mittelfristig kostendeckend wirtschaften und Gewinne aus Beteiligungen oder Krediten  
1301 reinvestieren.

## Begründung

Begründung wie zur Überschrift: sozial-ökologischen Umbau als Begriff nutzen, dessen Konzept in der Linken entwickelt und damit aussagekräftig ist. Wirtschaftlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Ökologie miteinander verbinden.

## Antrag L.1.1300.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 1300

1294 Wir fordern 200 Milliarden Euro für den Industrieumbau: Das Geld fließt in einen  
1295 Investitionsfonds, aus dem Unternehmen entweder durch langfristige Kredite oder im  
1296 Austausch zu Gesellschaftsanteilen beim klimagerechten Umbau unterstützt werden.  
1297 Beschäftigte sollen einen Kredit erhalten, wenn sie einen Betrieb selbst übernehmen und  
1298 genossenschaftlich weiterführen wollen, auch im Fall einer Insolvenz, wenn eine  
1299 grundsätzliche Perspektive auf einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb besteht. Der Fonds  
1300 soll ~~mittelfristig kostendeckend wirtschaften und~~ Gewinne aus Beteiligungen oder Krediten  
1301 reinvestieren.

## Begründung

Der Industrieumbau-Fonds ist nicht zuletzt deshalb notwendig, weil die erforderlichen Investitionen äußerst langfristig wirken und nicht im Rahmen normaler betrieblicher Investitionen erbracht werden können. Er darf daher nicht daran gebunden werden, kostendeckend zu wirtschaften. Der Return für die öffentliche Hand liegt darin, dass der Industriestandort gesichert wird und künftige Steuereinnahmen generiert werden. Richtig ist dagegen, dass Gewinne aus Beteiligungen oder Krediten dem Fonds wieder zufließen sollen.

## Antrag L.1.1301.1

Änderungsantrag zu L.1-08

<b>Antragsteller*in:</b>	BAG Ökologischen Plattform, BAG Wirtschaftspolitik bei der ÖPF und weitere
--------------------------	--

### Zeile 1301

1294 Wir fordern 200 Milliarden Euro für den Industrieumbau: Das Geld fließt in einen  
1295 Investitionsfonds, aus dem Unternehmen entweder durch langfristige Kredite oder im  
1296 Austausch zu Gesellschaftsanteilen beim klimagerechten Umbau unterstützt werden.  
1297 Beschäftigte sollen einen Kredit erhalten, wenn sie einen Betrieb selbst übernehmen und  
1298 genossenschaftlich weiterführen wollen, auch im Fall einer Insolvenz, wenn eine  
1299 grundsätzliche Perspektive auf einen wirtschaftlichen Weiterbetrieb besteht. Der Fonds  
1300 soll mittelfristig kostendeckend wirtschaften und Gewinne aus Beteiligungen oder Krediten  
1301 reinvestieren.

Jüngste Studien haben erneut den Zusammenhang von Nachhaltigkeit, demokratischer Stabilität und Arbeiternehmer\*innenrechten verdeutlicht. Daher gehört zur Industrietransformation auch die Stärkung betrieblicher Mitbestimmung, von Mitarbeiterunternehmen und Wirtschaftsdemokratie. Ein neuer Bundestag soll Gesetze zur gemeinsamen Schaffung und Nutzung geistigen Eigentums beschließen, um die Entwicklung und Durchsetzung zukunftsweisender Technologien zu beschleunigen (etwa weiträumige Patent-Pools, Open-Hardware-Förderung, Ausbau digitaler Produktdatenbanken).

### Begründung

Die Hans-Böckler-Stiftung und Otto-Brenner-Stiftung haben 2023 und 2024 Studien vorgelegt, nach denen demokratisch verfasste bzw. mit hoher Mitbestimmung ausgestattete Unternehmen sozial und ökologisch nachhaltigere Unternehmensentscheidungen treffen. Zudem tendierten Arbeiter\*innen derartiger Unternehmen seltener zu rechtsradikalen Positionen. Mit der Berücksichtigung wirtschaftsdemokratischer Ansätze bei der Industrietransformation lassen sich demnach Zielkonflikte effektiv entschärfen, Kämpfe zusammenführen und sowohl Auswüchse des fossilen als auch des grünen Kapitalismus beschränken.

Patente und für wenige Konzerne geistiges Eigentum befördern immer wieder soziale Ungleichheit, verringern den Zugang zu egalitären Lebensverhältnissen und die Zugänglichkeit zu gleichen Lebensstandards und Weiterverwendung von Technologien. Mit der Verbreitung von Erzeugnissen aus dem Forschungstransfer, Open-Source-Technologien und Produktpässen können wir nicht nur gezielter Fortschritte in wünschenswerten Branchen forcieren, sondern auch die Reparierbarkeit und Nachnutzung von Produkten steigern sowie Pfade zu echter Kreislaufwirtschaft aufzeigen.

Der Antrag stärkt somit sowohl die Perspektiven der industriell Lohnarbeitenden als auch Gemeingut

kultivierender Wissenschaftler\*innen, Ingenieur\*innen und Zivilgesellschaft.

## weitere Antragstellende

Marcus Otto, Judith Dellheim

### Antrag L.1.1303.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: LV Bremen

#### Zeile 1303

1302 Darüber hinaus wollen wir den Klima- und Transformationsfonds (KTF) ausbauen und jährlich  
1303 mit ~~64,6~~ca. 60 Milliarden Euro ~~ausstatten:~~ausstatten. Die Zuführungen aus dem CO2-Preis wollen wir beenden, da daraus, wie ursprünglich geplant und versprochen, das soziale Klimageld finanziert wird. Das Geld wird unter anderem verwendet:

#### Begründung

Die genaue Zahl ist im Text nicht hergeleitet und untersetzt und verwirrt daher nur. Sinnvoll ist dagegen der Hinweis, dass die Finanzierung des KTF mit den Einnahmen aus dem CO2-Preis beendet werden muss, da sonst das Klimageld nicht funktioniert.

### Antrag L.1.1304.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BV Tempelhof-Schöneberg

#### Zeile 1304 - 1305

1304 • Für eine Anschubfinanzierung für neue Batterietechnologien und Energiespeicher. ~~Die-~~  
1305 ~~Herstellung und den Transport~~Den Einsatz von Wasserstoff wollen wir nur in Fällen fördern, wo  
1306 sie erwiesenermaßen notwendig ist und es keine praktikablen Alternativen gibt, etwa  
1307 für Langzeit-Energiespeicher oder als Grundstoff für die chemische Industrie;

#### Begründung

Die Nachfrage nach grünem Wasserstoff wird das Angebot desselben auf absehbare Zeit bei weitem übertreffen, wenn der Umbau der deutschen Industrie gelingen soll. Die Herstellung von Wasserstoff im Inland hat daher positive Auswirkungen auf die Energiesicherheit und führt zum Aufbau von Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätzen in Deutschland. Sie begrenzt außerdem die Notwendigkeit des Imports von Wasserstoff und somit die Verlagerung negativer Externalitäten der Energiewende (z.B. Flächenverbrauch) in Länder des globalen Südens. Anstatt die Förderung der Herstellung zu begrenzen, sollte daher der Einsatz von Wasserstoff auf priorisierte Anwendungsbereiche begrenzt werden, wie an anderen Stellen im Programm (z.B. 1505 ff.) auch gefordert.

### Antrag L.1.1304.2

**Antragsteller\*in:** BAG Ökologischen Plattform, Unterarbeitsgruppe Energie der BAG Wirtschafts und Finanzpolitik

#### Zeile 1304 - 1306

- 1304 • Für eine Anschubfinanzierung für neue Batterietechnologien und Energiespeicher. ~~Die-~~  
1305 ~~Herstellung und den Transport~~ Der Einsatz von Wasserstoff ~~wollen wir soll~~ nur in Fällen  
1306 ~~fördern~~ gefördert werden, wo  
1307 ~~sie~~ er erwiesenermaßen notwendig ist und es keine praktikablen Alternativen gibt, etwa für Langzeit-Energiespeicher oder als Grundstoff für die chemische Industrie;

#### Begründung

Die Nachfrage nach grünem Wasserstoff wird das Angebot desselben auf absehbare Zeit bei weitem übertreffen, wenn der Umbau der Industrie in Deutschland gelingen soll. Anstatt die Förderung der Herstellung zu begrenzen, sollte daher der Einsatz von Wasserstoff auf priorisierte Anwendungsbereiche begrenzt werden, wie an anderen Stellen im Programm (z.B. 1505 ff.) auch gefordert. Neben der Euphorie

### Antrag L.1.1304.3

Änderungsantrag zu L.1-08

**Antragsteller\*in:** Matthias Böhringer

#### Zeile 1304

- 1304 • Förderung von Lehrstühlen abseits der einseitigen Ökonomie des Homo Oeconomicus und des  
1305 Wachstumsdogmas. Mit der Donut-Ökonomie, Gemeinwohlökonomie stehen einige  
Wirtschaftsmodelle für ein gutes Leben bereit, dass den Fortbestand des Gedeihens auf  
unserem Planeten sichert. Diese dringen aber in den Medien, Politik und Wirtschaft nicht  
durch.
- Für eine Anschubfinanzierung für neue Batterietechnologien und Energiespeicher. Die  
1305 Herstellung und den Transport von Wasserstoff wollen wir nur in Fällen fördern, wo  
1306 sie erwiesenermaßen notwendig ist und es keine praktikablen Alternativen gibt, etwa  
1307 für Langzeit-Energiespeicher oder als Grundstoff für die chemische Industrie;

#### Begründung

Die herrschende Ökonomie kann nicht als Wissenschaft bezeichnet werden, da sie nur die Wachstumsideologie des Kapitalismus zulässt.

Das Wirtschaftsmodell der Donut-Ökonomie geht auf die Wirtschaftswissenschaftlerin und Oxford-Professorin Kate Raworth zurück.

Mit der Donut-Ökonomie soll es gelingen, die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern:

1. Allen Menschen müssen die wesentlichen Lebensgrundlagen zur Verfügung stehen.
2. Gleichzeitig muss die Wirtschaft sicherstellen, dass sie dabei die lebenserhaltenden Systeme der Erde nicht überstrapaziert.

Diese beiden Anforderungen setzen in der Donut-Ökonomie den Rahmen, in dem sich das wirtschaftliche Leben bewegen soll.

Den Namen hat das Wirtschaftsmodell von seinen zwei Kreisen: Einem äußeren und einem inneren Kreis, die an das Gebäck mit dem Loch in der Mitte erinnern.

<https://utopia.de/ratgeber/donut-oekonomie-das-steckt-hinter-dem-konzept/>

...

Die Ziele zum Erhalt der Biosphäre werden darin im äußeren Ring angeordnet. Überschreitet menschliches Handeln diesen Ring, kommt es zum Chaos. In einem inneren Ring sind die Bedürfnisse des Menschen, also soziale Ziele. In einem Zwischenraum sind alle Ziele angeordnet die für Mensch und Umwelt dienlich sind, wie auskömmliche + nachhaltige Wirtschaft, Ausbau Erneuerbare Energie, Ungleichheit überwinden.

Christian Felber lehrt die Gemeinwohlökonomie.

## Antrag L.1.1308.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 1308 - 1309

- 1308 • Um ~~die energieintensive Industrie in Notlagen zeitweise beim~~ einen international  
1309 wettbewerbsfähigen Industriestrompreis zu  
~~unterstützen;~~ finanzieren;

### Begründung

Der Industriestrompreis ist notwendig, bis die Verbilligung des Strompreises durch die Energiewende greift, was bis Mitte der 2030er Jahre dauern wird. Er ist nicht an temporäre Notlagen gebunden, sondern soll ein level playing field herstellen. Maßstab ist der europäische und internationale Vergleich.

## Antrag L.1.1310.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1310

- 1310 • Und für einen Rettungsschirm für die Zuliefererbetriebe in der Automobilindustrie ~~in-~~ sowie  
1311 der Chemie-, Stahl- und Maschinenbauindustrie in  
Höhe von 20 Milliarden Euro.

### Begründung

Es sieht in anderen Industriesektoren vielfach nicht anders aus. Auch wenn die aktuelle Diskussion einen starken Fokus auf die Automobilindustrie nahelegt, sollten wir die anderen Bereiche hier mit

anführen.

## Antrag L.1.1316.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1316

1315 • Auf europäischer Ebene setzt sich Die Linke für eine Ausweitung der Ausnahmen und  
1316 Änderung des Europäischen Beihilferechts ein. Nur so wird ~~eine echte~~ sozial-ökologische  
1317 Industriepolitik  
möglich.

### Begründung

"echte Industriepolitik" klingt nicht nach linker Kernmarke, sondern sehr vage und könnte bei allen im Bundestag vertretenen Parteien stehen. "sozial-ökologische Industriepolitik" setzt uns ab, und entspricht einem Konzept.

## Antrag L.1.1319.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 1319 - 1320

1318 Dabei gilt: Kein Steuergeld ohne Gegenleistung. Staatliche Gelder (egal ob direkte  
1319 Hilfszahlungen oder indirekte Subventionen) binden wir an langfristige Garantien ~~von-~~  
1320 Arbeitsplätzen vom Verzicht auf Kündigungen, Tarifverträgen, Standortverpflichtungen und  
verbindliche  
1321 Investitionspläne. So treiben wir den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran,  
1322 sichern Arbeitsplätze und Einkommen für die Beschäftigten.

### Begründung

Da sollte man vorsichtig sein und zwischen Beschäftigungabbau und (betriebsbedingten) Kündigungen unterscheiden. Wenn man weniger Leute in der Automobilindustrie braucht, dann ist es nicht sinnvoll, das jetzige Beschäftigungsniveau für alle Zeiten festzuschreiben (das wird ja auch ein paar Zeilen später anerkannt).

## Antrag L.1.1321.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1321

1318 Dabei gilt: Kein Steuergeld ohne Gegenleistung. Staatliche Gelder (egal ob direkte  
1319 Hilfszahlungen oder indirekte Subventionen) binden wir an langfristige Garantien von  
1320 Arbeitsplätzen, Tarifverträgen, Standortverpflichtungen und verbindliche  
1321 sozial-ökologische Investitionspläne. So treiben wir den notwendigen ökologischen Umbau der  
Produktion voran,  
1322 sichern Arbeitsplätze und Einkommen für die Beschäftigten.

## Begründung

Begründung wie oben.

## Antrag L.1.1324.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1324

1323 • Wenn Betriebe betriebsbedingte Kündigungen aussprechen und sich nicht an  
1324 Beschäftigungsvereinbarungen halten oder ökologische Standards ignorieren, müssen sie  
Fördergelder zurückzahlen. Es dürfen  
1325 keine Unternehmen in Steueroasen gefördert werden. Dividendenausschüttungen müssen  
1326 bei der Inanspruchnahme von Förderungen untersagt werden.

## Begründung

Wie gehabt: Verbindung sozial-ökologischer Punkte

## Antrag L.1.1326.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 1326

1323 • Wenn Betriebe betriebsbedingte Kündigungen aussprechen und sich nicht an  
1324 Beschäftigungsvereinbarungen halten, müssen sie Fördergelder zurückzahlen. Es dürfen  
1325 keine Unternehmen in Steueroasen gefördert werden. Dividendenausschüttungen müssen  
1326 bei der Inanspruchnahme von ~~Förderungen~~ Krisenhilfen für in Notlage geratene Unternehmen  
untersagt werden.

## Begründung

Wenn Unternehmen staatliche Krisenhilfen erhalten, da sie sich sonst nicht aus einer betriebswirtschaftlichen Schieflage befreien können, sollen sie nicht auf der anderen Seite Dividenden ausschütten. Das ist jedoch zu unterscheiden von der Inanspruchnahme von

Förderungen, die z.B. dem nachhaltigen Industrieumbau dienen. Hier wäre es falsch, Gewinnausschüttungen zu verbieten, denn Förderungen sind eine normale betriebliche Einnahme und würden ansonsten erst gar nicht in Anspruch genommen.

## Antrag L.1.1333.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1333 - 1335

- 1327 • Öffentliche Steuerung von Schlüsselbranchen durch die Gründung von  
1328 Industriefondationen und anderen öffentliche Beteiligungsformen neben dem  
1329 Investitionsfonds. Finanziert durch den Bund sollen gezielt Anteile an Unternehmen  
1330 erworben werden, die eine Schlüsselrolle im Systemwechsel einnehmen, und damit den  
1331 klimagerechten Umbau besser steuern. So schützen wir auch kritische Infrastruktur,  
1332 wie Raffinerien, Pipelines, Energiespeicher oder Häfen, vor dem Ausverkauf an  
1333 autoritäre Regime oder private Konzerne. Öffentliche Unternehmen müssen der Motor ~~der~~  
1334 ~~industriellen Erneuerung werden~~, des sozial-ökologischen Umbaus werden und eine steuernde  
1335 Rolle einnehmen ~~und die Kompetenzen~~  
~~privater Unternehmen in Kooperationen einbinden~~.

### Begründung

Alleine "Industrielle Erneuerung" widerspricht dem Kapitel „Ressourcen schonen“ und der langjährigen Vorarbeit zum sozial-ökologischen Umbau, zu Verkehrs- und Energiewende.

Die Linke setzt auf öffentliche Unternehmen. Die Einbindung privater Akteure in dieser offenen Form ist zu vage und kapitalistisch.

## Antrag L.1.1336.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1336 - 1340

- 1336 • ~~Klimagerechte Leitmärkte schaffen~~: Klimafreundliche Produktion fördern: Durch die öffentliche  
1337 Beschaffung und  
1338 Produktstandards und Quoten kann auf Leitmärkten, zum Beispiel in der Stahlindustrie,  
1339 ~~klimafreundlich~~ den ökologischsten und tariflich abgedeckt produzierten Produkten Vorteile  
1340 eingeräumt  
werden. Es werden die Unternehmen belohnt, die am schnellsten und günstigsten  
~~klimafreundliche~~ am wenigsten klimaschädlichen Produkte Produkte anbieten können und  
gleichzeitig gute Arbeit und  
1341 gewerkschaftliche Mitbestimmung garantieren.

### Begründung

Es gibt keine klimagerechten Leitmärkte oder klimafreundliche Stahlproduktion.

## Antrag L.1.1346.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 1346

1342 • Wirtschafts- und Transformationsräte: In den Regionen, die vom Strukturwandel  
1343 betroffen sind, wollen wir Wirtschafts- und Transformationsräte einsetzen, die über  
1344 Geld aus dem Klima- und Transformationsfonds verfügen und den Umbau vor Ort  
1345 mitgestalten. Neben Landesregierungen, Kommunen und Unternehmen, sollen auch  
1346 Gewerkschaften, Betriebsräte, Beschäftigte sowie Umwelt- und Sozialverbände  
gleichberechtigtes Stimmrecht haben.

### Begründung

Es ist in bereits bestehenden Transformationsräten üblich, dass Betriebsräte dazugehören. Deswegen sollten wir sie in der Aufzählung keinesfalls vergessen. Da leider nicht jeder Betrieb über einen Betriebsrat verfügt oder gewerkschaftlich organisiert ist, sollten wir darauf hinwirken, dass Beschäftigte aus solchen Betrieben in den Rat eingeladen werden und dort stimmberechtigte Mitglieder sind.

## Antrag L.1.1346.2

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1346

1342 • Wirtschafts- und Transformationsräte: In den Regionen, die vom Strukturwandel  
1343 betroffen sind, wollen wir Wirtschafts- und Transformationsräte einsetzen, die über  
1344 Geld aus dem Klima- und Transformationsfonds verfügen und den Umbau vor Ort  
1345 mitgestalten. Neben Landesregierungen, Kommunen und Unternehmen, sollen auch  
1346 Gewerkschaften, sowie Umwelt- und Sozialverbände und Vertreter\*innen von betroffenen Communities aus dem globalen Süden gleichberechtigtes Stimmrecht haben. Wir fördern Formate für gemeinsames Lernen voneinander, damit soziale, ökologische und demokratische Perspektiven vielseitig integriert werden können.

### Begründung

Nur nationale Vertretung reicht nicht aus, um Zerstörung und Möglichkeiten zu Veränderung abzubilden. „Vertreter\*innen“ müssen nicht aus dem Land selbst kommen, falls das logistisch nicht möglich ist. Wenn das Format nur auf Abstimmen und nicht auf Entwicklung gemeinsamer Perspektiven, ist nicht viel gewonnen.

## Antrag L.1.1352.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BO-Brüssel (LV-Berlin), KV Plön und BV Pankow

### Zeile 1352

1347 • Mehr Wirtschaftsdemokratie: Betriebsräte müssen in wirtschaftlichen Fragen ein  
1348 Mitbestimmungsrecht bekommen und alle wichtigen Unternehmensentscheidungen müssen  
1349 von  
1350 Belegschaftsversammlungen bestätigt werden. Die Belegschaften müssen bei  
1351 Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen, bei  
Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen mitbestimmen und  
1352 ein Vetorecht erhalten. Europäische Betriebsräte müssen gestärkt werden.

### Begründung

Vor einigen Tagen hat das EP das OK gegeben, den Trilog mit dem Rat der EU zur Richtlinie der Europäischen Betriebsräte zu eröffnen. Das ist gut und hier müssen die Forderungen der Gewerkschaften umgesetzt werden. Die europäischen Betriebsräte sind eine der wenigen konkreten Formen transnationaler Solidarität der Beschäftigten. Damit kann auch das Ausspielen verschiedener Standorte reduziert werden.

## Antrag L.1.1352.2

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: KV Soest

### Zeile 1352

1347 • Mehr Wirtschaftsdemokratie: Betriebsräte müssen in wirtschaftlichen Fragen ein  
1348 Mitbestimmungsrecht bekommen und alle wichtigen Unternehmensentscheidungen müssen  
1349 von  
1350 Belegschaftsversammlungen bestätigt werden. Die Belegschaften müssen bei  
1351 Entscheidungen über Standortverlagerungen, -schließungen und -auslagerungen, bei  
Massenentlassungen und bei Entscheidungen über Zukunftsinvestitionen mitbestimmen und  
1352 ein Vetorecht erhalten. Durch die Schaffung von kollektivem Belegschaftseigentum kann Mitbestimmung erweitert und abgesichert werden.

### Begründung

Als sozialistische Partei sollten wir uns positiv auf (Wirtschafts-)Demokratie von unten beziehen. Kollektives Belegschaftseigentum haben wir in früheren Wahlprogrammen gefordert. - Ist immer noch gut!

## Antrag L.1.1363.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

## Zeile 1363

- 1353 • Job- und Einkommensgarantie: Zu einer gerechten Transformation gehört, dass sich  
1354 Beschäftigte, die den Beruf und die Branche wechseln, weiterqualifizieren können,  
1355 ohne ihr Einkommen zu gefährden. Für die Zeit der Weiterbildung wollen wir ein  
1356 Weiterqualifizierungsgeld einführen, das 90 Prozent des letzten Gehalts beträgt. Das  
1357 Weiterbildungsgeld wird anteilig über die Agentur für Arbeit und einen Fonds  
1358 finanziert, in den Unternehmen einzahlen (siehe Weiterbildungsfonds). Für  
1359 Beschäftigte, die aufgrund des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft ihre alte  
1360 Arbeitsstelle verlieren, wollen wir Beschäftigungsgesellschaften gründen, so dass sie  
1361 gute Arbeitsbedingungen nicht verlieren und ihre Regionen nicht verlassen müssen. Sie  
1362 kümmern sich um die Weitervermittlung in neue Arbeitsplätze, die der Qualifikation  
1363 der Beschäftigten entsprechen oder in Weiterbildungsmaßnahmen.
- Umweltgarantie: Um einen echten sozial-ökologischen Umbau zu ermöglichen, muss die Einhaltung ambitionierter ökologischer Standards und von Umweltzielen eine zentrale Grundlage werden. Wirtschaftliche Entscheidungen dürfen nicht an kurzfristigen Produktionszielen und Standorterhalt orientiert sein, sondern an der langfristigen sozial-ökologischen Ausrichtung.

## Begründung

In der ganzen Aufzählung fällt eine Umweltgarantie, es geht nur um soziale Perspektiven.

## Antrag L.1.1364.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

## Zeile 1364

1364 ~~Transformation konkret: Automobilindustrie für die Zukunft~~ Ganzes Kapitel 1364 - 1396 streichen.

## Zeile 1365 - 1373

1365 ~~Die Autoindustrie in Deutschland ist in einer Existenzkrise. Die Kosten tragen die-~~  
1366 ~~Beschäftigten. Am deutlichsten ist das bei Volkswagen zu sehen: Der Familien-Clan Porsche-~~  
1367 ~~und Piech verfügt über ein geschätztes Vermögen von 36,5 Milliarden Euro. Ihnen gehört-~~  
1368 ~~über die Holding Porsche SE die Mehrheit des Volkswagen-Konzerns. Über Jahrzehnte hinweg-~~  
1369 ~~haben sie Profite aus den Unternehmen gezogen und den ökologischen Umbau verschleppt.-~~  
1370 ~~Selbst dieses Jahr hat VW 4,5 Milliarden an Dividende ausgezahlt. Damit ihr-~~  
1371 ~~Milliardenvermögen weiterwachsen kann, sollen jetzt die Beschäftigten bluten: Die Löhne-~~  
1372 ~~sollen um 10 Prozent gekürzt werden. Prämien und Boni für die Beschäftigten wollen sie-~~  
1373 ~~streichen. Werke stehen vor der Schließung.~~

## Zeile 1374 - 1379

1374 ~~Ursächlich für die Krise der Automobilindustrie sind die Fehlplanungen und die falsche~~  
1375 ~~Produktstrategie der Manager, der weltweit rückläufige Autoabsatz – allein in Europa minus~~  
1376 ~~zwei Millionen pro Jahr – sowie die Weigerung von Autoindustrie und der Regierung, die~~  
1377 ~~Weichen-Richtung Verkehrswende zu stellen. Während VW, Mercedes und BMW mit immer~~  
~~größeren~~  
1378 ~~und teureren Autos hohe Gewinne mach(t)en, müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter um ihre~~  
1379 ~~Zukunft bangen.~~

#### **Zeile 1380 - 1390**

1380 ~~Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen~~  
1381 ~~können, muss die Industrie so umgebaut werden, dass gute Arbeit gesichert und geschaffen~~  
1382 ~~wird. Das geht nur sozial gerecht. Weder E-Fuels noch Wasserstoff sind praktikable~~  
1383 ~~Lösungen für den Individualverkehr. Auch die reine Umstellung auf E-Autos ist keine~~  
1384 ~~tragfähige Strategie für die Verkehrswende und die Bewältigung der Krise in der~~  
1385 ~~Automobilindustrie. Der Anteil des Verkehrssektors an der globalen Klimazerstörung wird~~  
1386 ~~nur nachhaltig reduziert, wenn es weniger Individualverkehr gibt. Unsere Verkehrs- und~~  
1387 ~~Umweltpolitik fördert den Ausbau kollektiver Verkehrssysteme und die Reduzierung von~~  
1388 ~~Transport- und Verkehrswegen. Die aktuelle Krise der Automobilindustrie sollte Anlass für~~  
1389 ~~den nachhaltigen Umbau und Diversifizierung der Unternehmen sein. Das wird aber nicht ohne~~  
1390 ~~politische Steuerung dieses Prozesses gelingen.~~

#### **Zeile 1391 - 1393**

1391 • ~~Wir wollen die KfZ-Steuer neugestalten und große und schwere Autos deutlich stärker~~  
1392 ~~besteuern. Wir sehen keine Notwendigkeit für reguläre PKWs, die mehr als zwei Tonnen~~  
1393 ~~wiegen. Damit schonen wir auch die Straßen und sparen Gelder für ihren Unterhalt.~~

:

#### **Zeile 1394 - 1396**

1394 • ~~Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der~~  
1395 ~~Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität~~  
1396 ~~werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.~~

:

### **Begründung**

Das Kapitel ist veraltet, es betont E-Autos und Autoindustrie statt Verkehrswende. Außerdem nimmt es einen zu großen Platz ein im Wahlprogramm. Es bräuchte viel Arbeit, dass es auf der Höhe der Zeit ist und muss nicht ins Wahlprogramm. Es reicht, dazu viel Kampagne zu machen.

Antragssteller: BAG Klimagerechtigkeit

## **Antrag L.1.1369.1**

Änderungsantrag zu L.1-08

**Antragsteller\*in:**

BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1369

1365 Die Autoindustrie in Deutschland ist in einer Existenzkrise. Die Kosten tragen die  
1366 Beschäftigten. Am deutlichsten ist das bei Volkswagen zu sehen: Der Familien-Clan Porsche  
1367 und Piech verfügt über ein geschätztes Vermögen von 36,5 Milliarden Euro. Ihnen gehört  
1368 über die Holding Porsche SE die Mehrheit des Volkswagen-Konzerns. Über Jahrzehnte hinweg  
1369 ~~haben sie Profite aus den Unternehmen gezogen und den ökologischen Umbau verschleppt.~~  
bewusst verhindert.  
1370 Selbst dieses Jahr hat VW 4,5 Milliarden an Dividende ausgezahlt. Damit ihr  
1371 Milliardenvermögen weiterwachsen kann, sollen jetzt die Beschäftigten bluten: Die Löhne  
1372 sollen um 10 Prozent gekürzt werden. Prämien und Boni für die Beschäftigten wollen sie  
1373 streichen. Werke stehen vor der Schließung.

### Begründung

Wurde bewusst verhindert, nicht verschleppt.

## Antrag L.1.1374.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1374

1374 ~~Ursächlich für die~~Mitschuld an der Krise der Automobilindustrie sind Lobbyismus, die  
Fehlplanungen und die falsche  
1375 Produktstrategie der Manager, der weltweit rückläufige Autoabsatz - allein in Europa minus  
1376 zwei Millionen pro Jahr - sowie die Weigerung von Autoindustrie und der Regierung, die  
1377 Weichen Richtung Verkehrswende zu stellen. Während VW, Mercedes und BMW mit immer  
größeren  
1378 und teureren Autos hohe Gewinne mach(t)en, müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter um ihre  
1379 Zukunft bangen.

### Begründung

Ursache von Krisen ist der Kapitalismus, nicht unternehmerische Entscheidungen.

## Antrag L.1.1382.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 1382

1380 Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen  
1381 können, muss die Industrie so umgebaut werden, dass gute Arbeit gesichert und geschaffen  
1382 wird. Das geht nur sozial gerecht und unter Einbeziehung der Belegschaften in den

### Produktionsstätten. Weder E-Fuels noch Wasserstoff sind praktikable

1383 Lösungen für den Individualverkehr. Auch die reine Umstellung auf E-Autos ist keine  
1384 tragfähige Strategie für die Verkehrswende und die Bewältigung der Krise in der  
1385 Automobilindustrie. Der Anteil des Verkehrssektors an der globalen Klimazerstörung wird  
1386 nur nachhaltig reduziert, wenn es weniger Individualverkehr gibt. Unsere Verkehrs- und  
1387 Umweltpolitik fördert den Ausbau kollektiver Verkehrssysteme und die Reduzierung von  
1388 Transport- und Verkehrswegen. Die aktuelle Krise der Automobilindustrie sollte Anlass für  
1389 den nachhaltigen Umbau und Diversifizierung der Unternehmen sein. Das wird aber nicht ohne  
1390 politische Steuerung dieses Prozesses gelingen.

## Begründung

in den Belegschaften kann Akzeptanz für den Umbau nur entstehen, wenn die Beschäftigten in die Entscheidungen einbezogen werden. In den Belegschaften sind sehr viele Ideen und sehr viel technisches Wissen vorhanden. Dieses Potential ist unabdingbar für den Umbau der Automobilindustrie.

## Antrag L.1.1385.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 1385 - 1389

1380 Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen  
1381 können, muss die Industrie so umgebaut werden, dass gute Arbeit gesichert und geschaffen  
1382 wird. Das geht nur sozial gerecht. Weder E-Fuels noch Wasserstoff sind praktikable  
1383 Lösungen für den Individualverkehr. Auch die reine Umstellung auf E-Autos ist keine  
1384 tragfähige Strategie für die Verkehrswende und die Bewältigung der Krise in der  
1385 ~~Automobilindustrie. Der Anteil~~Automobilindustrie. In der aktuellen Krise unterstützen wir die  
Beschäftigten in der Automobilindustrie dabei, dass ihre Standorte und Arbeitsplätze möglichst  
umfassend erhalten bleiben und verlässliche staatliche Rahmenbedingungen für die das  
Hochfahren der Elektromobilität geschaffen werde. Zugleich unterstützen wir den Prozess des  
~~Verkehrssektors an der globalen Klimazerstörung wird~~  
1386 ~~nur nachhaltig reduziert, wenn es weniger Individualverkehr gibt. Unsere Verkehrs- und~~  
1387 ~~Umweltpolitik fördert den Ausbau kollektiver Verkehrssysteme und die Reduzierung von~~  
1388 ~~Transport- und Verkehrswegen. Die aktuelle Krise der Automobilindustrie sollte Anlass für~~  
1389 ~~den nachhaltigen Umbau und~~nachhaltigen Umbaus und der Diversifizierung der betroffenen  
Unternehmen sein hin zu nachhaltigen Mobilitätsunternehmen, die nicht bloß auf den  
motorisierten Individualverkehr setzen, sondern viel stärker auch mit Blick auf den wachsenden  
Bedarf an kollektiven Verkehrsmitteln produzieren. Das wird aber nicht ohne  
1390 politische Steuerung dieses Prozesses gelingen.

## Begründung

Der Hinweis der IG Metall war hier sehr allgemein gehalten, aber insgesamt aus Sicht der IG Metall der kritischste- gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten. Aus IG Metall Sicht richtet Die Linke den Fokus einer Mobilitätswende sehr weg vom Auto und macht wenig bzw. unzureichende

Vorschläge zur Sicherung der Beschäftigung im Automobilbereich.

## Antrag L.1.1389.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1389

1380 Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen  
1381 können, muss die Industrie so umgebaut werden, dass gute Arbeit gesichert und geschaffen  
1382 wird. Das geht nur sozial gerecht. Weder E-Fuels noch Wasserstoff sind praktikable  
1383 Lösungen für den Individualverkehr. Auch die reine Umstellung auf E-Autos ist keine  
1384 tragfähige Strategie für die Verkehrswende und die Bewältigung der Krise in der  
1385 Automobilindustrie. Der Anteil des Verkehrssektors an der globalen Klimazerstörung wird  
1386 nur nachhaltig reduziert, wenn es weniger Individualverkehr gibt. Unsere Verkehrs- und  
1387 Umweltpolitik fördert den Ausbau kollektiver Verkehrssysteme und die Reduzierung von  
1388 Transport- und Verkehrswegen. Die aktuelle Krise der Automobilindustrie sollte Anlass für  
1389 ~~den nachhaltigen~~ den sozial-ökologischen Umbau und ~~Diversifizierung der Unternehmen~~ die  
Konversion der Autoindustrie sein. Das wird aber nicht ohne  
1390 politische Steuerung dieses Prozesses gelingen.

### Begründung

Die Autoindustrie muss konvertiert werden, und es geht uns um den sozial-ökologischen Umbau, nicht eine Diversifizierung der Unternehmen an sich.

## Antrag L.1.1391.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1391 - 1393

1391 • ~~Wir wollen die Kfz-Steuer neugestalten und große und schwere Autos deutlich stärker~~  
1392 ~~besteuern. Wir sehen keine Notwendigkeit für reguläre PKWs, die mehr als zwei Tonnen~~  
1393 ~~wiegen. Damit schonen wir auch die Straßen und sparen Gelder für ihren Unterhalt.~~

### Begründung

Betonung auf E-Autos, als ob diese Lösung der Autoindustrie wären. Schiene nicht so ausformuliert, was dem ganzen Kapitel eine Schiefelage gibt. Jahrelang ausgearbeitete Konzepte zur Verkehrswende sind hier nicht berücksichtigt.

## Antrag L.1.1394.1

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

#### Zeile 1394 - 1396

- 1394 • ~~Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der~~  
1395 ~~Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität~~  
1396 ~~werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.~~

#### Begründung

Betonung auf E-Autos, als ob diese Lösung der Autoindustrie wären. Schiene nicht so ausformuliert, was dem ganzen Kapitel eine Schiefelage gibt. Jahrelang ausgearbeitete Konzepte zur Verkehrswende sind hier nicht berücksichtigt.

### Antrag L.1.1396.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 1396

- 1394 • Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der  
1395 Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität  
1396 werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass auf EU-Ebene für gewerbliche Flottenbetreiber E-Auto-Quoten eingeführt werden. Für Handwerksbetriebe, Pflegedienste oder Menschen im ländlichen Raum, die auf ein Auto zum Pendeln angewiesen sind, wollen wir sozial gestaffelte Leasing-Angebote oder KfW-Darlehen für kompakte E-Autos und kleine Nutzfahrzeuge einführen.
  - Wir wollen endlich umfassende Investitionen in die öffentliche Ladeinfrastruktur und Auflagen für mehr Ladepunkte an Tankstellen, im Einzelhandel und am Arbeitsplatz. Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Ladestrom, der für die Elektromobilität gebraucht wird, günstiger wird, zum Beispiel durch die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen Mindeststeuersatz.
  - Wir wollen, dass es auch in Deutschland staatliche Förderung künftig nur noch für Fahrzeuge gibt, die zu großen Anteilen in der EU gefertigt werden.
  - Wir setzen uns dafür ein, dass die regionalen Transformationsnetzwerke weiter vom Bund finanziert werden.

#### Begründung

Begründung: Aus Sicht der IG Metall sind die von uns konkret aufgeführten Maßnahmen für die Automobilindustrie nicht ausreichend, um selbst bei erfolgreicher Transformation, kurzfristig einen massiven Beschäftigungsabbau zu verhindern. Eine entsprechende Ergänzung wird daher hier dringend empfohlen. Die hier aufgeführten Forderungen sind eine Schnittmenge aus dem, was die IG Metall fordert und was unsere Bundestagsgruppe in ihrem Positionspapier zur Automobilindustrie Anfang Dezember aufgeschrieben hat, insofern also keine neuen Positionen für Die Linke: [https://www.dielinkebt.de/fileadmin/user\\_upload/PDF\\_Dokumente/2024/positionspapier-](https://www.dielinkebt.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/2024/positionspapier-)

## Antrag L.1.1396.2

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 1396

1394 • Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der  
1395 Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität

1396 werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.

- Durch den Ausbau des ÖPNV hin zu einem alltagstauglichen, zuverlässigen und preiswerten Verkehrssystem, schaffen wir zusätzliche Bedarfe an u.a. Straßen- und S-Bahnen, Fernverkehrszügen, Bussen, Ruftaxen, Carsharing und den dazugehörigen Werkstätten für Wartungs- und Reparaturarbeiten. Produktionsstätten, welche die Automobilindustrie aufgeben möchte, sollen vergesellschaftet und für die Bedarfe eines kollektiven Verkehrssystems umgerüstet werden. Die Belegschaften sind dabei einzubeziehen und die Tarifbindung ist beizubehalten oder aufzunehmen. Die Finanzierung wird über den Fonds zum Umbau der Industrie bereitgestellt. (Siehe Seite 43 - Unser sozialökologisches Investitionsprogramm für den Industrieumbau)

### Begründung

Aus Sicht der Umwelt und der Menschen, die Abseits der Großstädte leben und die mangels Alternativen 300 -400€ im Monat für ein Auto ausgeben müssen, muss die Mobilitätswende hin zu einem alltagstauglichen, zuverlässigen und preiswerten kollektiven Verkehrssystem gelingen. Der PKW bleibt dabei beim Übergang zu einem solchen Verkehrssystem und danach als Ergänzung wichtig. Sobald der Bedarf an Bussen und Bahnen steigt, sinkt aber der Bedarf an PKW`s. Somit wird die Produktion von PKW`s zurückgefahren. Laut einer Studie der Rosa Luxemburg Stiftung entstehen bei einer Verdopplung der Fahrgastzahlen im ÖPNV, im Bahnverkehr und im Fahrradverkehr bis zu 214.000 neue Arbeitsplätze. Bei einer Steigerung der Fahrgastzahlen um den Faktor 2,5 sogar bis zu 314.000. Ein deutlich höheres Gesamtpotential ergäbe sich, wenn wir eine <<kurze Vollzeit für Alle>> ansetzen würden. Also eine Arbeitszeitreduktion, die flexibel um die 30 Stundenwoche kreist. Natürlich bei vollem Lohnausgleich. Damit wären wir bei einem Gesamtpotential von 323.500 bis 436.500 Arbeitsplätzen. Wir brauchen also die Produktionskapazitäten und Fachkräfte, die die Automobilindustrie abbauen will, für die Mobilitätsindustrie der Zukunft. Daher sollten wir die ehemaligen Produktionsstätten der Automobilindustrie in öffentliches Eigentum überführen und die Produktion entsprechend umbauen.

## Antrag L.1.1396.3

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 1396

1394 • Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der

1395 Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität

1396 werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.

- Wir setzen uns dafür ein, dass auf EU-Ebene für gewerbliche Flottenbetreiber E-Auto-Quoten eingeführt werden. Für Handwerksbetriebe, Pflegedienste oder Menschen im ländlichen Raum, die auf ein Auto zum Pendeln angewiesen sind, wollen wir sozial gestaffelte Leasing-Angebote oder KfW-Darlehen für kompakte E-Autos und kleine Nutzfahrzeuge einführen.
- Wir wollen endlich umfassende Investitionen in die öffentliche Ladeinfrastruktur und Auflagen für mehr Ladepunkte an Tankstellen, im Einzelhandel und am Arbeitsplatz. Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Ladestrom, der für die Elektromobilität gebraucht wird, günstiger wird, zum Beispiel durch die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen Mindeststeuersatz.
- Wir wollen, dass es auch in Deutschland staatliche Förderung künftig nur noch für Fahrzeuge gibt, die zu großen Anteilen in der EU gefertigt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die regionalen Transformationsnetzwerke weiter vom Bund finanziert werden.

## Begründung

Aus Sicht der IG Metall sind die von uns konkret aufgeführten Maßnahmen für die Automobilindustrie nicht ausreichend, um selbst bei erfolgreicher Transformation, kurzfristig einen massiven Beschäftigungsabbau zu verhindern. Eine entsprechende Ergänzung wird daher hier dringend empfohlen. Die hier aufgeführten Forderungen sind eine Schnittmenge aus dem, was die IG Metall fordert und was unsere Bundestagsgruppe in ihrem Positionspapier zur Automobilindustrie Anfang Dezember aufgeschrieben hat, insofern also keine neuen Positionen für Die Linke: [https://www.dielinkebt.de/fileadmin/user\\_upload/PDF\\_Dokumente/2024/positionspapier-automobilindustrie.pdf](https://www.dielinkebt.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/2024/positionspapier-automobilindustrie.pdf)

## Antrag L.1.1397.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 1397

1397 ~~Klimagerechtigkeit und Energiewende~~

Das Unterkapitel "Klimagerechtigkeit und Energiewende" (Zeilen 1397 bis 1412) vorziehen nach Zeile 1224.

## Antrag L.1.1400.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 1400 - 1402

1398 Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind längst auch in Deutschland zu spüren:

1399 Flutkatastrophen, mehr Dürren und Wassermangel und das Sterben unserer Wälder wird unseren

- 1400 Alltag prägen. ~~Wir halten~~ Da Deutschland sein faires Budget an Emissionen bereits verbraucht hat, und wir weiter an den ~~grundsätzlichen~~-Zielen des Pariser Klimaabkommens
- 1401 ~~fest und setzen uns weiter konsequent für Klimaschutz ein – denn mehr Emissionen bedeuten festhalten, muss es unser aller Ziel sein, sofort nach der Wahl alle Maßnahmen zu ergreifen, die die Emissionen an Treibhausgasen schnell und wirkungsvoll senken. Für Verzögerungen haben wir keine Zeit mehr. Weil mehr Emissionen~~
- 1402 immer mehr Klimaschäden. ~~Wir~~ bedeuten, wollen wir schnellstmöglich auf erneuerbare Energien umsteigen
- 1403 und die Energiekonzerne entmachten.

## Begründung

Die LINKE sollte Klartext reden und den Menschen nichts vormachen. Gerade wenn wir die tatsächliche Dramatik der Lage schildern, können wir auch für schärfere Maßnahmen werben.

## Antrag L.1.1404.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1404 - 1410

- 1404 ~~Mit Energieversorgung aus öffentlicher Hand werden bezahlbare und sozial gestaffelte~~
- 1405 ~~Preise möglich. Wir kämpfen für eine Versorgung mit Strom und Wärme, nicht in der Hand von~~
- 1406 ~~Konzernen, sondern von Bürger\*innen, von Kommunen und Genossenschaften. Wir wollen ihre~~
- 1407 ~~Erzeugung und Verteilung so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig organisieren.~~
- 1408 ~~Wir setzen deshalb auf Strom und Wärme aus dem Stadtwerk, den kommunalen~~
- 1409 ~~genossenschaftlichen Solar.~~ Die Stromnetze müssen vollständig in öffentliche oder
- 1410 ~~Bürger\*innengenossenschaftliche Hand überführt werden. Allein dadurch können die~~ Netzgebühren sinken, da die garantierten Profite, die den Privaten im Rahmen der Preisaufsicht der Netzagentur zugestanden werden, wegfallen. Die Nutzung einer vergesellschafteten, öffentlich finanzierten Stromnetz-Infrastruktur soll für alle zu sehr niedrigen Preisen, landesweit einheitlich, möglich sein, perspektivisch auch kostenlos. Damit können die Strompreise um bis zu ein Drittel gesenkt werden, ohne dass Anreize zur ökologischen Erzeugung wegfallen.
- Langzeit-Energiespeicher für die Dunkelflaute wollen wir an strategisch
- 1411 günstigen Orten in das bestehende Stromnetz integrieren, so dass der Netzausbau minimiert
- 1412 werden kann. Wir wollen Deutschland bis 2040 klimaneutral machen.

## Begründung

"Energieversorgung aus öffentlicher Hand" differenziert nicht zwischen Erzeugung, Netz, Vertrieb (diese drei Bereiche sind seit etwa 10 Jahren gesetzlich entflochten). Bei Netzen macht die Forderung nach kompletter Vergesellschaftung Sinn, in den anderen Bereichen nicht unbedingt. Aktuell sind Erzeugung und Vertrieb sehr divers: privat individuell (PV auf Hausdach), genossenschaftlich profitorientiert (z.B. große PV- und Windanlagen ohne Eigenversorgung), genossenschaftlich selbstversorgend orientiert (eher selten), verschiedenste rein-kapitalistische Unternehmensformen, häufig mit öffentlichen Anteilen, öffentliches Eigentum (Stadtwerke, mehr oder weniger

profitorientiert, viele verkaufen bundesweit). Eine komplette Vergesellschaftung all dieser Formen macht keinen Sinn. Das würde z.B. die Streichung des EEG bedeuten, mit der die bisherige Energiewende (auch) von vielen Privaten vorangebracht werden konnte. Vorschriften zur Tarifgestaltung (gestaffelte Preise) sind auch bei gemischter Eigentumsstruktur mit Hilfe des EnWG möglich.

## Antrag L.1.1410.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Ökologischen Plattform

### Zeile 1410 - 1412

1404 Mit Energieversorgung aus öffentlicher Hand werden bezahlbare und sozial gestaffelte  
1405 Preise möglich. Wir kämpfen für eine Versorgung mit Strom und Wärme, nicht in der Hand von  
1406 Konzernen, sondern von Bürger\*innen, von Kommunen und Genossenschaften. Wir wollen ihre  
1407 Erzeugung und Verteilung so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig organisieren.  
1408 Wir setzen deshalb auf Strom und Wärme aus dem Stadtwerk, den kommunalen  
1409 genossenschaftlichen Solar- oder Windkraftanlagen und von den Dächern und Wärmepumpen  
der

1410 ~~Bürger\*innen~~Bürger\*innen. Unser Ziel ist private, genossenschaftliche, kommunale, regionale  
und industrielle Nutzer zu befähigen, sich selbst als Prosumert\*innen aus kostenfreien  
Primärenergieträgern zu versorgen. Dazu setzen wir uns für Massenproduktion der erforderlichen  
Energieumwandlungs- und Speichertechnik ein. Langzeit-Energiespeicher für die Dunkelflaute  
wollen wir an strategisch

1411 günstigen Orten in das bestehende Stromnetz integrieren, so dass der Netzausbau minimiert  
1412 werden kann. Wir wollen Deutschland bis 2040 klimaneutral machen.

### Begründung

Strommärkte schließen private Eigner von Netzstrukturen ein. Sind keine privaten bzw. öffentlichen Speicher in ausreichender Menge vorhanden, kann die produzierte Energie oft nicht verwertet, d. h. unmittelbar in das Netz eingespeist werden, was mit zusätzlichen Verbrauchskosten verbunden ist. Strommärkte sind auszutrocknen. Sie sind nur bei Abkauf von Schadenergien profitabel.

## Antrag L.1.1413.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 1413

1413 [Vor diesem Kapitel den Absatz "Klimaschutz und Klimaanpassung beschleunigen" (Zeilen 1431 bis 1454) einsetzen, indem er vorgezogen wird]

1414 **Runter mit den Energiepreisen**

## Antrag L.1.1416.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in:

BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1416 - 1418

- 1414 • Wenige, teure, fossile Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten  
1415 Strommarkt setzen. Das Merit-Order-Prinzip in seiner gegenwärtigen Wirkungsweise  
1416 lehnen wir ab. ~~Ein gerechtes~~ Wir wollen ein neues umfassendes Strommarktsystem ~~muss-~~  
1417 ~~leistungslose Übergewinne-~~  
1418 ~~ausschließen. Sollten sie durch externe Schocks dennoch auftreten, müssen sie-~~  
~~konsequent abgeschöpft werden (siehe Kapitel 1)~~ entwickeln, das auf die dargebotsabhängigen  
erneuerbaren Energien ausgerichtet ist und alle Systemdienstleistungen des Strommarktes  
gewährleistet, das Gewinne begrenzt, aber nicht ausschließt, damit vor allem die  
Anbieter\*innen erneuerbarer Energien weiterhin genug erwirtschaften, um weiter investieren  
zu können.

### Begründung

Ohne Gewinne keine Investitionen. Das Stromhandelssystem muss ohnehin reformiert und um die Dominanz der erneuerbaren Energien herumgebaut, aber nicht de facto abgeschafft werden. Wir wollen die Netze in öffentlicher Hand haben, aber auch in der Herstellung braucht es aktuell Gewinne um investieren zu können.

## Antrag L.1.1419.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in:

BV Tempelhof-Schöneberg

### Zeile 1419

- 1419 • Wir fordern eine neue Netzentgeltstruktur. Die Flexibilisierung der industriellen  
Stromnachfrage muss angeregt werden, anstatt eine gleichbleibende Nachfrage zu belohnen.  
Die Stromerzeuger und der internationale  
1420 Stromhandel müssen an den Kosten des Stromtransports beteiligt werden, Strom soll so  
1421 möglichst erzeugungsnah eingesetzt werden, auch damit zukünftiger Netzausbau  
1422 reduziert wird. Wir fordern die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen  
1423 Mindeststeuersatz. Mit diesen Maßnahmen lassen sich die Strompreise kurzfristig um  
1424 bis zu 9 Cent je Kilowattstunde senken, das entspricht einer Entlastung von 315 Euro  
1425 pro Haushalt im Jahr.

### Begründung

Die heutige Entgeltesystematik belohnt eine gleichmäßige Abnahme von Strom, die sogenannte Bandlast, mit Rabatten bei den Netzentgelten. Im Zuge der Energiewende, ist jedoch eine zunehmende Variabilität der Nachfrage notwendig, um diese an die Schwankungen der Produktion der Erneuerbaren Energien anzupassen. Eine Flexibilisierung der Nachfrage verringert die

Notwendigkeit des Einsatzes von fossilen Kraftwerken und so CO2-Emissionen, ebenso wie Kosten für die Verbraucher. Dies sollte in einer Reform der Netzentgelte berücksichtigt werden.

## Antrag L.1.1419.2

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1419 - 1425

- 1419 • ~~Wir fordern eine neue Netzentgeltstruktur. Die Stromerzeuger und der internationale~~  
1420 ~~Stromhandel müssen an den Kosten des Stromtransports beteiligt werden, Strom soll so~~  
1421 ~~möglichst erzeugungsnah eingesetzt werden, auch damit zukünftiger Netzausbau~~  
1422 ~~reduziert wird. Wir fordern die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen~~  
1423 ~~Mindeststeuersatz. Mit diesen Maßnahmen lassen sich die Strompreise kurzfristig um~~  
1424 ~~bis zu 9 Cent je Kilowattstunde senken, das entspricht einer Entlastung von 315 Euro~~  
1425 ~~pro Haushalt im Jahr.~~

Als Sofortmaßnahme fordern wir die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen Mindeststeuersatz.

### Begründung

Eine Beteiligung aller Stromerzeuger an den Netzkosten führt lediglich zu einer Verschiebung der Kostenbestandteile. Die Netzkosten würden in die Kosten der Erzeuger eingepreist. Es geht aber um signifikante Senkung. Netz-Preisvorteile durch eine Nähe von Erzeugung und Verbrauch führen zu Standortvorteilen einiger auf Kosten anderer. Eine linke Position dagegen ist ein solidarischer Ausgleich zwischen guten und schlechten Standorten, durch einen einheitlichen Preis.

## Antrag L.1.1426.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 1426

- 1426 • ~~Wir wollen einen Energie-Soli für Reiche (siehe Kapitel 1).~~

### Begründung

Es macht systematisch keinen Sinn, weil die Funktionsweise der Energie-Sockeltarife ein shifting to the margin und damit eine aufkommensneutrale Umverteilung von reichen Viel-Nutzern zu armen Wenig-Nutzern darstellt (sprich: die Reichen bekommen zwar auch den Sockelbetrag, aber müssen so viel mehr für zusätzliche Energie zahlen, dass sie netto immer noch mehr zahlen und den Verbrauch der Wenig-Nutzer finanzieren).

Es macht darüber hinaus keinen Sinn, am "normalen" Soli festzuhalten, höhere Spitzensteuersätze und on top noch einen zusätzlichen Energie-Soli zu fordern.

## Antrag L.1.1434.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1434

1432 Die Ampel hat den Klimaschutz in Deutschland massiv geschwächt, indem die Sektorziele im  
1433 Klimaschutzgesetz abgeschafft wurden. Wir wollen das Klima schützen - weil wir es unseren  
1434 Kindern schuldig sind, und weil kluger Klimaschutz ~~keinen Wohlstandverlust~~, der mit einer  
gerechteren Gesellschaft verbunden wird, kaum einen Verlust an Lebensqualität für die große  
1435 Mehrheit mit sich bringt. Gleichzeitig müssen wir uns auf diejenigen Klimaschäden  
1436 einstellen, die nicht mehr zu verhindern sind: Es wird es mehr Starkregen, Hitzetage,  
1437 längere Trockenzeiten und niedrige Grundwasserspiegel geben, auch wenn wir durch  
1438 entschlossenen Klimaschutz Schlimmeres weiterhin verhindern können. Für Klimaanpassung ist  
1439 bisher fast nichts passiert. Wir müssen jetzt investieren, um auf die Zukunft vorbereitet  
1440 zu sein.

### Begründung

Es sollte deutlich werden, dass Klimapolitik nicht nur klug sein sollte, sondern mit einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung verbunden werden muss. Es stimmt nicht, dass der Umbau unserer sozial und ökologisch nicht nachhaltigen Gesellschaft keine Veränderungen für die bisherigen Wohlstandsformen (Privat-Pkw, Einfamilienhäuser, etc.) mit sich bringen wird. Aber in einer gerechteren Gesellschaft werden neue Formen des kollektiven Wohlstands geschaffen.

## Antrag L.1.1445.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1445 - 1450

1445 • ~~Wir lehnen den~~ Der Emissionshandel in den Sektoren Wärme und Verkehr (ETS-2) ~~ab-~~  
1446 ~~Stattdessen müssen~~ wird es allein nicht richten können. Zum Beispiel macht dieser  
1447 bezahlbares Heizen für Mieter\*innen zum Lotteriespiel, wenn der Vermieter nicht in eine  
1448 Wärmeversorgung mit Erneuerbaren Energien investiert. Er muss durch ambitioniertere  
1449 verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen einen verbindlichen Rahmen gesetzt werden.  
1450 bekommen. Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme müssen den Umbau in  
den  
Sektoren unterstützen. In den ~~Sektor~~ Bereichen Wärme und Verkehr sorgt ein gesetzlich  
regulierter Rahmen für mehr soziale Gerechtigkeit und einen schnelleren ökologischen  
~~Umbau~~ Umbau. Bis diese Ziele greifen, soll ein entsprechend erhöhtes Klimageld die  
Mehrbelastungen für untere und mittlere Einkommen ausgleichen.

### Begründung

Auch wenn es Argumente gegen ETS-2 gibt: da es ein EU weites System ist, würde ein Kippen zu einem massiven Rückschritt in ganz EU führen würde! Die anderen Länder würden keinen Ausgleich dafür schaffen, sondern nichts tun.

## Antrag L.1.1473.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: KV Heidelberg/Badische Bergstraße, LV Baden-Württemberg

### Zeile 1473

- 1469 • Energieunabhängigkeit durch öffentliches Eigentum: Der größte Teil unserer  
1470 zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden. Die öffentliche Hand soll  
1471 sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen, auch um so große Teile der  
1472 Energieproduktion in öffentliche Hand zurückzuholen. Das wollen wir nutzen, um  
1473 Windrad- und Solarfabriken (wieder) in Deutschland anzusiedeln.
- Wir fordern eine vom Bund unterstützte Förderung von Solarsystemen auf öffentlichen und privaten Dächern, damit hier nicht die gesamte finanzielle Last bei den Kommunen liegt. Ebenso fordern wir, wo baulich möglich und lohnend, eine Pflicht für Solarsysteme auf den Dächern von Gewerbeflächen und wollen auch hierfür eine Ausweitung der entsprechenden Förderung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren.

### Begründung

Wir müssen für ein erfolgreiches Gelingen der Energiewende massiv die Erneuerbaren ausbauen. Gerade Solarenergie stößt hierbei in der Bevölkerung auf deutlich weniger Widerstand und lässt sich auf den meisten Dächern ohne Probleme installieren. Gerade bei Gewerbeflächen (z.B. Supermärkte und Produktionshallen im Mittelstand) ist hier noch viel Aufholbedarf und auch viel Potenzial, das geht allerdings nur wenn man die Unternehmen stärker in die Pflicht nimmt.

## Antrag L.1.1476.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1476

- 1474 • Energiewende für die Menschen vor Ort: Kommunen bekommen einen Bonus von 25.000 Euro  
1475 pro Megawatt gebautem Windrad oder gebauter PV-Großflächenanlage direkt in die  
1476 Gemeindekasse, sowohl für ~~Bestands-~~ als auch für Neuanlagen ~~oder~~ als auch für Repowering.  
So  
1477 profitiert die lokale Bevölkerung direkt vom Ausbau der erneuerbaren Energien.  
1478 Zusätzlich wollen wir Zahlungen von Betreibern von Wind- und Solaranlagen an  
1479 Standortkommunen verpflichtend machen, auf Bestandsanlagen ausdehnen und von 0,2 Cent  
1480 auf 0,5 Cent je eingespeiste Kilowattstunde Strom erhöhen.

### Begründung

Rückwirkend Geld für Bestandsanlagen an Kommunen auszuzahlen wird rechtssicher kaum machbar sein. Daher schlagen wir vor, die Bestandsanlagen zu streichen.

## Antrag L.1.1482.1

Änderungsantrag zu L.1-08

**Antragsteller\*in:** BAG Ökologischen Plattform, Unterarbeitsgruppe Energie der BAG Wirtschafts und Finanzpolitik

### Zeile 1482 - 1483

1481 • Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in die öffentliche Hand überführt, demokratisch  
1482 bewirtschaftet und kontrolliert ~~und~~ sowie europäisch koordiniert werden. Für Kommunen  
1483 wollen wir einen  
Rekommunalisierungsfonds schaffen und einen Fonds für dezentralisierte Lösungen der Energie- und Wärmewende (z.B. kalte Nahwärmenetze, Energy Sharing, Selbstbau-Solar, Balkonkraftwerke, Nachbarschaftsprojekte) schaffen.

### Begründung

Im bisherigen Antragstext finden sich sowohl zentrale Aspekte der Vergesellschaftung als auch der Bottom-Up-Energiewende um Energiegenossenschaften und andere solidarische Akteur\*innen nicht angemessen wieder. Mit dem Verweis auf demokratische Bewirtschaftung, d.h. kontinuierliche Interventionsmöglichkeiten demokratischer Kontrolle, und lange verhinderte Instrumente einer solidarischen und gemeinschaftsgetragenen Energiewende wie Energy Sharing kommen wir dem mit diesem Antrag nach.

Die Betonung auch dezentraler Lösungen steigert unsere energiepolitische Glaubwürdigkeit für urbane Randlagen und den ländlichen Raum.

## Antrag L.1.1484.1

Änderungsantrag zu L.1-08

**Antragsteller\*in:** LV Nordrhein-Westfalen

### Zeile 1484 - 1486

1484 • ~~Investitionen in fossile Brennstoffe und Atomkraft sind keine nachhaltigen-~~  
1485 ~~Geldanlagen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die positive Bewertung von-~~  
1486 ~~Atomkraft und Gas, in der sogenannte Taxonomie der EU, gestrichen wird~~ öffentliche Gelder, inklusive der Pensionsrücklagen und Rentenkassen, umgehend aus Anlagen in Unternehmen der fossil-atomaren Energiebranche abziehen. Öffentliche Institutionen dürfen nicht in fossile und nukleare Energieunternehmen investieren.

### Zeile 1487 - 1491

1487 • ~~Keine Dauerstrukturen für Übergangslösungen! Für Flüssiggas und Erdgas darf keine-~~  
1488 ~~neue, dauerhafte Infrastruktur geschaffen werden. Wir fordern ein Frackingverbot in-~~  
1489 ~~Deutschland. LNG, das durch Fracking gewonnen wurde, darf nicht importiert werden.~~

1490 ~~Eine umlagefinanzierte Förderung neuer Gaskraftwerke lehnen wir ab~~ Kein Rollback, sondern  
1491 Atomausstieg sofort: Wir wollen den Ausstieg aus der Atomkraft im Grundgesetz festschreiben  
und die Fertigung von Uranbrennstoff in den vom Atomausstieg bislang ausgenommenen  
Atomfabriken in Gronau und Lingen beenden. Wir wollen den Im- ~~sie wäre sowohl~~  
~~klimaschädlich als auch sozial ungerecht~~ und Export von Uranbrennstoffen verbieten. Die  
Konzerne müssen die Langzeitkosten der Atomwirtschaft tragen. Wir wollen umfassende  
Mitsprache und Klagerechte in allen Phasen des Endlagersuchverfahrens. Atommülllagerung  
kann nicht von oben und ohne Beteiligung der Betroffenen durchgesetzt werden. Unsinnige  
und gefährliche Atommülltransporte wie die von Jülich nach Ahaus quer durch NRW wollen wir  
stoppen. Die Lagerung von Atommüll im »Endlager« Schacht Konrad in Salzgitter lehnen wir  
ab. Für den zu bergenden Atommüll aus dem Skandalatommülllager Asse II wollen wir eine  
faire Standortsuche für ein Zwischenlager. Wir wollen ein Höchstmaß an Strahlenschutz und  
Sicherheit bei der Stilllegung und dem Rückbau von Atomanlagen sowie eine umfassende  
Öffentlichkeitsbeteiligung, die über das bestehende Atomrecht hinausgeht. Wir setzen uns für  
den Atomausstieg in Europa und überall auf der Welt ein. Es braucht einen  
gesamteuropäischen Plan zur Stilllegung von Atomkraftwerken. Die staatliche deutsche  
Förderbank KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) darf keine Atomkraftwerke im Ausland  
fördern.

## Begründung

In Zeile 1462f des BWP-Entwurfs wird zu Recht ausgeführt, dass CDU und FDP „sogar die Atomkraft zurück“ wollen. Dem wollen wir ein deutliches und mit klaren Forderungen untermauertes Nein entgegensetzen. Die in dem Antrag genannten Punkte waren bereits Bestandteil des BWP 2021 und sind aktueller denn je.

Neben einer Vollendung des Atomausstiegs durch die Schließung der Atomfabriken in Gronau und Lingen wollen wir, dass die Atommüllendlagersuche endlich vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Dazu braucht es Lösungen für die Lagerung des Atommülls in den Zwischenlagern. Die Endlagersuche wird viel länger dauern und viel teurer werden als bisher von den jeweiligen Bundesregierungen und sie tragenden Parteien zugegeben. Deshalb müssen die Konzerne in der Haftung für die Langzeitkosten der Atomwirtschaft bleiben.

## Antrag L.1488.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1488 - 1491

1487 • Keine Dauerstrukturen für Übergangslösungen! Für Flüssiggas und Erdgas darf keine  
1488 neue, dauerhafte Infrastruktur geschaffen werden. Wir ~~fordern ein Frackingverbot in~~  
1489 wollen Gasfracking und den Import von gefracktem Gas in Deutschland. ~~LNG, das durch~~  
1490 ~~Fracking gewonnen wurde, darf nicht importiert werden.~~  
1491 und in der EU verbieten. Eine umlagefinanzierte Förderung neuer ~~G~~Erdgaskraftwerke lehnen  
wir ab - sie wäre sowohl  
klimaschädlich als auch sozial ungerecht. Wir fordern stattdessen die Schaffung eines  
Kapazitätsmarktes, in dem nur Gaskraftwerke gefördert werden, die sofort H2 nutzen können  
und deren Anschubfinanzierung aus einem Transformationsfonds bezahlt wird.

## Begründung

Erster Satz zu Fracking: so ist es sprachlich flüssiger und daher direkt besser verständlich.

Nur Gaskraftwerke ist zu unspezifisch, da damit auch Gaskraftwerke, die H2 können, gemeint sein können, diese werden aber (leider) gebraucht, und zwar bis zu 20 GW.

## Antrag L.1.1493.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 1493 - 1496

- 1492 • Carbon Capture and Storage (CCS) - also die Abscheidung und die unterirdische  
1493 Einlagerung von Kohlendioxid - ist ~~keine Lösung~~kein Ersatz für Klimaschutz. ~~Die Speicherung~~  
1494 ~~von~~  
1495 ~~CO2 unter der Erde ist mit hohen Risiken verbunden. Wir wollen CCS verbieten.~~Das  
1496 IPCC, das internationale Gremium zur Abschätzung des Klimawandels, geht allerdings  
inzwischen davon aus, dass selbst ambitionierte Entwicklungspfade nicht mehr ohne  
Methoden der CO2-Speicherung und Rückgewinnung auskommen, wenn die Klimaziele  
erreicht werden sollen. Dabei geht es vor allem um CO2-Emissionen, die mittelfristig schwer zu  
vermeiden sind. Die möglichen Kapazitäten für CO2-Speicherung sollen daher nicht für gut  
vermeidbare Emissionen verbraucht werden. Die Speicherung von CO2 unter der Erde ist  
zudem mit hohen Risiken verbunden. CCS und das sogenannte Carbon Capture and Utilization  
(CCU) - also die stoffliche Nutzung des  
entnommenen CO2 - ~~darf~~dürfen nicht dazu führen, dass die Energiewende ausgebremst und  
1497 fossile Anwendungen und Produktionsprozesse länger als nötig betrieben werden. Wir  
1498 wollen sie beim Industrieumbau nur dann fördern, wenn es nachgewiesenermaßen kein  
1499 alternatives, CO2-freies Produktionsverfahren gibt.

## Begründung

Wenn wir wollen, dass Politik die Erkenntnisse der Wissenschaft zugrunde legt, dann müssen wir dazu auch stehen. Ein komplettes CCS-Verbot widerspricht den Erkenntnissen und Empfehlungen des IPCC. Wichtig ist allerdings wie ausgeführt, dass die Kapazitäten nicht für CO2 verballert werden sollen, das sich technisch vermeiden lässt.

## Antrag L.1.1494.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 1494

- 1492 • Carbon Capture and Storage (CCS) - also die Abscheidung und die unterirdische  
1493 Einlagerung von Kohlendioxid - ist keine Lösung für Klimaschutz. Die Speicherung von  
1494 CO2 unter der Erde ist mit hohen Risiken verbunden. ~~Wir wollen~~Deshalb darf CCS ~~verbieten~~nur

1495 dafür genutzt werden, bereits zu viel emittiertes CO2 aus der Atmosphäre zu nehmen. Das  
1496 sogenannte Carbon Capture and Utilization (CCU) - also die stoffliche Nutzung des  
1497 entnommenen CO2 - darf nicht dazu führen, dass die Energiewende ausgebremst und  
1498 fossile Anwendungen und Produktionsprozesse länger als nötig betrieben werden. Wir  
1499 wollen sie beim Industrieumbau nur dann fördern, wenn es nachgewiesenermaßen kein  
alternatives, CO2-freies Produktionsverfahren gibt.

## Begründung

Ist eine klarere Formulierung, weil wir auch CCS in dem eng beschriebenen Sinne – nicht als Freibrief – werden nutzen müssen.

## Antrag L.1.1501.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: AG Ethnische Minderheiten

### Zeile 1501

1500 • Der Kohleausstieg muss bis 2030 umgesetzt werden. Allein durch den Emissionshandel  
1501 wird das nicht gelingen. Der Umfang der Mittel des Bundes und der Länder für ehemalige Braunkohleregionen ist unter Berücksichtigung der Inflation und ggf. neuer Bedarfe fortzuschreiben.

## Begründung

Seit der Beschlussfassung des Braunkohlausstiegsgesetzes, das den Pfad zur schrittweisen Reduzierung der Erzeugung elektrischer Energie durch den Einsatz von Kohle definiert hat, sind mehr als vier Jahre vergangen. Das waren Jahre mit einer hohen Inflation, was den Wert der ursprünglich eingeplanten 40 Mrd. für die betroffenen Regionen deutlich reduziert hat. Zudem sind neue Bedarfe entstanden bzw. können auch in Zukunft noch entstehen. Dem muss die Politik in Bund und Ländern Rechnung tragen.

## Antrag L.1.1501.2

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1501

1500 • Der Kohleausstieg muss bis 2030 umgesetzt werden. Allein durch den Emissionshandel  
1501 wird das nicht gelingen. Auch die Nutzung von Erdgas zur Stromerzeugung wollen wir bis 2035 beenden.

## Begründung

Es heißt fälschlicherweise, dass Kohle viel schlimmer sei fürs Klima als Erdgas und -Öl. In der Gesamtrechnung trifft das nicht zu. Die Nutzung von Gas muss ähnlich schnell wie die von Kohle beendet werden! (Begründung liegt ausführlicher vor). War auch ein Punkt der Klimaberatung von Jan

und Ines kurz Anfang November.

## Antrag L.1.1504.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 1504

- 1502 • Dem Ausstieg aus Atom und Kohle muss ein Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem  
1503 Erdgas folgen. Die Linke will dafür ein Erdgasausstiegsgesetz mit verbindlichem  
1504 Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter. Bestehende fossile Kraftwerksstandorte sollen im Rahmen einer volkswirtschaftlich sinnvollen Kraftwerksstrategie infrastrukturell weitergenutzt werden (etwa als Standort für Großspeicher) und als gewachsene Fachkräfte- und Ausbildungsstandorte erhalten bleiben.

### Begründung

Ergänzungswunsch von Verdi, um konkrete Konzepte für die Beschäftigten von Kraftwerkstandorten vorweisen zu können.

## Antrag L.1.1509.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 1509

- 1505 • Wasserstoff ist der Champagner der Energiewende, teuer und energieintensiv. Deshalb  
1506 darf Wasserstoff nur dort eingesetzt werden, wo er absolut unverzichtbar ist, vor  
1507 allem in Bereichen der industriellen Produktion. Perspektivisch wollen wir, dass in  
1508 allen Anwendungsbereichen lediglich Wasserstoff aus der Elektrolyse von Strom aus  
1509 erneuerbaren Energiequellen zum Einsatz kommt.
- Die Beschallung mit elektronischer Außenwerbung ist nicht nur nervig, sondern kostet auch viel Energie, lenkt ab und verursacht Lichtverschmutzung, die die Tierwelt beeinträchtigt. Diese soll eingeschränkt werden. Zusätzlich fordern wir Werbeverbote für klimaschädliche Produkte wie zB Stadtgeländewagen (SUVs).

### Begründung

An dieser oder auch an anderer geeigneter Stelle ergänzen.

Zusätzlich regt zu viel Werbung zu Überkonsum an. Davon wollen wir weg.

## Antrag L.1.1517.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Ökologischen Plattform, Unterarbeitsgruppe Energie der

## Zeile 1517

- 1517 Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es rechten und populistischen Agitatoren die Möglichkeit gab, Ökologie und Soziales als Gegensätze darzustellen und die Sorgen der
- 1518 Menschen ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor.
- 1519 Wir wollen die Leute nicht alleine lassen: Keine Normalverdiener\*in darf durch Klimaschutz
- 1520 finanziell mehrbelastet werden. Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit
- 1521 Sanierungsbeauftragten für alle sanierungsbedürftigen Häuser. Es braucht eine kommunale
- 1522 Wärmeplanung mit Beteiligung der Bürger\*innen, Mieter\*innen- und Umweltverbänden.

## Begründung

Das Heizungsgesetz hat zu massiver Verunsicherung und Furcht vor – mitunter weiterer, teils erstmaliger – wirtschaftlicher Not in verschiedenen Gruppen der Bevölkerung Deutschland gesorgt. Das soll nicht bestritten werden.

Nichtsdestotrotz sollte nicht ignoriert werden, dass eine sachliche Debatte um den „Heiz-Hammer“ durch gezielte Propaganda eines breiten Bündnisses reaktionärer Kräfte und unserer politischen Gegner unterbunden wurde. Mit dieser klarstellenden Änderung berücksichtigen wir beides.

## weitere Antragstellende

Judith Dellheim

## Antrag L.1.1517.2

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

## Zeile 1517 - 1522

- 1517 ~~Das~~ Eine konsequente Umstellung der Wärmeversorgung ist aus klimapolitischen, versorgungspolitischen und vor allem sozialen Gründen unerlässlich. Aber das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft ~~gespalten~~ verunsichert, weil es die Sorgen ~~der~~
- 1518 ~~Menschen ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor.~~ vieler Menschen nicht gut beantwortet. Trotz aktueller Förderung mit Zuschlag für einkommenschwache Haushalte ist es noch immer für einige Menschen nicht zu stemmen. Gleichzeitig lässt das Gesetz zu viele Schlupflöcher für ineffiziente Technologien, die nur der Gasindustrie nutzen und die Kosten für die Nutzer\*innen in die Höhe treiben. Es braucht eine klare regulatorische Fokussierung auf sinnvolle Technologie (wie etwa Wärmepumpen). Wir wollen die ~~Leute nicht alleine lassen: Keine Normalverdiener\*in darf durch Klimaschutz~~
- 1520 ~~finanziell mehrbelastet werden. Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit~~
- 1521 ~~Sanierungsbeauftragten für alle sanierungsbedürftigen Häuser. Es braucht eine~~ Wärmewende konsequenter vorantreiben - ökologisch und sozial! Die kommunale
- 1522 Wärmeplanung ~~mit~~ braucht eine stärkere Beteiligung der Bürger\*innen, Mieter\*innen- und

## Begründung

Wir sollten nicht so klingen, als würden wir die Ampel von rechts kritisieren. Stattdessen weisen wir auf die Schwachstellen des bisherigen Heizungsgesetzes hin, aber machen deutlich, dass die Wärmewende aus sozialen und ökologischen Gründen alternativlos ist. Das Gesetz muss sozialer gestaltet werden und es müssen die preistreibenden Zugeständnisse an die rechten Parteien und die Gaslobby korrigiert werden.

Es gibt bereits kostenlose oder günstige Beratungsangebote, die aber nicht proaktiv genug beworben werden. Sanierungsbeauftragte: was soll das sein? Wer regiert dem kleinen Eigenheimbesitzer\*in rein? Gesetzliche Regelungen für klimafreundliche Sanierungen bei Heizung und Wärmedämmung sind als einzuhaltendes ordnungspolitisches Gebot völlig ausreichend. Dazu braucht es keine\*n "Sanierungs"-Beauftragte\*n, die\*der als zusätzliche Kontrolle empfunden werden würde.

Es gibt auch bereits eine Beteiligung bei der kommunalen Wärmeplanung, das ausgebaut werden.

## Antrag L.1.1529.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1529 - 1532

1523 • Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch  
1524 in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch wollen wir die Förderung  
1525 für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit niedrigen Einkommen kriegen  
1526 den Heizungstausch mit bis zu 100% bezahlt, Menschen mit mittleren Einkommen anteilig  
1527 gestaffelt. Für einen Einpersonenhaushalt wollen wir bei einem Jahreseinkommen von  
1528 30.000 Euro zum Beispiel 82% der Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42% der  
1529 Kosten erstatten, ~~inklusive dem Tausch der Heizkörper, wenn dieser technisch-~~  
1530 ~~notwendig ist. Ergänzend fordern wir vergünstigte Kredite der KfW, so dass Mehrkosten-~~  
1531 ~~fürs Heizen vermieden werden können, da Investitionskosten für effiziente Heizungen-~~  
1532 ~~so zu günstigen Konditionen gestreckt werden können.~~ Spitzenverdiener\*innen mit einem  
1533 Einkommen von 250.000 Euro aufwärts müssen die Sanierung ihrer Luxusvillen selbst  
1534 bezahlen.

## Begründung

Heizkörpertausch ist schon heute Bestandteil der Förderung. Heizungsförderung. Vergünstigte KfW Kredite gibt es schon seit mehreren Jahren.

## Antrag L.1.1551.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 1551

- 1548 • Um Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene statt Konzepte für jedes einzelne Haus  
1549 zu entwickeln, braucht es eine gute kommunale Wärmeplanung: Gerade in Ballungsräumen  
1550 sind kollektive Lösungen in der Wärmeversorgung oft sinnvoll, deshalb wollen wir  
1551 Städte und Gemeinden dabei unterstützen, Nah- und Fernwärmenetze auszubauen. Dazu  
müssen die Immobilienkonzerne für ihre Bestandsbauten Sanierungspläne bis spätestens  
Ende 2026 bei den jeweiligen Kommunen einreichen.

### Begründung

Wir müssen alle Hebel nutzen, um schnell, viele CO2-Emissionen abzubauen. Dazu dient das Vorhaben mit den großen Flotten zu beginnen, statt darauf zu warten, dass irgendwann auch individuelle Vermieter oder Eigentümer handeln.

## Antrag L.1.1553.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1553

- 1552 • Um die Wärmepreise unabhängig von Marktschwankungen und Spekulationen zu machen,  
1553 fordern wir ein Gewinnverbot ~~im Wärmebereich~~ bei Wärmenetzen. Damit darf der Wärmepreis  
nicht höher  
1554 als die tatsächlichen Wärmeerzeugungskosten sein.

### Begründung

Diese Spezifizierung ist eindeutiger. Es geht ja nicht darum die Handwerksmeisterin auf Nonprofit zu verpflichten.

## Antrag L.1.1555.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 1555

1555 ~~Klimagerechtigkeit und Verkehrswende~~

### Begründung

Überschrift passt nicht

## Antrag L.1.1567.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

## Zeile 1567

1564 • Wir wollen keinen Bergbau in Naturschutzgebieten, Trinkwasserschutzgebieten oder der  
1565 Tiefsee. Die lokale Bevölkerung muss bei Bergbauprojekten und der Wertschöpfung  
1566 beteiligt werden Und hat das Recht, nein zu sagen. Das gilt auch für den Lithiumabbau  
1567 in Sachsen. ~~Die Menschen vor Ort müssen von Bergbauprojekten profitieren.~~  
1568 Umweltschutz und Trinkwasserschutz muss garantiert werden - egal ob in Deutschland,  
1569 Europa oder anderswo auf der Welt.

## Begründung

Kaum jemand "vor Ort" profitiert von real existierenden Bergbauprojekten und wir sollten es auch nicht so klingen lassen, als wäre die ohne Weiteres anders herstellbar. Von der Ressourcenausbeutung des Bergbaus profitieren vor allem die Investor\*innen und Aktionär\*innen der Konzerne, die von der Ressourcenausbeutung profitieren. Auch wenn in Bergbauprojekten teilweise Mitarbeitende aus der Region angestellt werden und von den Löhnen auch ökonomisch abhängig sind, kann angesichts der realen Zerstörungen ganzer Landstriche kaum die Rede davon sein, dass sich hier ein WIN-Win zwischen Kapitalinteressen, lokaler Bevölkerung und ökologischer Nachhaltigkeit herstellen lässt.

## Antrag L.1.1569.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in:

Matthias Böhringer

## Zeile 1569

1564 • Wir wollen keinen Bergbau in Naturschutzgebieten, Trinkwasserschutzgebieten oder der  
1565 Tiefsee. Die lokale Bevölkerung muss bei Bergbauprojekten und der Wertschöpfung  
1566 beteiligt werden Und hat das Recht, nein zu sagen. Das gilt auch für den Lithiumabbau  
1567 in Sachsen. Die Menschen vor Ort müssen von Bergbauprojekten profitieren.  
1568 Umweltschutz und Trinkwasserschutz muss garantiert werden - egal ob in Deutschland,  
1569 Europa oder anderswo auf der Welt.

- Wir wollen nicht, dass beim notwendigen Klimaschutz die Ziele die Mittel heiligen. Wenn Kanzler Scholz für die „grüne“ Wende der Autoindustrie den Lithiumabbau im fruchtbarem Jadartal in Serbien befürwortet ist das kontraproduktiv. Er werden landwirtschaftliche Produkte für ganz Serbien erzeugt, der Bergbau würde die apokalyptische Verwüstung bedeuten. Dabei ist auch Landwirtschaft Wirtschaft. Eine ökologische Wende bedeutet den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Es bedeutet nicht, der Ober-und Mittelklasse Deutschlands subventionierte E-Autos breitzustellen, damit diese weiterhin ihrem Lifestyle frönen können. Und es bedeutet nicht, Lithium für die deutsche Rüstungsindustrie bereitzustellen, damit Rheinmetall Kampfdrohnen bauen kann. Die Verkehrswende ist vor allem die Nutzung des e-Verkehrs auf der Schiene und kein weiter so mit dem Individualverkehr.

## Begründung

Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Beispiel "Sie behandeln uns wie eine Kolonie", der Freitag

12.12.2024

## Antrag L.1.1578.1

Änderungsantrag zu L.1-08

**Antragsteller\*in:** Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 1578

1575 • Die finanzielle Unterstützung bei Klimaschutz und Minderung von Klimaschäden für  
1576 Länder des globalen Südens muss massiv erhöht werden. Die verabredeten  
1577 Finanzierungszusagen auf der Weltklimakonferenz im November 2024 sind weit unter dem  
1578 realen Bedarf. Die Finanzierung der unterstützten Länder darf nicht zu weiterer Verschuldung  
führen oder mit  
1579 Entwicklungshilfe verrechnet werden.

### Begründung

Präzisierung.

## Antrag L.1.1585.1

Änderungsantrag zu L.1-08

**Antragsteller\*in:** KV Recklinghausen und weitere

### Zeile 1585

1581 Die Rohstoffwende kann nur gelingen, wenn wir Ressourcen länger nutzen und nach der  
1582 Nutzung wieder in die Produktion einspeisen - so entsteht eine Kreislaufwirtschaft. Dafür  
1583 benötigen wir strengere Vorgaben für Haltbarkeit und Produkte ohne Sollbruchstellen. Wir  
1584 wollen Reparieren und Wiederverwenden, statt wegzuerwerfen. Was wirklich weg muss, wollen  
1585 wir recyceln, damit wir wertvolle Rohstoffe wieder zurück in den Kreislauf führen können.

Alle organischen Abfälle (z.B. Küchenabfälle, Grün- und Gehölzschnitt) müssen zunächst zu Biogas, einem erneuerbaren Energieträger, vergoren werden, bevor die Gärrückstände kompostiert werden dürfen.

### Begründung

Die organischen **Abfälle** aus Lebensmittelindustrie und -handwerk, aus Gastronomiebetrieben, Landwirtschaft und Haushalten, aus der Pflege von Haus- und Kleingärten, Park- und anderen öffentlichen Grünanlagen werden derzeit zum großen Teil kompostiert. Das ist eine gewaltige Ressourcenverschwendung, bei der auch Treibhausgase freigesetzt werden. Wenn anstelle der Kompostierung die organischen Abfälle zunächst in sogenannten Trockenfermentern vergoren werden, können große Mengen an Biogas, einem erneuerbaren Energieträger, gewonnen werden. Dieses Biogas kann in Blockheizkraftwerken genutzt werden, um Elektrizität und Wärme zu erzeugen, oder nach einer Reinigung als Erdgas-Ersatz oder zur Gewinnung von Wasserstoff eingesetzt werden – wie gesagt: nach der Vergärung von Bio-**Abfall**.

## weitere Antragstellende

Rolf Paul Christian Kohn, Edith Bartelmus-Scholich, Ulrich Höpke (Castrop-Rauxel) und Django Schins (Aachen)

## Antrag L.1.1599.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 1599 - 1600

1597 • Wir wollen weg vom Müll und hin zur Wiedergewinnung von Rohstoffen als Teil von  
1598 regionalen Produktionsketten. Das Müllaufkommen wird insgesamt reduziert: Hierfür  
1599 fordern wir ~~Abgaben auf weitreichende Verbote bei~~ Einwegverpackungen ~~für die Verkäufer und~~  
1600 ~~setzen uns und~~ in den verbleibenden Fällen Abgaben für die Hersteller. In der EU setzen wir  
uns  
für ein einheitliches Pfandsystem für Ein- und Mehrweggetränkeflaschen ein.

### Begründung

Einwegverpackungen sind ein sozial-ökologisches Desaster. Durch Einwegverpackungen steigt das tägliche Müllaufkommen weltweit und es werden Ressourcen ausgebeutet für die Produktion von Einwegverpackungen, die dann oftmals im Meer entsorgt werden. Das wird nicht durch den Markt geregelt, in Form von Steuersätzen. Für den Schutz von Mensch und Natur müssen Konzerne dazu gezwungen werden, Mehrwegprodukte zu produzieren. Anknüpfungspunkte in Deutschland sind alle Unternehmen, die ausschließlich Mehrwegpfandsysteme in ihrer Produktion implementiert haben.

## Antrag L.1.1605.1

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: BAG Ökologische Plattform

### Zeile 1605

1603 • Abfallbehandlung und Abfallentsorgung müssen als Bestandteile der Daseinsvorsorge  
1604 zurück in die öffentliche Hand. Nur so kann eine soziale und ökologische  
1605 Abfallwirtschaft garantiert werden.

- Private Feuerwerke (das "Böllern") müssen zum Schutz von Mensch, Tier und Natur in der Sprengstoffgesetzgebung verboten werden. Das Müllaufkommen wie die Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen; jedes Jahr verletzen sich ausserdem unzählige Kinder und Erwachsene an den Sprengkörpern.

### Begründung

Es gibt viele Gründe:

- Stimmung: Eine Mehrheit der Deutschen hat sich in einer Umfrage für ein Verbot von Feuerwerk in Innenstädten ausgesprochen. Knapp 60 Prozent von mehr als 5000 Befragten sind für ein generelles

Böllerverbot in dicht besiedelten Umgebungen, wie die am Mittwoch veröffentlichte Onlineerhebung des Instituts Civey für die Funke-Mediengruppe ergab. Auf die Frage "Sollte das Zünden von Feuerwerk Ihrer Meinung nach an [Silvester](#) in deutschen Innenstädten verboten werden?" antworteten demnach 41 Prozent mit "Ja, auf jeden Fall". Weitere 18,6 Prozent sagten dazu "eher ja". In Wien, Paris und Rom nicht gestattet, privat Feuerwerkskörper zu zünden. In Deutschland gilt das Verbot unter anderem in Rothenburg ob der Tauber, der Innenstadt von Düsseldorf, Bremen, Göttingen und Quedlinburg.

- Feinstaubwahnsinn: 53 Tage Straßenverkehr – 5000 Tonnen Feinstaub der Größe PM10 beim Abbrennen von Feuerwerk freigesetzt, schrieb das UBA damals in einer Broschüre: "Diese Menge entspricht in etwa 17 Prozent der jährlich im [Straßenverkehr](#) angegebenen Feinstaubmenge." Punktuell extremhohe Belastung: Die bundesweit höchste Konzentration gab es in Berlin-Friedrichshain: 853 Mikrogramm Feinstaub der Partikelgröße PM10 pro Kubikmeter gemessen. Der Grenzwert für das Tagesmittel beträgt 50 Mikrogramm pro Kubikmeter. Chemikalien inkl Plastik werden aus Spaß in die Umwelt hinaus geballert mit Konsequenzen für Luft, Boden und Gewässer

- Verletzungsgefahr: Viel zu gefährlich! Legale Böller werden selten nach Anweisungen gezündet, landen oft in Kinderhänden und verursachen enorme Sachschäden. Es besteht dabei ein Vollzugs- und Kontrolldefizit (wir wissen nicht was genau alles Inhaltstoffe in de legalen Böllern sind) und haben keinerlei Handlungsmöglichkeiten gegen illegale Böller (in Polen gekauft ZB)

- Tierschutz: Wildtiere und Haustiere: Viele Tiere, insbesondere Vögel, sterben entweder durch direkten Kontakt, aber auch durch Angst. Hier sind Haus- und Wildtiere auch vom Artenschutz eigentlich geschützte Tiere betroffen.

- Bürgerkriegsartige Zustände: In der Silvesternacht 2017/18 gingen 3084 Notrufe bei der Berliner Polizei ein. Vor allem alten Menschen sowie Menschen mit PTSD setzen diese Zustände besonder zu. In Großstädten gibt es sogar Attacken auf Feuerwehr und medizinisches Personal. Feuerwerk wird auch gegen Menschen eingesetzt.

- Müll: In Berlin allein (2017/18) 600 BSR Mitarbeiter; 50 Fahrzeuge; min. 350 m<sup>3</sup>, dabei ist ein Teil des Mülls zu klein bzw. einfach zu viel und bleibt dann in der Natur

- Brandgefahr: Enorme Kosten Menschenleben, aber auch für Feuerwehr und Polizei.

## Antrag L.1.1605.2

Änderungsantrag zu L.1-08

Antragsteller\*in: Matthias Böhringer

### Zeile 1605

1603 • Abfallbehandlung und Abfallentsorgung müssen als Bestandteile der Daseinsvorsorge

1604 zurück in die öffentliche Hand. Nur so kann eine soziale und ökologische

1605 Abfallwirtschaft garantiert werden.

- Wirtschaftsweise ohne Wachstum anstreben, weniger Statusdenken zwischen Bundesländern, Kommunen und Menschen

### Begründung

Siehe auch eingefügter Absatz in der Präambel zur gleichen Gesellschaft ohne Statuswettbewerb

## Antrag L.1.1614.1

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 1614 - 1615

1613 Die Ampel-Regierung hat mit einem höheren CO2-Preis das Autofahren teurer gemacht. Die  
1614 Alternativen, damit das Auto stehen bleiben kann, wurden aber nicht geschaffen. ~~Kaum ein~~  
Vielerorts kommt der Zug ~~fährt stündlich~~ zu selten, dafür sind viele überfüllt. ~~Fast die Hälfte~~ Nicht  
einmal ein Drittel der Strecken sind nicht  
1616 einmal elektrifiziert. Aber die Bahn versenkt Milliarden in Prestigeprojekte wie Stuttgart  
1617 21.

#### Begründung

Veralteter Sachstand. Auf viele Strecken gab es in den letzten Jahren Taktverdichtungen, die allermeisten Strecken haben heute tagsüber zumindest einen Stundentakt.

### Antrag L.1.1626.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 1626 - 1627

1623 Alternativen zum Fliegen und zum Autofahren müssen für alle funktionieren. Sonst kann  
1624 niemand das Auto stehen lassen. Um den großen Investitionsbedarf der Verkehrsinfrastruktur  
1625 vom jährlichen Bundeshaushalt unabhängig und damit längerfristig verlässlich zu machen,  
1626 schlagen wir die Schaffung eines verkehrsträgerübergreifenden, ~~mehrfährigen~~  
1627 Infrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild mit klaren mehrjährigen Budgets für die einzelnen  
Verkehrsträger vor.

#### Begründung

Verteilungskämpfe zwischen Schiene, Straße usw. sollten von Anfang an ausgeschlossen werden, indem die Budgets für die einzelnen Verkehrsträger separat ausgewiesen werden (Vorschlag der EVG).

### Antrag L.1.1634.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: KV Köln

#### Zeile 1634

1629 Das 9-Euro Ticket hat gezeigt: Ein sehr viel günstigerer Nahverkehr ist möglich und wird  
1630 auch nachgefragt. Die Menschen wollen und brauchen ein sehr viel besseres öffentliches  
1631 Verkehrsangebot. Jede zwanzigste Autofahrt konnte durch das Ticket vermieden werden - und  
1632 dabei war es nur 3 Monate lang zu kaufen. Die Erhöhung des Abopreises auf 58 Euro ist  
1633 fatal und die unterschiedlichen Lösungen in den Ländern müssen bundesweit einheitlich  
1634 gestaltet werden. Mit einer Mehrwertsteuerbefreiung für den öffentlichen ~~Nahverkehr wird~~ Nah-  
und Fernverkehr wird

1635 kurzfristig Geld für den Nahverkehr frei. Wir wollen das 9-Euro-Ticket sofort wieder  
1636 einführen. Für Schüler\*innen, Azubis, Studierende und Senior\*innen wollen wir ein  
1637 sofortiges 0-Euro-Ticket. Die Mitnahme von Kindern und von Fahrrädern und Hunden muss  
1638 inklusive sein. Für alle Abonent\*innen fordern wir sechs Freifahrten pro Jahr im  
1639 Fernverkehr. Perspektivisch fordern wir einen kostenfreien ÖPNV in ganz Deutschland. Die  
1640 Pendlerpauschale wollen wir durch ein Mobilitätsgeld ersetzen. Das Dienstwagenprivileg für  
1641 reiche Menschen, die sich Luxus-Autos (ob elektrisch oder nicht) damit kaufen, schaffen  
1642 wir hingegen ab.

## Begründung

Konsistenz mit Kapitel 3.

## Antrag L.1.1660.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in:

KV Recklinghausen und weitere

### Zeile 1660

1656 Die Mobilität der Zukunft gehört dem Fuß-, Rad-, und öffentlichen Nahverkehr. Sogenannte  
1657 E-Fuels sind äußerst ineffizient und teuer. Sie werden, ebenso wie Biokraftstoffe und  
1658 Wasserstoff, auch zukünftig knapp bleiben und können nur da eingesetzt werden, wo es  
1659 wirklich keine bessere Alternative gibt. Biokraftstoffe sind für uns überhaupt nur eine  
1660 Alternative, wenn sie regional sowie aus Bio-Abfällen produziert sind und nicht in der  
Konkurrenz zu  
1661 Lebensmitteln stehen. Importe von Biokraftstoffen lehnen wir ab. Für den Individualverkehr  
1662 sind sie keine realistische Option, ebenso wie E-Fuels. Deshalb ist die Orientierung auf  
1663 E-Autos richtig. Es braucht langfristige Planungssicherheit für Verbaucher\*innen und  
1664 Industrie, daher halten wir am Auslaufen von Neuwagenverkauf für Verbrenner entsprechend  
1665 der gültigen EU-Richtlinie fest. Nach Bedarf fördern wir den Umstieg auf effiziente E-  
1666 Autos für Handwerk, soziale Dienste, Taxibetriebe, Kleingewerbe und Menschen auf dem Land  
1667 mit niedrigem Einkommen. Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich ein  
1668 Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und innerorts Tempo 30 - außer auf  
1669 Hauptverkehrsachsen.

## Begründung

Die organischen **Abfälle** aus Lebensmittelindustrie und -handwerk, aus Gastronomiebetrieben, Landwirtschaft und Haushalten, aus der Pflege von Haus- und Kleingärten, Park- und anderen öffentlichen Grünanlagen werden derzeit zum großen Teil kompostiert. Das ist eine gewaltige Ressourcenverschwendung, bei der auch Treibhausgase freigesetzt werden. Wenn anstelle der Kompostierung die organischen Abfälle zunächst in sogenannten Trockenfermentern vergoren werden, können große Mengen an Biogas, einem erneuerbaren Energieträger, gewonnen werden. Dieses Biogas kann in Blockheizkraftwerken genutzt werden, um Elektrizität und Wärme zu erzeugen, oder nach einer Reinigung als Erdgas-Ersatz oder zur Gewinnung von Wasserstoff eingesetzt werden – wie gesagt: nach der Vergärung von Bio-**Abfall**.

## weitere Antragstellende

Rolf Paul Christian Kohn, Edith Bartelmus-Scholich, Ulrich Hüpke (Castrop-Rauxel) und Django Schins (Aachen)

### Antrag L.1.1672.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 1672

1671 Die Bahn ist ein lebenswichtiger Teil der Daseinsvorsorge unserer Gesellschaft. Sie ist  
1672 das Rückgrat des ~~ÖPNV~~öffentlichen Personenverkehrs. Die Form einer Aktiengesellschaft mit  
ihren Profitinteressen steht  
1673 dazu im Widerspruch. Mit der Gemeinwohlorientierung für die Infrastruktursparte der Bahn  
1674 (InfraGo) wurde nur der halbe Weg gegangen. Wir wollen eine Bürgerbahn statt einer  
1675 profitorientierten Bahn. Wir wollen einen integrierten Konzern statt Ausverkauf. Wir  
1676 wollen eine Bahn in der Fläche statt teuren Prestigeprojekten.

#### Begründung

Es gab den Wunsch der EVG, dass hier der Fernverkehr nicht vergessen werden soll.

### Antrag L.1.1676.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

#### Zeile 1676

1671 Die Bahn ist ein lebenswichtiger Teil der Daseinsvorsorge unserer Gesellschaft. Sie ist  
1672 das Rückgrat des ÖPNV. Die Form einer Aktiengesellschaft mit ihren Profitinteressen steht  
1673 dazu im Widerspruch. Mit der Gemeinwohlorientierung für die Infrastruktursparte der Bahn  
1674 (InfraGo) wurde nur der halbe Weg gegangen. Wir wollen eine Bürgerbahn statt einer  
1675 profitorientierten Bahn. Wir wollen einen integrierten Konzern statt Ausverkauf. Wir  
1676 wollen eine Bahn in der Fläche und ein Netz für den Deutschlandtakt statt teuren  
Prestigeprojekten.

#### Begründung

Ein positiver Bezug zum D-Takt sollte ins Wahlprogramm, weil er ein fachpolitisch hoch angesehenes Konzept ist und gute Argumente für den Ausbau in der Fläche liefert.

### Antrag L.1.1683.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

## Zeile 1683

1677 Damit die Bahn wieder pünktlich und zuverlässig fährt, muss das Netz saniert,  
1678 elektrifiziert, Strecken reaktiviert und ausgebaut werden, natürlich barrierefrei. Wir  
1679 halten am Ziel fest, bis 2030 den Anteil des Schienengüterverkehrs mindestens auf 25% zu  
1680 erhöhen und den Schienenpersonenverkehr zu verdoppeln. Für uns ist klar: Planungs- und  
1681 Baukapazitäten sind begrenzt. Wer Bahnstrecken und Brücken beschleunigt ausbauen und  
1682 sanieren will, muss auf den Neu- und Erweiterungsbau von Autobahnen verzichten. Wir wollen  
1683 uns beim Straßenbau auf die Sanierung des Bestands konzentrieren und setzen uns für ein  
Moratorium des Baus von Autobahnen und Bundesstraßen ein.

## Begründung

13.000 km Autobahnen sind genug. Flächenversiegelung und Vorrang fürs Auto weiterhin großes Problem, dessen Trend umgekehrt werden muss.

## Antrag L.1.1689.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

## Zeile 1689 - 1690

1689 • Wir wollen bezahlbare Bahnpreise! ~~Dazu wollen wir die Deutsche Bahn gesetzlich~~  
1690 ~~verpflichten, die Strom-Bahnstromsteuer~~ und Trassenpreise zu wollen wir senken und die  
1691 Mehrwertsteuer für Bahntickets abschaffen (siehe Kapitel 1 und 3).

## Begründung

Die DB (und auch die InfraGo) sind hier der falsche Adressat, weil sie die Bahnstrompreise und die Trassenpreise nicht unabhängig festlegen können. Hier muss der Gesetzgeber tätig werden.

## Antrag L.1.1697.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

## Zeile 1697

1696 • Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir  
1697 unterbinden. ~~Bahn- und Flugverkehr müssen endlich steuerlich gleichgestellt werden:-~~  
1698 Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU und auf Flugtickets ins Ausland  
1699 soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden.

## Begründung

Da wir jetzt die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets fordern, macht Forderung nach

Gleichstellung keinen Sinn mehr.

## Antrag L.1.1700.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: KV Heidelberg/Badische Bergstraße, LV Baden-Württemberg

### Zeile 1700

1700 ~~Die Zeit für übertriebenen Luxus~~ Gütertransporte auf Schiene und Wasser verlagern,  
klimaschädliche Exzesse der ~~Reichen, die das Klima zerstören, ist vorbei~~ Superreichen beenden.

### Begründung

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich nicht hauptsächlich mit dem absurd hohen CO2-Ausstoß der Reichen sondern mit der zukünftigen Organisation des Güterverkehrs auf Straße, Schiene und dem Wasser, deswegen sollte die Unterüberschrift auch entsprechend lauten.

## Antrag L.1.1703.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: KV Heidelberg/Badische Bergstraße, LV Baden-Württemberg

### Zeile 1703 - 1706

1703 • ~~Während sich die einen den Besuch bei den Verwandten im Ausland kaum leisten können,~~  
1704 ~~machen andere Kurztrips zum Shoppen nach Dubai. Anstatt pauschaler Mehrbesteuerung~~  
1705 ~~von Flügen über den CO-2 Preis fordern wir eine Vielfliegersteuer: Ab dem fünften~~  
1706 ~~Flug pro Jahr kostet jeder weitere Flug weitere 200 Euro mehr.~~

### Begründung

Dieser Vorschlag ist ein Fass ohne Boden und schafft ein datenschutzmäßig sehr fragwürdiges Bürokratiemonster. Laut dem Vorschlag müssten alle Airlines die Daten ihrer deutschen Fluggäste an eine offizielle Stelle geben wo diese gesammelt werden und welche dann vor Bezahlung eines Fluges abgefragt werden muss. Das kann gar nicht funktionieren, erst Recht nicht bei Flügen außerhalb Deutschlands. Ebenso wird nicht zwischen Privat- und Geschäftsreisen differenziert.

## Antrag L.1.1718.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: BO-Brüssel (LV-Berlin), KV Plön und BV Pankow

### Zeile 1718

1716 • Gute Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer\*innen heißt auch: Es muss vernünftige  
1717 Raststätten geben. Wir wollen Raststätten wieder gemeinwohlorientiert organisieren  
1718 und Sanifair abschaffen: Schluss mit der Toiletten-Abzocke! Wir fordern gute  
Arbeitsbedingungen für Beschäftigte bei Bus und Bahn: Zugang zu sauberen Toiletten,

ausreichende Pausen, Maßnahmen der Unternehmen gegen die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte.

## Begründung

Der 19. November ist der World-Toilet-Day und man mag es nicht glauben, aber oft haben die Beschäftigten keinen Zugang zu Toiletten. Daraus folgen gesundheitliche Probleme, die sich aufgrund der Hitzebelastung durch den Klimawandel verschärft werden. Seit der Pandemie hat die Gewalt von Passagieren gegen Beschäftigte bei Bus und Bahn massiv zugenommen. Davor dürfen die Unternehmen nicht weiterhin die Augen verschließen.

## Antrag L.1.1724.1

Änderungsantrag zu L.1-09

Antragsteller\*in: KV Heidelberg/Badische Bergstraße, LV Baden-Württemberg

### Zeile 1724

- 1719 • Die Überseehäfen sollen besser untereinander kooperieren (nationale Hafenplanung) und  
1720 Hinterlandanbindungen mit der Bahn bekommen. Der Bund muss endlich mehr Verantwortung  
1721 für die enormen Hafeninvestitionen übernehmen. Privatisierung der Hafeninfrastruktur  
1722 oder ihren Ausverkauf an Großreedereien führen zu strukturelle Abhängigkeiten und  
1723 Sicherheitsrisiken. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, egal, ob beim Güterverkehr  
1724 auf der Straße, der Schiene oder dem Wasser.
- Wir fordern eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf die Binnenschifffahrt wo möglich. Dies erfordert Investitionen in die maroden Wasserstraßen und dazugehörige Infrastruktur wie Schleusen und Liegeplätze. Außerdem fordern wir Investitionen in die Erforschung klimafreundlicher Antriebsarten für Binnenschiffe und zur Reduktion von Feinstaubemissionen.

## Begründung

Die Binnenschifffahrt bietet eine weitere umweltfreundlichere Alternative zum Transport auf der Straße. Sie hat gerade bei den größeren Schiffen und Schubverbänden einen mit der Schiene vergleichbaren CO<sub>2</sub>-Ausstoß, welcher zwischen 20 und 40g/Tkm (Gramm pro Tonnenkilometer) liegt (7,7% eines normalen 20-Tonnners) (Quelle: CE Delft Stream Freight Transport 2016). Auch die Schadstoffemissionen liegen deutlich niedriger als bei LKW, allerdings höher als auf der Schiene, hier sind also weitere Investitionen zur Reduzierung nötig. Gerade für die Industrie sind die großen Ladekapazitäten von Binnenschiffen interessant und sollten weiterhin genutzt und nicht vergessen werden. Das deutsche Wasserstraßennetz ist gut ausgebaut, verschlechtert sich allerdings durch mangelnde Instandhaltungsmaßnahmen zusehens. Hier muss dringend agiert und investiert werden.

## Antrag L.1.1731.1

Änderungsantrag zu L.1-10

Antragsteller\*in: LV Bremen

## Zeile 1731

1729 Wir stehen an der Seite der Landwirt\*innen. Sie leisten für die Gesellschaft  
1730 überlebensnotwendige Arbeit. Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, müssen davon  
1731 gut leben können. Dafür wollen wir Grund und Boden ~~gerechter verteilen und Landwirt\*innen~~  
vor Spekulation schützen und Landwirt\*innen  
1732 sozial absichern.

## Begründung

Eine klassische Agrarreform im Sinne einer aktiven Enteignung von Großgrundbesitz und Umverteilung an kleinbäuerliche Betriebe müsste näher ausgeführt werden, wenn sie hier wirklich angestrebt sein sollte. Was eine gerechte Verteilung von Grund und Boden ist, ist jedenfalls nicht selbsterklärend. Stattdessen reicht es an dieser Stelle, was wahrscheinlich auch gemeint ist, landwirtschaftlichen Boden der Spekulation zu entziehen. So passt es auch zur Zeile 1764 "Bauernland gehört nicht in die Hand von Spekulanten und Investoren".

## Antrag L.1.1763.1

Änderungsantrag zu L.1-10

Antragsteller\*in: Matthias Böhringer

## Zeile 1763

1759 • Glyphosat und Neonikotinoide verbieten. Bis 2030 soll der Einsatz von  
1760 Pflanzenschutzmitteln um mindestens 50 Prozent verringert werden. Wir wollen  
1761 Transparenz und ein strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.  
1762 Durch eine ambitionierte Pestizidreduktions-Strategie und die Entwicklung von  
1763 Düngemittelalternativen unterstützen wir die Agrarbetriebe beim ökologischen Umbau. Ein  
Mittel ist die natürliche Düngung mit Mist

## Begründung

Ammoniak aus Erdgas ist fossile Landwirtschaft und schädigt das Bodenleben. Stoffkreislauf mit Rottemist ist förderlich

## Antrag L.1.1768.1

Änderungsantrag zu L.1-10

Antragsteller\*in: BAG Ökologische Plattform, Marcus Otto, Tobias Lechner

## Zeile 1768 - 1772

1767 • Sozialverträglicher Umbau der Tierhaltung: Für mehr Tierwohl, Klimaschutz und  
1768 Umweltschutz. Wir wollen ~~eine Ausweitung der Bundesförderung für tiergerechte-~~  
1769 ~~Haltungssysteme~~ hohe Mindesthaltungsstandards für alle Tierarten, ~~für die Einschränkung~~  
1770 Ausweitung der Bundesförderung für tierschutzrelevante Umbauten von  
1771 ~~Lebendtiertransporten,~~  
1772 ~~stärkere Kontrollen~~ Haltungssystemen, keine Lebendtiertransporte über vier Stunden und

dezentrale Schlachtstrukturen ohne Akkordlöhne. Häufigere unangekündigte Kontrollen und härtere Strafen bei Verstößen gegen den Tierschutz sind nötig. Große Fleischfabriken, ~~die Tier und Mensch gleichermaßen schaden~~, wollen wir dichtmachen.

## Begründung

Die neue Version enthält wesentliche relevante Forderungen, ohne länger zu sein. Für viele Tiere wie z.B. Puten gibt es keine gesetzlichen Mindeststandards. Wir sollten zunächst also hohe Mindesthaltungsstandards für alle Tiere fordern, bevor wir die Unterstützung des Umbau fordern. Die Forderung nach einem Verbot von Akkordlöhnen in Schlachthöfen verbindet Sozialpolitik mit Tierschutzpolitik. Denn die Akkordlöhne stressen Arbeiter:innen, was zu Fehlbetäubungen führt. Schon im vergangenen Wahlprogramm forderten wir eine Begrenzung von Lebendtiertransporten auf bis zu vier Stunden. Es gibt keinen fachlichen Grund für eine Aufweichung der Forderung.

## Antrag L.1.1768.2

Änderungsantrag zu L.1-10

Antragsteller\*in: Matthias Böhringer

### Zeile 1768

- 1767 • Sozialverträglicher Umbau der Tierhaltung: Für mehr Tierwohl, Klimaschutz und  
1768 Umweltschutz. Mehr Weidehaltung ist gut für die Biodiversität. Bindung des Viehs an die  
1769 Fläche. Wir wollen eine Ausweitung der Bundesförderung für tiergerechte  
1770 Haltungssysteme für alle Tierarten, für die Einschränkung von Lebendtiertransporten,  
1771 stärkere Kontrollen und dezentrale Schlachtstrukturen. Häufigere unangekündigte  
1772 Kontrollen und härtere Strafen bei Verstößen gegen den Tierschutz sind nötig. Große  
1772 Fleischfabriken, die Tier und Mensch gleichermaßen schaden, wollen wir dichtmachen.

## Begründung

Mehr Schiss , Tritt und Biss ist wissenschaftlich nachgewiesen gut für Insekten und Wiesen. Ohne Tiere gibt es technische Wiesenpflege und es fehlen Kuhfladen für Insekten.

## Antrag L.1.1788.1

Änderungsantrag zu L.1-10

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

### Zeile 1788

- 1786 • Öffentliche Einrichtungen sollen ihre Lebensmittel regional und umweltfreundlich  
1787 beziehen und sich an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung  
1788 halten. Dies braucht staatliche Zuschüsse.

## Begründung

Viele soziale Einrichtungen könnten diesen Umstieg finanziell nicht stemmen und müssten massiv die Preise anheben.

## Antrag L.1.1788.2

Änderungsantrag zu L.1-10

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 1788

- 1786 • Öffentliche Einrichtungen sollen ihre Lebensmittel regional und umweltfreundlich  
1787 beziehen und sich an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung  
1788 halten.
- Wir fordern die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und die Verpflichtung zur Weitergabe der Steuersenkung.

### Begründung

Wird an anderer Stelle im WP gefordert und fehlt hier.

## Antrag L.1.1791.1

Änderungsantrag zu L.1-10

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

### Zeile 1791 - 1792

- 1789 • Lebensmittel im Handel brauchen ein einheitliches staatliches Label, das Klima,  
1790 Umwelt, Tierschutz, Gesundheit und soziale Aspekte berücksichtigt. Das muss überall  
1791 erkennbar und transparent sein. Wir fordern mehr Lebensmittelkontrollen und dass ~~die~~  
1792 Ergebnisse grobe Verstöße im Internet und an der Ladentür veröffentlicht werden müssen.

### Begründung

Lebensmittelkontrollen dienen dazu, zusammen mit den Küchenmitarbeiter\*innen Mängel zu beseitigen und andere betriebliche Verbesserungen durchzuführen. Es ist nicht sinnvoll, alle Maßnahmen zu veröffentlichen. Zum Beispiel der Austausch von Rührbesen, die Beseitigung von Bohrlöchern, die Umsetzung von Dokumentationen und Verbesserungsvorschläge bei Küchenumbau. Die Lebensmittelkontrollen sollen die Betriebe darin unterstützen, den bestmöglichen hygienischen Küchenbetrieb zu gewährleisten. Durch die Veröffentlichung aller Ergebnisse würde der Druck der Chefs auf die Mitarbeiter\*innen extrem verstärkt. Allerdings sollen grobe Verstöße veröffentlicht werden.

## Antrag L.1.1795.1

Änderungsantrag zu L.1-10

Antragsteller\*in: BV Tempelhof-Schöneberg und BO Schöneberg

### Zeile 1795

- 1793 • Wir fordern ein Werbe- und Marketingverbot für ungesunde Lebensmittel, besonders für  
1794 Kinder und Jugendliche. Der Zuckergehalt insbesondere in Softdrinks muss geregelt und

1795 begrenzt werden, ohne die Verbraucher\*innen zu belasten.

- Pflanzliche Alternativ-Nahrungsmittel etwa zu Fleisch oder Milchprodukten müssen als Grundnahrungsmittel anerkannt werden und damit (siehe Kapitel 1) von der Mehrwertsteuer befreit werden.

## Begründung

Wir stehen hinter der Forderung nach einer Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, wie sie im Antrag L1 erhoben wird. Allerdings entfallen damit auch Steuern auf tierische Nahrungsmittel wie etwa Fleisch und Milchprodukte. Pflanzliche Alternativprodukte dagegen fallen häufig nicht unter die Grundnahrungsmittel und würden damit einen Mehrwertsteuersatz von 19% beibehalten. Der Entfall der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel würde also eine weitere Besserstellung von tierischen Produkten gegenüber den Alternativen bedeuten. Um dieses Ungleichgewicht aufzuheben, wollen wir, dass pflanzliche gleichwertige Produkte auch von der Mehrwertsteuer befreit werden.

## Antrag L.1.1811.1

Änderungsantrag zu L.1-10

Antragsteller\*in: Cuba sí

### Zeile 1811

1811 Die Linke unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen ~~und~~, so wie es mehrere Länder in Lateinamerika bereits praktizieren und in ihren Verfassungen festgeschrieben haben. Darüber hinaus fordert Die Linke ein

1812 wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände.

## Begründung

Erfolgt mündlich

## Antrag L.1.1811.2

Änderungsantrag zu L.1-10

Antragsteller\*in: KV Recklinghausen und weitere

### Zeile 1811 - 1812

1811 Die Linke ~~unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen und~~ fordert ein  
1812 ~~wirksames Verbandsklagerecht für~~ subjektives und einklagbares, ökologisches Menschenrecht auf eine natürliche Umwelt ~~und Tierschutzverbände~~ ohne ökologische Schäden und eine Erweiterung der bisherigen Verbandsklagerechte, so dass jeder Mensch - wie nach der Verfassung von Ecuador - die Interessen bzw. Belange der Natur vor Gericht vertreten kann.

## Begründung

Die Natur als Rechtssubjekt steht vor dem Problem, dass sie nicht selbst zu einem Gericht gehen

kann – sie braucht eine menschliche Vertretung. Eine juristische Vertretung der Natur durch Naturschutzverbände, wie z.B. durch den Nabu, entspräche einem Verbandsklagerecht. Stattdessen wurde in der Verfassung von Ecuador die juristische Vertretung der Natur demokratisiert und jedem Menschen zugebilligt. Damit wurde ein subjektives und einklagbares Menschenrecht auf eine natürliche Umwelt ohne ökologische Schäden begründet. Diese Idee eines ökologischen Menschenrechtes sollte die Linke unterstützen.

## weitere Antragstellende

Rolf Paul Christian Kohn, Edith Bartelmus-Scholich, Ulrich Hápke (Castrop-Rauxel) und Django Schins (Aachen)

## Antrag L.1.1852.1

Änderungsantrag zu L.1-10

**Antragsteller\*in:** BAG Ökologische Plattform, Marcus Otto, Tobias Lechner

### Zeile 1852 - 1853

- 1852 • Wir fordern ~~das bundesweite Verbandsklagerecht und~~ die Verankerung eine\*r  
1853 unabhängigen, an der Gesetzgebung beteiligten Bundestierschutzbeauftragte\*n und die  
Stärkung von Tierschutzvereinen und -organisationen.

## Begründung

Ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen wird bereits auf Z. 1811-1812 gefordert. Die Mittel für Tierschutzvereine wurden stark beschnitten. Wir fördern so Bürger:innenengagement.

## Antrag L.1.1870.1

Änderungsantrag zu L.1-11

**Antragsteller\*in:** Florian Müller (Nordrhein-Westfalen · Nr. 341), Mareike Hermeier (Nordrhein-Westfalen · Nr. 205)

### Zeile 1870

- 1870 Um Kommunen wieder in Handlungsfähigkeit zu versetzen, bedarf es ihrer Befreiung aus Haushaltssicherungskonzepten, Haushaltskonsolidierungen und Nothaushalten. Wir fordern daher ein bundesweites Kommunalentschuldungspaket, um Kommunen deutschlandweit aus Nothaushalten und Haushaltssicherungen zu befreien. In der Stadt wie auf dem Land ist ein Grundangebot an öffentlichen Dienstleistungen

1871 unabdingbar. Man muss sich darauf verlassen können, dass der Bus fährt und man zu Fuß und  
1872 mit dem Rad Geld abheben und Brötchen kaufen kann. Niemand will 30 Kilometer zur Kita oder  
1873 zur Arztpraxis fahren. Es ist gut, wenn es in der Nähe Orte gibt, wo etwas los ist und  
1874 mehr möglich ist als Spazierengehen und Netflix. Ganz offensichtlich regelt der Markt das  
1875 nicht. In den letzten Jahrzehnten wurde die Infrastruktur systematisch kaputt gekürzt. Die  
1876 Orientierung auf Profit hat dazu geführt, dass nichts mehr funktioniert. Die Eckkneipe  
1877 bleibt geschlossen, wenn die Menschen sich den Besuch dort nicht mehr leisten können. Die  
1878 Folge: Wer kann, zieht weg und die Angebote kommen nicht zurück. Damit die öffentliche

1879 Daseinsvorsorge wieder funktioniert muss Schluss sein mit Privatisierung und Kürzungen.

## Begründung

Die Begriffe „Haushaltssicherung“ und „Nothaushalt“ lösen Schrecken bei Kommunalpolitiker\*innen aus. Sie sind was eintritt, wenn finanzschwache Kommunen unter der finanziellen Belastung zusammenbrechen und gehen mit erzwungenen Einsparmaßnahmen und der Erhöhung von Abgaben einher, worunter vor allem die Schwächsten der Gesellschaft am meisten leiden..

Allein in NRW war 2023 mehr als jede dritte Kommune in Gefahr in Haushaltssicherungsmaßnahmen zu rutschen [1]. Für Brandenburg benannte die SZ 2019 jede vierte Kommune als in der Haushaltssicherung [2]. Eine Studie aus dem Jahr 2021 gibt an, dass mehr als ein Drittel der Kommunen deutschlandweit ihre Schulden nicht aus eigener Kraft tilgen können [3]. Eine strengere Anwendung des Konnexitätsprinzips würde viele Kommunen zwar maßgeblich entlasten, allerdings würde es auch dann für besonders jene Kommunen, die stark verschuldet sind, Jahre dauern, sich aus den Schulden zu befreien. Hier müssen wir Hilfe leisten und diejenigen Kommunen, die sich nicht aus eigener Kraft finanziell sanieren können, unterstützen.

[1] <https://www.kommunen.nrw/presse/pressemitteilungen/detail/dokument/vier-von-zehnkommunen-droht-die-haushaltssicherung.html>

[2] <https://www.sueddeutsche.de/politik/potsdam-viele-gemeinden-unter-haushaltssicherungdpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190617-99-676410>

[3] [https://www.dgfdb.de/fileadmin/user\\_upload/ey-kommunenstudie-2021.pdf](https://www.dgfdb.de/fileadmin/user_upload/ey-kommunenstudie-2021.pdf)

## Antrag L.1.1890.1

Änderungsantrag zu L.1-11

Antragsteller\*in:

Dr. André Hahn (Sachsen · Nr. 182), Christian Görke (Brandenburg), und André Nowak (BV Berlin-Lichtenberg)

### Zeile 1890

1887 • Kommunen müssen in der Lage sein, die notwendige soziale Infrastruktur vorzuhalten -  
1888 hierfür brauchen wir eine Infrastrukturgarantie: Bus, Bäcker, eine Möglichkeit zum  
1889 Geldabheben, Arztpraxen und Begegnungsorte müssen in jedem Ort vorhanden sein.  
1890 Schwimmbäder und Sportstätten, Jugendzentren, Wohnungslosenhilfe und  
1891 Schulpsycholog\*innen sind  
1891 unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu müssen die Kommunen  
1892 ausreichend finanziert werden.

## Antrag L.1.1891.1

Änderungsantrag zu L.1-11

Antragsteller\*in:

LV Bremen

### Zeile 1891 - 1892

1887 • Kommunen müssen in der Lage sein, die notwendige soziale Infrastruktur vorzuhalten -  
1888 hierfür brauchen wir eine Infrastrukturgarantie: Bus, Bäcker, eine Möglichkeit zum  
1889 Geldabheben, Arztpraxen und Begegnungsorte müssen in jedem Ort vorhanden sein.

1890 Schwimmbäder, Jugendzentren, Wohnungslosenhilfe und Schulpsycholog\*innen sind  
1891 unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. ~~Dazu müssen die Kommunen-~~  
1892 ~~ausreichend finanziert werden~~ Kommunen, die bereits schrumpfen oder die keine  
ausreichenden Gewerbesteuer-Einnahmen haben, können dies jedoch nicht aus eigener Kraft  
gewährleisten. Wir wollen daher eine von der Einwohner\*innenzahl abhängige Basis-  
Infrastruktur festlegen, für deren Gewährleistung Kommunen Geld aus einem einzurichtenden  
Bundesfonds erhalten können, je nach ihrer Lage ggf. auch ohne Eigenanteil.

## Begründung

Es geht nicht darum, wie im Text angelegt, alle Kommunen so gut zu finanzieren, dass auch die von Abwanderung und Einnahmenschwund besonders betroffenen Kommunen sich noch die nötige Infrastruktur leisten können – sondern um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Regionen, Kommunen und Stadtteile. Die Schere, die sich zwischen den Kommunen bei der alltagswichtigen Infrastruktur auftut, soll ausdrücklich verkleinert werden. Dafür ist ein gesondertes Instrument nötig, ein Bundesfonds, der die festgelegte Infrastrukturgarantie finanziert.

## Antrag L.1.1927.1

Änderungsantrag zu L.1-11

Antragsteller\*in: KV Unna

### Zeile 1927

1927 • Wir wollen mehr öffentliche Parks und Grünflächen, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten  
gegen die  
1928 Hitze, öffentliche Toiletten und Wasserspender. Gebäude- und Flächenbegrünung wollen  
1929 wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben. Wir müssen  
1930 Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte müssen zu Schwammstädten werden und vor  
1931 Flutkatastrophen geschützt werden. Den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem  
1932 Umland wollen wir durch eine bessere Raumplanung verbessern.

## Begründung

Öffentliche Parks und Grünflächen fördern nicht nur die Artenvielfalt und bieten Lebens räume für Tiere und Pflanzen, sondern sind auch inklusive Begegnungsstätten für alle Gene rationen. Zudem sind öffentliche Grünflächen gern. Baugesetzbuch örtliche, der privaten Nutzung entzogene Anlagen und damit von vornherein weder bebaubar, noch beitragspflich tig. In Zeiten des Klimawandels sorgen öffentliche Parks und Grünflächen somit dafür, dass unsere Städte und Gemeinden lebenswert bleiben und lebenswerter werden.

## Antrag L.1.1928.1

Änderungsantrag zu L.1-11

Antragsteller\*in: KV Unna

### Zeile 1928

1927 • Wir wollen mehr Parks und Grünflächen, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten gegen die

- 1928 Hitze, öffentliche Toiletten und Wasserspender. Hierfür ist es erforderlich, dass das Kleingartenwesen gestärkt wird und Kleingärten erhalten bleiben. Gebäude- und Flächenbegrünung wollen
- 1929 wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben. Wir müssen
- 1930 Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte müssen zu Schwammstädten werden und vor
- 1931 Flutkatastrophen geschützt werden. Den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem
- 1932 Umland wollen wir durch eine bessere Raumplanung verbessern.

## Begründung

Das seit 1983 bestehende Bundeskleingartengesetz wurde zuletzt im Jahr 2006 geändert. Zwar hat der Bundesrat Mitte Oktober 2023 einen Gesetzesentwurf (Nutzung von Photovoltaikanlagen) verabschiedet, der mit der Drucksache 20/9645 auch zur Beschlussfassung im Dezember 2023 weitergeleitet wurde. Dies ist für die Stärkung der ökologischen Bedeutung des Kleingartenwesens unausweichlich. Jedoch müssen Kleingärten immer wieder Bauprojekten (u.a. Autobahnausbau in Duisburg oder Baubodenspekulationen in Ostdeutschland) weichen.

Kleingärten gestalten unsere Städte und Gemeinden jedoch nicht nur sozial und ökologisch mit, sondern tragen in Verbindung mit anderen (öffentlichen) Grünflächen zur Biotopsvernetzung bei und sorgen damit für eine Verbesserung des Stadtklimas.

## Antrag L.1.1960.1

Änderungsantrag zu L.1-11

Antragsteller\*in: KV Oldenburg/Ammerland

### Zeile 1960

- 1957 • Die Gesundheitsversorgung und die Pflege an den Bedürfnissen der Patient\*innen und
- 1958 Beschäftigten ausgerichtet anstatt an Wettbewerb, Kostendruck und Profit. Wir
- 1959 unterstützen Modellprojekte für neue Versorgungsformen wie die bestehenden und
- 1960 entstehenden Stadtteilgesundheitszentren und Polikliniken (siehe Kapitel 5).
- Um dem wachsenden Krankheitsstand in Deutschland entgegenzuwirken, fordern wir ein Modernisierungsprogramm für alle öffentlichen Gebäude. In allen Innenräumen muss Luft alle 10 Minuten vollständig gereinigt oder ausgetauscht werden.

## Begründung

Mit dem Ende der Covid-Schutzmaßnahmen kam es in Deutschland zu einem starken Anstieg an Erkrankungen. Mitarbeiter\*innen öffentlicher Einrichtungen, insbesondere Lehrer\*innen und Erzieher\*innen in Kindertagesstätten leiden dabei besonders unter einem hohen Infektionsdruck.

Die Covid-Pandemie hat dabei lediglich den enormen Sanierungsmangel in öffentlichen Gebäuden offenbart. Schlechte Luft ist nicht nur ein Risiko für Infektionserkrankungen, sondern fördert auch Atemwegserkrankungen wie Asthma.

Die letzten Jahre haben bei allen Parteien einen Mangel an Bereitschaft zur Investition in öffentliche Gesundheit offenbart. Hier besteht eine Chance für die Linke nicht nur enttäuschte eigene Wähler\*innen, sondern auch Wähler\*innen der Grünen und der SPD von uns zu überzeugen.

Sollte durch andere Änderungsanträge ein Kapitel oder Absatz zu Covid oder Long Covid in das

Wahlprogramm aufgenommen werden, bitten wir darum diesen Änderungsantrag zu dem so neu entstandenen Text zu verschieben.

Der Kreisverband hofft auf eine Übernahme durch die Antragssteller\*innen des Leitantrages. Um einen schnellen Ablauf des Bundesparteitags zu ermöglichen, hoffen wir auf vorherige Zusammenarbeit sowohl mit Antragsteller\*innen ähnlicher oder verwandter Änderungsanträge. Wir bitten darum, dass falls redaktionelle Änderungen durch die Antragssteller\*innen des Leitantrags gewünscht sind, diese vor dem Parteitag vorbereitet werden.

## Antrag L.1.1973.1

Änderungsantrag zu L.1-12

Antragsteller\*in: SV Magdeburg

### Zeile 1973 - 1977

1973 • ~~Jede\*r vierte Ostdeutsche muss mit einem Einkommen nur knapp über dem Mindestlohn~~  
1974 ~~zurechtkommen. Fast 30 Prozent der Ostdeutschen arbeiteten~~ Die Forderungen nach gleichem  
1975 Lohn für weniger als 14 Euro  
1976 ~~pro Stunde. Der gesetzliche Mindestlohn muss hoch auf mindestens 15 Euro und die~~  
1977 ~~Tarifbindung gestärkt werden, damit alle von ihrer~~ gleiche Arbeit muss stärker in den Fokus  
gerückt werden, der gesetzliche Mindestlohn muss hoch auf mindestens 15 Euro und die  
Tarifbindung gestärkt werden. Geringere Tarifbindung und ungleiche Löhne, Gehälter und  
Arbeitsbedingungen im Osten führen u.a. zu einer demographischen Ungleichheit, da junge,  
gut leben können (siehe  
~~Kapitel 7)~~ ausgebildete Menschen in Regionen ziehen, in denen sie eine berufliche Perspektive  
haben.

### Zeile 1983

1978 • Sichere Renten und gleiche Rente für gleiche Lebensleistung! Der Umrechnungsfaktor  
1979 für Ostrenten muss bis 2030 fortgeführt werden oder bis zu dem Zeitpunkt, an dem die  
1980 Durchschnittslöhne im ersten Flächenland im Osten höher sind als in einem  
1981 Westflächenland. Wir fordern eine rechtliche Korrektur der Rentenüberleitung. Eine  
1982 Rente nach Mindestentgeltpunkten muss die Renten für Beschäftigte erhöhen, die  
1983 weniger als 80 Prozent des Durchschnittsentgelts bekommen haben. Die Forderung nach  
einem Gerechtigkeitsfonds zur Anerkennung der Rentenansprüche aller berechtigten  
Anwartschaften und Ansprüche der betroffenen Personen- und Berufsgruppen, aus den Zeiten  
vor der Wende, ist weiter zu verfolgen.

### Zeile 1984 - 1991

1984 • ~~Verlässliche Investitionspläne müssen die wirtschaftliche Transformation absichern,~~  
1985 ~~speziell auch in den Autoregionen und neue Arbeitsplätze im Bau und der Wartung von~~  
1986 ~~Schienenfahrzeugen schaffen. Die Beschäftigten sichern wir mit~~  
1987 ~~Beschäftigungsgesellschaften- und Einkommensgarantien ab. Wirtschafts- und Sozialräte~~  
1988 ~~können an die Tradition der Runden Tische in Ostdeutschland anschließen.~~  
1989 ~~Genossenschaftliche Wirtschaftsformen, Betriebsübernahmen durch die Belegschaften und~~  
1990 ~~kommunale Eigenbetriebe wollen wir stärken und fördern – u.a. durch unseren~~

1991 ~~Investitionsfonds für die Industrie (siehe Kapitel 8).~~

#### Zeile 2000

- 1999 • Ausbildungsbetriebe in Ostdeutschland müssen gestärkt werden, damit Jugendliche ihre  
2000 Ausbildung in der Nähe ihres Heimatortes machen können. Beendigung des Lohndumping durch Ausschreibungen und Zuschläge für die billigsten Anbieter, öffentliche Aufträge dürfen nur an Tariftreue Firmen/ Subunternehmen vergeben werden.

#### Begründung

erfolgt mündlich

### Antrag L.1.1999.1

Änderungsantrag zu L.1-12

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

#### Zeile 1999 - 2000

- 1999 • ~~Ausbildungsbetriebe in Ostdeutschland müssen gestärkt~~ Mit unserer solidarischen  
2000 Ausbildungsumlage werden, damit Jugendliche ihre wir auch in Ostdeutschland  
Ausbildungsbetriebe stärken. Dies wird speziell Kleinen und Mittleren Unternehmen im  
ländlichen Raum zu Gute kommen. So ermöglichen wir diesen Unternehmen die Fachkräfte  
von Morgen auszubilden und geben den Jugendlichen die Möglichkeit eine qualitativ  
hochwertige  
Ausbildung in der Nähe ihres Heimatortes machen zu können.

#### Begründung

Wir sollten an dieser Stelle konkret sagen, wie wir die Ausbildungsbetriebe im Osten stärken wollen. In den Ostdeutschen Bundesländern "blutet" der ländliche Raum besonders stark aus, weil viele Jugendliche ihre Heimatorte verlassen, um irgendwo anders eine Berufsausbildung oder ein Studium zu beginnen. Unsere solidarische Ausbildungsumlage (siehe Seite 63 - Ausbilden, sonst wird umgelegt) wäre ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums.

### Antrag L.1.2001.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: LV Bremen

#### Zeile 2001

- 2001 XIII. ~~Geschlechtergerechtigkeit herstellen – Arbeit umverteilen~~ Für eine  
geschlechtergerechte Gesellschaft: Vereinbarkeit, Selbstbestimmung, Schutz vor  
Gewalt

## Begründung

Die Überschrift ist zu eng gefasst und stellt ausschließlich auf den Arbeitsbereich ab. Themen wie Entgeltgleichheit sind dabei im Arbeits-Kapitel abgehandelt. In diesem Kapitel geht es dagegen um Vereinbarkeit, Selbstbestimmung und den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt.

## Antrag L.1.2002.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 2002

2002 Noch immer ~~haben~~ist vielen Frauen ~~weniger Chancen~~das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ~~wie Männer~~verwehrt. Sie

2003 erhalten durchschnittlich weniger Geld und arbeiten fast doppelt so häufig im

2004 Niedriglohnsektor. Wir verstehen uns als sozialistische und feministische Partei und

2005 streben die materielle Gleichstellung der Geschlechter an. Unser Ziel ist die gerechte

2006 Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Haus- und Erwerbsarbeit sowie von

2007 sozialen, politischen und ökonomischen Machtressourcen zwischen allen Geschlechtern. Das

2008 bedeutet für uns Geschlechtergerechtigkeit.

## Begründung

Als feministische Partei sagen wir: Frauen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben wie Männer und sollten nicht lediglich eine Chance darauf haben.

## Antrag L.1.2005.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 2005

2002 Noch immer haben Frauen weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben wie Männer. Sie

2003 erhalten durchschnittlich weniger Geld und arbeiten fast doppelt so häufig im

2004 Niedriglohnsektor. Wir verstehen uns als sozialistische und feministische Partei und

2005 streben die ~~materielle~~ Gleichstellung ~~d~~aller Geschlechter auf allen Ebenen an. Unser Ziel ist die gerechte

2006 Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Haus- und Erwerbsarbeit sowie von

2007 sozialen, politischen und ökonomischen Machtressourcen zwischen allen Geschlechtern. Das

2008 bedeutet für uns Geschlechtergerechtigkeit.

## Begründung

Die Ungleichheit bezieht sich nicht nur auf materielle Differenzen.

## Antrag L.1.2011.1

**Antragsteller\*in:** Dr. André Hahn (Sachsen · Nr. 182), Christian Görke (Brandenburg), und André Nowak (BV Berlin-Lichtenberg)

### Zeile 2011

2009 • Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefördert werden. Im Leben soll  
2010 genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und  
2011 Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Freizeit ~~und~~, Sport und  
2012 Kultur sein. Wenn alle ihre Erwerbsarbeitszeit auf eine „vollzeitnahe Teilzeit“  
2013 verkürzen (mehrheitlich die Männer) bzw. erhöhen (mehrheitlich die Frauen)  
2014 profitieren alle davon. Die „vollzeitnahe Teilzeit“ muss zur „neuen  
2015 Normalarbeitszeit“ in Bereichen des öffentlichen Sektors werden, z. B. in  
2016 Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kitas. Wir unterstützen die Gewerkschaften in allen  
2017 Branchen bei ihren Forderungen nach einer geringeren Wochenarbeitszeit oder einer  
2018 Vier-Tage-Woche bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen.

## Antrag L.1.2015.1

Änderungsantrag zu L.1-13

**Antragsteller\*in:** Landesvorstand Hamburg

### Zeile 2015 - 2016

2009 • Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefördert werden. Im Leben soll  
2010 genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partner und  
2011 Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Freizeit und  
2012 Kultur sein. Wenn alle ihre Erwerbsarbeitszeit auf eine „vollzeitnahe Teilzeit“  
2013 verkürzen (mehrheitlich die Männer) bzw. erhöhen (mehrheitlich die Frauen)  
2014 profitieren alle davon. Die „vollzeitnahe Teilzeit“ muss zur „neuen  
2015 Normalarbeitszeit“ ~~in Bereichen des öffentlichen Sektors werden, z. B. in~~  
2016 ~~Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Kitas~~ werden. Wir unterstützen die Gewerkschaften in  
2017 allen  
2018 Branchen bei ihren Forderungen nach einer geringeren Wochenarbeitszeit oder einer  
2018 Vier-Tage-Woche bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich in allen Branchen.

## Begründung

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind zum größten Teil privatisiert. Teilzeitmodelle müssen auch in Bereichen, in denen bisher überwiegend Männer arbeiten, durchgesetzt werden.

## Antrag L.1.2043.1

Änderungsantrag zu L.1-13

**Antragsteller\*in:** Landesvorstand Hamburg

### Zeile 2043

2042 • Eine Grundausrüstung an Menstruationsprodukten sollen in allen öffentlichen  
2043 Einrichtungen kostenfrei ~~abgegeben~~ bereitgestellt werden.

## Antrag L.1.2044.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

### Zeile 2044 - 2049

2044 • Selbstständige ~~Frauen, die schwanger und bald Mutter werden,~~ Schwangere brauchen eine faire  
2045 ~~und~~  
2046 finanzielle Absicherung, ~~damit dies nicht zu einem Risiko für Frau und Kind wird. Wir~~  
2047 ~~wollen dafür die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen stärker in die~~  
2048 ~~Pflicht nehmen. Wir wollen mehr Selbstbestimmung für die Frauen beim Mutterschutz.~~  
2049 ~~Einige Bestimmungen beim Beschäftigungsverbot sind nicht mehr zeitgemäß und~~  
~~widersprechen den Wünschen. Wir setzen uns für eine gesetzliche Verankerung des~~  
Mutterschutzes und der schwangeren Frauen Mutterschutzleistungen für Selbständige ein.

### Begründung

Die Ausdehnung des Mutterschutzes und der Mutterschutzleistungen ist sinnvoll und wird seit Jahren von selbständigen Frauen gefordert. Die Forderungen zielen allerdings nicht auf die Krankenversicherungen ab, sondern auf ein Umlagesystem, in das alle Selbständigen einzahlen und eine Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes. Um das Programm nicht zu überfrachten und Offenheit in der konkreten Ausgestaltung zu lassen, ist die Forderung nach gesetzlicher Verankerung des Mutterschutzes und der Mutterschutzleistungen ausreichend. Die letzten zwei Sätze sollten ersatzlos gestrichen werden. Die Formulierung ist so weich und unklar, dass sie die Tür für eine schrittweise Abschaffung des Mutterschutzes öffnet.

## Antrag L.1.2052.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: BV Tempelhof-Schöneberg

### Zeile 2052

2050 • Eine künstliche Befruchtung ("Kinderwunschbehandlung") muss auch bei unverheirateten  
2051 heterosexuellen Paaren sowie lesbischen und queeren Paaren von den gesetzlichen  
2052 Krankenkassen (teil-)finanziert werden.

- Die Geburtsurkunde eines im Ausland geborenen Kindes muss als Nachweis für die Anerkennung des Geburtsortes, des Geburtsdatums und der Vaterschaften gelten, auch wenn das Kind keine Mutter hat.

### Begründung

Aktuell wird eine Geburtsurkunde aus dem Ausland nur akzeptiert, wenn das Kind mindestens eine Mutter hat: d.h. wenn es eine Mutter, zwei Mütter oder eine Mutter und einen Vater hat. Die Geburtsurkunde braucht es für Anträge auf einen Aufenthaltstitel in Deutschland, sowie Kindergeld und Elterngeld. Kinder ohne Mutter (mit einem Vater oder mit zwei Vätern) brauchen weitere

Nachweise wie Gerichtsbeschlüsse oder den Nachweis einer Transidentität, damit die Vaterschaft(en) anerkannt werden. Diese Regelung ist diskriminierend und verstößt gegen das Gleichheitsprinzip.

## Antrag L.1.2054.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in:

KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

### Zeile 2054 - 2056

- 2053 • Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und
- 2054 häuslicher Gewalt muss in Deutschland ~~endlich~~ durch gesetzliche Vorgaben und einen
- 2055 nationalen Aktionsplan vollständig umgesetzt werden. ~~Dafür~~
- 2056 ~~muss die Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung~~  
~~und Prävention von Gewalt gegen Frauen~~ Eine interministerielle Arbeitsgruppe aus Regierung,  
Fachorganisationen und Betroffenenvertretungen entwickelt ~~werden~~ verbindliche Maßnahmen  
mit Zielvorgaben, erstellt jährliche Fortschrittsberichte und legt Sanktionen bei Nichterfüllung  
fest. Eine unabhängige Kontrollinstanz überwacht die Umsetzung und veröffentlicht alle fünf  
Jahre einen Evaluationsbericht. Frauenhäuser müssen
- 2057 bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle
- 2058 Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und
- 2059 barrierefrei zur Verfügung stehen. Das Sorge- und Umgangsrecht muss dafür Sorge
- 2060 tragen, dass Partnerschaftsgewalt als Kindeswohlgefährdung anerkannt wird.

### Begründung

Die Istanbul-Konvention ist ein zentraler internationaler Vertrag zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Trotz ihrer Ratifizierung hat Deutschland bislang keine vollständige Umsetzung erreicht, was gravierende Folgen für betroffene Frauen und marginalisierte Gruppen hat. Gewalt gegen Frauen bleibt eine der häufigsten Menschenrechtsverletzungen, mit dramatischen Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit sowie die soziale und wirtschaftliche Teilhabe der Betroffenen.

Eine verbindliche gesetzliche Verankerung und ein nationaler Aktionsplan sind unerlässlich, um den Schutz und die Unterstützung von Gewaltbetroffenen effektiv zu gewährleisten. Die interministerielle Arbeitsgruppe stellt sicher, dass Maßnahmen nicht isoliert, sondern kohärent und über Ressortgrenzen hinweg umgesetzt werden. Die Einbindung von Fachorganisationen und Betroffenenvertretungen sorgt dafür, dass praxisnahe und wirksame Lösungen entwickelt werden, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Betroffenen entsprechen.

Regelmäßige Fortschrittsberichte und eine unabhängige Kontrollinstanz schaffen Transparenz und politische Verbindlichkeit. Sanktionen bei Nichterfüllung gewährleisten, dass die vereinbarten Maßnahmen auch umgesetzt werden. Dies ist nicht nur eine moralische und rechtliche Verpflichtung Deutschlands, sondern auch ein notwendiger Schritt, um den Opfern von Gewalt angemessenen Schutz und Gerechtigkeit zu bieten.

Andere europäische Länder wie Spanien und Schweden haben gezeigt, dass umfassende, verbindliche Strategien zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt zu einer deutlichen Verbesserung des Schutzes und der Prävention führen können. Deutschland muss diesem Beispiel folgen, um seiner Verantwortung gerecht zu werden und die Istanbul-Konvention vollständig und

wirksam umzusetzen.

## Antrag L.1.2057.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: LV Baden-Württemberg

### Zeile 2057

2053 • Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und  
2054 häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür  
2055 muss die Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung  
2056 und Prävention von Gewalt gegen Frauen entwickelt werden. Frauenhäuser müssen  
2057 bedarfsgerecht, einzelfallunabhängig und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung  
müssen für alle  
2058 Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und  
2059 barrierefrei zur Verfügung stehen. Das Sorge- und Umgangsrecht muss dafür Sorge  
2060 tragen, dass Partnerschaftsgewalt als Kindeswohlgefährdung anerkannt wird.

### Begründung

Die zentrale Forderung der Frauenhäuser ist die einzelfallunabhängige Finanzierung, das sollte sich so auch in unserem Programm abbilden.

## Antrag L.1.2059.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 2059 - 2060

2053 • Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und  
2054 häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür  
2055 muss die Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung  
2056 und Prävention von Gewalt gegen Frauen entwickelt werden. Frauenhäuser müssen  
2057 bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle  
2058 Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und  
2059 barrierefrei zur Verfügung stehen. Das ~~Sorge- und Umgangsrecht muss dafür Sorge-~~  
2060 ~~tragen~~ Gewaltschutzgesetz und die Regelungen zum Umgangs- und Sorgerecht widersprechen  
sich teilweise. Hier muss eine Klarstellung erfolgen, dass ~~Partnerschaftsgewalt als~~  
Kindeswohlgefährdung anerkannt wird der Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Kinder Vorrang  
hat vor der Regelung des Umgangs.

### Begründung

Das Umgangsrecht von gewalttätigen Vätern verhindert häufig den Schutz von Frauen und Kindern.

## Antrag L.1.2060.1

Antragsteller\*in: KV Köln und weitere

### Zeile 2060

- 2053 • Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und  
2054 häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür  
2055 muss die Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung  
2056 und Prävention von Gewalt gegen Frauen entwickelt werden. Frauenhäuser müssen  
2057 bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle  
2058 Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und  
2059 barrierefrei zur Verfügung stehen. Das Sorge- und Umgangsrecht muss dafür Sorge  
2060 tragen, dass Partnerschaftsgewalt als Kindeswohlgefährdung anerkannt wird.
- Der Paragraph 177 StGB (Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung) soll um das Prinzip „Nur Ja heißt Ja“ ergänzt werden, um den Anforderungen der Istanbul-Konvention zu entsprechen. Die Linke setzt sich für Schulungen von Justiz- und Polizeibeamten zur Sensibilisierung für sexuelle Gewalt ein.

### Begründung

Die Strafrechtsreform von 2016 hin zu „Nein heißt Nein“ war ein Fortschritt in der Strafverfolgung von Vergewaltigung. Doch in der Realität wird sie dem komplexen Problem sexueller Gewalt nicht gerecht. In der Praxis muss eine Frau ihr Nichteinverständnis weiterhin deutlich ausgedrückt haben, damit eine Vergewaltigung bestraft werden kann. Oft jedoch ist dies aufgrund von Angst, Schock, Traumareaktionen oder der schieren körperlichen Überlegenheit des Täters nicht möglich. Die Änderung der Gesetzgebung zum „Nur Ja heißt Ja“-Prinzip entspricht den Leitlinien der Istanbul-Konvention, macht die Strafverfolgung vieler Vergewaltigungen möglich und verschiebt endlich die Verantwortung vom Opfer zum Täter. Insbesondere der Fall Gisèle Pelicot hat gezeigt, dass die Annahme, dass eine sexuelle Handlung in Ordnung ist, solange eine Frau nicht deutlich Nein sagt, zu weit verbreitet ist. Auch Angehörige der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden müssen in diesem Sinne geschult werden, denn zu viele anzeigende Frauen erleben Victim Blaming oder Zweifel an ihrer Aussage.

### weitere Antragstellende

Charlotte Claes, Nadine Mai, Katharina Sass (KV Köln), Serena Schmidt (LV Baden-Württemberg, Delegierte), Johannes Starosta (KV Dresden), Markus Wollina (BV Marzahn-Hellersdorf, Delegierter), Uwe Wollmerstädt (BV Marzahn-Hellersdorf)

## Antrag L.1.2060.2

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 2060

- 2053 • Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und  
2054 häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür  
2055 muss die Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung

2056 und Prävention von Gewalt gegen Frauen entwickelt werden. Frauenhäuser müssen  
2057 bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle  
2058 Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und  
2059 barrierefrei zur Verfügung stehen. Das Sorge- und Umgangsrecht muss dafür Sorge  
2060 tragen, dass Partnerschaftsgewalt als Kindeswohlgefährdung anerkannt wird.

- Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen ist kein privates Phänomen. Wir fordern, dass EU-weit das Prinzip „Nur Ja heißt Ja“ verankert wird und dass gezielt gegen Netzwerke sexualisierter Gewalt vorgegangen wird. Sicherheit vor geschlechtsspezifischer Gewalt muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden, die in allen politischen Gestaltungsbereichen mitgedacht und mitberücksichtigt wird: von der Stadtentwicklung und Verkehrsplanung über den Arbeitsschutz bis zu den Sicherheitskonzepten bei öffentlichen und privaten Großveranstaltungen.

## Begründung

Geschlechtsspezifische Gewalt darf nicht auf Beziehungsgewalt reduziert werden. Sie ist häufig eingebettet in organisierte Kriminalität, in patriarchale Kultur und in eine strukturelle Ausblendung von Frauen in verschiedensten Politikbereichen.

## Antrag L.1.2060.3

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 2060

2053 • Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und  
2054 häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür  
2055 muss die Koordinierungsstelle eingerichtet und eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung  
2056 und Prävention von Gewalt gegen Frauen entwickelt werden. Frauenhäuser müssen  
2057 bedarfsgerecht und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle  
2058 Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und  
2059 barrierefrei zur Verfügung stehen. Das Sorge- und Umgangsrecht muss dafür Sorge  
2060 tragen, dass Partnerschaftsgewalt als Kindeswohlgefährdung anerkannt wird.

- Ein proaktiver Ansatz zur Vermeidung von Männergewalt soll flächendeckend umgesetzt werden.

## Begründung

Prävention und Aufklärung sind ein wichtiger Teil der Regelungen nach der Istanbul Konvention, zu denen sich Deutschland verpflichtet hat.

## Antrag L.1.2066.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: KV Darmstadt

## Zeile 2066

2064 • Wir wollen alle neuen Gesetze auf ihre Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit  
2065 untersuchen. Die Bundesregierung muss eine ressortübergreifende und langfristig  
2066 angelegte Gleichstellungsstrategie verabschieden.

- Wir wollen den 8. März zum bundesweiten Feiertag machen.

## Begründung

Wir treten sonst immer wieder zurecht dafür ein, dass der 8. März Feiertag wird, das sollten wir auch im Wahlprogramm fordern.

## Antrag L.1.2078.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: Markus Wollina (Berlin · Nr. 562), Charlotte Claes

## Zeile 2078 - 2079

2078 • Artikel 3 des Grundgesetzes muss um den Schutz der sexuellen Orientierung ~~und der~~  
2079 ~~geschlechtlichen Identität~~ erweitert werden.

## Begründung

Artikel 3 GG enthält in Absatz 2 bereits den Schutz vor geschlechtsbasierter Diskriminierung. Eine Erweiterung um den extrem unklaren und für missbräuchliche Nutzung offenen Begriff der „sexuellen Identität“ ist nicht sinnvoll.

## Antrag L.1.2094.1

Änderungsantrag zu L.1-13

Antragsteller\*in: LV Bremen

## Zeile 2094

2091 • Wir wollen, dass es eine umfassende Gesundheitsversorgung queerer Menschen gibt und  
2092 diese - gerade für trans\* - auch von den Krankenkassen übernommen wird. Medizinische  
2093 Versorgungseinrichtungen müssen niedrigschwellig und diskriminierungsfrei sein,  
2094 Zugangsmöglichkeiten z. B. zur PreP (Prä-Expositions-Prophylaxe) ausgebaut werden.

- Die Gesundheitsversorgung queerer Menschen darf keine Frage des Wohnortes sein. Eine bundesweit bedarfsgerechte, flächendeckende medizinische Versorgung mit Fachärzten (z.B. Endokrinolog\*innen) sowie die nach medizinischer Indikation freie Verschreibung von queerspezifischen Medikamenten durch Hausärzt\*innen wie z.B. Hormonpräparaten ist gesetzlich festzuschreiben und sicherzustellen.

## Begründung

Wichtige Ergänzung.

# Antrag L.1.2098.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in:

BV Charlottenburg-Wilmersdorf und weitere

## Zeile 2098 - 2102

2098 Wir wollen ein Land, in dem alle mitgestalten und mitbestimmen können und gleiche Rechte haben. Kein Mensch

2099 darf ausgegrenzt werden! Wir unterstützen alle, die von Diskriminierungen, Hetze und rechter Gewalt betroffen sind. Wenn Demokratiefeinde unsere Rechte einschränken wollen,

2100 dann setzen wir dem mehr Mitbestimmung und breite zivilgesellschaftliche Bündnisse ~~zur~~

2101 ~~Verteidigung unserer Demokratie~~ entgegen - für Demokratie, Weltoffenheit und eine soziale

2102 Gesellschaft. Wir halten ~~aber~~ auch nicht still, wenn Parteien der sogenannten „Mitte“ die Parolen und Rhetorik der Rechtsradikalen übernehmen, sondern

2103 wehren uns lautstark gegen diese Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts. Wir stellen uns gegen Antisemitismus und Rassismus in jeglicher Form und egal, woher er kommt.

2104 Antifaschismus heißt, auf allen Ebenen und mit allen demokratischen Mitteln die radikale Rechte in ihre Schranken zu weisen und die Bedingungen zu bekämpfen, die den Rechtsruck

2105 erst möglich gemacht haben und weiterbefördern. Wir setzen auf mehr direkte Demokratie,

2106 auf Maßnahmen gegen Lobbyismus und für mehr Transparenz. Keine Demokratie ohne freie Rede!

2107 Die Linke verteidigt Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Das schließt den Schutz

2108 von Whistleblowern ein! Ohne diese Freiheiten gibt es keinen demokratischen Diskurs.

## Begründung

Die Formulierung "Verteidigung unserer Demokratie" hat den Flair einer Einheitsfront mit den "anderen demokratischen Parteien" - dieses Flair darf nicht aufkommen, insbesondere da wir auch im weiteren Verlauf des Texts von Parteien wie der Union, die die rechten Narrative aufnehmen, distanzieren. Weiterhin streiten wir für einen demokratischen Sozialismus, der nur schwerlich mit der aktuellen bürgerlich liberalen Demokratie funktioniert. Wir verteidigen also nicht unsere aktuelle Demokratie sondern kämpfen für eine bessere!

Der kleine Einschub "mitgestalten" soll betonen, dass es uns auch um eine aktive Miteinbeziehung aller in die Gestaltung des Landes geht.

## weitere Antragstellende

Lilli Młynarczyk, Jakub Techert, Enrico Brehm, Frederike-Sophie Gronde-Brunner

# Antrag L.1.2105.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in:

Landesvorstand Hamburg

## Zeile 2105

2098 Wir wollen ein Land, in dem alle mitbestimmen können und gleiche Rechte haben. Kein Mensch

2099 darf ausgegrenzt werden! Wir unterstützen alle, die von Diskriminierungen, Hetze und

2100 rechter Gewalt betroffen sind. Wenn Demokratiefeinde unsere Rechte einschränken wollen,  
2101 dann setzen wir dem mehr Mitbestimmung und breite zivilgesellschaftliche Bündnisse zur  
2102 Verteidigung unserer Demokratie entgegen. Wir halten aber auch nicht still, wenn Parteien  
2103 der sogenannten „Mitte“ die Parolen und Rhetorik der Rechtsradikalen übernehmen, sondern  
2104 wehren uns lautstark gegen diese Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts. Wir stellen  
2105 uns gegen Antisemitismus, Antifeminismus, Ableismus und Rassismus in jeglicher Form und egal,  
woher er kommt.  
2106 Antifaschismus heißt, auf allen Ebenen und mit allen demokratischen Mitteln die radikale  
2107 Rechte in ihre Schranken zu weisen und die Bedingungen zu bekämpfen, die den Rechtsruck  
2108 erst möglich gemacht haben und weiterbefördern. Wir setzen auf mehr direkte Demokratie,  
2109 auf Maßnahmen gegen Lobbyismus und für mehr Transparenz. Keine Demokratie ohne freie  
Rede!  
2110 Die Linke verteidigt Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Das schließt den Schutz  
2111 von Whistleblowern ein! Ohne diese Freiheiten gibt es keinen demokratischen Diskurs.

## Antrag L.1.2109.1

Änderungsantrag zu L.1-14

**Antragsteller\*in:** BV Reinickendorf, BV Pankow, KV Plön und weitere

### Zeile 2109

2098 Wir wollen ein Land, in dem alle mitbestimmen können und gleiche Rechte haben. Kein Mensch  
2099 darf ausgegrenzt werden! Wir unterstützen alle, die von Diskriminierungen, Hetze und  
2100 rechter Gewalt betroffen sind. Wenn Demokratiefeinde unsere Rechte einschränken wollen,  
2101 dann setzen wir dem mehr Mitbestimmung und breite zivilgesellschaftliche Bündnisse zur  
2102 Verteidigung unserer Demokratie entgegen. Wir halten aber auch nicht still, wenn Parteien  
2103 der sogenannten „Mitte“ die Parolen und Rhetorik der Rechtsradikalen übernehmen, sondern  
2104 wehren uns lautstark gegen diese Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts. Wir stellen  
2105 uns gegen Antisemitismus und Rassismus in jeglicher Form und egal, woher er kommt.  
2106 Antifaschismus heißt, auf allen Ebenen und mit allen demokratischen Mitteln die radikale  
2107 Rechte in ihre Schranken zu weisen und die Bedingungen zu bekämpfen, die den Rechtsruck  
2108 erst möglich gemacht haben und weiterbefördern. Wir setzen auf mehr direkte Demokratie,  
2109 auf Maßnahmen gegen Lobbyismus und für mehr Transparenz. Auf allen Politikebenen haben wir  
zunehmend wichtige Erfahrungen mit der Einrichtung von Bürgerräten zu unterschiedlichen  
kommunalen, bundespolitischen oder europäischen politischen Themen wie Energie oder  
Ernährung gemacht. Der Bundestag wollte bis Ende 2025 selbst drei Bürgerräte einberufen. Wir  
wollen diese Praxis und deren ausreichende Finanzierung unterstützen, denn eine  
funktionierende Demokratie kostet, jedoch mangelhafte demokratische Institutionen kosten uns  
alle mehr.Keine Demokratie ohne freie Rede!  
2110 Die Linke verteidigt Meinungs-, Presse- und Wissenschaftsfreiheit. Das schließt den Schutz  
2111 von Whistleblowern ein! Ohne diese Freiheiten gibt es keinen demokratischen Diskurs.

### Begründung

Die Instrumente direkter Demokratie in Ergänzung der repräsentativen Demokratie sind längst vielfältiger als Bürgerbegehren und -entscheide. Die Bedeutung von Bürgerräten bis zur

europäischen Ebene beweist dies nachdrücklich und sollte daher von der Linken im Bundestagswahlprogramm auch - anknüpfend an die begonnene Praxis - aufgenommen werden. Da dies bisher nicht der Fall ist, ist diese Ergänzung mit dem Änderungsantrag vorgeschlagen.

## weitere Antragstellende

Netzwerk Progressive Linke und Konstanze Kriese

## Antrag L.1.2116.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: KV Recklinghausen und weitere

### Zeile 2116

- 2112 • Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide  
2113 Bürger\*inneninitiativen, Bürger\*innenbegehren und Bürger\*innenentscheide auf  
2114 Bundesebene einführen. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die  
2115 Einführung von Referenden ein, d. h., die Bürger\*innen können gegen parlamentarische  
2116 Entscheidungen ein Veto einlegen.
- Die Linke setzt sich dafür ein, dass auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung in der BRD regelmäßig Bürger:innenräte einberufen werden, an denen zufällig geloste Menschen teilnehmen, die einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren und für wichtige Themenfelder gemeinsam politische Empfehlungen erarbeiten. Diese Empfehlungen müssen von Parlament und Regierung diskutiert und - soweit möglich - beschlossen und umgesetzt werden.

## Begründung

Diese Bürger:innenräte haben in den letzten Jahren gezeigt, dass sie für durchaus komplexe Fragestellungen weiterführende Lösungsvorschläge entwickeln können. Bereits in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 und zur Europawahl 2024 hat sich Partei DieLinke für Bürger:innenräte ausgesprochen:

- „Das von der Zivilgesellschaft entwickelte Instrument der Bürger\*innenräte, wonach zufällig geloste Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Lösungen und Fragestellungen entwerfen, wollen wir unterstützen und fördern.“ (Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2021, S.124)
- „Mehr Bürgerräte zur Stärkung der Demokratie! Wir fordern, dass europaweit Bürgerräte – vergleichbar den Transformationsräten – eingerichtet werden. So sollen Mitsprache und Teilhabe der Bürger\*innen gestärkt werden.

Die Europäische Zukunftskonferenz soll in Form von regelmäßig stattfindenden Bürgerräten zu thematischen Schwerpunkten und zum jährlichen Arbeitsprogramm der Kommission verstetigt werden. Dadurch können Bürger\*innen und insbesondere die Jugend bei zukünftigen EU-Gesetzesvorhaben ihre Ideen im Vorfeld einbringen.“ (DieLinke: Programm zur Europawahl 2024, S.79)

## weitere Antragstellende

Rolf Paul Christian Kohn, Edith Bartelmus-Scholich, Ulrich Hüpke (Castrop-Rauxel) und Django Schins (Aachen)

## Antrag L.1.2121.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 2121

- 2117 • Die Linke setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen  
2118 Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 16  
2119 Jahre ein. Die Linke streitet für ein Wahlrecht auf allen Ebenen für Menschen auch  
2120 ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die sich seit mindestens fünf Jahren in  
2121 Deutschland aufhalten.
- Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut und darf nicht eingeschränkt werden. Proteste gegen die Klimakatastrophe, für Frieden oder gegen rechte Migrationspolitik bekommen unsere Unterstützung, auch wenn sie sich Methoden des zivilen Ungehorsams zu eigen machen.

### Begründung

Das Demonstrationsrecht wird von vielen Seiten bedroht und es gilt, es zu verteidigen. Wir wissen, das echte soziale Fortschritte von unten erkämpft werden müssen, und dass wir friedliche Proteste unterstützen müssen.

## Antrag L.1.2122.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 2122

- 2122 ~~Überwachung~~ Schutz und Bürgerrechte statt ~~Sicherheit? Nein Danke!~~ Überwachung

## Antrag L.1.2123.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: BV Reinickendorf, BV Pankow, KV Plön und weitere

### Zeile 2123

- 2123 Die Sicherheit im Zusammenleben, in der Lebensplanung, in der Öffentlichkeit ist ein hohes Gut. Wir unterschätzen nicht die Sicherheitsbedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern. Sicherheitskonzepte - insbesondere im öffentlichen Raum - müssen umfassend, nachvollziehbar und wirkungsvoll sein. Sie müssen Menschen wirklich schützen, statt pauschal zu verdächtigen, zu kontrollieren und anlasslos und flächendeckend zu überwachen. Dafür brauchen wir einerseits eine breite gesellschaftliche Debatte, in der Freiheit nicht gegen Sicherheit ausgespielt wird, andererseits den Austausch über erfolgreiche Politiken statt Sicherheit zu instrumentalisieren. Wer Strafgesetze verschärfen will, spricht von Sicherheit. Statt Sicherheit

werden aber

2124 immer lückenlosere Überwachungsphantasien umgesetzt, von Videokameras bis zur Kontrolle  
2125 der Chats auf dem privaten Handy.

## Begründung

Wir müssen die richtigen Maßnahmen gegen innenpolitische Orwellsche Alpträume einordnen und die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen anerkennen. Das ist wichtig, um Akzeptanz für unsere politischen Vorschläge zu bekommen und sie in eine umfassende Sicherheitsdebatte, die sachbezogen aussteht, zu integrieren.

## weitere Antragstellende

Netzwerk Progressive Linke und Konstanze Kriese

## Antrag L.1.2123.2

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 2123 - 2125

2123 ~~Wer Strafgesetze verschärfen will, spricht von Sicherheit. Statt Sicherheit werden aber~~  
Eine offene und gerechte Gesellschaft schließt für uns den Schutz vor Straftaten und Verbrechen ein. Dazu gehört eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Behörden ebenso wie die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte und eine Praxis der Antidiskriminierung im Alltag der Sicherheitsbehörden. Gut ausgestattete Dienststellen im Bereich des Katastrophenschutzes, der Rettungsdienste und der Justiz sind für uns ebenfalls zentral. Auch diese Form der Sicherheit darf keine Frage des Geldes sein. Deshalb sind schnelle Erreichbarkeiten, gute Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung etwa bei der IT und die Wahrung von Betroffenenrechten vor Gericht wichtig. Eine einseitige Fokussierung auf immer ~~lückenlosere Überwachungsphantasien umgesetzt, von Videokameras bis zur Kontrolle~~  
2125 ~~der Chats auf dem privaten Handy~~ weitere Überwachungsmaßnahmen und schärfte Strafgesetze führt hingegen nicht zu mehr Sicherheit. Als Linke verfolgen wir deshalb einen breiter gefassten Sicherheitsbegriff, der auch auf Prävention und sozialer Gerechtigkeit fußt.

## Begründung

Wir brauchen auch einen positiven Ansatz zum Thema Sicherheit, der eine linke Sichtweise entwickelt, was wir darunter verstehen und welche Grundsätze wir dabei verfolgen.

## Antrag L.1.2150.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 2150

2144 • Sicherheit vor Sicherheitspaketen! Die Vielzahl an neuen Befugnissen für

2145 Ermittlungsbehörden sind ein Einfallstor für sogenanntes „racial profiling“:  
2146 Strafverfolgung auf Basis von rassistischen Stereotypen. Wir lehnen es ab, dass  
2147 äußere Merkmale wie Hautfarbe, vermutete oder tatsächliche Religionszugehörigkeit,  
2148 Sprache oder Herkunft der betroffenen Menschen, als verdächtig eingestuft und als  
2149 Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen,  
2150 Ermittlungen und Überwachungen werden.

- Für öffentliche und private Großveranstaltungen fordern wir, dass als Bestandteil von Sicherheitskonzepten auch Awareness-Konzepte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt geplant und umgesetzt werden müssen. Dazu gehören Ansprechpartner\*innen und eine Schulung der Security ebenso wie sichere Wege von der Veranstaltung bis in den ÖPNV. Zu den Zielgruppen, die vor sexualisierter Gewalt geschützt werden sollen, gehören nicht nur Besucher\*innen, sondern auch die Beschäftigten.

## Begründung

Awareness-Konzepte sind ein genuiner Bestandteil linker Sicherheitspolitik und sollten hier mit aufgenommen werden.

## Antrag L.1.2154.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: BAG Klimagerechtigkeit

### Zeile 2154

- 2151 • Sonderstrafrecht stoppen! Die Antiterrorgesetzgebung der Bundesregierungen der  
2152 vergangenen 30 Jahre gehört auf den bürgerrechtlichen Prüfstand. Verbrechen zu  
2153 bekämpfen und Gefahren abzuwehren, ist Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden. Hierfür  
2154 braucht es kein politisches Sonderstrafrecht.
- Wir lehnen Versuche, demokratische politische Positionen über repressive Maßnahmen einzuschüchtern ab. Berufsverbote, Präventivhaft oder kulturelle und wissenschaftliche Boykotte dürfen nicht dazu eingesetzt werden, politische Proteste einzuschränken.

## Begründung

Dieser wichtige Teil der Verteidigung demokratischer Räume fehlt noch.

## Antrag L.1.2156.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: BV Pankow, Netzwerk Progressive Linke und weitere

### Zeile 2156 - 2157

- 2156 ~~Polizist\*innen brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute und moderne Ausbildung. Auch~~  
2157 ~~eine moderne Personalmitbestimmung gehört dazu.~~ Sicherheit vor Gefahren für Alle ist ein soziales Grundrecht. Dafür bedarf es einer funktionsfähigen und demokratischen Polizei.

- Sicherheit als soziales Grundrecht. DIE LINKE fordert ein größeres finanzielles Engagement zur Stützung der Zivilgesellschaft, zur Vermeidung von Kriminalität und zur Stärkung von Opferschutzverbänden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass bundesweit jederzeit eine hinreichende Personaldecke bei der Polizei besteht. Jeder Notruf muss angenommen und umgehend beantwortet werden. Für terroristische Organisationen zu werben oder Sympathie für diese zu äußern soll wieder strafbar sein. Die Erfassung antisemitischer Straftaten soll optimiert werden. DIE LINKE fordert, mehr für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen\*FLINTA und häuslicher Gewalt zu tun. Dazu sind die Istanbul Konvention und die EU-Richtlinie vollständig und konsequent umzusetzen. Dem Zoll soll es ermöglicht werden, seine Mindestlohnkontrollen auch gegen den „Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung“ einzusetzen. Das Mindestalter zur Ausübung von Sexarbeit soll auf das 21. Lebensjahr angehoben werden. Die Voraussetzungen für den Erwerb und den Besitz von Waffen sollen verschärft und durch die Behörden besser kontrolliert werden. Im Straßenverkehr gilt die „vision zero“, Geschwindigkeitsverstöße sind keine Bagatellen, sondern gefährden Leben. Sie sind konsequent unter Einsatz digitaler Technologien aufzuklären und zu verfolgen. Die Hell- und Dunkelfelder in Sicherheitsberichten des Bundes und der Länder sowie das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung unter Berücksichtigung marginalisierter Gruppen und auch bestehender Polizeigewalterfahrungen sollen verstärkt erforscht werden. Die Bekämpfung von Cyberkriminalität soll dem BKA zugewiesen werden.
- Polizist\*innen brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute und moderne Ausbildung. Auch eine moderne Personalmitbestimmung gehört dazu. Zur Ausbildung gehören Kenntnisse über das Wesen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Fortbestehende Benachteiligungen von Ost-Beamt\*innen sollen beseitigt werden. Nach der Wiedervereinigung erworbene Versorgungsansprüche müssen voll erhalten bleiben, wenn Rente und Versorgung nicht die allgemeine Höchstgrenze erreichen. DIE LINKE fordert, dass die Bezüge von Anwärter\*innen ab dem zweiten Ausbildungsjahr bundeseinheitlich auf 75 Prozent des Grundbetrags festgesetzt werden. Zu leistende Mehrarbeit ist zu begrenzen und zeitnah durch Freizeit auszugleichen. Die psychologische Unterstützung für Polizeibeamt\*innen soll verbessert werden. Das Berliner Partizipations- und Migrationsgesetz soll auf den Bundesdienst übertragen werden, um den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund gerade auch in der Bundespolizei zu erhöhen. Es ist eine Allzuständigkeit der Personalräte einzuführen.

## Begründung

In Deutschland fühlen sich 44 Prozent der Menschen hinsichtlich der Terrorgefahr eher unsicher. Frauen fühlen sich diesbezüglich zu 54 Prozent eher unsicher.<sup>[1]</sup> Nach dem im Jahr 2024 durchgeführten Afrosensus<sup>[2]</sup> fühlen sich in der Gesamtbevölkerung im öffentlichen Raum nur 16 Prozent eher unsicher, von den Menschen afrikanischer Herkunft jedoch 32 Prozent.<sup>[3]</sup> Männer werden zwar tendenziell häufiger Opfer von Straftaten als Frauen. Frauen sind jedoch deutlich häufiger von Sexualstraftaten und Partnerschaftsgewalt betroffen. Jedes zweite Opfer von Körperverletzung vermutet, wegen gruppenbezogener Vorurteile angegriffen worden zu sein. Als häufigste Gründe werden die Herkunft und der soziale Status des Opfers genannt. Von verbaler Gewalt im Internet wie Beleidigungen und Gewaltandrohungen sind besonders jüngere Personen betroffen.<sup>[4]</sup> Gerade für Menschen aus marginalisierten Gruppen ist es daher erforderlich, dass sie im Fall von Angriffen darauf vertrauen können, dass die Polizei für sie erreichbar ist, ihre Meldung aufgrund ihrer guten Ausbildung ernst nimmt und ihnen zur Hilfe kommt. Das Notruf-Desaster von Hanau darf sich nicht wiederholen.<sup>[5]</sup> Zudem muss das Waffenrecht verschärft und durchgesetzt

werden. Es darf nicht sein, dass Reichsbürger\*innen an Waffen kommen. Im Straßenverkehr leiden insbesondere Menschen, die auf öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad angewiesen sind, unter Gefahren durch immer größere, schwerere und schnellere Autos. Es wird über weitere Tempolimits gesprochen, obgleich schon die bestehen Tempolimits nicht durchgesetzt werden. Tempo 30 muss bedeuten, dass Tempo 30 gefahren wird und nicht Tempo 38. Das konservative Mantra, dass es keine rechtsfreien Räume geben soll, gilt anscheinend nicht im Straßenverkehr. Eine durchgehende Überwachung der Tempolimits erhöht die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer\*innen erheblich. Dies muss jederzeit nachgehalten werden. Sicherheit ist erkennbar eine soziale Frage. DIE LINKE muss hier Antworten geben, wie Sicherheit nicht nur für die Menschen gewährleistet werden kann, die sich private Sicherheitsdienste leisten können.

Dazu bedarf es einer gut ausgestatteten und leistungsfähigen öffentlichen Polizei. Die Personalausstattung der Polizei muss jederzeit gewährleisten, dass Gefahren entgegengewirkt werden kann. Zudem muss die Polizei gut ausgebildet werden. Menschenfeindliche Positionen lassen sich wie in der Gesamtbevölkerung auch in der Polizei feststellen. Abwertungstendenzen gegenüber Asylsuchenden und Wohnungslosen sind in der Polizei stärker verbreitet als im Durchschnitt der Bevölkerung.<sup>[6]</sup> Hier bedarf es verstärkter Bemühungen bei der Ausbildung. Polizeibeamt\*innen müssen zudem Antisemitismus erkennen können. Auch dafür bedarf es einer Ausbildung anhand aktueller Studien.<sup>[7]</sup> Zudem haben Polizist\*innen, die ihren Dienst in der ehemaligen DDR begonnen haben, häufig Nachteile bei der Versorgung, da ihre Dienstzeiten in der DDR nicht anerkannt werden. Diese Benachteiligung soll DIE LINKE beseitigen. Auch die Anwärter\*innenbezüge müssen steigen, um den Beruf attraktiv zu machen. Weiterhin bedarf es auch bei der Bundespolizei einen höheren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. In Berlin hat DIE LINKE die Einführung des Partizipations- und Migrationsgesetzes durchgesetzt.<sup>[8]</sup> Bei der Berliner Polizei hatten von allen Bewerber\*innen im vergangenen Jahr 32,1 Prozent einen Migrationshintergrund, bei den Neueinstellungen betrug der Anteil 29,2 Prozent.<sup>[9]</sup> Dies ist ein Modell auch für den Bund. Polizeibeamt\*innen sind Extremsituationen ausgesetzt und sind gefährdet, an posttraumatischen Belastungsstörung zu erkranken.<sup>[10]</sup> Dies gefährdet sie selbst, die Kolleg\*innen und die von polizeilichen Maßnahmen Betroffenen. Es bedarf hier einer verbesserten psychologischen Betreuung. Schließlich muss die Mitbestimmung der Personalräte verbessert werden. Hierzu gehören Mitbestimmungsrechte nicht nur in einem begrenzten Katalog von Maßnahmen, sondern bei allen Maßnahmen der Dienststellenleitungen.

[1]<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/654686/umfrage/umfrage-zum-sicherheitsgefuehl-bezueglich-der-terrorgefahr-in-deutschland-nach-bevoelkerungsgruppen/>

[2]<https://afrozensus.de/>

[3]<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1280873/umfrage/umfrage-zum-sicherheitsgefuehl-im-oeffentlichen-raum-in-deutschland/>

[4][https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/SKiD2020\\_Ergebnisse\\_V1.4.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=24](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/SKiD2020_Ergebnisse_V1.4.pdf?__blob=publicationFile&v=24), S. VII

[5]<https://19feb-hanau.org/2023/02/09/von-einem-organisationsversagen/>

[6][https://www.polizeistudie.de/wp-content/uploads/240918\\_PM\\_BMI\\_Abschlussbericht\\_MEGAVO.pdf](https://www.polizeistudie.de/wp-content/uploads/240918_PM_BMI_Abschlussbericht_MEGAVO.pdf)

[7]<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-031-49238-9>

[8]<https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipation-in-der-migrationsgesellschaft/>

[9]<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bis-zu-30-prozent-anteil-der-migranten-bei-der-polizei-steigt-14807593.html>

[10][https://edoc.ub.uni-muenchen.de/3250/1/Latscha\\_Knut.pdf](https://edoc.ub.uni-muenchen.de/3250/1/Latscha_Knut.pdf)

## weitere Antragstellende

Sebastian Baunack, Martin Schabert, Thomas Heine, Carolin Held, Florian Demmler

## Antrag L.1.2174.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: Cuba sí

### Zeile 2174

2170 Im Bundestagswahlkampf 2021 erhielten die Parteien über 100 Millionen. Euro an  
2171 Parteispenden. In 12 EU-Ländern sind Spenden von Unternehmen oder juristischen Personen an  
2172 Parteien verboten. In weiteren 13 EU-Ländern sind solche Spenden durch Obergrenzen  
2173 begrenzt. Deutschland hinkt hinterher. Die Linke ist die einzige Partei im Bundestag, die  
2174 keine finanziellen Spenden von Konzernen annimmt. Dabei bleibt es.

## Begründung

Erfolgt mündlich

## Antrag L.1.2191.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: AG Ethnische Minderheiten

### Zeile 2191

- 2190 • Kein Lobbyismus an Schulen! Soweit Forschung und Einrichtungen oder auch einzelne  
2191 Studien von Lobbyisten bezahlt werden, muss das transparent gemacht werden.

#### Schutz und Unterstützung von ethnischen Minderheiten

- Der Schutz der in Deutschland lebenden anerkannten ethnischen Minderheiten sowie der hier gesprochenen Regionalsprache Niederdeutsch muss in Deutschland endlich im Grundgesetz abgesichert werden. Neben den Sorben/Wenden müssen künftig auch Däninnen und Dänen sowie Friesinnen und Friesen das Recht auf Gebrauch ihrer Muttersprache vor Gerichten haben - ihre Forderung auf Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes unterstützen wir.
- Der Bund darf sich nicht aus seiner Verantwortung für die Finanzierung von Minderheitenpolitik zurückziehen. Vielmehr müssen die Mittel des Bundes und der Länder für die Stiftung für das sorbische Volk sowie andere Mittel für Vorhaben zur Unterstützung der Minderheiten an die gestiegenen Bedarfe angepasst werden. Die Auswirkungen der Inflation und höhere Aufwendungen für tarifgebundene Vergütungen sollen bei der Höhe der Zuwendungen berücksichtigt werden.
- Rassismus gegen Sinti und Roma muss wirksam bekämpft werden - dafür brauchen wir auch

künftig auf Bundesebene eine oder einen Beauftragten für den Kampf gegen Antiziganismus und das Leben der Sint\*zze und Rom\*nja. Gemeinsam mit der Community müssen konkrete Maßnahmen im Kampf gegen Diskriminierung der Minderheit entwickelt und vom Bund und den Ländern finanziert werden. Den seit Jahrhunderten in Deutschland und Europa verfestigten antiziganistischen Stereotypen muss der Kampf angesagt werden. Der Holocaust an der Minderheit muss ein angemessener Platz in der deutschen Gedenkkultur erhalten. Die Aufarbeitung des als „Zweite Verfolgung“ bezeichneten Unrechts an Sint\*izze und Rom\*nja nach 1945 muss endlich beginnen. Die Empfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission Antiziganismus müssen weiter umgesetzt werden.

- Ohne starke Zivilgesellschaft kann die Gleichstellung der Minderheiten nicht gelingen. Dem Auf- und Ausbau von Partizipationsstrukturen kommt deshalb eine zentrale Bedeutung zu. Der Staat ist verpflichtet, Selbstverwaltungsstrukturen der Minderheiten zu fördern.
- Konflikte in Europa und weltweit hängen auch damit zusammen, dass Rechte von Minderheiten mit Füßen getreten werden. Vor diesem Hintergrund ist für künftige Mitglieder der EU, aber auch für heutige EU-Staaten der Schutz von Minderheiten eine Aufgabe, der sich Parlamente und Regierungen und die Zivilgesellschaften in diesen Ländern stellen müssen.

## Begründung

Entsprechend unserer Parteiprogrammatik sollte das Bundestagswahlprogramm auch diesmal Aussagen dazu beinhalten, wie wir die dänische Minderheit, die friesische Volksgruppe, die deutschen Sinti und Roma und das sorbische Volk sowie die Gruppe der Niederdeutschen künftig unterstützen wollen und was wir gemeinsam mit den Minderheiten auf den Weg bringen wollen. Die Umsetzung entsprechender Zielstellungen ist nicht nur auf die Minderheit gerichtet, sondern ist zugleich ein Beitrag zu einer vielfältigen, von Toleranz und Wertschätzung getragenen gesellschaftlichen Kultur und ein Beitrag zum Frieden. Sie ist unverzichtbar im Kampf gegen Rassismus und Ausgrenzung und für Demokratie – weltweit.

## Antrag L.1.2191.2

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller*in:	BAG Betrieb & Gewerkschaft
-------------------	----------------------------

### Zeile 2191

- 2190 • Kein Lobbyismus an Schulen! Soweit Forschung und Einrichtungen oder auch einzelne
- 2191 Studien von Lobbyisten bezahlt werden, muss das transparent gemacht werden.
- Abgeordnete in unseren Parlamenten müssen jegliche private Aktiengeschäfte nach Amtsantritt offenlegen.

## Begründung

Politiker verfügen über exklusive Informationen, die Märkte bewegen und die sie lukrativ für sich nutzen können. Diese Informationen ergeben sich aus ihrer politischen Arbeit und aus Kontakten mit Vertreter\*innen der Privatwirtschaft. Dass daraus Interessenskonflikte entstehen können ist offensichtlich. Das müssen wir verhindern, um unsere Demokratie weiterzuentwickeln.

## Antrag L.1.2201.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 2201 - 2202

- 2201 • ~~Wir fordern zusammen mit den Gewerkschaften die Abschaffung des Sonderarbeitsrechts~~  
2202 ~~in den Kirchen, in Diakonie und Caritas.~~

### Begründung

Folgeantrag zum Änderungsantrag zu Zeile 1194 (Verschiebung ins Kapitel Arbeit)

## Antrag L.1.2206.1

Änderungsantrag zu L.1-14

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 2206

- 2203 • Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf öffentliches  
2204 Bekenntnis zu einer Religion ein. Die Linke verteidigt das Selbstbestimmungsrecht von  
2205 muslimischen Frauen, spricht sich gegen ein Verbot religiös motivierter Bekleidung  
2206 aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab.
- Zur Religionsfreiheit gehört genauso das Recht, nicht zu glauben. Wir setzen uns ein für die Gleichberechtigung und Freiheit von Atheist\*innen, in allen Staaten und Gesellschaften. Wir fordern die Anerkennung des World Atheist Day (23.März), der an die Unterdrückung, Diskriminierung und Verfolgung von Nichtgläubigen weltweit erinnert, als staatlicher Gedenktag.

### Begründung

Im Abschnitt zu Religionsfreiheit kommen Atheist\*innen bislang nicht vor, das wird hiermit ergänzt. Gerade in Zeiten, wo religiöser Fundamentalismus weltweit auf dem Vormarsch ist und "christliche Werte" auch hierzulande als gesellschaftliches Fundament schlechthin propagiert werden, ist es wichtig auch an die Gleichberechtigung derjenigen zu denken, die an keinen Gott und keine höhere Macht glauben. In vielen Ländern werden Atheist\*innen verfolgt, diskriminiert, inhaftiert, in einigen sogar mit der Todesstrafe bedroht. Der World Atheist Day am 23.März wurde 2019 von ehemals muslimischen Atheist\*innen in Kanada ins Leben gerufen, die Bewegung dafür wird inzwischen weltweit von verschiedenen Organisationen unterstützt (in Deutschland u.a. dem Alibri Verlag und dem Projekt 48).

## Antrag L.1.2243.1

Änderungsantrag zu L.1-15

Antragsteller\*in: LV Bremen

## Zeile 2243

2239 Wir werden die parlamentarische Aufklärung des Rechtsterrors im Bundestag vorantreiben und  
2240 Druck machen für die Freigabe aller Akten der Geheimdienste u. a. zum Oktoberfest-Attentat  
2241 und zum NSU-Komplex. Wir fordern das Verbot militanter, bewaffneter, neonazistischer  
2242 Organisationen und unterstützen, dass das Bundesverfassungsgericht ein Verbot der AfD  
2243 prüfen soll.

Die extreme Rechte ist breiter und vielgestaltiger geworden. Soziale Gruppen abzuwerten, ihnen Grundrechte oder gar die Existenzberechtigung abzusprechen, sie zum Ziel von Gewalt und Vernichtung zu machen, die Demokratie durch Terror zu schwächen oder geplant auszuhebeln, Ungleichheit und autoritäres Denken an die Stelle von Gleichheit und pluraler Gesellschaft zu setzen, institutionalisierte Demokratie durch selbsternanntes „gesundes Volksempfinden“ zu ersetzen: Die Bereitschaft dazu speist sich heute aus unterschiedlichsten ideologischen Quellen, Netzwerken und Echoräumen. Wir stellen uns entschieden auch gegen Rechtsextremismus in der Gestalt von religiösem Fundamentalismus, egal ob er aus dem Dominanzanspruch einer bestimmten religiösen Orientierung entspringt oder aus dem Hass auf bestimmte religiöse Orientierungen.

## Begründung

Gerade die beginnende Aufklärung zum Attentat von Magdeburg zeigt, dass schematische Kategorisierung von Rechtsextremismus und Terrorbereitschaft den realen Gefährdungen nicht mehr gerecht wird. Religiöser Fundamentalismus als eine Quelle von Rechtsextremismus sollte ausdrücklich benannt sein, aber auch darauf hingewiesen werden, dass unterschiedlichste ideologische Versatzstücke heute zur Quelle von Terror und Bedrohung der pluralen Demokratie werden.

## Antrag L.1.2244.1

Änderungsantrag zu L.1-15

Antragsteller\*in:

Ständige Kulturpolitische Konferenz

## Zeile 2244 - 2245

2244 Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein, um das Gedenken an ~~die~~  
2245 Opfer von damals und heute zu bewahren. Dazu zählt der Kampf um die Anerkennung und Erinnerung an die jahrzehntelang vergessenen oder verleugneten Opfer des Nationalsozialismus, wie z.B. die Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen oder jene Menschen, die in den KZ mit dem grünen oder dem schwarzen 'Winkel' markiert wurden. Der 8. Mai soll als Tag der Befreiung vom  
2246 Faschismus endlich ein bundeseinheitlicher Feiertag werden. Die politische Bildung wollen  
2247 wir stärken.

## Begründung

Der vorherige Vorschlag ist sehr kurz und die Formulierung „antifaschistische Erinnerungskultur“ zu konkretisieren. Folglich ergänzen wir den Vorschlag, um drei kurze Sätze zur Erinnerungspolitik mit einer Präzisierung zu den Opfergruppen.

## Antrag L.1.2244.2

Änderungsantrag zu L.1-15

Antragsteller\*in:

Luise Neuhaus-Wartenberg (Sachsen · Nr. 352)

Zeile 2244 - 2246

2244 ~~Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein, um das Gedenken an die-~~

2245 ~~Opfer von damals und heute~~ Wer sich seiner Vergangenheit nicht erinnert, ist verurteilt, sie neu

zu bewahren. durchleben“. Diese Inschrift des spanischen Philosophen Santayana am Eingang des Block 4 im KZ Auschwitz steht symbolhaft für die Bedeutung einer kritischen und aktuellen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Deshalb müssen Gedenkstätten so ausgestattet werden, dass sie als authentische Lern- und Gedenkorte mit wissenschaftlichem und pädagogischem Personal aktive Bildungsarbeit leisten können.

Dabei muss die Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe, der NS-Diktatur, dem Stalinismus und der jüngeren deutschen Geschichte in ihren Einzigartigkeiten ohne ahistorische Gleichsetzungen erfolgen.

Unterstützung sollen auch die zahlreichen Aktivitäten von der Schülerinitiative bis zum Ortsverein erfahren, die unabhängig von den institutionellen Einrichtungen wichtige Forschungs- und Erinnerungsarbeit leisten. Dabei geht es uns nicht nur finanziellen Förderungen, sondern auch um die fachliche Unterstützung durch institutionelle Einrichtungen. Denn ohne Wissen auch kein Geschichtsbewusstsein.

Der 8. Mai soll als Tag der Befreiung vom

2246 deutschen Faschismus endlich ein bundeseinheitlicher Feiertag werden. Die politische und demokratische Bildung wollen

2247 wir stärken.

## Antrag L.1.2248.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in:

DieLinke.SDS

Zeile 2248

2248 ~~XVI. Gute Bildung~~

XVI. Bildung für die Menschheit und internationale Solidarität

### Begründung

Ohne inhaltliche Bestimmung wird gute Bildung zu einer Worthülse. Durch die Konkretisierung in Richtung einer Bildung, die der Menschheit nützt, schaffen wir eine Grundlage für die gesellschaftliche Debatte, welchen Zweck Bildung haben soll. Gerade in Zeiten internationaler kriegerischer Eskalation sollten wir eine auf internationale Solidarität gerichtete Bildung fordern, die eine positive Antwort auf eine zunehmende Militarisierung des Bildungswesens gibt und das Denken in Blockkonfrontationen aufbricht. Eine solche Bildung fordern nur wir als Linke und heben uns damit vom Einheitsbrei der vermeintlichen Wahlkämpfer für gute Bildung ab.

## Antrag L.1.2248.2

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Bildungspolitik

Zeile 2248

### 2248 XVI. Gute Bildung

Das Kapitel XVI. Gute Bildung (Zeilen 2248 bis 2430) wird nach vorne gezogen und in Zeile 1725 als neues Kapitel X. Gute Bildung eingefügt.

### Begründung

Bildung und Chancengleichheit sollten für uns als Die Linke einen hohen Stellenwert haben. In Kapitel IX. geht es um Mobilität und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Im Bildungskapitel geht es u.a. im Investitionen in die grundlegende Bildungsinfrastruktur. Daher würde sich das Bildungskapitel hier gut anschließen.

## Antrag L.1.2249.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: KV Köln

Zeile 2249 - 2251

2249 Bildungsmisere und Kita-Katastrophe: Das ~~sind die Schlagworte zum deutschen~~ deutsche Bildungssystem ist ungerecht

2250 . Kinder aus ~~wirtschaftlich schwachen und~~ nicht akademischen Haushalten , die meist nur über ein geringes Einkommen verfügen, haben ~~nach wie vor schlechtere Chancen auf gute~~ einen schlechteren Zugang zu guter Bildung. In den Schulen bröckelt der Putz

2252 von der Decke, Turnhallen sind gesperrt und die Toiletten sind oft unbrauchbar. Dabei

2253 solle Bildung Priorität Nummer eins für das Gemeinwesen sein! Wir wollen dafür sorgen,

2254 dass hochwertige, inklusive und lebenslange Bildungsangebote zur Selbstverständlichkeit

2255 werden.

### Begründung

Menschen die kein Geld haben sind nicht schwach, weder sozial noch wirtschaftlich. Leider sind dies oft verwendete Begriffe. Auch Menschen mit geringem Einkommen haben eine Würde und einen Stolz. Diese treffen auf ein ungerechtes Bildungssystem. Als Arbeiterpartei kämpfen wir mit

Ihnen für Gerechtigkeit und eine solidarische Bildung. Auch die Begriffe Chance und Chancengerechtigkeit verschleiern die ungerechte Situation. Das Gelaber von Chancen überlassen wir der FDP und den Grünen. Unser Ziel ist ein Recht auf eine gute Bildung und nicht nur lediglich eine Chance.

## Antrag L.1.2249.2

Antragsteller\*in:

DieLinke.SDS

### Zeile 2249

2249 ~~Bildungsmisere und~~ Bildungsmisere, Kita-Katastrophe: Katastrophe, forcierte Kriegstüchtigkeit  
vom Klassenzimmer bis in den Hörsaal: Das sind die Schlagworte zum deutschen  
2250 Bildungssystem. Kinder aus wirtschaftlich schwachen und nicht akademischen Haushalten  
2251 haben nach wie vor schlechtere Chancen auf gute Bildung. In den Schulen bröckelt der Putz  
2252 von der Decke, Turnhallen sind gesperrt und die Toiletten sind oft unbrauchbar. Dabei  
2253 solle Bildung Priorität Nummer eins für das Gemeinwesen sein! Wir wollen dafür sorgen,  
2254 dass hochwertige, inklusive und lebenslange Bildungsangebote zur Selbstverständlichkeit  
2255 werden.

### Begründung

In einer Aufzählung zu den “Schlagworten zum deutschen Bildungssystem” darf die “forcierte Kriegstüchtigkeit” nicht fehlen. Mit der sog. Zeitenwende soll nicht nur materiell aufgerüstet werden, sondern auch geistig. Boris Pistorius erklärte, die Bundesrepublik müsse bis 2029 “kriegstüchtig” werden. Eine Entwicklung, die auch unsere Bildungseinrichtungen betrifft: Wir sehen, dass die Bundeswehr vermehrt präsent ist in Bildungseinrichtungen; auf Jobmessen, bei Infoveranstaltungen an Schulen und nicht zuletzt auch durch eine Bundeswehrübung an der TUM München im Oktober 2024 [1]. Wir sehen ebenfalls, dass die bestehenden Zivilklauseln, also die Selbstverpflichtung von Hochschulen, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen, vermehrt von Politik und Industrie unter Beschuss geraten und sich an den Universitäten an zahlreichen Standorten Widerstand dagegen regt: Sei es die Petition zum Erhalt der Zivilklausel am DESY [2], die Einbettung der Forderung nach einer Zivilklausel bei den studentischen Vollversammlungen der “Studis gegen Rechts”-Bewegung oder auch im kleineren durch Protest- und Aufklärungsaktionen an Schulen [3]. Dieser Protest richtet sich gegen die Militarisierung der Köpfe und die Normalisierung von Militär an unseren Bildungseinrichtungen, die nicht zuletzt auch dazu führen soll, dass mehr junge Menschen sich zur neuen Wehrpflicht melden.

[1] <https://www.unsere-zeit.de/schuesse-an-der-uni-4797616/>

[2] <https://www.change.org/p/opening-civil-research-facilities-to-military-projects-is-not-in-our-name>

[3] <https://www.jungewelt.de/artikel/489601.antimilitarismus-unser-protest-zeigt-dass-wir-etwas-%C3%A4ndern-k%C3%B6nnen.html>

## Antrag L.1.2255.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in:

DieLinke.SDS

### Zeile 2255

2249 Bildungsmisere und Kita-Katastrophe: Das sind die Schlagworte zum deutschen  
2250 Bildungssystem. Kinder aus wirtschaftlich schwachen und nicht akademischen Haushalten  
2251 haben nach wie vor schlechtere Chancen auf gute Bildung. In den Schulen bröckelt der Putz

2252 von der Decke, Turnhallen sind gesperrt und die Toiletten sind oft unbrauchbar. Dabei  
2253 solle Bildung Priorität Nummer eins für das Gemeinwesen sein! Wir wollen dafür sorgen,  
2254 dass hochwertige, inklusive und lebenslange Bildungsangebote zur Selbstverständlichkeit  
2255 werden. Wir wollen eine Bildung, die dem Geist der Waffen die Waffen des Geistes  
entgegenstellt. Eine Bildung, die zur demokratischen Selbständigkeit, kritischen Mündigkeit und  
sozialen wie zivilen Entfaltung von Potenzialen befähigt, einzeln und kollektiv.

## Begründung

Bildung als Priorität Nummer eins ist richtig. Im bisherigen Text wird dann allerdings nicht klar, wofür wir als Linke eine hochwertige, inklusive, lebenslange Bildung eigentlich wollen. Mit der Hinzufügung bekommt das Kapital zwei entscheidende Schwerpunkte. Erstens ergreifen wir Partei gegen die Militarisierung des Bildungswesens, gegen Bundeswehroffiziere in Schulen, gegen ein "Bildungsfernsehen", dass es sich seit neuestem zum Auftrag macht, Kindern Waffengattungen näherzubringen [1]. Zweitens bleiben wir nicht bei der Kritik der herrschenden Verhältnisse im Bildungswesen stehen, sondern formulieren eine positive Alternative. Statt Waffen fordern wir die Herausbildung der geistigen Waffen zur Schaffung von Frieden und stellen uns damit in die Tradition von Albert Einstein und anderen, die erbittert gegen die Militarisierung von Forschung und Bildung gekämpft haben, um sie stattdessen zum Wohl der Menschheit zu nutzen. Dieses Wohl der Menschen verbinden wir mit dem Ziel einer Bildung für demokratische Selbständigkeit und kritische Mündigkeit, die im Kampf gegen Rechts von hervorgehobener Wichtigkeit ist.

[1] <https://www.youtube.com/shorts/kgsVFZXnkAE> (KiKa: Ich bin ein Marschflugkörper!)

## Antrag L.1.2255.2

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: Stadtteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost (Hamburg Nord)

### Zeile 2255

2249 Bildungsmisere und Kita-Katastrophe: Das sind die Schlagworte zum deutschen  
2250 Bildungssystem. Kinder aus wirtschaftlich schwachen und nicht akademischen Haushalten  
2251 haben nach wie vor schlechtere Chancen auf gute Bildung. In den Schulen bröckelt der Putz  
2252 von der Decke, Turnhallen sind gesperrt und die Toiletten sind oft unbrauchbar. Dabei  
2253 solle Bildung Priorität Nummer eins für das Gemeinwesen sein! Wir wollen dafür sorgen,  
2254 dass hochwertige, inklusive und lebenslange Bildungsangebote zur Selbstverständlichkeit  
2255 werden.

Unser Bildungsbegriff erschöpft sich nicht im Kompetenzlernen und auf die Zurichtung auf den  
Arbeitsmarkt. Wir wollen hingegen emanzipatorisches Lernen für die Herausbildung kritischer  
mündiger Persönlichkeiten, die ihre sozialen und kulturellen Interessen solidarisch gegen  
herrschende Profitinteressen durchzusetzen verstehen und gemeinsam eine bessere  
Gesellschaft gestalten können.

## Begründung

Alle Konflikte um die Bildungspolitik entspringen der Grundfrage: Wofür lernen wir?

## Antrag L.1.2257.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 2257

2256 Der Sanierungsstau an Schulen beträgt mittlerweile knapp 55 Milliarden Euro. An den  
2257 Hochschulen fehlen ~~bis zu 60 Milliarden Euro~~ für die Sanierung nach Angaben der  
Universitätskanzler\*innen 74 Milliarden Euro. Überall fehlt es an Lehrkräften und  
2258 pädagogischem Personal. Bis 2035 werden 177 500 Lehrer\*innen fehlen. In den Kitas fehlen  
2259 aktuell 125 000 Fachkräfte. Es braucht dringend mehr Investitionen und ausreichend gut  
2260 qualifiziertes Personal in Bildung und Erziehung.

### Begründung

Aktualisierung

## Antrag L.1.2259.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Bildungspolitik

### Zeile 2259 - 2260

2256 Der Sanierungsstau an Schulen beträgt mittlerweile knapp 55 Milliarden Euro. An den  
2257 Hochschulen fehlen bis zu 60 Milliarden Euro. Überall fehlt es an Lehrkräften und  
2258 pädagogischem Personal. Bis 2035 werden 177 500 Lehrer\*innen fehlen. In den Kitas fehlen  
2259 aktuell 125 000 Fachkräfte. ~~Es braucht dringend mehr Investitionen und ausreichend gut~~  
2260 ~~qualifiziertes Personal in Bildung und Erziehung.~~

- Um das zu ändern, braucht es ausreichend Personal in Bildung und Erziehung, damit auch eine Vertretungsreserve von zehn Prozent an den Schulen gesichert werden kann und Krankheitsstand nicht zu Unterrichtsausfall oder kurzzeitigen Schließungen führen. Dafür muss die duale Ausbildung gestärkt und die Anerkennung sowie Qualifizierung zugewanderter Lehrkräfte verbessert werden und die Ausbildung sowie von Quer- und Seiteneinsteiger\*innen (auch als Einfach-Lehrer\*innen) vorangetrieben werden.
- Wir fordern eine verbindliche Säule "Lehrerbildung" im Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“.
- Wir fordern ein »100 Milliarden-Euro-Sondervermögen für Bildung« des Bundes zur Sanierung, Modernisierung und Unterstützung der Bildungseinrichtungen, um die Mangelwirtschaft zu beenden. Die Schulen platzen aus allen Nähten. Es muss für alle Kinder und Jugendlichen ein guter Schulplatz gesichert sein.

### Begründung

Im Entwurf des Wahlprogramms fehlen die zentralen linken bildungspolitischen Forderungen in der 20. Legislatur auf Bundesebene. Ausbildungsoffensive, 100-Mrd. Sondervermögen und verbindliche

Säule. Wir müssen schon mehr anbieten können als die Forderung nach mehr Investitionen und ausreichendes Personal. Mehr Investitionen fordern alle. Um als Linke wahr- und ernstgenommen zu werden, sollten wir in der zentralen bildungspolitischen Herausforderung dieser Zeit unsere ausformulierten Vorschläge, die sich auch in Bundestagsdrucksachen wiederfinden, im Wahlprogramm aufführen.

## Antrag L.1.2269.1

Änderungsantrag zu L.1-16

**Antragsteller\*in:** Landesvorstand Hamburg

### Zeile 2269

- 2269 • Wir wollen, dass Schulbücher ~~und~~, digitale Geräte und Infrastruktur sowie andere Lernmittel  
kostenlos zur Verfügung gestellt  
2270 werden. Wir fordern außerdem eine kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und  
2271 kostenfreie Beförderung von Schüler\*innen. Damit gute Bildung nicht vom Geldbeutel  
2272 abhängt.

### Begründung

Lehrmittelfreiheit ist aktuell auf zwei Stichpunkte verteilt (sie findet sich auch in Zeile 2322). So wird es zusammengelegt. Die Medienkompetenz wird so zu einem eigenen Punkt.

## Antrag L.1.2274.1

Änderungsantrag zu L.1-16

**Antragsteller\*in:** Florian Demmler (Thüringen · Nr. 92), Cornelia Müller (Thüringen · Nr. 340), Carolin Held (Thüringen · Nr. 199), und weitere

### Zeile 2274

- 2273 • Lernen soll in der Schule stattfinden. Über Hausaufgaben wird soziale Ungleichheit in  
2274 ungleichen Schulerfolg übersetzt, deshalb wollen wir sie abschaffen.
- Für die Beantragung von Fördermitteln beispielsweise im Bereich der Digitalisierung sollen Schulen und Lehrkräften Unterstützung zur Verfügung gestellt werden. Allgemein sollen bürokratische Hürden zur Beantragung vereinfacht und ggf. abgesenkt werden.

### Begründung

Die Beantragung von Fördermitteln beispielsweise beim „Digitalpakt Schule“ stellt Schulen und Lehrkräfte vor immer stärkere bürokratische Herausforderungen. Gelder werden gar nicht oder nur teilweise abgerufen, derweil wird das Geld im Bildungssystem dringend benötigt. Lehrkräfte berichten regelmäßig in Zweigesprächen von einem bürokratischen Aufwand, der teilweise ehrenamtlich oder mit einigen Abminderungsstunden bewältigt werden muss. Wo dies möglich ist, sollten bürokratische Hürden abgesenkt bzw. vereinfacht werden oder zumindest bei der Beantragung von Fördergeldern personelle Unterstützung zur Seite gestellt werden.

### weitere Antragstellende

LAG Bildung Thüringen, Martin Schabert (Thüringen), Bärbel Leucht (Thüringen), Thomas Heine (Thüringen), Franziska Theune-Hobbs (Thüringen), Elke Gaasenbeek (Thüringen), Anastasia Rahaus (Thüringen), Mandy Eißing (Thüringen), Steffen Kachel (Thüringen), Kevin Reichenbach (Thüringen), Ruby Cichon (Berlin)

## Antrag L.1.2274.2

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 2274

- 2273 • Lernen soll in der Schule stattfinden. Über Hausaufgaben wird soziale Ungleichheit in
- 2274 ungleichen Schulerfolg übersetzt, deshalb wollen wir sie abschaffen. Die altersgerechte, selbständige Wiederholung von Schulstoff und die Bearbeitung von Übungsaufgaben soll in der Schule unter Betreuung außerhalb der Unterrichtszeiten stattfinden.

### Begründung

Aus pädagogischer Sicht sollte hier klargestellt werden, dass Schüler\*innen mit der Abschaffung der Hausaufgaben weiter selbständig lernen sollten.

## Antrag L.1.2281.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 2281

- 2280 • Bessere Betreuungsschlüssel: Mindestens eine\*r Erzieher\*in für maximal 3 Kinder unter
- 2281 ~~drei Jahren und für 8~~ drei Jahren und für 7,5 Kinder ab drei Jahren - unter Berücksichtigung von
- 2282 Ausfall- und Vorbereitungszeiten und Elternarbeit.

### Begründung

Die Fachwelt empfiehlt mittlerweile 1 zu 7,5 bei Ü3. Dieser Forderung sollten wir uns mit guten Gründen anschließen.

## Antrag L.1.2281.2

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Bildungspolitik

### Zeile 2281 - 2282

- 2280 • Bessere Betreuungsschlüssel: Mindestens eine\*r Erzieher\*in für maximal 3 Kinder unter
- 2281 ~~drei Jahren und für 8~~ drei Jahren und für 7,5 Kinder ab drei Jahren - unter Berücksichtigung von
- 2282 Ausfall- und

Vorbereitungszeiten und Elternarbeit.

## Begründung

Für Kinder ab 3 Jahren wird von der Fachöffentlichkeit in der Regel der Schlüssel 1:7,5 als Zielmarke ausgegeben. Auch ver.di macht diese Forderung auf. Wir sollten als Die Linke nicht dahinter zurückfallen.

## Antrag L.1.2283.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Bildungspolitik

### Zeile 2283

2283 • Gebührenfreie Kitas: Alle ~~Elter~~Familien müssen Zugang zu einem Platz haben, unabhängig vom  
2284 Einkommen.

## Begründung

Familie ist dort, wo Kinder leben! Familien bestehen nicht nur aus den Eltern.

## Antrag L.1.2286.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 2286

2286 • Die Löhne in Sozial- und Erziehungsdiensten müssen steigen! Dafür muss die Refinanzierung für Tarifverträge insbesondere für den kommunalen wie den frei-gemeinnützigen Bereich gesichert werden. Kinderbetreuung ist  
2287 harte, wichtige Arbeit.

## Begründung

Die gläserne Decke für die Löhne sind die Refinanzierungsbedingungen, die sich in den Ländern unterschiedlich gestalten. Da wir im Bereich Kita das Subsidiaritätsprinzip haben, erstellen kommunale wie frei-gemeinnützige oder auch private Träger die Leistung. Die Refinanzierung ist meist über Abkommen zwischen Land und Trägern (z.B. LIGA und Kommunen) geregelt. Bildung ist Ländersache, daher wäre hier zu überlegen (im Kleinteiligen), WIE der Bund eine gute Refinanzierung durch die Länder ermöglichen kann.

## Antrag L.1.2286.2

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Bildungspolitik

### Zeile 2286

- 2286 • Die Löhne in Sozial- und Erziehungsdiensten müssen steigen! ~~Kinderbetreuung~~Frühkindliche Bildung ist  
2287 harte, wichtige Arbeit.

## Begründung

Es geht uns um frühkindliche Bildung und nicht nur um die Unterbringung der Kinder, damit Eltern ihrer Erwerbsarbeit nachgehen können.

## Antrag L.1.2288.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 2288

- 2288 • ~~Hochschulniveau~~Gutes Niveau für die Ausbildung: Zugänge wollen wir erleichtern und die  
Qualität  
2289 der Ausbildung erhöhen.

## Begründung

Neben akademischen Studiengängen sollten wir die Fachausbildung stärken. Staatlich anerkannte/r Erzieher/in sind bereits heute auf DQR 6-Niveau (gleichwertig FH-Diplom, und Bachelor) und verdienen die nötige Anerkennung. Daher unterstützen wir die Gewerkschaften in ihrem Ziel der Aufwertung des Erzieher/innen-Berufes.

## Antrag L.1.2288.2

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 2288

- 2288 • ~~Hochschulniveau für die Ausbildung:~~ Zugänge für die Ausbildung wollen wir erleichtern und  
die Qualität  
2289 der Ausbildung erhöhen.

## Begründung

Gute Fachkräfte müssen ausgebildet werden. Für viele junge Menschen ist die Ausbildung aufgrund der fehlenden guten Bezahlung, der Arbeitsbedingungen im Feld und teils auch der hohen Zugangsvoraussetzungen wenig attraktiv.

Die Linke folgt hier den Ansätzen der GEW, die auf Akademisierung setzt. ver.di dagegen fordert ein bundeseinheitliches Ausbildungsgesetz für den Beruf staatlich anerkannte:r Erzieher:in ([Positionspapier zu Erzieherinnen.pdf](#)).

Die Aufnahme einer Erzieher:innenausbildung soll nach unserer Auffassung nicht an Voraussetzungen gebunden sein; vielmehr ist wichtig, dass die Ausbildung selbst zu einem guten Ergebnis führt - die Organisation der Ausbildung ist daher zentral und die Ausbildungsbedingungen.

## Antrag L.1.2297.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Bildungspolitik

### Zeile 2297 - 2299

- 2297 • Der Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung muss umgesetzt werden. Jede\*r Schüler\*in  
2298 ~~soll~~muss Zugang zu ~~einer Ganztagsbetreuung, am besten eine~~  
2299 Gemeinschaftsschule einem qualitativ hochwertigen Ganztagsangebot haben. ~~Statt~~  
~~Hausaufgaben findet das Lernen und die Wiederholung~~  
~~von Lernstoff gemeinsam statt.~~

### Begründung

Es geht um den längst versprochenen Rechtsanspruch, dessen Umsetzung noch auf sich warten lässt. Als solchen sollte er benannt werden und auch klargemacht werden, wie dieser aus unserer Sicht aussehen soll, nämlich qualitativ hochwertig. Der Punkt mit den Hausaufgaben findet sich bereits in Zeile 2273.

## Antrag L.1.2301.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Bildungspolitik

### Zeile 2301 - 2302

- 2300 • Bildungseinrichtungen müssen barrierefrei sein, mit ausreichend Fachkräften und  
2301 passender Ausstattung für alle Kinder. ~~Zwei-Lehrer\*innen-System: Zwei Lehrkräfte pro~~  
2302 ~~Klasse schaffen mehr individuelle Förderung.~~ Multiprofessionelle Teams von  
2303 Lehrkräften, Schulsozialarbeiter\*innen, Psycholog\*innen und medizinisches  
2304 Fachpersonal arbeiten zusammen, um den individuellen Bedürfnissen der Schüler\*innen  
2305 gerecht zu werden.

### Begründung

Erstens bedeutet die Forderung einer multiprofessionellen Kooperation im Klassenzimmer nicht, dass zwei Lehrer\*innen in jeder Klasse sein müssen; zweitens ist dies in Zeiten des Lehrer\*innenmangels keine sinnvolle Forderung für ein BT-Wahlprogramm; drittens wird es im nachfolgenden Satz bereits besser erklärt.

## Antrag L.1.2310.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: Florian Demmler (Thüringen · Nr. 92), Cornelia Müller (Thüringen · Nr. 340), Carolin Held (Thüringen · Nr. 199), und weitere

### Zeile 2310

2306 • Jedes Kind hat ein Recht auf individuelle Förderung. Unabhängig von den Fähigkeiten  
2307 setzen wir uns dafür ein, dass jedes Kind so begleitet wird, dass es sich bestmöglich  
2308 entfalten kann. In Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe aber nicht, indem es  
2309 durch die Etikettierung nach verschiedenen Förderbedarfen diskriminiert und  
2310 ausgesondert wird.

- Um das Lehramtsstudium zukunftsfest auszugestalten, streben wir flächendeckende Angebote für einen Dualen Studiengang an. Damit ebnen wir den Weg hin zu einer praxisorientierten Ausbildung sowie finanzieller Sicherheit der Studierenden.

## Begründung

Die Bildungskrise verschärft sich zusehends und wir erleben einen flächendeckenden Lehrermangel über einzelne Schularten hinaus. Laut dem Stifterverband fangen ca. 52.500 potenzielle Lehrkräfte mit dem Studium an. Zu Beginn des Referendariats bleiben davon gerade einmal noch 30.600 Lehramtsanwärter übrig. Von Studierenden wird fächerübergreifend eine Entfremdung von der Realität während des Studiums geklagt. Zu wenig Praxisorientierung und eine mangelnde Vorbereitung auf den Schuldienst, sind nur einige Beispiele. Die Folge ist meist eine Überforderung im Referendariat, was nicht selten zu einem Abbruch führt. Die Verzahnung von Praxis und Theorie muss daher ein Ansatz zur Bekämpfung des Lehrermangels und zur Optimierung der Ausbildung sein. Das duale Lehramtsstudium, wie es in Erfurt bereits eingeführt wurde erfreut sich großer Beliebtheit. Dabei spielen zwei wesentliche Aspekte eine zentrale Rolle: Die praxisorientierte Ausbildung, und die finanzielle Sicherheit der Studierenden.

## weitere Antragstellende

LAG Bildung Thüringen, Martin Schabert (Thüringen), Bärbel Leucht (Thüringen), Thomas Heine (Thüringen), Franziska Theune-Hobbs (Thüringen), Elke Gaasenbeek (Thüringen), Anastasia Rahaus (Thüringen), Mandy Eißing (Thüringen), Steffen Kachel (Thüringen), Kevin Reichenbach (Thüringen), Ruby Cichon (Berlin), Annegret Gabelin (Berlin)

## Antrag L.1.2319.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller*in:	LV Bremen
-------------------	-----------

### Zeile 2319

2318 • Schulpsycholog\*innen und Schulsozialarbeit müssen flächendeckend und dauerhaft an  
2319 jeder Schule verfügbar sein.

- Bildung ist nicht nur Kompetenzerwerb, sondern Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe. Politische Bildung, insbesondere zu Mitbestimmungsrechten, Demokratie, Partizipation, muss in deutlich früheren Altersgruppen einsetzen als bisher, schon weil die politische Sozialisation über soziale Medien heute ebenfalls sehr viel früher einsetzt.

## Begründung

Wenn wir die Herabsetzung des Wahlalters fordern, ist es konsequent, auch das frühere Einsetzen von politischer Bildung zu fordern.

## Antrag L.1.2321.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 2321

- 2320 • Unabhängigkeit: Verbot von Werbung und Lobbyismus in Schulen. Keine Werbung der
- 2321 Bundeswehr in Schulen und Universitäten. (siehe Kapitel 6)
- Wir wollen die Verkehrssicherheit auf dem Weg zur Schule verbessern und unterstützen daher u.a. das Modell der Schulstraße.

## Antrag L.1.2321.2

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: DieLinke.SDS

### Zeile 2321

- 2320 • Unabhängigkeit: Verbot von Werbung und Lobbyismus in Schulen. Keine Werbung der
- 2321 Bundeswehr in Schulen und Universitäten. Wir fordern stattdessen Bildung und Aufklärung zu Friedensarbeit und zu zivilen Alternativen zur Bundeswehr an Bildungseinrichtungen!(siehe Kapitel 6)

### Begründung

Wir finden, dass es neben der Ablehnung der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen eine positive - d.h. vor allem friedliche und zivile - Alternative für die Bildung braucht. Wir schlagen deshalb vor, nicht nur die Werbung für die Bundeswehr abzulehnen, sondern die friedensfördernde, zivile und aufklärerische Bildung und Wissenschaft zu befürworten.

Beispielsweise können das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr, das Freiwillige Auslandsjahr "Weltwärts" oder der Bundesfreiwilligendienst jungen Menschen Perspektiven aufzeigen, sich für die Gesellschaft zu engagieren - und sie durch Mitarbeit im zivilen wirklich sicherer zu machen.

## Antrag L.1.2322.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 2322 - 2324

- 2322 • ~~Die Lehr- und Lernmittelfreiheit muss an allen Schulen auch für digitale Geräte-~~
- 2323 ~~sichergestellt sein. In den Schulen muss eine ausreichende Netzwerkinfrastruktur-~~
- 2324 ~~geschaffen werden.~~ Die Medien- und Datenschutzkompetenz der Kinder und Jugendlichen
- 2325 muss möglichst früh gefördert werden.

## Begründung

Siehe [L.1.2269.1: Änderungsantrag zu L.1-16 - OpenSlides](#) [718] (idealerweise sollten die beiden Änderungen in einem Änderungsantrag zusammengelegt werden).

Lehrmittelfreiheit ist aktuell auf zwei Stichpunkte verteilt (sie findet sich auch in Zeile 2322). So wird es zusammengelegt. Die Medienkompetenz wird so zu einem eigenen Punkt.

## Antrag L.1.2358.1

Änderungsantrag zu L.1-16

<b>Antragsteller*in:</b>	BAG Bildungspolitik
--------------------------	---------------------

### Zeile 2358

2358 • Das Berufsbildungsgesetzes (~~BVaDiG~~ BBiG) muss reformiert werden, so dass die Verbesserung  
2359 der Ausbildungsqualität im Mittelpunkt steht und ein Rechtsanspruch auf eine  
2360 vollqualifizierende Ausbildung verankert wird.

## Begründung

Das BVaDiG (Berufsvalidierung- und Digitalisierungsgesetz) ist nur ein kleiner Teil des Berufsbildungsgesetzes - kurz: BBiG. Mit der Forderung streben wir eine umfassende Reform des BBiG an.

## Antrag L.1.2366.1

Änderungsantrag zu L.1-16

<b>Antragsteller*in:</b>	Florian Demmler (Thüringen · Nr. 92), Cornelia Müller (Thüringen · Nr. 340), Carolin Held (Thüringen · Nr. 199), und weitere
--------------------------	--

### Zeile 2366

2365 • Mitbestimmung: Die Rechte von Auszubildenden wollen wir stärken. Ihre Mitwirkung in  
2366 den Personalvertretungen muss garantiert werden. Inbesondere die Kooperation mit Gewerkschaften wollen wir unterstützen.

## Begründung

Als Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter steht für uns außer Frage, dass gute Löhne, Arbeitsbedingungen, die zum Leben passen und Fragen des Gesundheitsschutzes nur mit starken Gewerkschaften erkämpft werden können. Eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sollte daher bereits in der Ausbildungsphase verstärkt und unterstützt werden.

## weitere Antragstellende

LAG Bildung Thüringen, Martin Schabert (Thüringen), Bärbel Leucht (Thüringen), Thomas Heine (Thüringen), Franziska Theune-Hobbs (Thüringen), Elke Gaasenbeek (Thüringen), Anastasia Rahaus (Thüringen), Mandy Eißing (Thüringen), Kevin Reichenbach (Thüringen), Steffen Kachel (Thüringen), Annegret Gabelin (Berlin)

## Antrag L.1.2375.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 2375 - 2376

2372 Wir setzen uns für lebenslanges, lebensbegleitendes Lernen ein: als Angebot, nicht als  
2373 Pflicht zur Selbstoptimierung. Eine entscheidende Voraussetzung sind gute  
2374 Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung bei allen Trägern und Bereichen der  
2375 Erwachsenenbildung. ~~Wir streiten für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für alle~~  
2376 ~~Lehrkräfte in der Weiterbildung~~ Dafür muss die Refinanzierung von Tarifverträgen ermöglicht und  
die Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit für Tarifverträge für die Tarifparteien vereinfacht  
werden.

### Begründung

Im Weiterbildungsbereich arbeiten nicht nur Lehrkräfte, sondern alle möglichen Berufsgruppen - von der Reinigung, über Köche bis hin zu Lehrkräften/ Ausbilder\*innen. Gläserne Decke ist hier die Refinanzierung über die Länder und den Bund. Bessere Refinanzierung ermöglicht gute Tarifverträge. Allgemeinverbindlichkeit ist kein Allheilmittel und beschneidet die Tarifautonomie, daher wäre hier die Forderung einer Vereinfachung der AVE.

## Antrag L.1.2380.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

### Zeile 2380

2379 • Die Agenturen für Arbeit und andere öffentliche Auftraggeber müssen bei der Vergabe  
2380 die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung und Tarifbindung auf dem Niveau der  
Flächentarifverträge sicherstellen.

## Antrag L.1.2391.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: DieLinke.SDS

### Zeile 2391

2388 Jede\*r dritte Studierende in Deutschland ist arm. Nur 12,5 % der Studierenden profitieren  
2389 vom Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Bedarfssätze liegen unterhalb der  
2390 Armutsgrenze. Die Linke fordert, ein BAföG für Alle, das heißt: eltern-, alters- und  
2391 herkunftsunabhängig, existenzsichernd, unbefristet und als Vollzuschuss. Die Höhe muss  
regelmäßig an  
2392 Lebenshaltungskosten angepasst werden. Auch Menschen mit Duldung oder humanitären  
2393 Aufenthaltstiteln sollen Zugang erhalten.

## Begründung

Gute Bildung braucht Zeit. Manchmal mehr, als ursprünglich vorgesehen. Aber sie zahlt sich letztlich immer aus. Studierende, die ökonomisch und zeitlich unbelastet studieren, haben mehr Raum zur Entwicklung kritischer, disruptiver, transformativer und emanzipatorischer Potenziale. Die Gesellschaft, in der wir leben, braucht Kritik, Disruption, Transformation und Emanzipation. Rudi Dutschke verbrachte insgesamt 12 Jahre an der FU Berlin.

Niemand macht sich gerne einen faulen Lenz. Als Linke vertreten wir ein Menschenbild, das Vertrauen in die Kraft und Eigenständigkeit aller Menschen setzt und für angemessene Rahmenbedingungen streitet, um alle Potenziale zu entfalten. Menschliche Potenziale sind unbefristet. Ein expansives, weltveränderndes Lernen setzt (relative) Freiheit von Zwang voraus; der Kampf um die Überwindung von Zwängen und Einschränkungen ist dabei Teil der Bildung und Emanzipation, individuell wie kollektiv. [1]

[1] Holzkamp, Klaus: Lehren als Lernbehinderung? Kassel 1990, fkp 27/1991, S. 5-22. [https://www.kritische-psychologie.de/files/FKP\\_27\\_Klaus\\_Holzkamp\\_1.pdf](https://www.kritische-psychologie.de/files/FKP_27_Klaus_Holzkamp_1.pdf)

## Antrag L.1.2391.2

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: KV Köln

### Zeile 2391

2388 Jede\*r dritte Studierende in Deutschland ist arm. Nur 12,5 % der Studierenden profitieren  
2389 vom Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Bedarfssätze liegen unterhalb der  
2390 Armutsgrenze. Die Linke fordert, ein BAföG für Alle, das heißt: eltern-, alters- und

2391 herkunftsunabhängig, existenzsichernd in Höhe von 1400 Euro monatlich und als Vollzuschuss.  
Die Höhe muss regelmäßig an

2392 Lebenshaltungskosten angepasst werden. Auch Menschen mit Duldung oder humanitären  
2393 Aufenthaltstiteln sollen Zugang erhalten.

## Begründung

Ergänzung der Zahl, die wir sonst auch immer gefordert haben.

## Antrag L.1.2392.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: BAG Grundeinkommen, BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung

### Zeile 2392

2388 Jede\*r dritte Studierende in Deutschland ist arm. Nur 12,5 % der Studierenden profitieren  
2389 vom Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Die Bedarfssätze liegen unterhalb der  
2390 Armutsgrenze. Die Linke fordert, ein BAföG für Alle, das heißt: eltern-, alters- und

2391 herkunftsunabhängig, existenzsichernd und als Vollzuschuss. Die Höhe muss regelmäßig an  
2392 Lebenshaltungskosten angepasst werden und darf nicht unterhalb der

Armutsgefährdungsgrenze, gegenwärtig rund 1.400 Euro monatlich liegen. Auch Menschen mit Duldung oder humanitären

2393 Aufenthaltstiteln sollen Zugang erhalten.

## Begründung

Kein\*e Studierende\*r soll in Armut fallen, oder, um seine Existenz und Teilhabe zu sichern, die Mindestsicherung beantragen müssen.

## Antrag L.1.2394.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 2394

2394 • Die Studierendenwerke müssen ausreichend finanziert werden, um Semesterbeiträge, Mensapreise und Wohnkosten für Studierende zu senken.

2395 • Hochschulen öffnen: Wir wollen den Zugang zur Universität mit Fachabitur, beruflicher  
2395 Ausbildung oder vergleichbaren Abschlüssen. Wir wollen keine Studiengebühren,  
2396 unabhängig vom Pass.

## Begründung

Die Studierendenwerke sind chronisch unterfinanziert. Dadurch werden regelmäßig Semesterbeiträge erhöht, aber auch Mensapreise und Mieten. Auch gibt es generell zu wenig Studierendenwohnheime. Das belastet Studierende sehr zentral in ihrem Alltag. Die Finanzierung kommt von Ländern und Bund und muss verbessert werden.

## Antrag L.1.2396.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: DieLinke.SDS

### Zeile 2396

2394 • Hochschulen öffnen: Wir wollen den Zugang zur Universität mit Fachabitur, beruflicher  
2395 Ausbildung oder vergleichbaren Abschlüssen. Wir wollen keine Studiengebühren,  
2396 unabhängig vom Pass. oder Studiendauer.

## Begründung

Antragsteller: dieLinke.SDS

Studiengebühren beim Überschreiten einer Regelstudienzeit, wie zum Beispiel in Bayern und Baden-Württemberg, erfordern heute unsere Kritik. Sie dienen dazu, das Grundrecht auf Bildung durch die Hintertür einzuschränken und sind darauf gerichtet möglichst schnell, marktkonform und unkritisch sein Studium zu beenden. Hierunter leidet nicht nur ein fortschrittliches Bildungsverständnis (Mündigkeit, Selbstreflexivität, demokratische Gesinnung etc.), sondern auch zunehmend die

psychosoziale Gesundheit von Studierenden, wie zahlreiche Untersuchungen nachweisen [1]. Geldnöte beispielsweise durch Studiengebühren sind hier zentrale Treiber dieser desolaten Lage.

[1] Siehe dazu unter anderem:

- <https://www.studierendenwerke.de/beitrag/es-geht-ums-existenzielle-psychische-belastung-vieler-studierender-gravierend> (05/2022)
- <https://www.studierendenwerke.de/beitrag/22-sozialerhebung-die-wirtschaftliche-und-soziale-lage-der-studierenden-in-deutschland-2021-1> (06/2023, insbesondere Punkt 3)

## Antrag L.1.2400.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: DieLinke.SDS

### Zeile 2400 - 2401

- 2400 • Demokratische Hochschulen: Wir wollen ~~ausfinanzierte und demokratisch wirkmächtige~~  
2401 eine umfassende Ausfinanzierung, Wiederbelebung und Re-Politisierung aller demokratischen Interessenvertretungen (u.a. Fachschaften, ~~die die Studierendenschaft organisieren~~Fachschaftsräte, Studierendenschaften, ASten, StuRas, Studierendenparlamente und der akademischen Selbstverwaltung).

### Begründung

Demokratisierung der Hochschulen umfasst mehr als “demokratisch wirkmächtige Fachschaften”. Wir erkennen an, dass es sich bei den Fachschaften um wichtige und auszubauende demokratische und potenziell schlagkräftige Basiseinheiten der Fachbereiche bzw. Hochschulen handelt. Allerdings gibt es weitaus mehr demokratische Interessenvertretungen an der Hochschule, die historisch von der Studierendenbewegung erkämpft worden sind und um die es sich auch heute lohnt zu kämpfen. Wir fordern daher nicht nur eine Ausfinanzierung, sondern darüber hinaus eine Wiederbelebung und Repolitisierung dieser Gremien, da eine ausfinanzierte Struktur ohne politische Haltung zahnlos bleibt. Als Studierendenverband erkennen wir die Notwendigkeit, dass diese Wiederbelebung und Repolitisierung nur durch unser aktives und kollektives Handeln geschehen kann und durch die parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen der Partei unterstützt werden muss.

## Antrag L.1.2401.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in: Ines Schwerdtner (Berlin)

### Zeile 2401

- 2400 • Demokratische Hochschulen: Wir wollen ausfinanzierte und demokratisch wirkmächtige  
2401 ~~Fachschaften~~ verfasste Studierendenschaften, die die Studierendenschaft organisieren.

### Begründung

Änderungswunsch der GEW.

# Antrag L.1.2404.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in:

DieLinke.SDS

## Zeile 2404 - 2406

~~2404 Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) führt zu massiver Befristung und  
2405 unsicheren Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft. Dies erschwert unabhängige Forschung  
2406 und langfristige Personalplanung:~~

Wir treten für ein kooperatives Lern- und Forschungssystem ein, das gesellschaftliche Schlüsselprobleme wie Frieden, soziale Gleichheit und Ökologie ins Zentrum rückt. An die Stelle des Wettbewerbs-Systems tritt ein demokratisch organisierter Planungsprozess, der gesellschaftliche Herausforderungen und disziplinären Erkenntnisfortschritt gleichermaßen berücksichtigt. Hierzu gehören auch sichere Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft. Massenbefristungen durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) erschweren Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung, verschleißen und verhindern eine langfristige Planung:

## Begründung

Wir befürworten die Losung "Wissenschaft und Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung". Es ist entscheidend, ob Hochschulen an Kriegsgerät oder an friedensfördernden Maßnahmen arbeiten. Es ist entscheidend, ob sie an der Legitimierung von (globaler) sozialer Ungleichheit oder an der Überwindung von Unterdrückung und Ausbeutung weltweit mitwirken. Es ist entscheidend, ob sie an vermeintlich "klimafreundlichen" Technologien forschen und Greenwashing Vorschub leisten oder an einer echten ökologischen Alternativen beteiligt sind. Eine solche Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung ist durch mehr bestimmt als der Ablehnung des WissZeitVG als Hemmschuh für kritisch-emanzipatorische Wissenschaften. Unser Wissenschaftsverständnis muss daher inhaltlich qualifiziert werden und die Rolle eines Lern- und Forschungssystems in einer stark verwissenschaftlichen Gesellschaft konkreter bestimmen, auch organisatorisch (Plan statt Markt). Für uns ist klar, dass Wissenschaft nur gesellschaftlich wirksam sein und zur Befreiung der Menschheit beitragen kann, wenn sie sich der Lösung der globalen Menschheitsprobleme verschreibt und einen positiven Ausweg aufzeigt. Nur so wird die soziale Funktion der Wissenschaft [1] in der Gesellschaft im aufklärerischen Sinne erfüllt.

[1] J.D. Bernal (1939): Die soziale Funktion der Wissenschaft.

# Antrag L.1.2423.1

Änderungsantrag zu L.1-16

Antragsteller\*in:

DieLinke.SDS

## Zeile 2423

2422 • Programme zum internationalen Austausch und vor allem zum Schutz politisch verfolgter  
2423 und gefährdeter Wissenschaftler\*innen wollen wir absichern und ausbauen.

- Wir treten für den Auf- und Ausbau akademischer Kooperationen zu zivilen wissenschaftlichen Zwecken auf Augenhöhe mit Hochschulen, Bildungs- und Kulturinstitutionen in aller Welt ein,

insbesondere Palästina, Israel, Russland und China. Jede dieser Kooperation verbessert die Bedingungen für friedensorientierte Eingriffe der Wissenschaft und schafft Bündnispartner\*innen.

## Begründung

Wissenschaft ist in sich ein kooperativer und erkenntnisgetriebener Prozess. Akademische Kooperationen, die dem zivilen, friedlichen Primat dienen, sind ein wichtiger Bestandteil der Wissenschaftsdiplomatie von unten. Wir stellen uns damit in die Tradition der Pugwash Conferences on Science and World Affairs (Pugwash-Bewegung), die sich 1957 als Reaktion auf das Russell-Einstein-Manifest (1955) gründete. Hauptanliegen der Bewegung war - geprägt von den beiden Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki 1945 - die nukleare Abrüstung. Ihre blockübergreifende und zivile Kooperation leistete einen entscheidenden Anteil am Atomwaffensperrvertrag (1968) und dem Atomteststoppvertrag (1963). Was der Pugwash-Bewegung im Kalten Krieg gelang, kann uns auch heute gelingen. Als internationalistische Partei sehen wir die Notwendigkeit, uns mit Mitstreiter\*innen weltweit - über die Grenzen der neuen Blockbildung hinweg - zu vernetzen, zu bilden und für die Verwirklichung der Menschenrechte überall zu kämpfen.

## Antrag L.1.2431.1

Änderungsantrag zu L.1-17

Antragsteller\*in: BV Reinickendorf, BV Pankow, KV Plön und weitere

Zeile 2431

2431 ~~XVII. Eine moderne Einwanderungsgesellschaft gestalten~~XVII. Eine moderne Einwanderungsgesellschaft gestalten - Recht auf Asyl wieder umfassend herstellen

## Begründung

Die „Eine moderne Einwanderungsgesellschaft gestalten“ verbirgt mehrere Themen und Politiken (Integration, Kommunen, Arbeitsmigration, Asyl), wovon wir wenigstens die Wiederherstellung des Rechts auf Asylpolitik auch gesondert hervorheben müssen. Dies geschieht zwar im Entwurf des PV durch eine Unterüberschrift, was aber die Vermischung der komplexen Aufgaben einer umfassenden Migrations- und Einwanderungspolitik mit der Asylgesetzgebung noch verstärkt. Dies ist kontraproduktiv, wenn man im öffentlichen Diskurs über ganz verschiedene Thematiken spricht und argumentiert - Fachkräfteeinwanderung, Visa- und Aufenthaltsrechte, Integrationspolitiken - und dies immer zugleich mit der besonderen Lage von Geflüchteten (einschließlich der prekären Lage durch die Europäische Flüchtlingspolitik) verknüpft. Daher sollten wir dieses Herangehen schon in der Überschrift kenntlich machen. Gleich ist natürlich allen Aspekten der Migrationspolitik, dass höchste menschenrechtliche Standards für uns das Primat haben.

## weitere Antragstellende

Netzwerk Progressive Linke und Konstanze Kriese

# Antrag L.1.2433.1

Änderungsantrag zu L.1-17

Antragsteller\*in:

KV Plön, Netzwerk Progressive Linke und weitere

## Zeile 2433 - 2440

2432 Die Migrationsdebatte von rechts macht Migrant\*innen und Geflüchtete zu Sündenböcken für  
2433 die verfehlte Politik im Interesse der Reichen. ~~Menschen mit Migrationsgeschichte sind in~~  
2434 ~~allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten und leisten wertvolle Arbeit – ganze~~  
2435 ~~Lebensbereiche würden ohne sie sofort zusammenbrechen.~~ Statt einer Debatte zwischen einem  
2436 „Wir“ und „die anderen“ - die Menschen gegeneinander ausspielt - orientiert sich Die Linke am  
Leitbild einer demokratischen und  
2437 sozialen Einwanderungsgesellschaft, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt. Um  
diese zu gestalten und ein gutes Ankommen für  
2438 Geflüchtete zu ermöglichen, müssen entsprechende gesetzliche, finanzielle und strukturelle  
2439 Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit insbesondere die Kommunen nicht mit den  
2440 ~~Herausforderungen~~ Aufgaben der Versorgung, Unterbringung und integrativer Angebote allein  
gelassen werden.

## Begründung

Zeile 2433 - 2435, **Streichung** des Satzes „Menschen mit Migrationsgeschichte sind in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten und leisten wertvolle Arbeit – ganze Lebensbereiche würden ohne sie sofort zusammenbrechen.“ an dieser Stelle und **Verschiebung** in Zeile 2441 in geänderter Fassung.

### Begründung:

Der Themenblock leitet bisher damit ein, wie wertvoll viele Menschen mit Migrationsgeschichte für die deutsche Gesellschaft sind. Das ist zweifellos richtig, sollte aber nicht erster Beweggrund für linke Asyl- und Zuwanderungspolitik sein, die den Menschen und seine (Grund- und Menschen-) Rechte und die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Zeile 2436, Einfügung nach „`Wir` und `die anderen`“: „- die Menschen gegeneinander ausspielt -“

### Begründung:

Verdeutlichung, was dieses „Wir“ und „Die“ bezweckt und bewirkt.

Zeile 2437, Einfügung nach „sozialen Einwanderungsgesellschaft“: „die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.“

### Begründung:

Verdeutlichung, was für Die Linke wichtig ist.

Zeile 2440, Ersetzung von „Herausforderungen“ durch „Aufgaben der Versorgung, Unterbringung und integrativer Angebote“

### Begründung:

"Herausforderungen" wird oft verstanden (und auch synonym verwendet) als "Probleme", damit werden schnell die Zugewanderten, insbesondere die Geflüchteten, zum Problem gemacht. Dies sollten wir nicht bestärken. (Die Umformulierung korrespondiert mit der beantragten Streichung in

Zeilen 2488, 2489.)

## weitere Antragstellende

Thomas Heine (Delegierter Thüringen), Martin Schabert (Delegierter Thüringen), Carolin Held (Delegierte Thüringen), Florian Demmler (Delegierter Thüringen), Sabine Berninger (Thüringen)

## Antrag L.1.2438.1

Änderungsantrag zu L.1-17

**Antragsteller\*in:** BV Reinickendorf, BV Pankow, KV Plön und weitere

### Zeile 2438 - 2440

2432 Die Migrationsdebatte von rechts macht Migrant\*innen und Geflüchtete zu Sündenböcken für  
2433 die verfehlte Politik im Interesse der Reichen. Menschen mit Migrationsgeschichte sind in  
2434 allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten und leisten wertvolle Arbeit - ganze  
2435 Lebensbereiche würden ohne sie sofort zusammenbrechen. Statt einer Debatte zwischen einem  
2436 „Wir“ und „die anderen“ orientiert sich Die Linke am Leitbild einer demokratischen und  
2437 sozialen Einwanderungsgesellschaft. Um diese zu gestalten und ein gutes Ankommen für  
2438 Studierende Fachkräfte, Wanderarbeiter\*innen und Geflüchtete zu ermöglichen, müssen  
entsprechende gesetzliche, finanzielle und strukturelle  
2439 RahmenbedingungenRahmenbedingungen in der Migration-, Integrations- und Asylpolitik  
geschaffen werden, damit insbesondere die Kommunen nicht mit den  
2440 Herausforderungen allein gelassen werden.

Real werden wir den Wohlstand in Europa und in Deutschland ohne eine gelingende  
Einwanderung nicht ausbauen können und zeitgleich den Umbau zu einer sozial-ökologischen  
Transformation bewältigen, die Armut durch eine soziale Integration aller erfolgreich bekämpft.  
Dies verlangt Integrationshemmnisse in der Bildung, der Partizipation, im Berufsleben und der  
Öffentlichkeit in Medien und Kultur ernst zu nehmen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die  
die Bereicherung ermöglichen, die mit der Migration tatsächlich gegeben sind.

## Begründung

Unseren Ansatz für eine moderne Einwanderungsgesellschaft können wir sachlich begründen ohne die Fachkräftemigration als rein ökonomisches Nutzenkalkül darzustellen, denn mit der Einwanderung wurzeln Menschen inmitten unserer Gesellschaft und sind nicht nur Arbeitskolleg\*innen, sondern Nachbarn, befreundete Eltern in der Schule, Bekannte in der Freizeit, der ehrenamtlichen Arbeit, bei öffentlichen Debatten. Dieser Ansatz verlangt jedoch nicht die Augen vor Integrationshemmnissen zu verschließen und deren Abbau umfänglich anzugehen und einzufordern. Dazu sind viele Vorschläge in den Anstrichen schon ausgeführt, dies sollte aber auch in der Einleitung des Kapitels deutlich ausgesprochen werden.

## weitere Antragstellende

Netzwerk Progressive Linke und Konstanz Kriese

## Antrag L.1.2441.1

**Zeile 2441 - 2444**

- 2441 • ~~Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und~~  
2442 ~~Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns.~~  
2443 ~~Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger\*innen müssen schneller~~  
2444 ~~anerkannt werden.~~

Es braucht mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt, d. h. eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal in Schulen, Kitas, Wohnen, Gesundheit, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (vgl. Kapitel 11).

- Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten. Niemand soll darauf warten müssen, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen.
- Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Teilhabe von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Außerdem muss der Bund über eine Pro-Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete vollständig erstatten.
- Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sachleistungen und Bezahlkarten wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.

**Niemand flieht freiwillig**

Das Chaos an den europäischen Grenzen ist ein Politikversagen. Wir finden uns nicht damit ab, dass jedes Jahr Tausende von Menschen an den europäischen Grenzen sterben. Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.

- Menschen retten! Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung muss umgehend beendet werden. Pushbacks sind illegal und müssen beendet werden.
- Flüchtlingsdeals mit der Türkei, mit Milizen und Diktatoren müssen aufgekündigt werden. (siehe Kapitel 6)
- Asylrecht ist Menschenrecht. Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen ab. Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder »Hotspots«) lehnen wir ab. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden: Asylsuchende brauchen einen Zugang zu wirksamem Rechtsschutz an der Grenze. In Deutschland muss es eine unabhängige Asylverfahrensberatung durch Wohlfahrtsverbände und Vereine geben.
- Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert werden. Die

Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS lehnen wir ab. Verfolgung wegen sexueller Orientierung und von trans\* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQ\*) muss in der Praxis als Fluchtgrund anerkannt werden. Systematische Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen sind unzulässig.

- Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Anerkennung von Klima- und Umweltfolgeschäden sowie Armut als Fluchtgründe sowie eine entsprechende humanitäre Visavergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.
- Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.
- Fluchtursachen bekämpfen: Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir globale Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.
- Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns. Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger\*innen müssen schneller anerkannt werden.

## Begründung

Verschiebung der Zeilen 2489 – 2543 vor die Zeile 2441

### Begründung:

Die Umstrukturierung setzt die Ankunft der Menschen an den Anfang des Kapitels, gemeinsam mit dem, was Kommunen mit Unterstützung der Bundesregierung für eine gute Aufnahme leisten müssen, damit Teilhabe und Partizipation ermöglicht werden können.

## weitere Antragstellende

Thomas Heine (Delegierter Thüringen), Martin Schabert (Delegierter Thüringen), Carolin Held (Delegierte Thüringen), Sabine Berninger (Thüringen)

## Antrag L.1.2441.2

Änderungsantrag zu L.1-17

Antragsteller\*in: KV Plön, Netzwerk Progressive Linke und weitere

### Zeile 2441 - 2444

- 2441 • ~~Es braucht Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und~~  
2442 ~~Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns.~~  
2443 ~~Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger\*innen müssen schneller~~  
2444 ~~anerkannt werden.~~

Es braucht mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt, d. h. eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal in Schulen, Kitas, Wohnen, Gesundheit, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (vgl. Kapitel 11).

- Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten. Niemand soll darauf warten müssen, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen.
- Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen. Kommunen, die die Bedingungen für Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Teilhabe von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Außerdem muss der Bund über eine Pro-Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete vollständig erstatten.
- Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sachleistungen und Bezahlkarten wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.

### **Niemand flieht freiwillig**

Das Chaos an den europäischen Grenzen ist ein Politikversagen. Wir finden uns nicht damit ab, dass jedes Jahr Tausende von Menschen an den europäischen Grenzen sterben. Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.

- Menschen retten! Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung muss umgehend beendet werden. Pushbacks sind illegal und müssen beendet werden.
- Flüchtlingsdeals mit der Türkei, mit Milizen und Diktatoren müssen aufgekündigt werden. (siehe Kapitel 6)
- Asylrecht ist Menschenrecht. Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen ab. Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder »Hotspots«) lehnen wir ab. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden: Asylsuchende brauchen einen Zugang zu wirksamem Rechtsschutz an der Grenze. In Deutschland muss es eine unabhängige Asylverfahrensberatung durch Wohlfahrtsverbände und Vereine geben.
- Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert werden. Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS lehnen wir ab. Verfolgung wegen sexueller Orientierung und von trans\* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQA\*) muss in der Praxis als Fluchtgrund anerkannt werden. Systematische Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen sind unzulässig.
- Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Anerkennung von Klima- und Umweltfolgeschäden sowie Armut als Fluchtgründe sowie eine entsprechende humanitäre Visavergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.
- Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.

- Fluchtursachen bekämpfen: Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir globale Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.
- Menschen mit Migrationsgeschichte sind in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten und leisten wertvolle Arbeit – ganze Lebensbereiche würden ohne sie sofort zusammenbrechen und sind auf weitere Zuwanderung angewiesen. Daher braucht es Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns. Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger\*innen müssen schneller anerkannt werden.

## Begründung

bisherige Zeile 2441, Einfügung des (vorher in Zeilen 2433 – 2435 gestrichenen) Satzes „Menschen mit Migrationsgeschichte sind in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten und leisten wertvolle Arbeit – ganze Lebensbereiche würden ohne sie sofort zusammenbrechen **und sind auf weitere Zuwanderung angewiesen.**“ Ersetzung von „Es braucht“ durch „Daher braucht es“

## weitere Antragstellende

Thomas Heine (Delegierter Thüringen), Martin Schabert (Delegierter Thüringen), Carolin Held (Delegierte Thüringen), Florian Demmler (Delegierter Thüringen), Sabine Berninger (Thüringen)

## Antrag L.1.2464.1

Änderungsantrag zu L.1-17

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Friedrichshain-Kreuzberg, BV Reinickendorf, Links*Kanax und weitere
--------------------------	--

### Zeile 2464

2458 • Wir wollen ein Bundespartizipationsgesetz, um Menschen mit Migrationsgeschichte  
 2459 besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören  
 2460 eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen  
 2461 Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein  
 2462 Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und  
 2463 Politik einbezogen wird. Migrantische Selbstorganisationen müssen Teil des  
 2464 Partizipationsrats sein.

- Damit gleiche Teilhabe nicht nur im Öffentlichen Dienst, sondern in allen Lebensbereichen möglich wird, sollten Quoten für von Diskriminierung betroffene Personengruppen wie Menschen mit Migrationsgeschichte und von Rassismus Betroffene auch auf dem privaten Arbeitsmarkt, in der Politik, in Kultur und Medien sowie in allen öffentlichen geförderten Einrichtungen unterstützt und begünstigt werden. Denn die diversen Ausschlüsse führen zu mangelnder Chancengleichheit und prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen. Beispielsweise waren Menschen mit Migrationsgeschichte doppelt so oft von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen wie solche ohne Migrationshintergrund. Auch verdienen sie durchschnittlich 25 Prozent weniger als Menschen ohne Migrationshintergrund. Quoten als eine Form des Nachteilsausgleichs können nicht nur für mehr Repräsentation und Teilhabe

sorgen, sondern die sozioökonomische Lage dieser Gruppen verbessern und auch so ihrer Ausgrenzung entgegenwirken.

## Begründung

Diese Änderungen verdeutlichen die zentrale Bedeutung, die der Kampf für die Menschenwürde und gleiche Rechte für alle Menschen für Die Linke haben, seien es Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen\* oder andere von verschiedenen Ausschlüssen Betroffene. Gerade in Zeiten von massivem Rechtsruck und Deportationsplänen der extremen Rechten muss der Einsatz gegen Rassismus und jede Form der Diskriminierung sowie Antifaschismus ganz oben auf jeder linken Agenda stehen. Daher wurde die Präambel um einen Absatz zur solidarischen Einwanderungsgesellschaft ergänzt. Diese Positionierung gehört an den Anfang unseres Programms.

Migration ist eines der zentralen gesellschaftspolitischen Themen unserer Zeit, das grundlegende Fragen sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechte und internationaler Solidarität berührt. Deswegen ist das Kapitel zu Migration sowie die Kapitel gegen Diskriminierung weiterer Marginalisierter und der Kampf gegen den aufkommenden Faschismus weiter nach oben zu rücken und kann u.a. nicht erst nach Tierrechten und Agrarwende Erwähnung finden. Es ist unsere Aufgabe als solidarische Linke den rassistischen Migrationsdebatten die Vision der Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Rechte und Chancen haben, entgegen zu setzen. Der Einsatz dafür ist eine ursoziale Frage!

Gerade in Zeiten zunehmender rassistischer und rechter Mobilisierung ist es wichtig, dass Die Linke ihre klare Position für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft und gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung von Anfang an - in der Präambel und durch die prominente Platzierung des Migrationskapitels - deutlich macht.

Der Einsatz für eine offene Einwanderungsgesellschaft, der Kampf gegen Diskriminierung und für eine gezielte Förderung zum Ausgleich jahrzehntelanger und immer noch währender Ausschlüsse und Diskriminierungen auch durch Quoten wirkt der sozialen Benachteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte und weiterer diskriminierter Gruppen entgegen. Die sozioökonomische Lage aller Menschen, gerade auch der unter besonders prekären Bedingungen lebenden und arbeitenden, ist Kernaufgabe einer solidarischen Linken.

## weitere Antragstellende

Vincent Bababouilabo, Pilar Caballero Alvarez (Delegierte BAG queer), Elif Eralp (Delegierte BV Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin), Ferat Koçak (Delegierter BV Neukölln, Berlin), Ezequiel Pascual, Sofia Leonidakis (Delegierte Bremen), Canan Turan,

Kilian Chauniere (Delegierter Bremen), Jens Hurling (Delegierter Bremen), Martha Kleedörfer (Delegierte BV Mitte, Berlin), Hannah Vongries (Delegierte BV Neukölln, Berlin).

## Antrag L.1.2485.1

Änderungsantrag zu L.1-17

Antragsteller\*in: LV Bremen

Zeile 2485 - 2487

2485 • In allen Industriestaaten reicht die Geburtenrate nicht aus, um die Gesellschaft zu  
2486 reproduzieren, während viele Entwicklungs- und Schwellenländern noch immer so schnell

2487 wachsen, dass sie vielen Menschen keine ausreichende soziale und wirtschaftliche Perspektive bieten können. Auch Migration aus sozialen und wirtschaftlichen Motiven ist ein legitimes individuelles Bedürfnis, aber auch eine Form des Ausgleichs, an der Zielländer wie Herkunftsländer ein objektives Interesse haben können. Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert. Dazu fordern wir ein Einwanderungsgesetz, das auch Zuwanderung jenseits von Asyl und Schutzstatus regelt, und Kooperationsverträge mit Herkunftsländern, die den unterschiedlichen Interessen Rechnung tragen. Verträge mit Durchgangsländern, die lediglich der Abwehr von Migration dienen und dem Gedanken der „Festung Europa“ verpflichtet sind, lehnen wir ab.

## Begründung

Auch die Auseinandersetzung um Migration jenseits von Asyl für Verfolgte und Schutz für Bedrohte muss geführt werden. Offenheit dafür ist notwendiger Bestandteil einer „modernen Einwanderungsgesellschaft“.

## Antrag L.1.2487.1

Änderungsantrag zu L.1-17

Antragsteller\*in: KV Plön, Netzwerk Progressive Linke und weitere

### Zeile 2487

2485 • Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und  
2486 solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft  
2487 oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert, sondern Teilhabe und Partizipation für alle ermöglicht.

## Begründung

Das ist, was wir wollen, wenn wir von einer sozialen Einwanderungsgesellschaft sprechen, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

## weitere Antragstellende

Thomas Heine (Delegierter Thüringen), Martin Schabert (Delegierter Thüringen), Carolin Held (Delegierte Thüringen), Florian Demmler (Delegierter Thüringen), Sabine Berninger (Thüringen)

## Antrag L.1.2488.1

Änderungsantrag zu L.1-17

Antragsteller\*in: KV Plön, Netzwerk Progressive Linke und weitere

### Zeile 2488 - 2489

2488 ~~Die Kommunen dürfen mit den Aufgaben der Versorgung von Geflüchteten nicht allein gelassen~~  
2489 ~~werden!~~ Es braucht mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen

2490 Zusammenhalt, d. h. eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal  
2491 in Schulen, Kitas, Wohnen, Gesundheit, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (vgl. Kapitel  
2492 11).

## Begründung

Zeilen 2488, 2489: Streichung des Satzes „Die Kommunen dürfen mit den Aufgaben ... nicht allein gelassen werden.“

### Begründung:

Mit der beantragten Verschiebung der Zeilen 2489 – 2543 vor die Zeile 2441 würde sich die Aussage doppelten.

## weitere Antragstellende

Thomas Heine (Delegierter Thüringen), Martin Schabert (Delegierter Thüringen), Carolin Held (Delegierte Thüringen), Sabine Berninger (Thüringen)

## Antrag L.1.2488.2

Änderungsantrag zu L.1-17

Antragsteller\*in: KV Plön, Netzwerk Progressive Linke und weitere

### Zeile 2488 - 2492

~~2488 Die Kommunen dürfen mit den Aufgaben der Versorgung von Geflüchteten nicht allein gelassen  
2489 werden! Es braucht mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen  
2490 Zusammenhalt, d. h. eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal  
2491 in Schulen, Kitas, Wohnen, Gesundheit, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (vgl. Kapitel  
2492 11).~~

### Zeile 2493 - 2495

~~2493 • Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine  
2494 uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten. Niemand soll darauf warten müssen, sein  
2495 Leben selbst in die Hand zu nehmen.~~

### Zeile 2496 - 2500

~~2496 • Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen. Kommunen, die die Bedingungen für  
2497 Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für Versorgung und Teilhabe  
2498 von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die  
2499 öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Außerdem muss der Bund über eine Pro-  
2500 Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete vollständig erstatten.~~

### Zeile 2501 - 2504

~~2501 • Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen  
2502 flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender  
2503 Sachleistungen und Bezahlkarten wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der~~

2504 ~~solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.~~

#### **Zeile 2505**

2505 ~~Niemand flieht freiwillig~~

#### **Zeile 2506 - 2510**

2506 ~~Das Chaos an den europäischen Grenzen ist ein Politikversagen. Wir finden uns nicht damit~~  
2507 ~~ab, dass jedes Jahr Tausende von Menschen an den europäischen Grenzen sterben. Wir wollen~~  
2508 ~~legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht Schleppern die~~  
2509 ~~Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention und die~~  
2510 ~~Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.~~

#### **Zeile 2511 - 2515**

2511 • ~~Menschen retten! Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein~~  
2512 ~~ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente~~  
2513 ~~zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der~~  
2514 ~~Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung~~  
2515 ~~muss umgehend beendet werden. Pushbacks sind illegal und müssen beendet werden.~~

#### **Zeile 2516 - 2517**

2516 • ~~Flüchtlingsdeals mit der Türkei, mit Milizen und Diktatoren müssen aufgekündigt~~  
2517 ~~werden. (siehe Kapitel 6)~~

#### **Zeile 2518 - 2525**

2518 • ~~Asylrecht ist Menschenrecht. Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen ab.~~  
2519 ~~Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an~~  
2520 ~~den EU-Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren und Inhaftierung von~~  
2521 ~~Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder~~  
2522 ~~»Hotspots«) lehnen wir ab. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat~~  
2523 ~~entschieden: Asylsuchende brauchen einen Zugang zu wirksamem Rechtsschutz an der~~  
2524 ~~Grenze. In Deutschland muss es eine unabhängige Asylverfahrensberatung durch~~  
2525 ~~Wohlfahrtsverbände und Vereine geben.~~

#### **Zeile 2526 - 2532**

2526 • ~~Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf~~  
2527 ~~nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert~~  
2528 ~~werden. Die Gemeinsamen Europäischen Asylsystem GEAS lehnen wir ab. Verfolgung wegen~~  
2529 ~~sexueller Orientierung und von trans\* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQA\*)~~  
2530 ~~muss in der Praxis als Fluchtgrund anerkannt werden. Systematische~~  
2531 ~~Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen sind~~  
2532 ~~unzulässig.~~

#### **Zeile 2533 - 2537**

2533 • ~~Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Anerkennung von Klima- und~~  
2534 ~~Umweltfolgeschäden sowie Armut müssen als Fluchtgründe sowie eine entsprechende~~  
2535 ~~humanitäre Visavergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das~~  
2536 ~~Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für~~  
2537 ~~Schutzsuchende.~~

#### **Zeile 2538 - 2539**

2538 • ~~Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit~~  
2539 ~~sind, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.~~

#### **Zeile 2540 - 2543**

2540 • ~~Fluchtursachen bekämpfen: Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen,~~  
2541 ~~Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir globale~~  
2542 ~~Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten~~  
2543 ~~unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.~~

### **Begründung**

Verschiebung der Zeilen 2489 – 2543 vor die Zeile 2441

#### **Begründung:**

Die Umstrukturierung setzt die Ankunft der Menschen an den Anfang des Kapitels, gemeinsam mit dem, was Kommunen mit Unterstützung der Bundesregierung für eine gute Aufnahme leisten müssen, damit Teilhabe und Partizipation ermöglicht werden können.

### **weitere Antragstellende**

Thomas Heine (Delegierter Thüringen), Martin Schabert (Delegierter Thüringen), Carolin Held (Delegierte Thüringen), Sabine Berninger (Thüringen)

## **Antrag L.1.2508.1**

Änderungsantrag zu L.1-17

<b>Antragsteller*in:</b>	KV Zwickau
--------------------------	------------

#### **Zeile 2508**

2506 Das Chaos an den europäischen Grenzen ist ein Politikversagen. Wir finden uns nicht damit  
2507 ab, dass jedes Jahr Tausende von Menschen an den europäischen Grenzen sterben. Wir wollen  
2508 ~~legale und~~ sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht Schleppern die  
2509 Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention und die  
2510 Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.

### **Begründung**

Indem wir von legaler Flucht sprechen, untermauern wir das falsche Framing der illegalen Flucht und spielen den anderen Parteien die dieses Framing im Wahlkampf nutzen in die Hände.

## Antrag L.1.2539.1

Änderungsantrag zu L.1-17

Antragsteller\*in:

KV Plön, Netzwerk Progressive Linke und weitere

### Zeile 2539

2538 • Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit  
2539 sind, mehr ~~Flüchtlinge~~ Geflüchtete aufzunehmen und adäquat unterzubringen und zu versorgen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.

### Begründung

bisherige Zeile 2539, Ersetzung „Flüchtlinge“ durch „Geflüchtete“ und Einfügung nach „aufzunehmen“:  
„, und adäquat unterzubringen und zu versorgen“

#### Begründung:

Als Bedingung für die finanzielle Unterstützung durch die EU sollte nicht allein die Aufnahme Geflüchteter (in unserem Programm) stehen, sondern qualitative Anforderungen an die Aufnahme gestellt werden. Rechtsregierte Staaten wie Italien, Ungarn etc. könnten sonst - wäre allein die Anzahl der Aufgenommenen ausschlaggebend - immer mehr Geflüchtete in miserable Lager sperren und profitierten dann auch noch.

### weitere Antragstellende

Thomas Heine (Delegierter Thüringen), Martin Schabert (Delegierter Thüringen), Carolin Held (Delegierte Thüringen), Florian Demmler (Delegierter Thüringen), Sabine Berninger (Thüringen)

## Antrag L.1.2549.1

Änderungsantrag zu L.1-18

Antragsteller\*in:

Markus Wollina (Berlin · Nr. 562), Charlotte Claes

### Zeile 2549 - 2550

2545 Nach unserem Verständnis ist Inklusion genau der benötigte Gegenentwurf zu sozialer  
2546 Spaltung, zu Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung. Ein tiefgreifender Prozess zum  
2547 Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten, der sich auf all die Menschen bezieht, die  
2548 von Teilhabe ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden - aufgrund  
2549 ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihrer ~~geschlechtlichen Identität oder~~  
2550 ~~ihrer~~ sexuellen Orientierung, oder ihres Geschlechtes, aufgrund ihrer körperlichen  
2551 Verfassung oder besonderer Lernbedürfnisse, vor allem aufgrund von Armut. Dabei erkennen  
2552 wir an, dass Menschen mit Behinderung nach wie vor in besonderer Weise in vielen  
2553 Lebensbereichen benachteiligt sind. 2023 wurde Deutschland von der UN auf die Umsetzung  
2554 der UN-Behindertenrechtskonvention geprüft und vor allem für das stark ausgebaute System  
2555 von Sonderstrukturen, sowohl in der schulischen Bildung, bei der Beschäftigung in  
2556 Werkstätten, als auch in Form von großen stationären Wohneinrichtungen kritisiert. Das  
2557 muss nicht sein und verstößt gegen die Menschenwürde. Wir wollen, dass Menschen mit  
2558 Behinderungen an allen Aspekten des Lebens selbstverständlich teilhaben können.

## Begründung

Der Satz sagt bereits aus, dass Menschen nicht aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechtes ausgeschlossen werden sollen. Eine Erweiterung um den extrem unklaren und für missbräuchliche Nutzung offenen Begriff der „sexuellen Identität“ ist nicht sinnvoll.

## Antrag L.1.2591.1

Änderungsantrag zu L.1-18

Antragsteller\*in: BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, Margit Glasow

### Zeile 2591

- 2589 • Wohnortnahe Versorgung herstellen: Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung  
2590 muss nah am Wohnort von Patient\*innen und Klient\*innen sichergestellt und zur  
2591 kommunalen Pflichtaufgabe gemacht werden.
- Wir unterstützen die Forderung der Initiative Politik gegen Aussonderung, eine Enquete-Kommission Gesellschaftliche Inklusion des Deutschen Bundestages einzusetzen, um demokratische Gesellschaftsstrukturen für ALLE Gesellschaftsmitglieder sicherzustellen und die Entwicklung eines friedensfähigen Gemeinwesens voranzutreiben.

## Begründung

Die Linke will helfen, Bewusstsein darüber herzustellen, dass Inklusion eine Gesellschaftsfrage ist, eine Frage an die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft. Denn die Sicherstellung uneingeschränkter Teilhabe ALLER Bürgerinnen und Bürger stellt gerade in der aktuellen Zeit gesellschaftlicher Spaltungen und Ausgrenzung einen Kern der Gestaltung demokratischer Gesellschaftsstrukturen dar.

## Antrag L.1.2592.1

Änderungsantrag zu L.1-19

Antragsteller\*in: Ständige Kulturpolitische Konferenz

### Zeile 2592

2592 **XIX. Medien und Kultur für die plurale Gesellschaft**

## Begründung

In dem Kapitel geht es auch um Kultur

## Antrag L.1.2629.1

Änderungsantrag zu L.1-19

Antragsteller\*in: KV Zwickau

### Zeile 2629

2625 Der Zugang zu Kultur soll nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir wollen, dass Kunst und Kultur  
2626 allen zugänglich ist und nicht vorrangig über den Markt geregelt werden. Kunst und Kultur  
2627 müssen als Teil der Daseinsvorsorge öffentlich gefördert werden. Kulturförderung sollte  
2628 Pflichtaufgabe werden. Länder und Kommunen müssen finanziell so ausgestattet werden, dass  
2629 sie Kulturförderung leisten können. Nicht-Kommerzielle bzw. nicht-gewinnorientierte Kultur-und  
Veranstaltungsstätten brauchen verlässliche, unbürokratische Unterstützung.  
Vereine, Initiativen, Projekte und Einzelpersonen die vorrangig Ehrenamtlich kulturelle Angebote  
schaffen und kulturelle Teilhabe ermöglichen müssen stärker gefördert werden.

## Antrag L.1.2632.1

Änderungsantrag zu L.1-19

Antragsteller\*in:

Ständige Kulturpolitische Konferenz

### Zeile 2632

2630 Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir brauchen  
2631 Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit,  
2632 ~~branchenspezifische Honoraruntergrenzen~~ verbindliche Basishonorare, wann immer die  
öffentliche Hand Kultur finanziert und rechtlich abgesicherte Ausstattungsvergütungen  
2633 für bildende Künstler\*innen. Die Künstlersozialkasse muss für weitere Berufsgruppen  
2634 geöffnet und der Bundeszuschuss erhöht werden. Bei der Kulturförderung brauchen wir  
2635 Vielfalt und Sensibilität für Diskriminierungen. Das schließt paritätisch besetzte Gremien  
2636 und Jurys ein. Wir brauchen klare rechtliche Regelungen für die Rückgabe unrechtmäßig  
2637 erworbener Kulturgüter in Museen und Bibliotheken. Die Herkunftsgeschichte muss mit  
2638 öffentlichen Mitteln erforscht werden.

### Begründung

In der bisherigen Formulierung fehlt der Hinweis auf die öffentliche Hand, umsetzbar ist die Forderung vor allem dann, wenn die öffentliche Hand Kultur finanziert. Der Begriff "branchenspezifisch" ist missverständlich - Sst die Kulturbranche gemeint oder die Branche Musik/Theater usw.? Anzustreben sind allgemeingültige Regelungen auf transparenten Berechnungsgrundlagen wie z.B. Arbeitszeit statt branchenspezifischen Regelungen.

## Antrag L.1.2636.1

Änderungsantrag zu L.1-19

Antragsteller\*in:

Ständige Kulturpolitische Konferenz

### Zeile 2636

2630 Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir brauchen  
2631 Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit,  
2632 branchenspezifische Honoraruntergrenzen und rechtlich abgesicherte Ausstattungsvergütungen  
2633 für bildende Künstler\*innen. Die Künstlersozialkasse muss für weitere Berufsgruppen  
2634 geöffnet und der Bundeszuschuss erhöht werden. Bei der Kulturförderung brauchen wir  
2635 Vielfalt und Sensibilität für Diskriminierungen. Das schließt paritätisch besetzte Gremien

2636 und Jurys ein. Die Linke steht für die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Kunst. Wir brauchen klare rechtliche Regelungen für die Rückgabe unrechtmäßig  
2637 erworbener Kulturgüter in Museen und Bibliotheken. Die Herkunftsgeschichte muss mit  
2638 öffentlichen Mitteln erforscht werden.

## Begründung

Angesichts zunehmender Angriffe von rechts auf die Freiheit der Kunst sollte dieses Bekenntnis im Wahlprogramm nicht fehlen.

## Antrag L.1.2638.1

Änderungsantrag zu L.1-19

<b>Antragsteller*in:</b>	Dr. André Hahn (Sachsen · Nr. 182), Christian Görke (Brandenburg), und André Nowak (BV Berlin-Lichtenberg)
--------------------------	--

### Zeile 2638

2630 Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir brauchen  
2631 Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit,  
2632 branchenspezifische Honoraruntergrenzen und rechtlich abgesicherte Ausstellungsvergütungen  
2633 für bildende Künstler\*innen. Die Künstlersozialkasse muss für weitere Berufsgruppen  
2634 geöffnet und der Bundeszuschuss erhöht werden. Bei der Kulturförderung brauchen wir  
2635 Vielfalt und Sensibilität für Diskriminierungen. Das schließt paritätisch besetzte Gremien  
2636 und Jurys ein. Wir brauchen klare rechtliche Regelungen für die Rückgabe unrechtmäßig  
2637 erworbener Kulturgüter in Museen und Bibliotheken. Die Herkunftsgeschichte muss mit  
2638 öffentlichen Mitteln erforscht werden.

#### Sport ist kein Luxus

Wir wollen den Sport als Staatsziel im Grundgesetz verankern. Sport muss als Teil der Daseinsvorsorge öffentlich gefördert werden.

Sport ist für alle da. Dafür müssen die Zugangsbedingungen zum Sport verbessert werden. Sport treiben zu können soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Wir fördern inklusiven, integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport. Sportangebote und die Sportförderung müssen geschlechtergerecht sein und alle Altersgruppen angemessen berücksichtigen.

Der Sanierungsbedarf bei Sportstätten und Schwimmbäder beträgt über 40 Milliarden Euro. Mit einem „Goldenen Plan Sportstätten“ soll sich der Bund in den kommenden 15 Jahren mit jeweils einer Milliarde Euro pro Jahr an der Schaffung moderner, barrierefreier und ökologischer Sportstätten beteiligen.

Die Eintrittspreise für Schwimmbäder müssen für alle erschwinglich sein. Anerkannte Sportorganisationen, Schulen und Hochschulen sollen das Recht bekommen, Spiel- und Sportanlagen öffentlicher Träger unentgeltlich zu nutzen.

Allen Schüler\*innen soll die Teilnahme am Schwimmunterricht ermöglicht werden. Bis zum Ende der Primarstufe sollen alle Kinder sicher schwimmen können.

Die Linke sieht Breitensport und Spitzensport als wechselseitiges Verhältnis. Sie will sowohl den Breitensport mit seiner positiven sozialen und gesundheitlichen Wirkung fördern als auch

mögliche Sportkarrieren unterstützen. Wir wollen eine offene Diskussion über die Rolle des Sports in der Gesellschaft.

Die Rechte von Athlet\*innen müssen weiter gestärkt, bestehende Ungleichheiten bei der Förderung des Sports von Menschen mit Behinderungen beseitigt werden. Doping, alle Formen von Gewalt, Korruption und andere Manipulationen müssen bekämpft werden. Die Kommerzialisierung des Sports zum Zwecke der Profitmaximierung muss zurückgedrängt und die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness gestärkt werden.

## Antrag L.1.2638.2

Änderungsantrag zu L.1-19

Antragsteller\*in:

Ständige Kulturpolitische Konferenz

### Zeile 2638

2630 Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir brauchen  
2631 Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit,  
2632 branchenspezifische Honoraruntergrenzen und rechtlich abgesicherte Ausstattungsvergütungen  
2633 für bildende Künstler\*innen. Die Künstlersozialkasse muss für weitere Berufsgruppen  
2634 geöffnet und der Bundeszuschuss erhöht werden. Bei der Kulturförderung brauchen wir  
2635 Vielfalt und Sensibilität für Diskriminierungen. Das schließt paritätisch besetzte Gremien  
2636 und Jurys ein. Wir brauchen klare rechtliche Regelungen für die Rückgabe unrechtmäßig  
2637 erworbener Kulturgüter in Museen und Bibliotheken. Die Herkunftsgeschichte muss mit  
2638 öffentlichen Mitteln erforscht werden.

Kulturelle Filmförderung soll gestärkt werden, um den künstlerischen Wert des Films umfassender zu berücksichtigen. Der Filmförderungsanstalt (FFA) soll ein Diversitätsbeirat zur Seite gestellt werden, der sie in den Bereichen Diversität, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und Antidiskriminierung berät.

### Begründung

Filmpolitik wird bislang in der öffentlichen Debatte und politischen Entscheidungen häufig vernachlässigt, ist jedoch ein zentraler Bestandteil einer progressiven Medien- und Kulturpolitik. Die Einrichtung eines Diversitätsbeirats bei der Filmförderungsanstalt (FFA) ist notwendig, um Themen wie Diversität, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und Antidiskriminierung systematisch zu verankern und den künstlerischen sowie gesellschaftlichen Wert des Films stärker zu fördern.

Aktuelle Entwicklungen, wie das unzureichend diskutierte Durchwinken des Filmförderungsgesetzes (FFG) auf Druck von FDP und Union, haben bei vielen Branchenvertreter\*innen für Empörung gesorgt und verdeutlichen den Reformbedarf. Ein stärkerer Fokus auf Diversitätskriterien ist unerlässlich, um die Qualität und gesellschaftliche Relevanz der Filmproduktionen in Deutschland zu sichern und auszubauen.

## Antrag L.1.2638.3

Änderungsantrag zu L.1-19

Antragsteller\*in:

Ständige Kulturpolitische Konferenz

## Zeile 2638

2630 Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss beendet werden. Wir brauchen  
2631 Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit,  
2632 branchenspezifische Honoraruntergrenzen und rechtlich abgesicherte Ausstattungsvergütungen  
2633 für bildende Künstler\*innen. Die Künstlersozialkasse muss für weitere Berufsgruppen  
2634 geöffnet und der Bundeszuschuss erhöht werden. Bei der Kulturförderung brauchen wir  
2635 Vielfalt und Sensibilität für Diskriminierungen. Das schließt paritätisch besetzte Gremien  
2636 und Jurys ein. Wir brauchen klare rechtliche Regelungen für die Rückgabe unrechtmäßig  
2637 erworbener Kulturgüter in Museen und Bibliotheken. Die Herkunftsgeschichte muss mit  
2638 öffentlichen Mitteln erforscht werden.

Künstlerisches Schaffen braucht Infrastruktur - von Proben- und Produktionsräumen bis zu  
Atelierhäusern für Kulturschaffende. Diese oft ehrenamtlich geschaffenen Orte verdienen  
Bestandsschutz, finanzielle Unterstützung und Schutz vor Verdrängung durch Profitorientierung.  
Den Internationalen künstlerischen Austausch wollen wir ausbauen, um Dialoge zu intensivieren  
und nachbarschaftliche Beziehungen zu stärken. Hierfür müssen Förderungsprogramme  
unbürokratischer zugänglich gemacht werden.

## Begründung

Dieser Absatz spricht zentrale Herausforderungen und Bedürfnisse der Kulturschaffenden an. Er verbindet die Förderung kultureller Infrastruktur mit sozialer Verantwortung und internationaler Zusammenarbeit, was den Anspruch der Linken unterstreicht, Kultur als öffentliches Gut und wichtigen Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft zu stärken. Die Forderung nach unbürokratischer Förderung und Schutz vor Profitorientierung zeigt zudem ein klares Engagement für soziale Gerechtigkeit und kulturelle Vielfalt.

## Antrag L.1.2661.1

Änderungsantrag zu L.1-20

Antragsteller*in:	Stadtteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost (Hamburg Nord)
-------------------	---

## Zeile 2661 - 2664

2661 Wir setzen uns dafür ein, dass ~~sich Digitalisierung~~ Digitalisierung bewusst und kritisch gestaltet  
2662 wird, an den Bedürfnissen der Menschen  
2662 orientiert, den Alltag erleichtert ~~nd~~, die Demokratie ~~stärkt und hilft~~ stärkend und helfend, das  
2662 Klima zu schützen. Digitalisierung darf die tatsächliche soziale Begegnung, die direkte  
2662 Kommunikation und die kulturelle Teilhabe nicht ersetzen, sondern nur ergänzen und  
2662 bestenfalls befördern.  
2663 Dazu müssen Profitinteressen zurückgedrängt und staatlicher Überwachungswut ein Riegel  
2664 vorgeschoben werden. Die kritische Distanz zu den Heilsversprechen des Digitalen und  
2664 technischen Scheinlösungen, das Wissen um Konzernmacht im Digitalen, die  
2664 Auseinandersetzung mit den kulturellen und sozialen Folgen von Digitalisierung müssen  
2664 wesentliche Inhalte der Bildung von der Schule bis zur Erwachsenenbildung werden.

## Begründung

Digitalisierung ist kein Subjekt, der Mensch hingegen sehr und sollte es noch mehr sein können.

## Antrag L.1.2707.1

Änderungsantrag zu L.1-20

Antragsteller\*in: LV Bremen

### Zeile 2707

2701 • Um Machtmissbrauch durch digitale Monopole zu verhindern, werden wir rechtliche  
2702 Spielräume zur Zerschlagung der Monopole ausschöpfen, das Kartellrecht und seine  
2703 Umsetzung stärken und personalisierte Onlinewerbung verbieten. Die Vorstellung von  
2704 Daten als verkäuflichem Eigentum lehnen wir ab. Öffentliche und genossenschaftliche  
2705 Plattformen für gemeinnützige Dienstleistungen und wirkliche soziale Netzwerke  
2706 fördern wir als Alternative zu den profitorientierten Plattformen der  
2707 Konzerngiganten.

- Die schnelle und weitgehend unregelte Entwicklung von Künstlicher Intelligenz, der Einsatz von komplexen Algorithmen und die zunehmende Verlagerung von medialer Öffentlichkeit auf privat organisierte soziale Netzwerke stellen eine tiefgreifende Herausforderung für die Demokratie dar. Gesetzliche Rahmenbedingungen müssen mit dieser Entwicklung Schritt halten. Wir fordern, dass das EU-Gesetz zur Künstlichen Intelligenz (AI Act) und das EU-Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) zügig in nationales Recht umgesetzt und perspektivisch weiterentwickelt werden.

### Begründung

Regulierung von KI und von sozialen Netzwerken ist nur EU-weit möglich, das geht kaum auf nationaler Ebene. So richtig es ist, Alternativen zu fördern, so notwendig ist es, die bestehenden Netzwerke regulieren. Die in Zeilen 2714 geforderte öffentliche Debatte zu KI ist richtig und wichtig, der reale Prozess ist aber auch schon weiter, weshalb die Forderung nach konsequenter Umsetzung der neuen EU-Gesetzgebung in deutsches Recht unbedingt aufgenommen werden sollte.

## Antrag L.1.2717.1

Änderungsantrag zu L.1-20

Antragsteller\*in: Landesvorstand Hamburg

### Zeile 2717

2714 • Die Bundesregierung muss Forschung zu sozialen und ökologischen Auswirkungen  
2715 digitaler Technologien stärker fördern, damit wir informiert und demokratisch darüber  
2716 entscheiden können, welche Technologien uns als Gesellschaft voranbringen und welche  
2717 nicht hilfreich sind.

- Automatisierung, Machine Learning und KI sowie die Robotik verändern bereits jetzt unsere Lebens- und Arbeitsweise spürbar. Die zukünftigen Entwicklungen bieten enorme Möglichkeiten in vielen Lebensbereichen. Bei Einsatz und Förderung dieser Technologien muss eine gerechte Verteilung des Wohlstands sichergestellt werden.

# Antrag L.1.2718.1

Änderungsantrag zu L.1-20

Antragsteller\*in: Antikapitalistische Linke

## Zeile 2717

2714 • Die Bundesregierung muss Forschung zu sozialen und ökologischen Auswirkungen  
2715 digitaler Technologien stärker fördern, damit wir informiert und demokratisch darüber  
2716 entscheiden können, welche Technologien uns als Gesellschaft voranbringen und welche  
2717 nicht hilfreich sind.

2718

Dieses Wahlprogramm ist das Angebot der Partei Die Linke. Wir wissen, in den meisten Punkten steht Die Linke mit ihren Positionen und Forderungen ziemlich allein gegen alle anderen Parteien. Einen "natürlichen Bündnispartner" auf Parlamentsebene gibt es zurzeit leider nicht. Aber wir wissen auch, dass Millionen Menschen, wenn nicht alle, so doch viele unserer Ziele teilen und bereit sind, dafür zu streiten. Unsere Koalitionspartnerinnen und Koalitionspartner sind diese Menschen. Wir wollen die ganz große Koalition all derer, die mit der herrschenden Politik unzufrieden sind oder gar unter ihr leiden, die aber nicht auf Hass, Individualisierung, Ausgrenzung und Entsolidarisierung setzen. Wir bieten eine solidarische Antwort, die mit einem Wahlkampf nicht erledigt ist. Unsere Politik hört mit der Wahl zum Bundestag nicht auf. Wir stehen an der Seite der vielen oppositionellen Kräfte in der Gesellschaft gegen Kriegsvorbereitungen, Klimazerstörung, Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub, Sozialabbau und soziale Ungerechtigkeit. Wir stehen aber auch an der Seite der vielen kreativen Kräfte, die an der Entwicklung von humanen und solidarischen Alternativen arbeiten.  
Unsere Vision einer anderen, besseren Gesellschaft entsteht aus und beruft sich auf diese zwei Quellen: Widerständige Opposition und die Vision einer Alternative zum Kapitalismus. Der Kapitalismus darf nicht das letzte Wort der Geschichte bleiben.

# Antrag R.2.11.1

Änderungsantrag zu R.2

Antragsteller\*in: Florian Demmler (Thüringen · Nr. 92), Cornelia Müller (Thüringen · Nr. 340), Carolin Held (Thüringen · Nr. 199), und weitere

## Zeile 11

11 ~~13:20~~12:30 Uhr Rede Gregor Gysi zum Wahlprogramm

## Zeile 12

12 ~~13:30~~12:40 Uhr Pause

## Zeile 13

13 ~~14:00~~13:10 Uhr Beratung und Entscheidung über das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025

## Begründung

Der Raum für Diskussionen und Debatten ist wichtig und sollte ermöglicht werden, allerdings ist der Zeitrahmen für die Antragsberatung im ursprünglichen Zeitplan mit 2,5 Stunden sehr knapp bemessen. Mit einer Verkürzung der Generaldebatte auf 45 Minuten, bei welcher Berichte aus Plena Vorrang vor Redebeiträgen haben sollten, erhöhen wir die Antragsberatung auf 3 Stunden 20 Minuten. Die Erfahrung der letzten Parteitage zeigt; Wir brauchen die Zeit in der Antragsberatung, um alle Antragsstellerinnen und Antragssteller angemessen zu Wort kommen zu lassen. Außerdem werden erfahrungsgemäß in der Beratung Debatten über verschiedene Themenfelder geführt, wodurch trotzdem ein Raum für Diskussionen und Debatten erhalten bleibt.

### **weitere Antragstellende**

Martin Schabert (Thüringen), Bärbel Leucht (Thüringen), Thomas Heine (Thüringen), Franziska Theune-Hobbs (Thüringen), Elke Gaasenbeek (Thüringen), Anastasia Rahaus (Thüringen), Mandy Eißing (Thüringen), Kevin Reichenbach (Thüringen), Steffen Kachel (Thüringen), Ruby Cichon (Berlin), Annegret Gabelin (Berlin)